



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Europa braucht innovative Programme zur Integration
von Migranten und ethnischen Minderheiten
– landesspezifische Problemlagen sowie neue staatliche
und zivilgesellschaftliche Ansätze zur Integration
im Bereich Bildung (Ländervergleich) –

Herausgeber: Heinrich Bücker-Gärtner

Bericht über ein internationales Seminar

13. – 25. März 2011

Linnéuniversitet Kalmar/Växjö, Schweden

gefördert durch das europäische Bildungsprogramm
LEBENSLANGES LERNEN – ERASMUS
DE-2010-ERA/MOBIP-ZuV-1-29933-1-25



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A Einleitung	7
B Teilnehmer	9
C Programm	17
D Referate der Experten	21
1 Einwanderer auf dem schwedischen Arbeitsmarkt und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung (Jan Ekberg)	21
2 Aufnahme von Migranten durch das schwedische Bildungssystem (Patrick Liljeqvist, Madleine Médoc, Stella Vogiatzi).....	31
3 Integration von Flüchtlingen auf dem schwedischen Arbeitsmarkt (Hans-Göran Johansson, Silke Schneider).....	33
4 Integration von Migranten: Schwierigkeiten und Lösungsansätze auf individueller Ebene aus psychologischer und neurowissen- schaftlicher Sicht (Christine Bucker-Gärtner).....	35
E Länderberichte	47
1 Die Integration von Minderheiten in Belgien	47
1.1 Einleitung.....	47
1.2 Begriffe	47
1.3 Um die Gegenwart zu verstehen, muss man die Vergangenheit kennen: "Die Geschichte der Migration in Belgien"	50
1.4 Auswertung der Politik: die aktuelle Situation im Licht der PISA-Studie	52
1.5 Europäische Richtlinien für die Integration von Migranten.....	58
1.6 Die gegenwärtige Integrationspolitik in Belgien: Integration und Probleme im Bereich der Bildung	60
1.7 Was unternimmt die belgische Regierung?	61
1.8 Die Dimensionen	65
1.9 Belgien und seine MIPEX-Ziffer.....	70
1.10 Quellenangaben	73
2 Migration und Integration aus deutscher Perspektive	85
2.1 Einleitung.....	85
2.2 Gastarbeiter in Deutschland	87
2.3 Soziale Lage der Migranten.....	88
2.4 Integrationsbeauftragte des Staates.....	91
2.5 Rechtliche Aspekte der Integration von Migranten und Asylbewerbern.....	93
2.6 Maßnahmen zur Integration im vorschulischen Bereich	96
2.7 Maßnahmen zur Integration von Migranten in der Schule	98

2.8	Maßnahmen zur Integration von Migranten beim Übergang in den Beruf	101
2.9	Bedeutung zivilgesellschaftlicher Institutionen für die Integration von Migranten	103
2.10	Kiezmütter – ein Berliner Modell für Migranten	107
2.11	Literaturverzeichnis	109
3	Migration und Integration aus österreichischer Perspektive	111
3.1	Migration in Österreich	111
3.2	Begriffsdefinitionen	113
3.3	Staatliche Programme in Verbindung mit Migration	118
3.4	Medien und Migration	123
3.5	Literaturangaben	127
4	Integration von Minderheiten in Polen	129
4.1	Einführung	129
4.2	Einwanderung nach Polen	131
4.3	Polnische Einwanderungspolitik	132
4.4	Arbeitswanderungspolitik in Polen	133
4.5	Die Integration von Einwanderern – Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen	136
4.6	Die Einstellung der polnischen Gesellschaft und ihrer Beamten gegenüber Einwanderern	138
4.7	Der Fall Schlesien	141
4.7	Schlussfolgerungen	143
5	Migration und Integration aus schwedischer Perspektive	145
5.1	Die Geschichte der Ein- und Auswanderung in Schweden	145
5.2	Definition Flüchtling	150
5.3	Wirtschaftliche Aspekte der Migration für die schwedische Gesellschaft	154
5.4	Ziele und Träger der schwedischen Migrations- und Integrationspolitik	156
5.5	Zur Integration von Einwanderern durch Arbeit und Bildung	162
5.6	Schlussbetrachtung	168
F	Berichte aus den Arbeitsgruppen	171
1	Maßnahmen zur Integration von Migranten durch Bildung	171
2	Volkswirtschaftliche Aspekte von Migration	179
3	Rechtliche Aspekte zur besseren Integration von Migranten	187
4	Nichtregierungsorganisationen und ihre Unterstützung von Einwanderern	193

Vorwort

Im Rahmen des europäischen Hochschulprogramms LEBENSLANGES LERNEN - ERASMUS beantragte und koordinierte die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ein dreijähriges Intensivprogramm (IP), welches sich aus unterschiedlichen Perspektiven der These widmet: „Europa braucht innovative Programme zur Integration von Migranten und ethnischen Minderheiten“. Im ersten Teil (akademisches Jahr 2010/11) konzentriert sich die Analyseperspektive auf die Integration durch Bildung und zivilgesellschaftliche Aktivitäten; im zweiten Teil (akademisches Jahr 2011/12) wird die interkulturelle Öffnung der staatlichen Verwaltung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen; der dritte Teil (akademisches Jahr 2012/13) soll der Integration in den Arbeitsmarkt gewidmet sein.

Die HWR Berlin verfügt seit dem Jahre 1997 über Erfahrungen mit der Planung, Koordination und Durchführung von Intensivprogrammen mit jeweils mindestens zwei Partnern aus anderen europäischen Ländern. Die einzelnen Projekte und ihre Ergebnisse sind auf der Homepage der Hochschule dokumentiert.¹ Seit dem Jahre 2001 besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Universität Växjö (seit 2010 Linnéuniversität Kalmar/Växjö) in Schweden; seit 2006 mit der Hogeschool Gent und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan (Polen); seit 2010 gehört die Fachhochschule Kärnten (Österreich) zu den Projektpartnern.

Das IP-Seminar zu dem Thema Europa braucht innovative Programme zur Integration von Migranten und ethnischen Minderheiten – landesspezifische Problemlagen sowie neue staatliche und zivilgesellschaftliche Ansätze zur Integration im Bereich Bildung (Ländervergleich) – hat vom 13. bis 25. März 2011 an der Linnéuniversitet Kalmar/Växjö auf dem Campus Växjö in Schweden stattgefunden.

Die Kosten für das Seminar wurden finanziert

- a) mit einem Zuschuss der Europäischen Kommission (LLP – ERASMUS - IP),
- b) mit Mitteln aus den Hochschulbudgets der beteiligten Institutionen und
- c) durch finanzielle Eigenbeteiligung der teilnehmenden Studierenden.

Der vorliegende Bericht über das IP-Seminar 2011 ist zugleich die deutschsprachige Anlage zum „FINAL REPORT“, der im Juli 2011 an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gesendet worden ist.

Wir danken Bettina Krumm für die kompetente Übersetzung der deutschen und englischen Beiträge in die jeweils andere Sprache.

Prof. Dr. Heinrich Bücker-Gärtner
HWR Berlin, Fakultät 3
Projektleiter

¹ www.hwr-berlin.de/internationales/projekte/erasmus-intensivprogramme/

A Einleitung

Heinrich Bücken-Gärtner (HWR Berlin)

Die IP-Seminare sind nach dem Prinzip „Experten treffen Experten“ konzipiert. Sie umfassen mindestens 10 Arbeitstage und zeichnen sich durch eine sehr intensive Beteiligung von Studierenden aus. Die Studierenden erarbeiten sich im Rahmen eines Vorbereitungskurses an ihrer Heimathochschule die wesentlichen Aspekte des Seminarthemas und bereiten eine Präsentation vor (siehe Teil E – Länderberichte). Der fachliche Input wird abgerundet durch Vorträge von Experten (siehe Teil D). Auf dieser Grundlage treffen in dem Seminar die unterschiedlichen Perspektiven der Vertreter der beteiligten Hochschulen auf einander. Darauf aufbauend wird während des Seminars in national gemischten Arbeitsgruppen über Problemlösungen diskutiert und ein Ergebnisbericht erstellt (siehe Teil F – Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Das Konzept des Intensivprogramms bietet sehr gute Bedingungen für den intensiven Austausch zwischen Lehrenden und Studierenden aus verschiedenen Ländern. Neben den fachlichen Diskussionen sind insbesondere die Einblicke in die je spezifischen akademischen Gepflogenheiten (z. B. wie gehen Studierende und Dozenten miteinander um) und Standards (Präsentations- und Kommunikationskompetenzen sowie Breite und Tiefe der fachlichen Kenntnisse der Studierenden) hilfreich, um Anregungen für die eigene Hochschule und die persönliche Gestaltung der Dozentenrolle aufzunehmen.

Dieser Bericht über ein IP-Seminar ist der erste Teil des für drei Jahre konzipierten thematischen Schwerpunktes „Europa braucht innovative Programme zur Integration von Migranten und ethnischen Minderheiten“. Die Zielsetzung des ersten Jahres konzentrierte sich darauf, landesspezifische Problemlagen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Ansätze zur Integration im Bereich Bildung im Ländervergleich zu untersuchen und auf lokaler Ebene innovatives Potential, insbesondere zivilgesellschaftliches Engagement zu entdecken, „best-practice-Projekte“ im Bereich der Bildungsangebote für Migranten zu vergleichen und auf ihre Übertragbarkeit in andere Länder hin zu prüfen. Als konkretes Ziel wurde angestrebt, dass die Studierenden a) über die Migrationspolitiken der EU und der einzelnen Länder, über Ziele, Maßnahmen, Anspruch und Wirklichkeit einen qualifizierten Wissensstand erreichen; b) die fachwissenschaftliche Diskussion über den Begriff *Einwanderungsland* kennen; c) Kriterien erarbeitet haben, um innovative kommunale und zivilgesellschaftliche Projekte zur Verbesserung der Bildungschancen von Migranten vergleichen zu können; d) Vorschläge zur Vernetzung von Maßnahmen und ihrer Verbreitung zu erarbeiten und für mehr bürgerschaftliches Engagement sensibilisiert worden zu sein.

In diesem Jahr fand das IP-Seminar an dem Institut für Humanwissenschaften der Linnéuniversität Växjö / Kalmar am Campus Växjö (Schweden) statt. Dabei haben mitgewirkt:

- 2 Professoren und 9 Studierende der Fakultät für Wirtschafts- und Staatsverwaltung der Hogeschool Gent (Belgien),

- 1 Professor und 8 Studierende der Fakultät für öffentliche Verwaltung der HWR Berlin,
- 1 Dozent und 8 Studierende der Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus der Adam Mickiewicz Universität Posen (Polen),
- 2 Dozenten und 11 Studierende des Instituts für Humanwissenschaften der Linnéuniversität Växjö / Kalmar (Schweden),
- 1 Professorin und 8 Studierende der Fachhochschule Kärnten (Österreich).

Die einzelnen Teilnehmer werden im Teil B vorgestellt; dort befinden sich auch einige Fotos (Gesamtgruppe und die fünf nationalen Teams).

Das von dem gastgebenden Institut gestaltete Programm (siehe Teil B) hat besonderen Wert darauf gelegt, praktische Erfahrungen aus schwedischen Institutionen einzubeziehen, die sich vor Ort der Integration von Migranten widmen. Die Vorträge der gewonnenen Experten vermittelten ein eindrucksvolles Bild darüber, mit welchem Aufwand die schwedische Gesellschaft versucht, eine wirksame Integration von Migranten zu realisieren.

Die Linnéuniversität entstand am 1. Januar 2010 als ein Ergebnis des Zusammenschlusses zwischen den ehemaligen Universitäten von Kalmar und Växjö. Sie wurde nach Carl von Linné benannt, der in der Nähe von Växjö geboren wurde und wahrscheinlich der berühmteste schwedische Wissenschaftler war. Das Zeichen der Universität wurde sogar von einer der Darstellungen von Linné in seiner *Materia-Medica*-Abhandlung (*Materia Medica* = historischer Ausdruck für die Lehre von den Arzneimitteln) im Jahr 1725 abgeleitet.

Das handlungsleitende Motto im Leitbild dieser Universität lautet: „Linnéuniversität – eine attraktive internationale Lernumgebung, die Neugier, Kreativität, Gemeinschaft und Anwendungsorientierung von Wissenschaft fördert.“²

Sie gehört mit ungefähr 35.000 Studenten und 2.000 Angestellten zu den größeren Universitäten Schwedens. Die Universität bietet zurzeit ca. 150 Studiengänge und 2.500 freie Kurse in einer Vielzahl von akademischen und beruflichen Fachrichtungen. Die Linnéuniversität ist geprägt durch ein aktives Studentenleben mit Lehrkräften und Forschungspersonal in unmittelbarer Nähe zu den Studenten.

Die Linnéuniversität ist weitgehend in internationale Austauschprogramme unter Einbezug von Studenten, studentischen Mitarbeitern und Lehrkräften involviert. Jedes Jahr entscheiden sich mehr als 1.500 internationale Studenten, in Kalmar oder Växjö zu studieren und 500 schwedische Studenten reisen ins Ausland.

Växjö ist eine Stadtgemeinde mit 82.000 Einwohnern in der Mitte der Provinz Småland, die zum südlichen Teil Schwedens gehört. Die Stadt trägt das Etikett „grüne Stadt“, sie ist umgeben vom See Helgasjön und von Kiefernwäldern. Der Campus Växjö der Linnéuniversität wurde nach dem Vorbild einer amerikanischen Campus-Universität mit zentralisierten Lehreinrichtungen, Studentenunterkünften und weiteren Einrichtungen vor Ort aufgebaut.

² <http://lnu.se/about-lnu/about-linnaeus-university/strategy?l=en>

B Teilnehmer

Berlin

Studierende: Sven Bochmann
Pia Ferch
Michael Linke
Franziska Minge
Vanessa Neumann
Carolin Penzoldt
Karina Schmidt
Kerstin Wischer
Dozent: Prof. Dr. Heinrich
Bücker-Gärtner



Gent

Studierende: Laurens Brusselmans
Wouter Lagauw
Maarten Soetens
Dieter Synhaeve
Anne-Laure
Van de Ginste
Yasmin
Van Landschoot
Bert Vanbesien
Pieter-Jan
Vandermeersch
Corneel Wille
Dozenten: Prof. Dr. Bertel
de Groote
Prof. Dr. Frank Naert



Posen

Studierende: Dorota Agacińska
Marta Borowiak
Magdalena Greficz
Magdalena Jandy
Katarzyna Łączna
Gracjan Słomowicz
Jeroen Van den Bosh
Anna Włodarska
Dozent: Dr. Przemysław
Osiewicz



Växjö

Studierende: Ida Arvidsson

Elin Beyersdorff
Karin Beyersdorff
Astrid Byrman
Daniel Dost
Gustaf Hultkrantz
Rebecca Hunt
Daniel Larsson
Marcel Nähring
Desireé Nilsson
Mikael
Olsson-Berggren

Dozenten: Corinna Löwe
Thomas Marten



Villach

Studierende: Tatjana Grogger

Veronika Gruber
Nikolaus Gstinig
Nuno Filipe
Kudsk Clemente
Sacadura Castela
Laura
Marambio Escudero
Sandra Puschmann
Anna Theresa Sitte
Cornelia Timko

Dozentin: Prof. Dr. Kathrin
Stainer-Hämmerle





Teilnehmer des IP-Seminars auf dem Campus Växjö



Teilnehmer der Hogeschool Gent, Belgien



Teilnehmer der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Deutschland



Teilnehmer der Fachhochschule Kärnten, Österreich



Teilnehmer der Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Polen



Teilnehmer der Linnéuniversitet Kalmar/Växjö, Schweden

C Programm

Erasmus Intensiv Programm 13 – 25 März 2011 an der Linnéuniversität in Växjö, Schweden

Sonntag, 13.03. 2011

Vandrarhem Evedal (Jugendherberge)	Anreise der Teilnehmer aus Berlin, Poźnan, Gent, Villach Abendbrot
------------------------------------	---

Montag, 14.03.2011

10.00-13.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Begrüßung, Vorstellung der Teilnehmer und des Programms, Organisatorisches, Campusführung
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-18.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Länderbericht Schweden Betreuer: Thomas Marten, Corina Löwe

Dienstag, 15.03.2011

09.30-13.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Länderbericht Polen Betreuer: Dr. Przemysław Osiewicz
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-18.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Länderbericht Deutschland Betreuer: Prof. Dr. Heinrich Bucker-Gärtner

Mittwoch, 16.03.2011

09.30-13.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Länderbericht Österreich Betreuerin: Prof. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-18.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Länderbericht Belgien Betreuer: Prof. Dr. Frank Naert
18.00-18.30 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Bildung der 4 Workshopgruppen Gr.1: Maßnahmen zur Integration von Migranten durch Bildung (D) Gr.2: Volkswirtschaftliche Aspekte von Migration (D/E) Gr.3: Rechtliche Aspekte zur besseren Integration von Migranten (D/E) Gr.4: Stellenwert zivilgesellschaftlicher Institutionen bei der Integration von Migranten (E)

Donnerstag, 17.03.2011

09.00-12.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Expertenvorträge Prof. Jan Ekberg: „ <i>Immigrants in the Swedish Labour Market</i> “ Dr. Ali Ahmed „ <i>Discrimination against Immigrants in the Swedish Labour- and Housing Market</i> “
12.00-13.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
13.15 Uhr	Abreise zu „Komvux“ Växjö (Kommunale Erwachsenenbildung)
13.30-16.30 Uhr Komvux Växjö	Expertenvorträge: Stella Vogiatzi, Studien- und Berufsberaterin, Gymnasium Teknikum Patrick Liljeqvist, Studien- und Berufsberater Komvux Madleine Médoc, Chefin der Abteilung für Sprache und Integration „ <i>Meeting and Integrating Immigrants and Children in Swedish Education</i> “

Freitag, 18.03.2011

09.30-12.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Expertenvortrag Gunnel Segerfeldt, Abteilungsleiterin in der Kommunalverwaltung Växjö: „ <i>The Swedish Migration Board</i> “
12.00-12.40 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
12.45 Uhr	Abreise zur Arbeitsvermittlung Växjö
13.00-16.00 Uhr Arbeitsvermittlung Växjö	Expertenvortrag: Hans Göran Johansson, Abteilung Integration und Etablierung auf dem Arbeitsmarkt: „ <i>Integration of Immigrants in the Labour Market</i> “
16.30-18.00 Uhr	Stadtrundgang mit Führung

Samstag, 19.03.2011

09.00-13.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1050
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-17.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1050
17.30 Uhr	Abreise zum Haus der Auswanderer
17.30-19.00 Uhr	Utvandrarnas hus (Haus der Auswanderer), Führung

Sonntag, 20.03. 2011

9.00 Uhr	Abreise nach Kalmar/Öland
10.30-12.00 Uhr	Stadtführung und Dombesichtigung in Kalmar
12.00-14.00 Uhr	Mittagessen + Expertenvortrag Maria Hammarström; Diskriminierungsbombmann in Kalmar: „ <i>Erfahrungsbericht</i> “
14.00 Uhr	Abfahrt auf die Ostseeinsel Öland, Borgholm Besichtigung der Schlossruine, Kaffee trinken
Ca. 17.00 Uhr	Rückfahrt nach Växjö

Montag, 21.03.2011

09.30-13.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1056
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-18.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1056

Dienstag, 22.03.2011

09.30-13.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1056
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-18.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1056

Mittwoch, 23.03.2011

09.00-13.00 Uhr Linnéuniversität	Workshoparbeit: Gr.1: K1057; Gr.2: K1074; Gr.3: K1073; Gr.4: K1056
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-16.45 Uhr	Vorbereitung der Präsentation der Arbeitsergebnisse: Gr.1: K1057, Gr.2: K1074, Gr.3: K1073, Gr.4: K1056
17.00 Uhr	Abfahrt nach Kosta
18.30-22.00 Uhr	Führung in der Glashütte, anschließend Besuch der Verkaufsausstellung und Abendessen mit Vorführungen rund um das Glasblasen
Ca. 22.00 Uhr	Rückfahrt nach Växjö

Donnerstag, 24.03.2011

09.00-13.00 Uhr Linnéuniversität, Saal Weber	Präsentation der Arbeitsergebnisse
13.00-14.00 Uhr Restaurant Kristina (Mensa der Universität)	Mittagessen
14.00-17.00 Uhr	Auswertung des Workshops, Evaluierung
19.00-21.00 Uhr Schloss Teleborg	Abschiedsfeier mit Abendessen und Übergabe der Teilnahme-Zertifikate

Freitag, 25.03.2011

	Individuelle Abreise der Teilnehmer
--	-------------------------------------

D Referate der Experten

1 Einwanderer auf dem schwedischen Arbeitsmarkt und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung

Jan Ekberg (Linnéuniversität Kamlmar/Växjö)

Die Arbeit gliedert sich folgendermaßen: Teil 1 präsentiert einen Überblick über die Einwanderung nach Schweden seit dem 2. Weltkrieg. Teil 2 beschreibt die Alterszusammensetzung der Einwanderer. Teil 3 behandelt die Lage der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt. Teil 4 zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung und insbesondere wie die wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl von der Alterszusammensetzung der Einwanderer als auch der Lage der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt abhängen.

1.1 Einleitung

Seit dem 2. Weltkrieg ist die Zahl der Einwanderer in Schweden rapide angestiegen. Der Bevölkerungsanteil der Einwanderer wuchs von 1 Prozent im Jahr 1940 über fast 7 Prozent im Jahr 1970 bis hin zu fast 14 Prozent oder 1,3 Millionen im Jahr 2009. Die größte Gruppe war gebürtig aus Finnland (172.000), gefolgt von Menschen, die im ehemaligen Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina geboren wurden (130.000) und von gebürtigen Irakern (118.000). In den letzten Jahren war die Gruppe der Iraker die am schnellsten wachsende. Diese Gruppe wuchs von fast 83.000 im Jahr 2006 bis auf 118.000 im Jahr 2009. Mehr als 50 % der im Ausland geborenen und im Jahr 2010 in Schweden lebenden Menschen haben die schwedische Staatsbürgerschaft erworben. Darüber hinaus gibt es eine wachsende Gruppe sogenannter Einwanderer der zweiten Generation, das sind Menschen, die in Schweden geboren wurden, aber bei denen mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt. Heute beträgt die Größe dieser Gruppe fast 1 Million. Mehr als die Hälfte dieser Menschen hat ein Elternteil, das in Schweden geboren wurde. Die Gründe für den zunehmenden Anteil an Einwanderern war der Bedarf an Arbeitskräften in der schwedischen Wirtschaft während der 1950er, 60er und 70er Jahre. Seit den 80ern ist Schweden eines der Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge und Verwandte von früheren Einwanderern.

Der Einwanderungsstrom nach Schweden war im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern hoch. Im Jahr 2009 lag der Anteil der im Ausland geborenen Menschen an der Bevölkerung in Dänemark bei ungefähr 6 Prozent, ungefähr 10 Prozent in Norwegen und ungefähr vier Prozent in Finnland. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist der Anteil der im Ausland geborenen Menschen in Schweden fast gleich wie in Deutschland (12 Prozent), Österreich (15 Prozent) und Irland (14 Prozent), aber wesentlich geringer als in der Schweiz (22 Prozent) und in Luxemburg (33 Prozent).

Die Einwanderung nach Schweden hat sich im letzten halben Jahrhundert sehr stark verändert. Bis Mitte der 70er Jahre bestand die Einwanderung nach Schweden hauptsächlich aus Arbeitskräften, die hauptsächlich aus Europa kamen. Während dieser Periode hat es eine eindeutige Verknüpfung zwischen der jährlichen Einwanderung und der Arbeitsmarktsituation in Schweden. Die Einwanderung war groß, weil es einen großen Bedarf an Arbeitskräften in Schweden gab und sie ging

zurück, als der Bedarf nachließ. 1970 waren ungefähr 60 Prozent der im Ausland geborenen Schweden aus anderen nordischen Ländern (Dänemark, Norwegen und Finnland) und mehr als 90% waren gebürtige Europäer.

Nach 1975 veränderte sich jedoch das Wesen der Einwanderung. Der Anteil der Flüchtlinge und der Familienangehörigen von Einwanderern nahm zu, während der Anteil der Arbeitskräfte zurückging. Schweden war in den vergangenen Jahrzehnten eines der Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge. 2007 war es unter allen Industrienationen das zweitgrößte Aufnahmeland für Asylbewerber nach den Vereinigten Staaten und das größte Aufnahmeland für irakische Asylbewerber, und das trotz seiner relativ geringen Bevölkerungszahl. Zwischen 2000 und 2009 wuchs die Bevölkerungszahl der im Irak geborenen Einwanderer auf mehr als doppelt so viel.

Die Periode nach 1975 zeigte daher eine eindeutige Schwächung in der Verbindung zwischen jährlicher Einwanderung und der Situation auf dem schwedischen Arbeitsmarkt. Viele der neuen Einwanderer kamen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Am Ende des Jahres 2009 war der Anteil der Einwanderer, die in anderen nordischen Ländern geboren worden waren, auf 20 Prozent gesunken, während 36 Prozent irgendwo anders in Europa und 44 Prozent außerhalb Europas geboren worden waren. Die Geschlechterverteilung ist fast gleich wie bei den Einheimischen. Bei den im Ausland geborenen Menschen sind 49,3% der 16-64jährigen Männer, im Vergleich dazu 50,9% bei den Einheimischen.

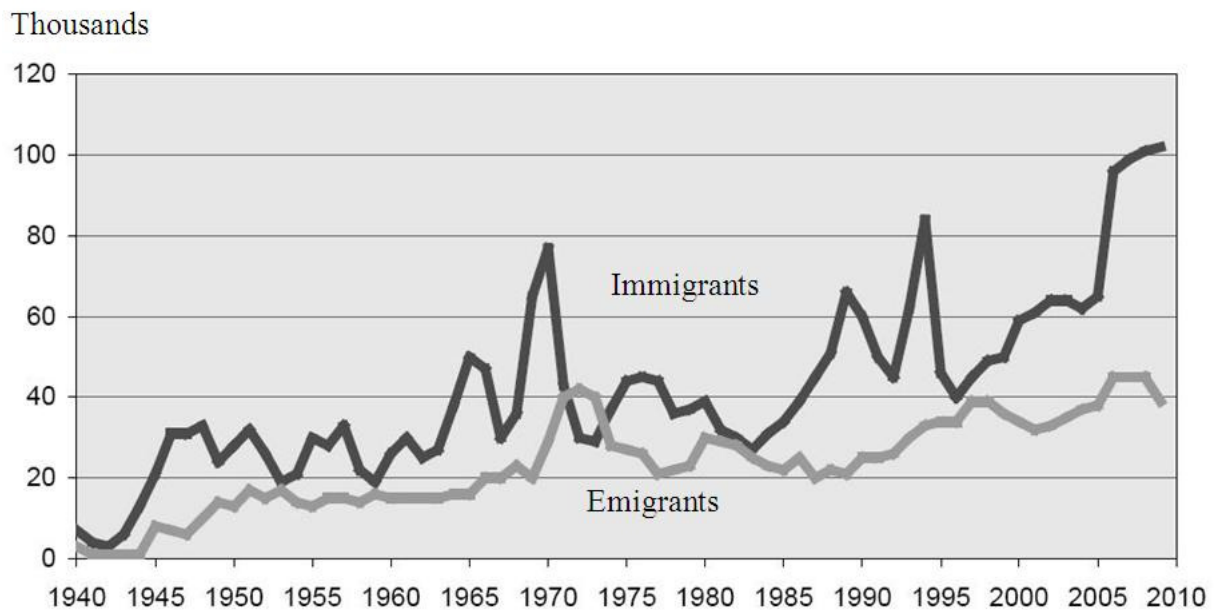
Schaubild 1 gibt einen Überblick über die Einwanderung und Auswanderung seit 1940. Es ist zu beachten dass das Wort „Einwanderung“ sowohl die neu eingetroffenen Ausländer als auch die Schweden umfasst, die aus dem Ausland nach Schweden zurückkommen. Die Einwanderung erreicht vier Höhepunkte, nämlich 1969-70, 1990, 1994 und 2007-09. Der erste Höhepunkt besteht hauptsächlich aus Einwanderern, die während eines Aufschwungs der schwedischen Wirtschaft 1969-70 als Arbeitskraft nach Schweden kamen. Die folgenden Höhepunkte bestanden zu einem großen Teil aus Flüchtlingen und ihren Angehörigen, von denen viele während wirtschaftlicher Rezessionen nach Schweden kamen. Im Jahr 2009 kamen ungefähr 102.0000 Menschen nach Schweden – mehr als in jedem anderen Jahr nach dem 2. Weltkrieg. In den Jahren 2008 und 2007 blieb dieser Ansturm fast gleich, bei ungefähr 101.000 beziehungsweise 99.000 Menschen – ein Beweis dafür, dass die wirtschaftliche Krise den Einwanderungsstrom nicht schmälerte. Im Jahr 2009 kamen 14 Prozent der Neuankömmlinge aus anderen nordischen Ländern, 34 Prozent aus dem Rest Europas und 52 Prozent von außerhalb Europas – die Zahlen gleichen ungefähr denen aus den Jahren 2007 und 2008.

Von den Neuankömmlingen mit schwedischer Staatsbürgerschaft wurden die meisten in Schweden geboren und kehren jetzt zurück. Diese Gruppe nahm mit der Zeit zu, von 5 Prozent am Ende der 60er-Jahre auf 18 Prozent im Jahr 2009. Manche haben Eltern, die nach Schweden ausgewandert sind. Eine Studie zeigt, dass von den in Schweden geborenen Auswanderern, deren Eltern im Ausland geboren wurden, 10 Jahre nach ihrer Auswanderung 43 Prozent nach Schweden zurückkehrten. Die entsprechende Zahl für diejenigen, bei denen ein Elternteil im

Ausland geboren wurde, liegt bei 61 Prozent, und für diejenigen, deren beide Elternteile in Schweden geboren wurden liegt bei 71 Prozent.

Die Abweichungen bei der Auswanderung waren geringer als bei der Einwanderung. Drei Auswanderungswellen in den frühen 70ern, 1996-97 und 2007-08 traten kurz nach Spitzen in der Einwanderung auf, da ein Teil der Einwanderer nach nur wenigen Jahren in Schweden in ihr Heimatland zurückkehrten. Die meisten Auswanderer während der Nachkriegszeit waren gebürtig aus dem Ausland. Auswanderer sind ein wenig älter als Einwanderer, doch im Vergleich zur schwedischen Bevölkerung noch sehr jung – der Anteil der Auswanderer über 65 Jahre lag im Jahr 2009 bei nur wenig mehr als 3 Prozent.

Figure 1 Annual immigration and emigration 1940–2009. Sweden.



Source: Statistics Sweden (2010)

1.2 Alter und Bildung

Laut schwedischer Studien über die Arbeitskraft liegt der durchschnittliche Bildungsabschluss bei den im Ausland geborenen Menschen ungefähr gleich wie der der Einheimischen. Doch die Verteilung der Bildung weicht zwischen den beiden Gruppen etwas voneinander ab. Die Einwanderer konzentrieren sich mehr auf das obere sowie das untere Ende des Bildungsspektrums. Wie in vielen Einwanderungsländern arbeiten Einwanderer eher in Berufen mit geringerer Qualifikation. Einwanderer aus nicht-europäischen Ländern haben einen besonders hohen Anteil von gut ausgebildeten Leuten, die in Berufen arbeiten, die unter ihrer beruflichen Qualifikation liegen. Im Gegensatz dazu haben gut ausgebildete Einwanderer aus Europa fast die gleiche berufliche Verteilung wie die Einheimischen.

Schwedens Einwanderer haben eine günstige Altersstruktur im Vergleich zu den Einheimischen. Sie haben einen niedrigen Anteil an älteren Menschen und einen hohen an Menschen im Arbeitsalter. Dasselbe zeichnet sich in allen Migrationsländern ab, unabhängig davon, ob die Ausländer aufgrund von Arbeit, Familie

oder aus humanitären Gründen kommen. Während der Zeitspanne der Arbeitswanderung in den 60er-Jahren machten die Menschen über 65 nur 1 Prozent unter den Neuankömmlingen aus. Im Jahr 2009 bildeten Flüchtlinge und ihre Angehörigen einen Großteil der Einwanderer, doch der Anteil der älteren Einwanderer blieb dennoch gering – nicht mehr als 2 Prozent der Neuankömmlinge. Im Gegensatz dazu sind fast 18 Prozent der Gesamtbevölkerung in Schweden über 65 und dieser Anteil wird in der Zukunft noch zunehmen.

Natürlich wächst die Bevölkerung durch Einwanderung unmittelbar, doch sie beeinflusst das Bevölkerungswachstum auch durch die Anzahl der Menschen, die in einem Land geboren werden, wie in diesem Fall in Schweden. Ein in Schweden geborenes Kind erhält mit der Geburt eine ausländische Staatsbürgerschaft, wenn beide Elternteile ausländische Staatsbürger sind. Wenn zumindest einer der Elternteile die schwedische Staatsbürgerschaft erworben hat, erhält das Kind automatisch die schwedische Nationalität. Die Größe und Altersstruktur der zusätzlichen Bevölkerung hängt von der Größe und Altersstruktur der Einwanderer zum Zeitpunkt ihrer Einwanderung ab und folglich auch von altersspezifischen Geburtenraten, Sterberaten und Rückkehr in das Heimatland unter den Einwanderern und ihren Nachkommen. Obwohl die Einwanderer auch älter werden, wird die alternde Bevölkerung mehr oder weniger von der Tatsache ausgeglichen, dass als Folge der Einwanderung immer mehr Menschen in Schweden geboren werden. Schätzungen zufolge führte die Einwanderung nach Schweden während der Nachkriegsjahre im Jahr 1980 zu einer Bevölkerungszahl, die um 860.000 Menschen höher lag als sie ansonsten gelegen hätte (4 Prozent davon waren über 65) und um 1,8 Millionen höher im Jahr 2004 (9 Prozent waren über 65). Ohne die Einwanderung in den Nachkriegsjahren wären im Jahr 2004 fast 20 Prozent der schwedischen Bevölkerung über 65 Jahre alt gewesen. Heute läge die Zahl bei mehr als 2 Millionen von 9,3 Millionen Menschen in Schweden.

Wenn die Altersstruktur der zusätzlichen Bevölkerung günstig ist und wenn Einwanderer gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, kann man davon ausgehen, dass die Einwanderung positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Während der 50er, 60er und 70er hatte die Einwanderung einen positiven Effekt auf die Wirtschaft. Studien zeigen, dass die öffentliche Hand Einkommen von der zusätzlichen Bevölkerung an die einheimische umverteilte. Daher wurde das verfügbare Einkommen der Einheimischen aufgrund der Einwanderung ein wenig höher. Ungefähr ab 1980 begann sich die Beschäftigungssituation für Einwanderer zu verschlechtern und seit Ende der 80er gibt es einen negativen Effekt, d. h. die öffentliche Hand verteilt die Einkommen der Einheimischen an die zusätzliche Bevölkerung um. Aus diesem Blickwinkel sind die Beschäftigungsraten von Einwanderern und ihren Nachkommen von großer Bedeutung sowohl für die Wirtschaftspolitik als auch für die Integration.

1.3 Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt

Während der Nachkriegszeit traten in der Beschäftigungssituation für Einwanderer in Schweden große Veränderungen auf. Die Beschäftigungssituation für Einwanderer in Schweden war bis Mitte der 70er-Jahre günstig, was zahlreiche Studien belegen. Die Arbeitslosenrate war niedrig und es gab Vollbeschäftigung sowohl für Einheimische als auch für Einwanderer. Lange Zeit waren die Beschäftigungsraten

unter Einwanderern sogar höher als unter den Einheimischen. Das war vor allem in den 60er-Jahren der Fall. Der soziale Aufstieg unter jenen frühen Einwanderern war ungefähr gleich wie unter den Einheimischen. Eine Zusammenfassung ab 1950 zeigt Tabelle 1, die die Kluft zwischen den Beschäftigungsraten für die im Ausland geborenen 16 – 64-Jährigen im Vergleich zu den Einheimischen verdeutlicht. Der Index kann folgendermaßen interpretiert werden: 1960 lag der Index bei 104, das bedeutet, dass die Beschäftigungsrate bei den Ausländern um 4 Prozent höher lag als die Beschäftigungsrate bei den Einheimischen. Im Jahr 1994 lag der Index bei 75, was bedeutet, dass die Beschäftigungsrate bei den Ausländern um 25 Prozent niedriger lag als bei den Einheimischen. Die Tabelle zeigt die Situation für Menschen, die im Ausland geboren wurden. Studien zeigen, dass die Arbeitsmarktsituation für Ausländer oft an ihre in Schweden geborenen Kinder weitergereicht wird, siehe z. B. Vilhelmsson (2000) und Rooth & Ekberg (2003).

Tabelle 1 Index der Beschäftigungsrate. Im Ausland Geborene im Alter zwischen 16 und 64. Index für Einheimische = 100. Standardisiert für Alter und Geschlecht.

Jahr	Index
1950	120
1967	110
1975	100
1987	89
1991	83
1995	74
2002	79
2008	80

Sources: Wadensjö (1973), Ekberg (1983), Swedish Labour Force Survey different years.

Seit Anfang der 80er-Jahre hat sich die Arbeitsmarktsituation der Einwanderer in Schweden verschlechtert. Und das trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs mit Vollbeschäftigung für die Einheimischen in jenen Jahren und trotz des relativ hohen Bildungsniveaus unter den Einwanderern, die nach 1980 kamen, was ihnen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt eigentlich hätte erleichtern sollen. Diese neuen Einwanderer hatten ungefähr die gleichen Bildungsabschlüsse (die gleiche Anzahl an Schuljahren) wie die einheimische Bevölkerung und waren besser ausgebildet als frühere Wellen von Einwanderern. Darüber hinaus war es das politische Ziel, dass die Einwanderer (einschließlich der Flüchtlinge) sich selbst mit Einkommen aus Arbeit unterstützen, d. h. dass sie in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten.

Die vollständige Erklärung für die schlechter werdenden Arbeitsmarktergebnisse ist unbekannt, doch mögliche Faktoren umfassen Diskriminierung (besonders von den wachsenden Gruppierungen, die von außerhalb Europas kommen), der Wandel von Einwanderung aus arbeitsbedingten Gründen hin zur Einwanderung von Flüchtlingen aus humanitären Gründen und die die wachsende Anzahl von Famili-

enangehörigen, Veränderungen in der schwedischen Wirtschaft, die die Bedeutung von „spezifisch schwedischem“ Wissen (z. B. fließendes Schwedisch) für den Erfolg des Arbeitsmarktes steigerten oder die Unzulänglichkeiten in der schwedischen Integrationspolitik. Ein Fehler dieser Politik war die sogenannte „Ganz-Schweden“-Strategie, die zum Ziel hatte, die Neuankömmlinge überall im ganzen Land zu verteilen. Diese Strategie setzte 1985 ein und blieb bis Mitte der 90er bestehen, und zu einem gewissen Grad auch noch danach. Das Vermeiden von demographischen Konzentrationen sollte es den Einwanderern erleichtern, schneller Schwedisch zu lernen und dadurch Arbeit zu finden. Doch in Wirklichkeit wurden die Flüchtlinge oftmals entsprechend der Verfügbarkeit von Wohnungen in den Städten und Gemeinden verteilt. Wohngegenden mit einem großen Angebot an leeren Wohnungen hatten oft das Problem, dass Arbeitsplätze knapp waren, was erklärte, warum viele Einheimische weggezogen waren. Als Folge dieser Strategie verschlechterten sich die Einkünfte und die Beschäftigungszahlen unter den Flüchtlingen.

Diese Verteilungspolitik wurde jetzt abgeschafft, doch die Folgen sind immer noch spürbar. Wenn neue Flüchtlingsgruppen aus einem bestimmten Land nach Schweden kommen, wollen sie oft in Gegenden in Schweden ziehen, wo frühere Flüchtlinge aus demselben Land bereits leben. Doch frühere Flüchtlinge wurden gemäß der „Ganz-Schweden“-Strategie oftmals in Gegenden angesiedelt, in denen die Arbeitsplätze knapp waren.

Während des langen wirtschaftlichen Abschwungs am Anfang der 90er-Jahre verschlechterte sich die Beschäftigungssituation der Ausländer sogar noch mehr im Vergleich zu den Einheimischen. In den späten 90er-Jahren, als sich die schwedische Wirtschaft erholte, gab es einige Verbesserungen bei der Arbeitsmarktleistung der Einwanderer im Vergleich zu den in Schweden Geborenen. Auch ab 2000 gab es einige Verbesserungen, auch wenn die Kluft zwischen den Einwanderern und den Einheimischen nicht wieder so wurde wie vor den 90ern. Für weitere Informationen über die Arbeitsmarktsituation der Einwanderer während der Rezession 2008-2010, siehe Ekberg (2011a).

1.4 Wirtschaftliche Auswirkungen der Einwanderung

Einwanderung kann die wirtschaftlichen Bedingungen der Einheimischen hauptsächlich auf drei verschiedene Weisen beeinflussen.

Erstens: Einwanderung kann relative Faktorpreise und Beschäftigungschancen für Einheimische beeinflussen. Manche Gruppen von Einheimischen können verlieren und andere profitieren. Es kann einen Druck auf Löhne und mehr Arbeitslosigkeit unter denen geben, die an die Stelle der Arbeitskraft aus dem Ausland treten und umgekehrte Auswirkungen auf die, die Gegenstücke zu ihnen sind. Doch Meta-Analysen von Studien vieler Länder fanden im Durchschnitt sehr geringe Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation der Einheimischen (Longhi, Nijkamp and Poot 2005, 2006, 2008). Eine Zunahme der Einwanderer um 1% in einem Land senkte die Beschäftigungsrate der Einheimischen nur um 0,024%. Ein wachsender Anteil von Einwanderern bei der Arbeitskraft um einen Prozentpunkt kann die Löhne der Einheimischen nur um 0,1% senken. Auch in Schweden sind diese Auswirkungen gering (Korpi 2008). Wenn der Arbeitsmarkt sich angepasst hat,

dann scheinen, langfristig gesehen, die Auswirkungen der Einwanderung auf die Chancen der Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt nahezu vernachlässigbar zu sein. Einwanderung kann ebenfalls die Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital beeinflussen. Aber auch dieser Effekt scheint im Durchschnitt eher gering zu sein (Ben-Gad 2004). Dasselbe Ergebnis bestätigt sich auch für Schweden (Ekberg 1983).

Zweitens: Die Einwanderung kann das Wirtschaftswachstum beeinflussen, d. h. das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf und dadurch das durchschnittliche Einkommensniveau für Einheimische. Das Thema ist jedoch komplex und ist somit hauptsächlich hypothetisch. Eine positive Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum kann auf unterschiedliche Weisen entstehen. Wenn die Einwanderer hoch qualifiziert sind, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt mobiler sind als die Einheimischen, wenn sie neue Ideen einbringen und wenn sie durch die Vergrößerung der Bevölkerung Investitionen fördern, was ein Anreiz für die Einführung neuer und produktiverer Technologien sein kann, kann man positive Auswirkungen erwarten. Umgekehrt kann die Einwanderung von unqualifizierten Personen das Wachstum schwächen. Die Arbeit von unqualifizierten Einwanderern fördert das Angebot von Arbeit in Sektoren der Industrie mit geringem Einkommen, was sich hemmend auf die Entwicklung neuer Produktionsmethoden in diesen Industrien auswirken kann und daher das Wirtschaftswachstum behindern kann. Poot und Cochrane (2005) haben eine Übersicht von Studien über Einwanderung und wirtschaftliches Wachstum zusammengestellt. Die Unterschiedlichkeit der Studien ergab unterschiedliche Antworten. Für Schweden wurde ein Modell mit einem von innen kommenden technischen Fortschritt verwendet (Ekberg 1983). Laut diesem Modell war der Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum sehr gering. Doch es sind noch weitere Untersuchungen zu diesem Thema erforderlich. Eine Herausforderung für die Zukunft ist, Modelle zu konstruieren, die auch allgemeine ausgleichende Effekte der Einwanderung berücksichtigen.

Drittens: Einwanderung kann Auswirkungen auf den Haushalt haben. Es gibt zwei Faktoren, die eine besondere Bedeutung dafür haben, ob zukünftige Einwanderer einen positiven oder negativen Nettobeitrag für die öffentliche Hand leisten werden. Der erste ist die unterschiedliche Altersverteilung zwischen Einwanderern und Einheimischen. Der zweite ist die Beschäftigungssituation für Einwanderer im Vergleich zu denen für Einheimische. Wenn die Einwanderer mehr/weniger Nettobeitrag zu den Steuereinnahmen und der sozialen Sicherheit leisten als das, was sie von der öffentlichen Hand erhalten, wird es einen positiven oder negativen Beitrag auf die öffentliche Hand haben. Ein wachsender positiver Nettobeitrag kommt den Einheimischen zugute in dem Sinne, dass die öffentliche Hand das Einkommen der Einwanderer wieder an die Einheimischen verteilt. Ein negativer Nettobeitrag ist ein Kostenfaktor für die einheimische Bevölkerung in dem Sinne, dass die öffentliche Hand das Einkommen der Einheimischen an die Einwanderer umverteilt.

Der öffentliche Sektor in Schweden funktioniert als umlagefinanziertes System. Die jährlichen Ausgaben werden durch Steuern und Sozialabgaben finanziert, die während desselben Jahres bezahlt werden. Schwere öffentliche Konsumausgaben werden an junge Menschen gerichtet (Kinderbetreuung und Bildung) und besonders an alte Menschen (Gesundheitswesen, Dienste für Rentner und Behin-

derte). Auch öffentliche Transferleistungen kommen überwiegend alten Menschen zugute (Renten). Die Steuerlast wird hauptsächlich von der arbeitenden Bevölkerung getragen. Die günstige Altersstruktur der Einwanderer ist daher eine Hauptdeterminante ihrer Nettobeiträge in die öffentlichen Kassen. Doch eine weniger günstige Beschäftigungssituation unter den Einwanderern verglichen mit den Einheimischen wird den Anteil der Einwanderer an bestimmten öffentlichen Ausgaben wie Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Kosten für Arbeitsmarktprogramme steigern. Und er wird auch ihren Anteil an Steuer- und Sozialbeiträgen senken. Daher wird eine geringe Beschäftigungsrate die Auswirkungen der günstigen Altersstruktur unter den Einwanderern auf den Haushalt aufwiegen. In welchem Maß das der Fall ist, ist eine empirische Fragestellung.

In Schweden wurde eine Anzahl an Studien durchgeführt (Wadensjö 1973; Ekberg 1983, 1999, 2009; Gustafsson 1990; Gustafsson und Österberg 2001). Die Schlussfolgerung dieser Studien ist, dass die Einwanderer während der Nachkriegsjahre bis ungefähr 1980 positive Nettobeiträge zum Haushalt geleistet haben. Während dieser Zeit hatten die Einwanderer sowohl eine günstige Alterszusammensetzung als auch eine günstige Beschäftigungssituation. Der jährliche positive Nettoeffekt auf den Haushalt hatte seinen Höhepunkt ca. 1970, aber war sogar damals eher gering und betrug nicht mehr als 1% des Bruttoinlandsprodukts. Von da an ging der Nettobeitrag zurück, weil sich die Arbeitsmarktsituation bei den Einwanderern verschlechterte. In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre war der jährliche Nettohaushaltseffekt Null und Anfang der 90er betrug der negative Nettohaushaltseffekt 0,9% des Bruttoinlandsprodukts. Am Ende der 90er lag der negative Nettohaushaltseffekt bereits bei 1,5 – 2% des BIP. Seither hat sich die Situation stabilisiert und heute war der jährliche negative Haushaltseffekt immer noch bei 1,5 – 2% des BIP trotz der Tatsache, dass die Einwanderer-Bevölkerung zugenommen hat. Der Grund dafür ist, dass sich die Beschäftigungssituation der Einwanderer seit dem Ende der 90er ein wenig verbessert hat. Die Alterszusammensetzung der Einwanderer in Schweden ist immer noch günstiger als die der einheimischen Bevölkerung.

Coleman und Rowthorn (2004) und Rowthorn (2008) überprüften eine große Anzahl früherer Studien aus vielen Ländern über die Auswirkungen der Einwanderung auf den Haushalt. Sie fanden heraus, dass der Nettohaushaltseffekt allgemein sehr gering war und in den meisten Ländern im Bereich von +/-1% des BIP lag. Ein negativer Nettohaushaltsbeitrag war dann vorhanden, wenn die Einwanderer gering qualifiziert waren und/oder die Integration auf dem Arbeitsmarkt schlecht war. Doch es ist nicht gesichert, dass die Nettohaushaltseffekte früherer Einwanderung gleich bleiben werden wie die zukünftiger Einwanderung in Länder mit einer schnell alternden Bevölkerung.

Viele westliche Länder werden in Zukunft Probleme mit einer demografischen Entwicklung haben, die die Belastung ihrer öffentlichen Finanzen verschärfen wird. Das gilt auch für Schweden. Wird die zukünftige Einwanderung die wachsende Belastung des Sozialsystems aufgrund einer alternden Bevölkerung erleichtern; d. h. wird es einen positiven Nettobeitrag für die öffentlichen Kassen geben? Mithilfe eines Simulationsbeispiels bis zum Jahr 2050 versuchte Ekberg (2011b) diese Frage für Schweden zu beantworten. Er fand heraus, dass eine Integration der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt in dem gleichen Maße wie die Einheimischen

einen positiven jährlichen Nettobeitrag für die öffentliche Hand mit höchstens 1 % des BIP bewirken würde. Das Ergebnis ist anfällig für die Arbeitsmarktintegration zukünftiger Einwanderer. Wenn ihr Beschäftigungsniveau gleich bleiben würde wie bei den jetzigen Einwanderern, die in Schweden leben, würde es einen geringen jährlichen negativen Nettobeitragseffekt haben. Ob also zukünftige Einwanderung die zunehmende Belastung der öffentlichen Finanzen erleichtern wird, hängt in starkem Maße von der Situation der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt ab.

1.5 Literaturangaben

Ben-Gad, M. (2004), The economic effects of immigration-a dynamic analysis. *Journal of Economic Dynamics and Control*, no 9.

Coleman, D. & Rowthorn, R. (2004). Effects of immigration into the United Kingdom. *Population and Development Review*, no 4.

Ekberg, J. (1983). Inkomsteffekter av invandring. (Income effects due to immigration). PhD-thesis in Economics Lund University. *Lund Economic Studies*, no 27. Lund. (Summary in English).

Ekberg, J. (1999). Immigration and the public sector. Income effects for the native population in Sweden. *Journal of Population Economics*, no 3.

Ekberg, J. (2009). Invandringen och de offentliga finanserna. (Immigration and the public finances). (Summary in English). Rapport 2009:3 to the Expertgroup for public finances (ESO). The Ministry of Finance . Stockholm.

Ekberg, J. (2011a). Immigrants, the labor market, and the global recession: The case of Sweden. In Papademetriou D, Sumption M & Terrazas A (eds) *Migration and the great recession: The transatlantic experience*. MPI Publisher. Washington DC. USA.

Ekberg, J. (2011b). Will future immigration to Sweden make it easier to finance the welfare system? *European Journal of Population* no 1.

Gustafsson, B. (1990). Public sector transfers and income taxes among immigrants and natives in Sweden. *International Migration*, no 2.

Gustafsson, B., & Österberg, T. (2001). Immigrants and the public sector-accounting exercises for Sweden. *Journal of Population Economics*, no 4.

Korpi, M. (2008). Migration and wage inequality: Economic effects of migration to and within Sweden 1993-2003. Working Paper Series no 2008:13. Institute for future studies. Stockholm.

Longhi, S., Nijkamp, P., & Poot, J. (2005). A meta-analytic assessment of the effect of immigration on wages. *Journal of Economic Surveys*, no 5.

Longhi, S., Nijkamp, P., & Poot, J. (2006). The fallacy of 'job robing': A meta-analysis of estimates of the effect of immigration on employment. *Journal of Migration and Refugee Issues*, no 4.

Longhi, S., Nijkamp, P., & Poot, J. (2008). Meta-analysis of empirical evidence on the labour market impacts of immigration. Discussion Paper Series no 3418. The Institute for the Study of Labor (IZA). Bonn.

Poot, J. & Cochrane, B. (2005). Measuring the economic impact of immigration: A scoping paper. Discussion Paper no 48. Population Studies Centre. The University of Waikato. Hamilton.

Rooth, D-O., & Ekberg, J. (2003). Unemployment and earnings for second generation immigrants in Sweden. Ethnic background and parent composition. *Journal of Population Economics* no 4.

Rowthorn, R. (2008). The fiscal impact of immigration on the advanced economies. *Oxford Review of Economic Policy*, no 3.

Statistics Sweden (2010), *Befolkningsutvecklingen 1749-2009* (Development of Population 1749-2009). Stockholm.

Vilhelmsson, R. (2000), Ethnic differences in the Swedish youth labour market. PhL-thesis in Economics. Institute of Social Research, Stockholm University. Stockholm.

Wadensjö, E. (1973). Immigration och samhällsekonomi. (Immigration and economy). PhD-thesis in Economics Lund University. *Lund Economic Studies* no 8. Lund. (Summary in English).

2 Aufnahme von Migranten durch das schwedische Bildungssystem

Patrick Liljeqvist, Madleine Médoc, Stella Vogiatzi (Komvux Växjö)

Die folgende Darstellung wurde auf der Grundlage der Vortragsmitschrift und der zur Verfügung gestellten Präsentationsdatei von Heinrich Bücken-Gärtner verfasst.

Alle in Schweden eintreffenden Einwanderer (Flüchtlinge, Asylsuchende und Arbeitsmigranten und deren Angehörige werden von dem jeweils zuständigen kommunalen Amt für gesellschaftliche Vielfalt betreut. Dieses Amt hat die Verpflichtung, eine muttersprachliche Bildung der Kinder und Jugendlichen zu organisieren und ist verantwortlich für die Integration der Einwanderer in die schwedische Gesellschaft. In Växjö übernimmt die kommunale Behörde für Erwachsenenbildung Komvux den Aufgabenbereich der Integration durch Bildung.

Die entsprechenden Integrationsmaßnahmen beruhen im Wesentlichen auf vier Säulen: muttersprachliche Bildung, internationale Klassen, individueller Studienplan und Sprach-Workshops. Eine besondere Bedeutung kommt den sogenannten internationalen Klassen zu. Dort werden die Einwanderer zusammen unterrichtet, die entweder entsprechend ihrem individuellen Studienplan bereit über gewissen Fähigkeiten der schwedischen Sprache verfügen oder als Gruppe eine gemeinsame Sprache sprechen. Diese Klassen haben folgende Aufgaben:

- Integration der Einwanderer in ein schwedisch sprechendes Umfeld
- Vermittlung von Informationen über die schwedische Gesellschaft
- Vorbereitung der Schüler auf den erfolgreichen Besuch einer schwedischen Schule
- Vermittlung von Informationen über das schwedische Schulsystem
- Einführung in die Ziele des schwedischen Bildungssystems
- Zusammenführung von Einwanderern aus verschiedenen Kulturen
- Stärkung des Selbstbewusstseins

Für die schwedische Gesellschaft ist es besonders wichtig, dass die Migranten (vor allem die einwandernden Kinder und Jugendlichen) in Schweden auch eine muttersprachliche Bildung erhalten. Dabei wird vorausgesetzt, dass die betreffenden Personen über Grundkenntnisse ihrer Muttersprache verfügen: Dies gilt nicht für diejenigen Sprachen, die in Schweden den Status einer Minoritätensprache haben; aktuell sind dies: Finnisch, Sami, Jiddisch, Meinikäli und die Sprache der Roma. Die muttersprachliche Bildung stellen die schwedischen Kommunen zurzeit bei 22 Sprachen sicher (u. a. Arabisch, Deutsch, Mandarin, Niederländisch, Persisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch, Türkisch, Ungarisch). In Växjö werden dafür 32 Lehrer eingesetzt, die in der Regel die jeweilige Sprache als Muttersprache kennen. Diese Lehrer unterrichten ca. 1.000 Schüler. Dabei werden Kleingruppen mit 5 Schülern gebildet. Bei Bedarf findet auch Einzelunterricht statt. Jeder Schüler erhält mindestens 60 Minuten muttersprachliche Bildung in der Woche.

Einwandernde Kinder und Jugendliche erhalten kurz nach ihrer Ankunft in einer schwedischen Kommune bei Bedarf in ihrer Muttersprache die wesentlichen Informationen für das Leben in ihrer neuen Umgebung. Dabei sorgen die Schulen auch dafür, dass die Eltern einbezogen werden. Eltern und Schule sollen gemeinsam den individuellen Studienplan für die jeweiligen Kinder und Jugendlichen festlegen und regelmäßig evaluieren.

Für die ersten Schritte des Erlernens der schwedischen Sprache und die Begleitung von Einwanderern, die bereits in eine schwedische Regelschule aufgenommen werden konnten, werden die Sprach-Workshops genutzt. Hier werden entsprechend dem individuellen Studienplan Personen mit einem in etwa vergleichbaren Kenntnisstand zusammengefasst und in Kleingruppen gefördert. Dabei erfolgen auch Hilfen bei der Erledigung der von der Regelschule erteilten Hausaufgaben. Auf diese Weise soll die Erreichung der zwischen Schule und Einwanderern abgesprochenen Ausbildungsziele sichergestellt werden. Dabei wird zugleich auf die Erreichung der sozialen und beruflichen Ziele geachtet.

Mit den dargestellten Maßnahmen sollen die folgenden Ziele erreicht werden:

- Die Einwanderer entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern, damit sie einen entsprechenden Schulabschluss erreichen bzw. eine qualifizierte Erwerbstätigkeit aufnehmen können.
- Die Muttersprache sicher beherrschen.
- Die Identität und das Selbstbewusstsein der multilingual Gebildeten zu stärken.
- Die Eltern in ihrer Verantwortlichkeit für die Bildung ihrer Kinder zu stärken.

Der Erfolg der beschriebenen Maßnahmen wird insbesondere dadurch sichergestellt, dass die Aktivitäten durch einen weitgehend geteilten politischen Konsens begleitet werden. Dieser drückt sich zum einen darin aus, dass die Politik das erforderliche Budget zur Verfügung stellt; zum anderen wird das kommunale Amt für gesellschaftliche Vielfalt durch ein politisches Kuratorium begleitet, das regelmäßige Evaluationen vornimmt. Darüber hinaus sind die Kompetenz und das Engagement der eingesetzten Lehrer (vor allem derjenigen mit den Muttersprachen der Einwanderer) unverzichtbar. Ferner hängt der Erfolg von der beschriebenen Struktur der Bildungsmaßnahmen ab, zu denen auch „Summer Schools“ für Schwedisch gehören.

3 Integration von Flüchtlingen auf dem schwedischen Arbeitsmarkt

Hans-Göran Johansson, Silke Schneider (Behörde für Arbeitsvermittlung)

Die folgende Darstellung wurde auf der Grundlage der Vortragsmitschrift und der zur Verfügung gestellten Präsentationsdatei von Heinrich Bücken-Gärtner verfasst.

Seit dem 1. 12. 2010 gibt es in Schweden ein neues Gesetz, dass die örtliche Behörde für Arbeitsvermittlung verpflichtet, individuell orientierte Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen sowohl in den Arbeitsmarkt, als auch in die schwedische Gesellschaft zu organisieren. Dafür wurde in der schwedischen Zentralbehörde für Arbeitsvermittlung eine entsprechende Organisationseinheit geschaffen. Diese koordiniert die Umsetzung des Gesetzes in den 10 nachgeordneten regionalen Behörden, denen insgesamt 69 örtlich zuständige Arbeitsvermittlungsbehörden unterstellt sind.

Die Zielgruppen des Gesetzes sind zum einen Flüchtlinge mit Aufenthaltsgenehmigung (auch befristete) und deren Angehörige in der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre und zum anderen Jugendliche der Altersgruppe 18 bis 19 Jahre, die ohne Begleitung der Eltern einreisen. Die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen umfassen 6 Aspekte, die unten näher beschrieben werden:

- Integrationsplan
- Integrationscoach (Lots)
- Integrationseinsätze
- Hilfe bei Wohnungssuche
- Integrationsentschädigung
- Evaluation

Der Integrationsplan steht am Ende des sogenannten Integrationsgesprächs, das in mehreren Schritten erfolgt. Es beginnt damit, dass bei der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung ein erster Kontakt mit der örtlich zuständigen Behörde für Arbeitsvermittlung hergestellt wird. Dabei werden die wichtigsten Informationen über die zu erwartenden Hilfen (Integrationscoach und -entschädigung sowie Hilfe bei Wohnungssuche) gegeben. In weiteren Schritten werden die im Ausland erworbenen formalen Qualifikationen und die individuellen Fähigkeiten ermittelt und eine Einschätzung in Bezug auf das individuelle Leistungsvermögen und den bestehenden Qualifizierungsbedarf vorgenommen. Darauf aufbauend wird zwischen der Behörde und dem einzelnen Flüchtling der individuelle Integrationsplan vereinbart.

Der Integrationsplan umfasst max. 24 Monate; dabei soll der Flüchtling entsprechend der üblichen Arbeitsstunden pro Woche an verschiedenen qualifizierenden Maßnahmen teilnehmen. Wenn nur Teilzeillösungen möglich sind (z. B. wegen der Sorge für kleine Kinder), können Kürzungen der Integrationsentschädigung erfolgen. Die qualifizierenden Maßnahmen beziehen sich zum einen auf das Erlernen der schwedischen Sprache, zum anderen auf Kurse mit Bezug zum politischen System und zur Kultur Schwedens und zum dritten auf sogenannte Integrationseinsätze. Hier handelt es sich um Praktika in Betrieben.

Beim Integrationscoach (Lots) handelt es sich um eine Person, die für den einzelnen Flüchtling die Lotsenfunktion bei dessen Bemühungen um die soziale und berufliche Integration übernimmt. Der Integrationscoach ist kein Beschäftigter der Arbeitsvermittlung; er arbeitet in dessen Auftrag. Die Auswahl des Integrationscoaches erfolgt durch den Flüchtling, der dafür im Rahmen des Integrationsgespräches Informationen erhält und sich in einer Datenbank der Arbeitsvermittlung Informationen über verschiedene Integrationscoaches einholen kann. Der Integrationscoach wird von der Arbeitsvermittlung bezahlt; max. bis zum Ende des jeweiligen Integrationsplanes. Der Flüchtling kann jeder Zeit die Zusammenarbeit mit seinem Integrationscoach beenden. Dessen Auftrag und Bezahlung endet dann.

Der Integrationscoach soll den Flüchtling insbesondere motivieren und ermutigen, die vereinbarten Ziele auch bei unerwarteten Problemen nicht aufzugeben. Zugleich erwartet die Arbeitsvermittlung vom Integrationscoach Informationen, inwieweit sich der Flüchtling an die Vereinbarungen im Integrationsplan hält. Eine wesentliche Aufgabe für den Integrationscoach besteht ferner in der Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Bewältigung des Alltages (z. B. Einkaufen, Umgang mit Banken, Versicherungen und Behörden) sowie dem Verstehen kultureller und sozialer Besonderheiten der schwedischen Gesellschaft.

Für alle Flüchtlinge mit einem Integrationsplan (s. o.) ist die Behörde für Arbeitsvermittlung verantwortlich ihnen eine angemessene Wohnung zu beschaffen. Entsprechendes gilt für Arbeitsmigranten (Einwanderer mit einer Arbeitsplatzzusage); für diese Gruppe besteht aber eine andere Rechtsgrundlage (Migrationsverket). Es gilt das Ziel zu erreichen, eine schnelle Wohnraumversorgung sicherzustellen, die im Einklang steht mit dem beruflichen Hintergrund und den Zukunftsplänen der betroffenen Personengruppen.

Bei der Integrationsentschädigung handelt es sich um einen gesetzlich verankerten Anspruch der Flüchtlinge auf finanzielle Unterstützung durch den Staat. Die Auszahlung erfolgt aber nur unter zwei Bedingungen. Zum einen muss ein Integrationsplan vorliegen. Zum anderen dürfen keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Anspruchsberechtigte gegen die im Integrationsplan getroffenen Vereinbarungen verstößt.

Die örtlich zuständige Behörde für Arbeitsvermittlung prüft, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Integrationsentschädigung im Einzelfall vorliegen und trifft dann entsprechend der gesetzlichen Festlegung eine Entscheidung. Die Auszahlung erfolgt durch die Försäkringskassan (Fürsorgekasse). Die Behörde für Arbeitsvermittlung muss auch über die Einstellung und die Reduzierung der Integrationsentschädigung befinden. Eingestellt wird die Zahlung, wenn die Laufzeit des Integrationsplans abgelaufen oder der Aktionsplan obsolet geworden ist, weil eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wurde.

Eine Reduzierung kann zum einen darin begründet sein, dass der Aktionsplan keine Vollzeitmaßnahmen vorsieht. Zum anderen kann die Reduzierung zeitlich befristet als Sanktion für Verstöße gegen die im Integrationsplan vereinbarten Pflichten eingesetzt werden. Ergänzend zur Integrationsentschädigung wird ein Integrationszuschuss und ein Wohnungszuschuss, wenn spezifische Bedarfslagen (insbesondere durch minderjährige Kinder bzw. andere bedürftige Familienmitglieder).

4. Integration von Migranten: Schwierigkeiten und Lösungsansätze auf individueller Ebene aus psychologischer und neurowissenschaftlicher Sicht

Christine Bücken-Gärtner (HWR Berlin)

Die Psychologie beschäftigt sich seit ihren Anfängen vor über 100 Jahren nicht nur mit psychischen Krankheiten, sondern erforscht u. a. auch folgende Fragestellungen: „Wie denken, lernen, erinnern wir? Woher kommen unsere Gefühle? Warum tun wir, was wir tun und warum machen wir es so, wie wir es tun? Wie werden wir, wer oder was wir sind, wie sollen wir unser Zusammenleben mit anderen gestalten?“³ Aus diesen Forschungsfragen ergeben sich unterschiedliche Erklärungsansätze auf die Frage, wie und warum es so viele Probleme gibt, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Kultur aufeinander treffen. Dieser Beitrag stellt sowohl ältere sehr verbreitete als auch aktuelle psychologische Ansätze vor, die mögliche Antworten und Anregungen zur Integration von Migranten bieten. Ergänzt werden diese mit Ergebnissen der neurobiologischen Forschung.

4.1 Zum Begriff der Migration

Der Zweite Integrationsindikatorenbericht, der 2011 für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration erstellt wurde, informiert darüber, dass in Deutschland mehr als 16 Millionen Personen mit einem Migrationshintergrund leben. „Darunter werden selbst zugewanderte Personengruppen (erste Generation) ebenso verstanden wie in Deutschland Geborene, von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist (zweite Generation). Ihre Integration in die Gesellschaft Deutschlands bemisst sich daran, dass sie in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Teilhabechancen haben wie die Gesamtbevölkerung.“⁴

Interessanterweise wird in dem Bericht nicht erklärt, woher die zugewanderten Personengruppen kommen, die integriert werden sollen.⁵ Eine Erläuterung des Begriffs „Migration“ findet sich auch nicht auf den Internetseiten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Lediglich aus der dort zum Download bereitgestellten Broschüre „Ein Amt im Wandel“ kann entnommen werden, dass der Name des 1978 geschaffenen Amtes zunächst „Beauftragter zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer

³ Zimbardo, Philip G.: Psychologie. Berlin: Springer, 1995 (6. Aufl.), S. 3.

⁴ Zweiter Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Köln/Berlin, 2011, S. 10.

⁵ Erst 2005 wurden erstmals mit dem Mikrozensus Personen mit Migrationshintergrund statistisch erfasst. Herkunftsländer sind vor allem die Türkei, Süd- und Südosteuropa, Osteuropa, der Nahe und der Ferne Osten und Afrika. Hinzu kommt die große Gruppe der Aussiedler. Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin, 2009, S. 16 – 27.

Familienangehörigen“ lautete. Die Umbenennung in die heutige Bezeichnung erfolgte erst 2002 mit Beginn der 15. Legislaturperiode.⁶

Die Änderung der Amtsbezeichnung dokumentiert die gewandelte offizielle Einstellung gegenüber Menschen, die zunächst Gastarbeiter, dann ausländische Arbeitnehmer, Immigranten und jetzt Migranten genannt werden. Die Tatsache, dass Migranten dauerhaft in Deutschland leben, ist nicht mehr zu leugnen. Doch werden „Menschen mit Migrationshintergrund“ von der deutschen Bevölkerung eher akzeptiert als „Gastarbeiter“ oder „Ausländer“?

Der Integrationsprozess wird häufig vor allem als Anpassungsleistung der Migranten an die deutsche Gesellschaft betrachtet. Das Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung sieht Migration jedoch „als eine 'anthropologische' Konstante, nämlich als Grundbedingung für die Entstehung und Entwicklung von Gesellschaften.“⁷ Folglich sind sowohl Einheimische als auch Zugewanderte an der Integration beteiligt. Welche Probleme können bei dem Prozess der Entwicklung einer Gesellschaft durch Migration auftreten und warum?

4.2 Abgrenzung gegenüber Fremden

Das Thema Integration ist eng verbunden mit Fragen der Identität, selbstverständlich auf Seiten der Migranten aber auch auf Seiten der aufnehmenden Bevölkerung. Identitätsstiftend für Gruppen war und ist stets auch die Ab- und Ausgrenzung von Fremden. Die Griechen des Altertums nannten zum Beispiel alle Nicht-Griechen „Barbaren“, Nicht-Christen wurden als „Heiden“ bezeichnet. Barbaren galten als roh und ungebildet. Diese Bezeichnung enthielt ebenso eine immanente Abwertung wie die Verachtung von Heiden, denen aufgrund ihrer Ungläubigkeit nach dem Tod die Hölle sicher war. Nur Christen konnten in den Himmel kommen.

Der Politikwissenschaftler Munasu Duala-M'bedy postuliert bereits seit den 1970er Jahren die Erkenntnis, wonach Fremdheit eine Grunderfahrung ist, die alle Kulturen der Welt verbindet und einen Teil der Gesellschaftsbildung darstellt. „Die Kriterien der Fremdheit entwickeln sich im Rahmen des Selbstverständnisses einer Gemeinschaft und bilden den Gegenpol dazu ... Das Problem drückt sich umfassend in der Konfrontation des Anerkannten mit dem Aberkannten, des Normalen mit dem Anormalen aus, primär also in Antinomien.“⁸

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ergibt sich ein erstes Problemfeld im Zusammenhang mit der Integration von Migranten: Identitätsbildung in Gruppen und Individuen braucht Abgrenzung gegenüber fremden Anderen.

Wahrnehmung

Wer sich noch nicht mit dem Thema Wahrnehmung beschäftigt hat, geht in der Regel davon aus, dass es möglich ist, Realität objektiv wahrzunehmen. Dies bildet

⁶ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Ein Amt im Wandel. 30 Jahre Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin 2009, S. 33.

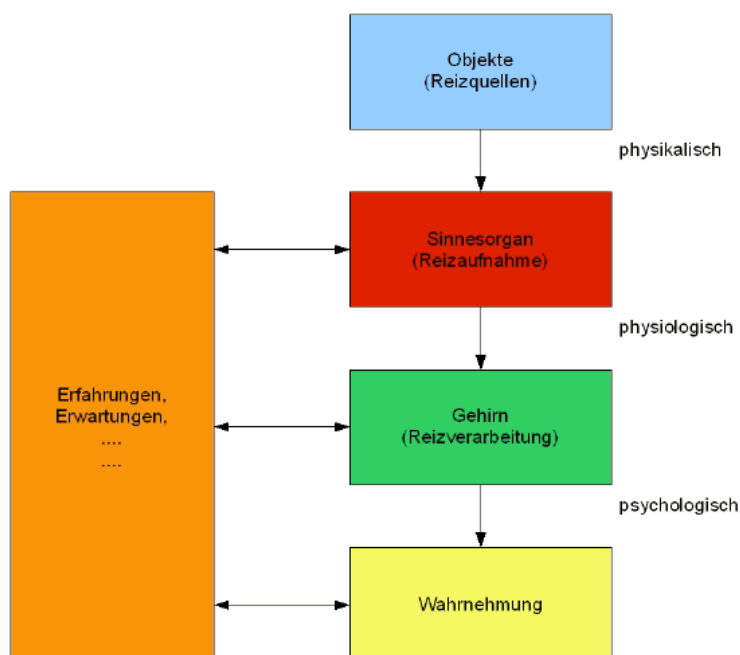
⁷ <http://platform.imir.de/>

⁸ Duala-M'bedy, Munasu: Xenologie: Die Wissenschaft vom Fremden und die Verdrängung der Humanität in der Anthropologie. Freiburg, München: Karl Alber, 1977, S. 21.

die Grundlage für den Versuch, andere von der eigenen – natürlich einzig wahren – Sichtweise zu überzeugen. Die Annahme ist weit verbreitet, dass alle Menschen im Prinzip das Gleiche wahrnehmen wie man selbst. Diese Vorstellung vermittelt ein Gefühl von Sicherheit in einer unübersichtlichen Welt, erschwert aber eine gelingende Kommunikation insbesondere mit Personen, die als fremd identifiziert werden.

In der Psychologie und den Neurowissenschaften bedeutet Wahrnehmung, Informationen aus der Umwelt aufzunehmen und ist die Voraussetzung dafür, dass wir Objekte erkennen. Das folgende Schema verdeutlicht den dabei ablaufenden Prozess.

Abb. 1: Der Wahrnehmungsprozess



Im Wahrnehmungsprozess werden zunächst sensorische Informationen mit den Sinnen aufgenommen und an das Gehirn weitergeleitet, wo aus einer Vielzahl von eingehenden Reizen diejenigen in einem dem Bewusstsein nicht zugänglichem Vorgang ausgewählt werden, die relevant sein könnten. Die Verarbeitung und Interpretation der Informationen beruht auf vorhandenen Erfahrungen bzw. Erwartungen. Erst wenn für die Informationen eine subjektive Bedeutung gefunden wurde, wird der Reiz bewusst wahrgenommen.

Das Gehirn vermittelt in einem weitgehend bewusst nicht zugänglichem Prozess dadurch Sicherheit und Orientierung, indem es zum einen fehlende oder nicht eindeutige Reize „sinnvoll“ ergänzt. Zum anderen werden bevorzugt Reize wahrgenommen, die den Erwartungen entsprechen.⁹

⁹ Vgl. Manfred Spitzer: *Automatik im Kopf. Wie das Unbewusste arbeitet.* In: Martin Spitzer / Wulf Bertram (Hrsg.): *Hirnforschung für Neu(ro)gierige. Braintertainment 2.0.* Stuttgart: Schattauer, 2010, S. 107 – 129. Chris Frith: *Wie unser Gehirn die Welt erschafft.* Heidelberg: Spektrum, 2010. http://www.wdr.de/tv/quarks/global/pdf/Q_Wahrnehmung.pdf (Script zur WDR-Sendereihe „Quarks

Die Kulturpsychologie und die transkulturelle Hirnforschung beleuchten einen weiteren Aspekt. Wahrnehmung funktioniert nicht nur individuell subjektiv, sondern wird auch kulturell geprägt. Ideen, Wissensbestände, Einstellungen, Werte und natürlich die jeweilige Sprache beeinflussen die Wahrnehmung in einem früher nie vermuteten Ausmaß. Die größten Unterschiede wurden in der experimentellen Forschung zwischen fernöstlichen und westlichen Kulturen festgestellt. So nehmen Asiaten die Welt deutlich komplexer wahr als Menschen westlicher Kulturen. Asiaten sehen sich selbst immer im Verhältnis zu anderen, Objekte werden gleichrangig mit allen Umgebungsdaten verarbeitet und miteinander in Beziehung gesetzt. Im Gegensatz dazu fokussieren Angehörige westlicher Kulturen viel stärker ihre Aufmerksamkeit auf einzelne Personen oder Objekte. Problemlösung erfolgt tendenziell im Westen eher durch logisches Denken, im Osten durch ganzheitliche Wahrnehmung. Diese Unterschiede lassen sich in der Hirnstruktur feststellen und können zu Verständigungsproblemen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen führen.¹⁰

Vorurteile

Um kommunizieren zu können, ist es notwendig, eine erste Einschätzung von der anderen Person zu haben. In Sekundenbruchteilen stellen wir fest, ob unser Gegenüber männlich oder weiblich ist und welcher Ethnie er zugehört. Je nach Ergebnis verhalten wir uns sehr unterschiedlich. Wir sind dabei stark geprägt durch kulturelle Einflüsse. So kommt es, dass Menschen, die ihrem Aussehen nach offensichtlich nicht-deutscher Herkunft sind, häufig in sehr einfachem Deutsch angesprochen werden unabhängig von ihrer tatsächlichen Sprachkompetenz.

Zur Erfassung der Umwelt bilden Menschen Kategorien sowohl bei Objekten, wie etwa Möbeln oder Früchten, und auch im Umgang mit anderen Menschen. Die Hirnforschung hat nun mit Hilfe der funktionellen Magnetresonanztomografie folgende interessante Entdeckung gemacht: Begegnen Menschen anderen Menschen oder denken über sie nach, wird nur dann eine Hirnregion direkt hinter der Stirn eingeschaltet, wenn ihnen die andere Person vertraut, sympathisch oder ähnlich ist. Diesen medialen präfrontalen Kortex nutzen wir auch, wenn wir über uns selbst nachdenken. Wenn wir jedoch Menschen als fremd oder unsympathisch wahrnehmen, bleiben neuronale Signale in dieser Region sehr schwach oder bleiben ganz aus. Unser Gehirn greift dann automatisch auf Stereotype zurück. Dies trifft sowohl auf sozial wenig geschätzte Personen wie Obdachlose oder Drogenabhängige, aber auch auf Angehörige mit einem anderen kulturellen Hintergrund wie etwa Migranten zu.¹¹

Wie stark sich die Einschätzungen bei vertrauten und nicht-vertrauten Personen unterscheiden, verdeutlicht eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach

& Co“: Wunder Wahrnehmung – von Sinnestäuschungen und Hirngespinnsten. 2005); <http://dasgehirn.info/> (aktuelle Informationen zur Hirnforschung, u. a. interaktives 3D-Modell vom Gehirn)

¹⁰ Vgl. Georg Northoff: Ein formbarer Geist. In: Gehirn & Geist Dossier, Nr. 3/2010, S. 78 – 83; Simone Einzmann: Verschiedene Arten, die Welt zu betrachten. In: Psychologie heute, Heft 11/2011, S. 76 – 81.

¹¹ Vgl. „Vergleiche stabilisieren unser labiles Selbst“. Interview mit der Sozialpsychologin Susan Fiske in: Psychologie heute, Heft 2/2012, S. 34 – 39.

aus dem Jahr 2000, wobei Männer und Frauen zu den typischen Eigenschaften des anderen Geschlechts gefragt wurden. Dabei war jeweils zu unterscheiden; ob sich die betreffenden Eigenschaften auf Männer bzw. Frauen im Allgemeinen oder auf männliche bzw. weibliche Personen aus dem persönlichen Umfeld bezogen. So schätzten z.B. Frauen Männer im Allgemeinen zu 63% als wehleidig ein, jedoch im eigenen Umfeld nur zu 29%. Männer hielten z.B. Frauen im Allgemeinen zu 76% für zärtlich, im eigenen Umfeld jedoch nur zu 40%.¹² Die Aussagen zu Männern bzw. Frauen im Allgemeinen basierten auf Vorurteilen, während die zu Personen aus dem nahen Umfeld konkrete Erfahrungen als Basis hatten.

Nicht nur Geschlechterstereotype wirken in unserem Alltag. Die Erkenntnisse der Hirnforschung bestätigen Forschungsergebnisse aus den 1950er Jahren über die Entstehung und Wirkung von Vorurteilen. Gordon Allport untersuchte in den USA die Struktur und Ausbreitung von Vorurteilen der weißen protestantischen Mehrheit gegenüber Juden, Negern (wie es damals hieß), Katholiken, Kommunisten und anderen Minderheiten. Er identifizierte Vorurteile als verallgemeinernde Einstellungen, die in feindliches Handeln unterschiedlichen Ausmaßes mündeten. Dabei identifizierte Allport die folgenden Stufen:

1. „*Verleumdung*: Die meisten Menschen mit Vorurteilen reden auch darüber. Gleichgesinnten und gelegentlich auch Fremden gegenüber lassen sie ihren feindseligen Gefühlen freien Lauf ...
2. *Vermeidung*: Wenn das Vorurteil bei einem stärker wird, wird er die Berührung mit Mitgliedern der abgelehnten Gruppe vermeiden, sogar wenn er dafür beachtliche Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen muss ...
3. *Diskriminierung*: Hier macht der Voreingenommene beeinträchtigende Unterscheidungen in einer aktiven Weise. Er möchte alle Mitglieder der abgelehnten Gruppe von bestimmten Berufen, von bestimmten Wohngebieten, von politischen Rechten, Erziehungs- und Erholungsmöglichkeiten und anderen sozialen Einrichtungen fernhalten ...
4. *Körperliche Gewaltanwendung*: Unter der Bedingung von gesteigerter Emotionalität führt das Vorurteil zu verschiedenen Arten von Gewaltanwendung ...
5. *Vernichtung*: Lynchjustiz, Pogrome, Massenmorde und das Hitler-Programm des Völkermordes kennzeichnen den höchsten Grad von Gewalt, durch den sich das Vorurteil ausdrückt.“¹³

Da Menschen ihren Selbstwert aus Vergleichen mit anderen ziehen, führen große soziale Unterschiede zu Statusunsicherheit, Neid, Angst und zur sozialen Verachtung. Schlimmstenfalls werden Angehörige von gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen regelrecht entmenschlicht. Diese Entmenschlichung im Denken kann heute mit Hirnscans nachgewiesen werden.¹⁴

¹² Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann / Renate Köcher (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1998 – 2002, Bd. 11, München: K. G. Saur, 2002, Seite 92f.

¹³ Gordon W. Allport: Die Natur des Vorurteils. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1971, S. 28f.

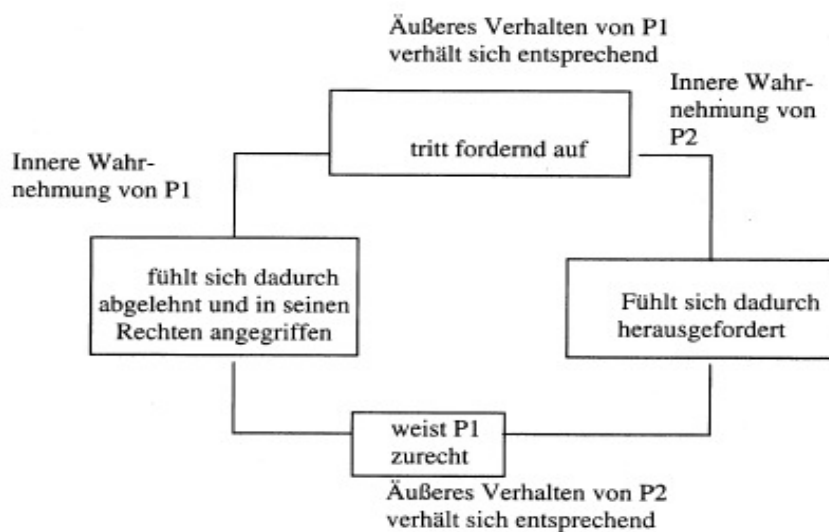
¹⁴ Vgl. Lasan T. Harris / Susan T. Fiske: Perceiving Humanity or Not: A Social Neuroscience Approach to Dehumanized Perception. In: Alexander Todorov / Susan T. Fiske / Deborah A. Preten-

Beispiel: Wahrnehmung und Vorurteil in der Verwaltung

Das Erreichen der letzten Stufe der Allport-Skala „Vernichtung“, die im Völkermord endet, ist zum Glück die Ausnahme, die erste Stufe „Verleumdung“ wird hingegen im Alltag durchaus nicht selten gelebt. Wenn sich Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft begegnen, die jeweils negative Grundeinstellungen und Stereotype gegenüber der anderen Personengruppe haben, sind Schwierigkeiten in der Kommunikationssituation erwartbar. Wenn z. B. ein Migrant eine Behörde aufsuchen muss, der erwartet dort ungerecht behandelt zu werden, wird er eher fordernd auftreten. Trifft er auf einen Verwaltungsmitarbeiter, der davon ausgeht, dass Migranten sich unangemessen verhalten und ihn zurecht weist, wird sich dieser wiederum in seiner negativen Erwartung bestätigt sehen und noch aggressiver auftreten.¹⁵

Die Kommunikationspartner sind mit unhinterfragten Vorstellungen in den Kommunikationsprozess gegangen, nehmen selektiv wahr, fühlen sich in ihren Annahmen bestätigt, reagieren entsprechend und verstärken so ihre Vorurteile. Dieser Kreislauf lässt sich mit dem Teufelskreis-Schema des Kommunikationspsychologen Friedemann Schulz von Thun¹⁶ darstellen:

Abb. 2 Teufelskreis zwischen Migrant (P1) und Verwaltungsmitarbeiter (P2)¹⁷



tice (Ed.): Social Neuroscience. Toward understanding the underpinnings of the social mind. Oxford: University Press, 2011, S. 123 – 134.

¹⁵ Vgl. Eckart Riehle / Michael Seifert: Stolpersteine interkultureller Verwaltungskommunikation. In: Eckart Riehle (Hrsg.): Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001, S. 24f.

¹⁶ Vgl. Friedemann Schulz von Thun: Miteinander reden 2. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 1989, S. 28 – 36.

¹⁷ aus: Riehle/Seifert, a.a.O., S. 25

4.3 The Social Brain – das soziale Gehirn

Im vorigen Kapitel wurde geschildert, wie die subjektive Wahrnehmung und die Vorurteilsbindung die soziale Akzeptanz von Migranten erschweren und damit die Integration behindern. Dies könnte die weit verbreiteten Ansichten bestätigen, dass sich sowohl Individuen als Gruppen von Menschen egoistisch verhalten und von Natur aus dazu neigen, sich zu bekämpfen.¹⁸ Ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft oder gar die Schaffung einer gemeinsamen neuen Gesellschaft erscheint damit illusorisch.

Neurowissenschaftliche Forschungen sind jedoch zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen: Das menschliche Gehirn ist komplett auf soziale Beziehungen ausgerichtet.

Motivation durch soziale Anerkennung

Erst seit ca. 25 Jahren ist ein Nervenzellsystem beim Menschen ebenso wie bei allen Säugetieren bekannt, das als „Motivationssystem“ bezeichnet wird. Experimentell wurde nachgewiesen, dass bei sozialen Interaktionen, die von Vertrauen und Fairness geprägt sind, das Motivationssystem anspringt, um Vitalitäts- und Glücksbotenstoffe zu produzieren: Dopamin versetzt den Organismus psychisch und physisch in einen Zustand von Konzentration und Handlungsbereitschaft, Endogene Opioide bewirken einen Wohlfühleffekt, sie stärken die Lebensfreude und das Immunsystem, Oxytocin verursacht Bindungen und stabilisiert sie, bewirkt Vertrauen.

Soziale Anerkennung führt also zu Wohlbefinden, motiviert zum Handeln und fördert die Gesundheit. Zunächst war nur bekannt, dass Oxytocin bei der Geburt und beim Stillen ausgeschüttet wird, um die Bindung zwischen Mutter und Kind zu stärken. Deshalb ist es auch als „Kuschelhormon“ bekannt ist. Heute weiß man, dass Oxytocin bei allen Menschen die Kooperationsbereitschaft erhöht und das Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber der eigenen Gruppe stärkt. Es kann somit die Abgrenzung gegenüber Menschen anderer Gruppenzugehörigkeit fördern, ohne jedoch zu feindlichem Verhalten zu führen.

Wenn Menschen sich über einen längeren Zeitraum unfair behandelt fühlen, keine Zuwendung oder Akzeptanz erfahren, können nicht mehr ausreichend physisch und psychisch gesund erhaltende Botenstoffe produziert werden. Die Menschen reagieren entweder mit Depressionen oder Aggressionen.¹⁹

Aggressionen durch soziale Ausgrenzung

Jugendkriminalität und -gewalt wird in der öffentlichen Wahrnehmung in der Regel mit jungen Männern mit Migrationshintergrund assoziiert. Ein Erklärungsansatz in der Migrationsforschung sieht die Gewaltanfälligkeit der Jugendlichen darin begründet, dass sie als Angehörige einer Minderheit Schwierigkeiten haben, eine eigene Identität zu entwickeln. Das Aufwachsen in zwei teils sehr divergierenden Kulturen wird als „Kulturkonflikt“ bezeichnet. Hierbei wird jedoch zum einen über-

¹⁸ Siehe hierzu z.B. Richard Dawkins: The Selfish Gene. Oxford: University Press, 1989.

¹⁹ Vgl. Joachim Bauer: Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München: Karl Blessing, 2011, S. 32 – 41.

sehen, dass die bikulturelle Sozialisation auch förderliche Aspekte für die Persönlichkeitsentwicklung haben kann. Zum anderen werden mögliche Ursachen auf Seiten der aufnehmenden Gesellschaft völlig ausgeblendet.²⁰

Andere Theorien erklären das gewalttätige Verhalten junger Migranten mit einem angeborenem Aggressionstrieb oder einem erlernten Verhalten. Neurobiologische Forschungsergebnisse widerlegen diese Annahmen. Vielmehr dienen Aggressionen dem Überleben. Sie ermöglichen einerseits eine Reaktion auf körperliche Schmerzen. Wenn ein Menschen sich sozial ausgrenzt fühlt, wird dasselbe Zentrum im Gehirn aktiv, in dem sich auch körperlicher Schmerz zeigt. Schmerz, egal ob seelischer oder körperlicher, verursacht immer Aggression. Aggressionen haben dann die Funktion, Störungen in zwischenmenschlichen Beziehungen zu beheben.

„Die neurobiologische Bedeutung menschlicher Aggression liegt in ihrer kommunikativen Funktion: Aggression signalisiert, dass ein von Schmerz oder Ausgrenzung betroffenes Individuum nicht bereit und nicht in der Lage ist, eine ihm zugefügte soziale Zurückweisung zu akzeptieren. Um ihre kommunikative Funktion erfüllen zu können, muss sich Aggression allerdings in angemessener Weise äußern. Tritt sie nicht in einem erkennbaren Kontext auf ... kann sie das Problem, das sie eigentlich beseitigen sollte, verschlimmern.“²¹

Kinder und Jugendliche verfügen über geringere Möglichkeiten als Erwachsene, erlebte Zurückweisung kognitiv zu verarbeiten und sich verbal zu wehren. Wiederholt erlebte Gewalt oder Ausgrenzung verfestigen bei Kindern im Gehirn das Wahrnehmungsschema, wonach die Welt ein gefährlicher Ort ist. Selbst völlig neutrale Verhaltensweisen von anderen Personen können dann als feindselig (fehl-)interpretiert werden.

Der Aggressionsapparat wird auch aktiviert, wenn wir beobachten, dass eine andere Person unfair behandelt oder gedemütigt wird. Das Mit-Fühlen des Schmerzes von anderen wird durch die sogenannten Spiegelneuronen ermöglicht.

Spiegelneuronen

Die Spiegelneuronen wurden Anfang der 1990er Jahre durch eine Arbeitsgruppe um Giacomo Rizzolatti an der Universität Parma entdeckt. Dieses Nervenzell-System bildet die neurobiologische Grundlage für Einfühlung, Empathie und intuitives Verstehen. Die Spiegelneuronen bilden eine Art soziales Resonanzsystem. Sie werden durch das Beobachten eines anderen Menschen aktiviert und rufen spiegelbildlich die Gefühle oder Körperzustände des anderen in uns wach - so, als wären es unsere eigenen. Sie imitieren den Zustand unseres Gegenübers und lassen uns so von innen erahnen, was in der anderen Person vorgeht.²²

²⁰ Vgl. Konstantinos Gontovos: Psychologie der Migration. Über die Bewältigung von Migration in der Nationalgesellschaft. Hamburg: Argument, 2000, S. 8 – 22; Haci-Halil Usculan: Riskante Bedingungen des Aufwachsens: Erhöhte Gewaltanfälligkeit junger Migranten? In: Das Jugendkriminalrecht vor neuen Herausforderungen? Jenaer Symposium, 9.-11. September 2008. Eine Dokumentation des Bundesministeriums der Justiz. Mönchengladbach, 2009, S. 187 – 202.

²¹ Bauer, 2011, a.a.O., S. 63.

²² Vgl. Vittorio Gallese / Giovanni Bucciono: Wir und die anderen. Von den Spiegelneuronen zum Mitgefühl. In: Spitzer / Bertram, a.a.O., 43 – 59.

Der Prozess der Spiegelung funktioniert unbewusst und besonders gut bei vertrauten Menschen. Es entstehen innere Repräsentationen, also innere Abbilder, die die Vorstellungen, Empfindungen, Körpergefühle, Sehnsüchte und Emotionen der Personen aus dem nahen Umfeld widerspiegeln.²³ Bei nicht vertrauten Menschen, insbesondere aus anderen Kulturkreisen, können die Wahrnehmungen zu irrtümlichen Annahmen und damit zu Missverständnissen und Konflikten führen. Erschwerend kommt hinzu, wie Untersuchungen gezeigt haben, dass Angst, Anspannung und Stress massiv die Signalrate der Spiegelneuronen reduzieren. Intuitive Reaktionen unter Stress verschlimmern oft die Situation, da sie auf Basis von Stereotypen und ohne Nutzung des rationalen Verstandes zustande kommen.²⁴

Wie in Abbildung 2 dargestellt, kann sich folgender Teufelskreis in der Kommunikation entwickeln:

- Erscheint uns jemand unsympathisch, so werden wir dieses Gefühl auf der unterbewussten Ebene (zumindest auf lange Sicht) vermitteln.
- Unser Gegenüber wird dieses Gefühl (intuitiv) wahrnehmen und darauf (zumeist wieder intuitiv) mit einem negativen Gefühl reagieren.
- Letztendlich wird dann wahrscheinlich auch die Beziehung beeinträchtigt oder unmöglich.

Spiegelbildliche Resonanzreaktionen sind nicht nur in der persönlichen Begegnung möglich. „Die Spiegelsysteme des Menschen unterliegen einer intuitiven Tendenz, sich sozial einzuschwingen. Gesellschaftliche Trends können daher eine enorme Dynamik entwickeln und schnell einen Stellenwert gewinnen, an dem sich die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu entscheiden scheint. Wer die im Trend liegenden Ansichten, Vorlieben und Handlungsvorstellungen nicht in den Pool seiner neurobiologischen Programme integriert hat bzw. nicht bereit ist, die eigenen Programme im Sinne des Trends zu aktivieren, der findet sich rasch außerhalb des gemeinsamen Verständnisraumes wieder.“²⁵

Da sich die in diesem und dem vorigen Abschnitt dargestellten Abläufe vor allem innerpsychisch und unbewusst abspielen, ist es nicht so einfach möglich einen komplexen Vorgang wie die Integration von Migranten allein durch guten Willen von beiden Seiten zum Erfolg zu verhelfen. Zum Abschluss dieses Beitrages werden daher noch einige Anregungen gegeben, wie auf individueller Ebene den geschilderten Schwierigkeiten begegnet werden kann.

4.3 Fazit und Lösungsansätze

Dieser Beitrag hat verdeutlicht, dass die Integration von Migranten kein einseitiger Anpassungsprozess von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Die einheimische Bevölkerung ist ebenso daran beteiligt. Diese Erkenntnis verbreitet sich nur langsam. Während auf der Ebene der internationalen Zusammenarbeit schon seit

²³ Vgl. Joachim Bauer: Warum ich fühle, was du fühlst. Intuitive Kommunikation und das Geheimnis der Spiegelneurone. Hamburg: Hoffmann und Campe, 2005, S. 86.

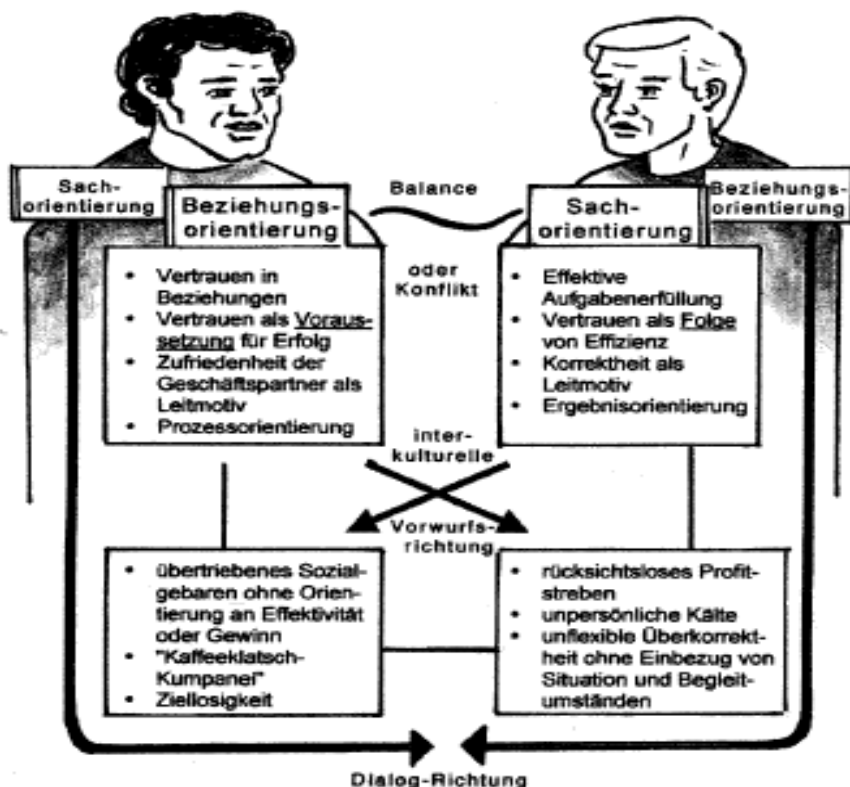
²⁴ Vgl. Bauer, 2005, a.a.O. S. 34f.

²⁵ Bauer, 2005, a.a.O., S. 150f.

längerem insbesondere Führungskräfte geschult werden²⁶, verbreiten sich auf nationaler Ebene erst allmählich sogenannte „Trainings in interkultureller Kompetenz“.

Diese Seminare haben vor allem das Ziel, die Teilnehmer für kulturelle Unterschiede zu sensibilisieren und entsprechend kultursensible Verhaltensweisen einzuüben. Ein wichtiger Bestandteil ist auch die Reflektion der eigenen Kultur und des eigenen Verhaltens. Das Werte- und Entwicklungsquadrat nach Friedemann Schulz von Thun ist hierfür ein nützliches Modell.²⁷

Abb. 3: Werte- und Entwicklungsquadrat zur Beziehungs- und Sachorientierung²⁸



In verschiedenen Kulturen erfahren bestimmte Wertorientierungen unterschiedliche Wichtigkeit. So sind z.B. Deutsche eher sachorientiert und Südamerikaner eher beziehungsorientiert. Menschen neigen dazu, bei dem anderen jeweils die negative Übertreibung wahrzunehmen. So kann Sachorientierung als unpersönlich

²⁶ Vgl. Marion Keup: Internationale Kompetenz. Erfolgreich kommunizieren und handeln im Global Business. Wiesbaden: Gabler, 2010; Dietrich v. Queis: Interkulturelle Kompetenz. Praxis-Ratgeber zum Umgang mit internationalen Studierenden. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2009.

²⁷ Vgl. Dagmar Kumbier / Friedemann Schulz von Thun (Hrsg.): Interkulturelle Kommunikation: Methoden, Modelle, Beispiele. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 2011, 5. Aufl.

²⁸ aus Kumbier / Schulz von Thun, a.a.O., S. 298

che Kälte und Beziehungsorientierung als übertriebenes Sozialgebaren wahrgenommen werden. Das Modell des Wertequadrats bietet die Möglichkeit, das Positive in der anderen Kultur wahrzunehmen und sich bestenfalls ein Stück weit selbst in diese Richtung zu entwickeln. Es zeigt somit einen gangbaren Weg bei der Integration von Migranten.

Unabhängig von entsprechenden Seminaren ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass gemäß den neurowissenschaftlichen Forschungsergebnissen alle Menschen Anerkennung und Zuwendung brauchen, um physisch und psychisch gesund zu bleiben. Soziale Akzeptanz ist das beste Mittel, um aggressives Verhalten zu reduzieren. Es ist möglich, auch bei nicht vertrauten Personen gezielt nach Gemeinsamkeiten zu suchen, um die Spiegelneuronen verstärkt zur besseren Einfühlung und zum besseren Verständnis zu aktivieren.

Ein Schlüsselfaktor zum Gelingen der Integration ist eine wertschätzende Grundhaltung sowohl auf Seiten der Migranten als auch bei der einheimischen Bevölkerung. Wertschätzen heißt, auf das zu achten, was der Wert, d. h. das eigentlich Wichtige in dem ist, was der Andere sagt und tut. Wertschätzung gelingt nur aus der Position des Gleich-Seins, also der Kommunikation auf Augenhöhe. Dies kann zu einem vertrauensvollen Miteinander führen.²⁹

Jenseits aller individuellen und kulturellen Unterschiede könnten sich so auf individueller Ebene für Menschen mit Migrationshintergrund „gleiche Teilhabechancen“, wie es der eingangs zitierte Zweite Integrationsindikatorenbericht nennt, eröffnen.

²⁹ Vgl. Barbara Mettler-v. Meibom: Wertschätzung. Wege zum Frieden mit der inneren und äußeren Natur. München: Kösel, 2006; Anselm Grün / Paul Ch. Donders: Wertschätzung. Die inspirierende Kraft der gegenseitigen Achtung. Münsterschwarzach: Vier-Türme-Verlag, 2011.

E Länderberichte

1 Die Integration von Minderheiten in Belgien

Laurens Brusselmans, Wouter Lagauw, Maarten Soetens, Dieter Synhaeve, Anne-Laure Van de Ginste, Yasmin Van Landschoot, Bert Vanbesien, Pieter-Jan Vandermeersch, Corneel Wille
Prof. Dr. Bertel de Groote, Prof. Dr. Frank Naert

1.1 Einleitung

Durch die ganze Geschichte hindurch sind Menschen immer in Bewegung gewesen. Migration ist das unmittelbare Ergebnis des menschlichen Willens zu überleben oder ein besseres Leben zu führen. Solange Menschen Gründe haben umzuziehen, wird Migration ein Teil unseres Lebens sein. Wenn die Ursachen ihres Weggehens nicht behandelt werden, haben die Menschen oft keine andere Wahl. Wir fragen uns oft: „Machen wir Europa zu einer Festung oder sind wir zu nachsichtig?“ Doch eines ist klar: Selbst die radikalsten Maßnahmen werden Migration nicht verhindern, unsere Welt ist das Produkt von Migration.

Das 21. Jahrhundert wird bereits „das Jahrhundert der Migration“ genannt. Niemals zuvor sind die Menschen so oft umgezogen. Wissenschaftler sagen voraus, dass die Migrationszahlen in den nächsten Jahren noch zunehmen werden. Die Technologie ermöglicht es uns, in atemberaubender Geschwindigkeit um die Welt zu reisen. Leider sind auch heute noch Menschen gezwungen auszuwandern, um vor Kriegen oder Naturkatastrophen zu fliehen. Denken wir an die Flüchtlinge aus Darfur und den Massenzug aus New Orleans durch das Wüten des Wirbelsturms Katrina. Und heute beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Auswirkungen die nordafrikanische Revolution auf die Zuwanderung nach Europa haben wird. Aufgrund ihrer ungewissen Aufenthaltsdauer haben Migranten einen schwachen legalen und sozio-ökonomischen Stand. Bevor sie auswandern, haben sie meist einen Plan für sich und ihre Familien in dem neuen Land. Das Problem ist, dass sie davon ausgehen, dass dort die gleichen Standards herrschen wie in ihrem Heimatland und sich nicht mit der Anpassung an die Welt auseinandersetzen, in der sie landen werden. Darüber hinaus wird das Thema Migration von der einheimischen Bevölkerung meistens als Zumutung empfunden. Migration ist aber eine Realität, und Belgien ist ein Einwanderungsland. Wie können wir das Thema so gestalten, dass beide Seiten davon profitieren können?

Dieser Bericht bietet einen Überblick über die Migrations- und Integrationspolitik mithilfe von Bildung und Ausbildung in Belgien. Im ersten Teil werden wir die Begriffe erklären, die wir in diesem Bericht behandelt haben, damit der Leser eine klare Vorstellung erhält.

1.2 Begriffe

Integration

Als Antwort auf die Migrationspolitik mussten die europäischen Länder eine Migrantenpolitik entwickeln. Aufgrund dessen, dass man lange davon ausging, dass Gastarbeiter die gute Absicht hätten, wieder in ihr Land zurückzukehren,

betraten die Länder das Vorstadium einer zusammenhängenden Einwanderungspolitik. In der Einwanderungspolitik wurde „Integration“ einer der wichtigsten Begriffe. In Belgien können wir tatsächlich von einer Integrationspolitik reden. Wer einen kurzen Blick in die Presse wirft und versucht die sozialen und politischen Debatten zu verfolgen, trifft auf einige Begriffe, die aus der Debatte nicht wegzudenken sind.

- Assimilierung bedeutet, dass die Minderheit die sozialen und kulturellen Eigenschaften der Mehrheit übernimmt, damit sie sich vollständig in die vorherrschende Kultur integrieren kann. Das Ergebnis ist eine homogene und monokulturelle Gesellschaft.
- Diskriminierung bedeutet, dass eine Gruppe von Einwanderern in einer oder mehreren Bereichen der Gesellschaft von den anderen getrennt wird. Man kann seine eigene Kultur problemlos aufrechterhalten, weil es keinen Austausch mit dem Gastgeberland gibt. Das Ergebnis ist hier eine multikulturelle Gesellschaft, in der alle Kulturen nebeneinander her leben.
- Marginalisierung bedeutet, dass eine Gruppe sich nicht länger weder in ihrer eigenen Kultur noch in der Kultur des Gastgeberlandes wiederfindet. Diese entwurzelten Menschen haben keinen Zugang zu ihrer Kultur und sind auf der Suche nach einer Identität, mit der sie in ihrem Leben neu anfangen können.
- Integration ist das Einpassen von neuen Bevölkerungsgruppen in eine Gesellschaft, ohne dass sie ihre eigenen kulturellen Eigenheiten verlieren oder von der Mehrheit isoliert werden. Integration ist ein Teilhaben an der Gesellschaft ohne die Trennung von der Gesellschaft (Diskriminierung) und ohne ein zwangsläufiges Hineindrängen in die sozio-kulturellen Aspekte der Mehrheit (Assimilierung). Kulturelle Unterschiede sollten kein Hindernis sein, an den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben. Integration muss Assimilierung und Diskriminierung vermeiden. Die Absicht dahinter ist, sich nicht nur zu einer multikulturellen Gesellschaft hin zu entwickeln, in der verschiedene Gruppen von Menschen nebeneinander leben, sondern in der diese Gruppen miteinander leben und versuchen, sich zu „integrieren“ im buchstäblichen Sinne. Man strebt nach einer Gesellschaft, in der Unterschiede respektiert werden und in der Menschen mit diesen Unterschieden lernen, offen für andere zu sein und interaktiv versuchen, einander zu „begegnen“. Nein zu multikulti, aber ja zu interkulti!

		Erhalt der eigenen Kultur?	
		JA	NEIN
Kontakt mit dem “Gastgeberland”?	JA	Integration	Assimilierung
	NEIN	Diskriminierung	Marginalisierung

Migration

Migration ist die reale Bewegung von Menschen von einem Gebiet in ein anderes, manchmal über lange Entfernungen hinweg oder in großen Gruppen. In der heutigen Zeit hat sich die Völkerwanderung in der Form von freiwilliger Migration innerhalb der eigenen Region, des eigenen Landes oder darüber hinaus und in der unfreiwilligen Migration fortgesetzt (welche den Sklavenhandel, Menschenhandel und ethnische Säuberung einschließt). Menschen, die migrieren, nennt man Migranten oder genauer gesagt, Auswanderer, Einwanderer oder Siedler.

- Auswanderung ist das Verlassen des eigenen Landes oder der eigenen Region, um sich woanders anzusiedeln. Es ist dasselbe wie Einwanderung, nur gesehen vom Standpunkt des Ursprungslandes aus.
- Einwanderung ist die Einführung von neuen Menschen in eine Bevölkerung oder einen Standort. Ein Einwanderer ist ein Mensch, der legal in ein anderes Land umzieht.

Minderheiten

Jede große Gesellschaft enthält ethnische Minderheiten. Ihr Lebensstil, ihre Sprache, Kultur und Herkunft kann sich von der Mehrheit unterscheiden. Eine Minderheit wird nicht nur definiert über die zahlenmäßige Relation, sondern auch durch die Frage der politischen Macht. An manchen Orten sind ethnische Gruppen, die zahlenmäßig zwar in der Mehrheit sind, dennoch untergeordnet, z. B. die Schwarzen in Südafrika unter der Apartheid. Zusätzlich zu den „traditionellen“ Minderheiten (Langzeiteinwohner), können sie Migranten, Eingeborene oder landlose Nomaden sein. Es gibt im Internationalen Recht keine gesetzliche Definition von nationalen (ethnischen) Minderheiten. Es ist (wahrscheinlich) nur in Europa von der „Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ und der „Recommendation 1201“ (1993) der parlamentarischen Versammlung des Europarats diese exakte Definition vorgesehen. Eine nationale Minderheit kann jedoch theoretisch (nicht per Gesetz) als eine Gruppe von Menschen innerhalb eines gegebenen Nationalstaats definiert werden:

- die zahlenmäßig kleiner ist als der Rest der Bevölkerung des Staates oder ein Teil des Staates;
- die nicht in einer vorherrschenden Position ist;
- die eine Kultur, Sprache, Religion, Rasse, etc. besitzt, die sich von dem Rest der Bevölkerung unterscheidet;
- deren Mitglieder gewillt sind, ihre Besonderheit zu bewahren;
- deren Mitglieder Bürger des Staates sind, in dem sie den Stand einer Minderheit innehaben;
- die eine sich schon lange in dem Gebiet befindet, wo sie gelebt hat.

Das internationale Strafrecht kann die Rechte von rassistischen oder ethnischen Minderheiten auf vielerlei Weise schützen. Das Recht der Selbstbestimmung ist dabei ein Schlüsselthema. Das formale Niveau des Schutzes von nationalen (ethnischen) Minderheiten ist in europäischen Ländern am höchsten.

Ausbildung

Der Begriff Ausbildung bezieht sich auf den Erwerb von Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten als Ergebnis des Lehrens von beruflichen oder praktischen Fertigkeiten und Wissen, die sich auf bestimmte nützliche Fähigkeiten beziehen.

1.3 Um die Gegenwart zu verstehen, muss man die Vergangenheit kennen: “Die Geschichte der Migration in Belgien”

Entwickeln wir uns von einem gastfreundlichen Land hin zu einem Einfallstor für Asylbewerber?

Von 1830 bis zum 1. Weltkrieg: „Wegziehen aus Belgien“

Heute ist unser Land als Einwanderungsland bekannt. Darum vergessen wir oft, dass wir Belgien bis zum 1. Weltkrieg selbst an bessere Orte wegzogen. Nach 1850 waren wir die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Frankreich. Die belgischen Arbeiter waren häufige Gäste der französischen Arbeitgeber, weil sie für ihre außergewöhnlichen Arbeitskraft bekannt waren und oftmals für geringere Löhne arbeiten wollten als ihre französischen Kollegen. Eine neue Welt voller Hoffnung mit dem Namen Amerika öffnete ihre Tore. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde vor allem der nördliche Teil von Amerika ein beliebtes Auswanderungsziel. Nach der Unabhängigkeitserklärung der USA begann die Regierung, Fremde willkommen zu heißen, sie konnten neue Arbeitskräfte gebrauchen. Viele Belgier riskierten die Überfahrt über den Atlantik. Obwohl mehr Belgier im 19. Jahrhundert ins Ausland gingen, kamen auch schon Migranten nach Belgien. Die meisten Einwanderer, die sich in Belgien niederließen, kamen aus Nachbarländern.

Nach dem 1. Weltkrieg

Nach dem 1. Weltkrieg schwoll die Einwanderungswelle in unser Land zu ungeahnter Stärke an, vor allem während der Zwischenkriegsjahre. Das lag hauptsächlich daran, dass die belgische Regierung Rekrutierungskampagnen durchführte, um ausländische Arbeiter für die Kohlenindustrie zu gewinnen. Viele Italiener und Osteuropäer aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden überredet, nach Belgien zu migrieren.

Der 2. Weltkrieg

Während des 2. Weltkrieges ergänzten Einwanderer, die vor dem Elend und den Diktaturen in Süd- und Osteuropa davonliefen, die belgische Bevölkerung. Man denke an Franco in Spanien, Pilsudski in Polen und Mussolini in Italien. Ausländer beteiligten sich auch aktiv am belgischen Widerstand gegen Hitler. Leider verlor unser Land auch viele seiner Einwanderer in diesem Krieg. Zwischen 1942 und 1944 wurden nahezu 30.000 Juden aus Belgien nach Auschwitz und in andere Lager deportiert.

Nach dem 2. Weltkrieg

Nach der Befreiung wurden deutsche Kriegsgefangene in unseren Kohlebergwerken beschäftigt, um die polnischen und russischen Gefangenen zu ersetzen. Einige Deutsche blieben in Belgien, um ein neues Leben anzufangen. Die Gefangenen, die gingen, mussten durch flexible und anspruchslose Arbeitskräfte ersetzt

werden. 1946 entwickelte die belgische Regierung eine Vereinbarung mit Italien, das 50.000 italienische Arbeiter schicken sollte. Für jeden Migranten erhielt Italien eine bestimmte Menge an Kohle. 1956 unterzeichnete die belgische Regierung eine ähnliche Vereinbarung mit Spanien und Griechenland.

Die goldenen Sechziger

In den folgenden Jahren erreichte die Einwanderung in Belgien ungeahnte Höhen. Die Sechziger waren eine Zeit des wirtschaftlichen Wohlstands und können als das Jahrzehnt der „Arbeitsmigration“ bezeichnet werden. Es war das erste Mal, dass Europa mit Migranten konfrontiert wurde, die von außerhalb Europas kamen. Die Nachfrage nach Arbeitern war so gewaltig, dass die belgische Regierung sich gezwungen sah, ihre Rekrutierungspolitik auf ausländische Arbeiter auszuweiten. Zwischen 1961 und 1966 wurden 130.000 Arbeitsgenehmigungen ausgegeben, hauptsächlich an Marokkaner und Türken. Dementsprechend rechnete die Regierung damit, dass durch die Arbeitsmigranten Geld ins Land kommen würde. Darüber hinaus ermutigten sie die Männer, ihre Frauen und Kinder mitzubringen. Dadurch erhoffte sich die belgische Regierung eine höhere Geburtenrate. Die Regierung ging davon aus, dass die Gastarbeiter ihre Löhne in die belgische Wirtschaft investieren würden. Obendrein sah die belgische Regierung diese Einwanderer immer als Gastarbeiter an, die letztendlich wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden.

Darum verknüpfte sich die Einwanderungspolitik der Regierung in Belgien nie mit einer Integrationspolitik. Erst 1989 wurde die erste offizielle Integrationspolitik vorgestellt. Heute zahlen wir den Preis für diese späte Reaktion. Das Verständnis für Menschen mit fremder Herkunft fehlt und das hätte vermieden werden oder zumindest entschärft werden können, wenn wir früher in Sprachkurse und kulturelle Austauschprogramme investiert hätten. Zudem erschwerte diese Politik den Einwanderern den Erwerb der belgischen Staatsbürgerschaft sehr. Im Jahr 1984 wurde die belgische Einbürgerungsgesetzgebung das erste Mal überarbeitet und vereinfacht. Im Jahr 2000 passte die belgische Regierung ihre Einbürgerungsgesetze erneut an und gestaltete die Voraussetzungen für den Erwerb der belgischen Staatsbürgerschaft flexibler. Sie nannten es „das neue Schnell-Belgier-Gesetz“. Dadurch nahmen im letzten Jahrzehnt viele Migranten die belgische Staatsbürgerschaft an. Natürlich hieß nicht jeder dieses Gesetz willkommen.

Die Siebziger und danach

Nach der Ölkrise im Jahr 1973 begann eine Zeit der wirtschaftlichen Verzögerung. Die globale Wirtschaft brach zusammen und Belgien entkam der wirtschaftlichen Verzögerung nicht. In der Zwischenzeit wurde es klar, dass die Migranten, die in den 60er-Jahren als Gastarbeiter kamen, keine Absicht hegten, jetzt als es keine Arbeit mehr für sie gab, „nach Hause“ zu gehen. Darum verkündete die belgische Regierung 1974 einen „Migrationsstopp“. Es konnten nur noch Menschen in unser Land kommen aufgrund des Rechts der „Familienzusammenführung“. Folglich kam eine Zeit der Familienbildung. Frauen und Kinder, Großeltern, Onkel und Tanten folgten und migrierten nach Belgien. Noch heute suchen viele Belgier mit ausländischer Herkunft einen Partner in ihrem Heimatland und dadurch kann die gesamte Familie des neuen Partners ebenfalls einwandern. Durch Familienzusammenführungen und die hohe Geburtenrate stieg die Anzahl der Migranten in

Belgien auch nach dem „Migrationsstopp“ noch weiter. Die Entwicklung vollzog sich von der „Arbeitsmigration“ hin zur „Nachfolgemigration und Heiratsmigration“. Daher können wir die Siebziger als das Jahrzehnt der „Familienzusammenführung“ beschreiben.

Das 21. Jahrhundert: „Belgien, das verheißene Land“

Belgien hielt niemals Migranten davon ab, ins Land zu kommen, die aus humanitären Gründen kamen. Asylsuchende können um Zuflucht bitten. In dem Moment, in dem ein Ausländer offiziell als Flüchtling gesehen wird, ist er nicht länger ein Asylsuchender, er bekommt den Status eines anerkannten Flüchtlings. Die meisten Flüchtlinge kamen aus Palästina, Irak, Afghanistan, Sudan und Kongo. Aber das war ein neues Phänomen in den 80ern oder im „Jahrzehnt des Asyls“. Das Asylrecht wird im Artikel 3 der Europäischen Konvention der Menschenrechte und der Genfer Konvention garantiert. Aber heute ist die Asilmigration zu einem sozialen Problem geworden. Wir brauchen Stellen, die sich mit der Aufnahme, der Steuerung und im Falle einer Ablehnung mit der Rückführung befassen. Zudem stieg die Zahl der wirtschaftlichen Einwanderer immer noch an, darum können wir die Neunziger als „das Jahrzehnt der transnationalen Migration“ bezeichnen. Arbeitgeber sind immer auf der Suche nach billigen Arbeitskräften für schwere Arbeiten, die einheimische Arbeiter nicht mehr übernehmen würden. Menschen aus der ganzen Welt sind bereit dazu, die Drecksarbeit zu machen. Darum sind in den letzten paar Jahren viele Arbeiter aus dem östlichen Teil Europas gekommen, um diese Arbeiten anzunehmen, z. B. um als Putzfrauen oder Erntearbeiter zu arbeiten. Im Jahr 2006 hielten sich 1.003.437 Ausländer in unserem Belgien auf. Das sind ungefähr 10% der Bevölkerung. Viele Menschen denken zuerst an die marokkanische und türkische Bevölkerung, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Jetzt da wir wissen, wo und warum Migranten kommen, müssen wir Belgier uns fragen, welche Richtung unsere Politik einschlagen soll. Das Profil der heutigen Migranten ist nicht dasselbe der Migranten der ersten Generation.

1.4 Auswertung der Politik: die aktuelle Situation im Licht der PISA-Studie

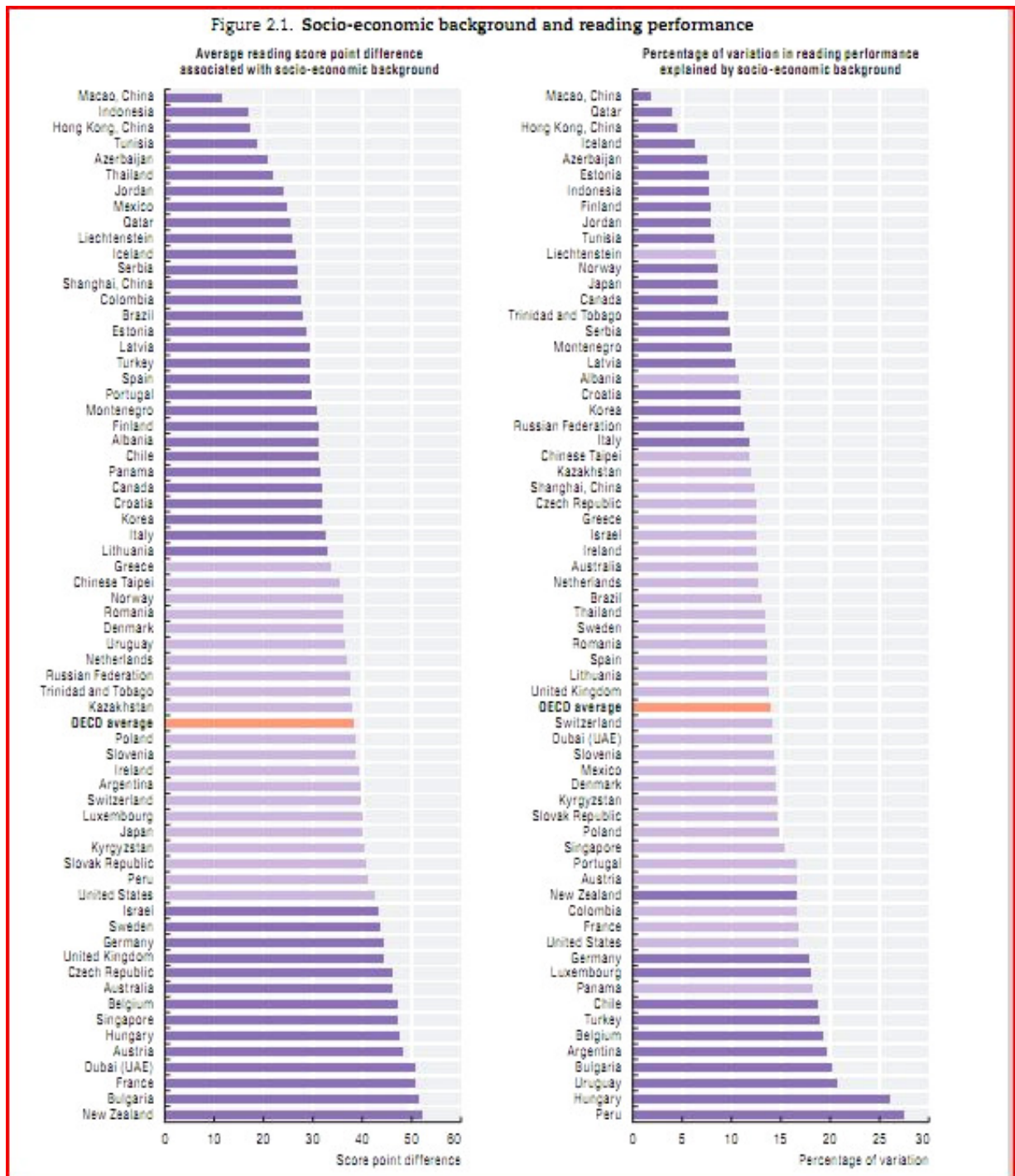
Eine Möglichkeit, die Integration von Einwanderern auszuwerten ist, die Leistungen der Einwanderer auf den weiterführenden Schulen zu beobachten. Der PISA-Studie sei Dank (PISA= Programme for International Study Assessment), können wir die Ergebnisse von Schülern auf weiterführenden Schulen in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen. Sie ermöglicht uns auch, die Ergebnisse von Schülern mit und ohne Migrationshintergrund in einem Land zu vergleichen, was für diese Arbeit besonders interessant ist. Die PISA-Studie wird alle drei Jahre durchgeführt, die letzte Studie erfolgte im Jahr 2009. Die Qualität, Gleichheit und Effizienz von 70 Ländern wurde gemessen und es nahmen rund 470.000 Schüler daran teil. Der Hauptschwerpunkt 2009 war das Lesen, aber auch Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften wurden gemessen. Der wichtigste Teil der PISA-Studie ist der zweite, der erörtert, wie der sozio-ökonomische Hintergrund in Verbindung mit den Lernchancen und Ergebnissen steht.

Beeinflusst der sozio-ökonomische Hintergrund die Leseleistung?

Die PISA-Studie beschriftet zwei Wege, um zu messen, wie die Leseleistung mit dem sozialen Hintergrund in Verbindung steht. Der erste betrachtet den durchschnittlichen Leistungsunterschied zwischen Schülern unterschiedlicher sozio-ökonomischer Hintergründe. Aus der ersten Abbildung von Schaubild 2.1 wird ersichtlich, dass dieser Unterschied in Frankreich, Bulgarien und Neuseeland am größten ist. Auch in Belgien ist dieser Unterschied sehr groß, weit über dem OECD-Durchschnitt. Je größer der Unterschied, umso mehr werden die Leseleistungen äußerst stark vom sozio-ökonomischen Hintergrund beeinflusst. Doch es gibt ein Problem mit dieser Methode, die Leseleistungen zu messen. In Wirklichkeit ist es möglich, dass sozio-ökonomisch begünstigte Schüler schlechter abschneiden als vorhergesagt. Im Durchschnitt bringen sie bessere Leistungen, aber manche von ihnen schneiden schlechter ab. Dasselbe Problem tritt bei sozio-ökonomisch benachteiligten Personen auf. Im Durchschnitt schneiden sie schlechter ab, aber es gibt auch einige, die bessere Leistung erbringen.

Der zweite Weg, um den Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrundes auf die Leseleistungen zu messen, kennt dieses Problem nicht. Die zweite Abbildung von Schaubild 2.1 zeigt den Prozentsatz der Unterschiedlichkeit in der Leseleistung, der von dem sozio-ökonomischen Hintergrund eines Schülers her erklärt werden kann. In Belgien liegt der Prozentsatz der Unterschiedlichkeit bei ca. 19 Prozent bei der Unterschiedlichkeit der Leseleistung von Schülern, die durch sozio-ökonomische Hintergründe erklärt werden können. Der OECD-Durchschnitt liegt beispielsweise bei 14 Prozent.

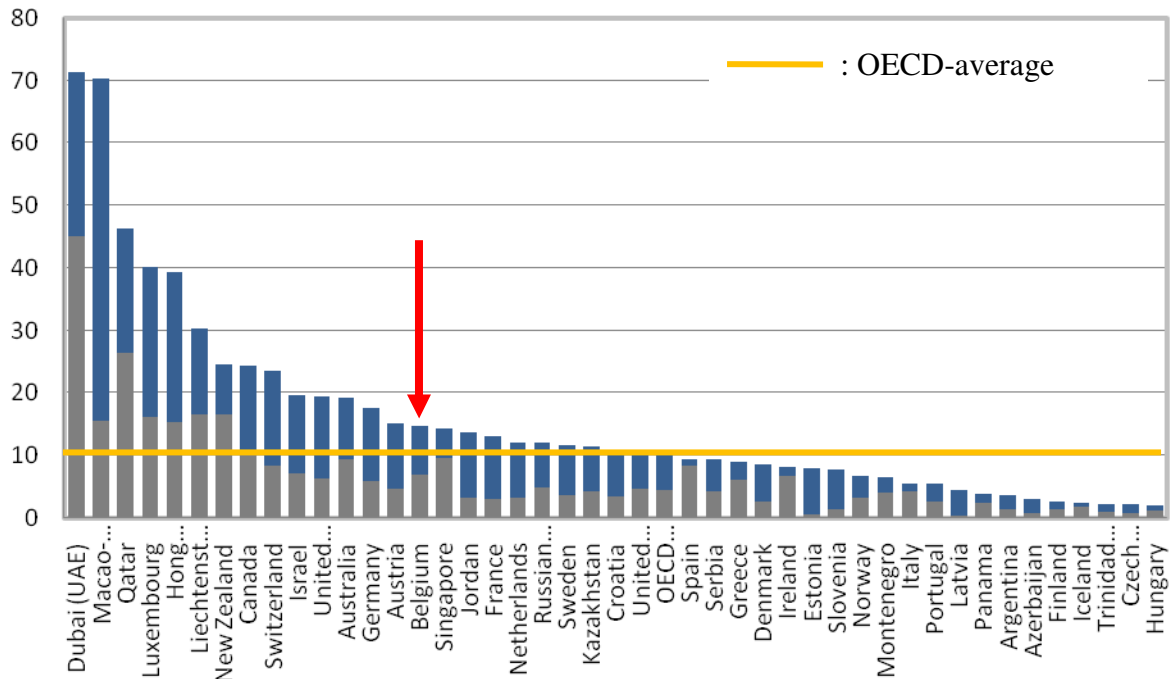
Wir können daraus schlussfolgern, dass der Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrundes auf die Lesekompetenz in Belgien größer ist als in anderen OECD-Ländern (s. Schaubild auf der nächsten Seite).



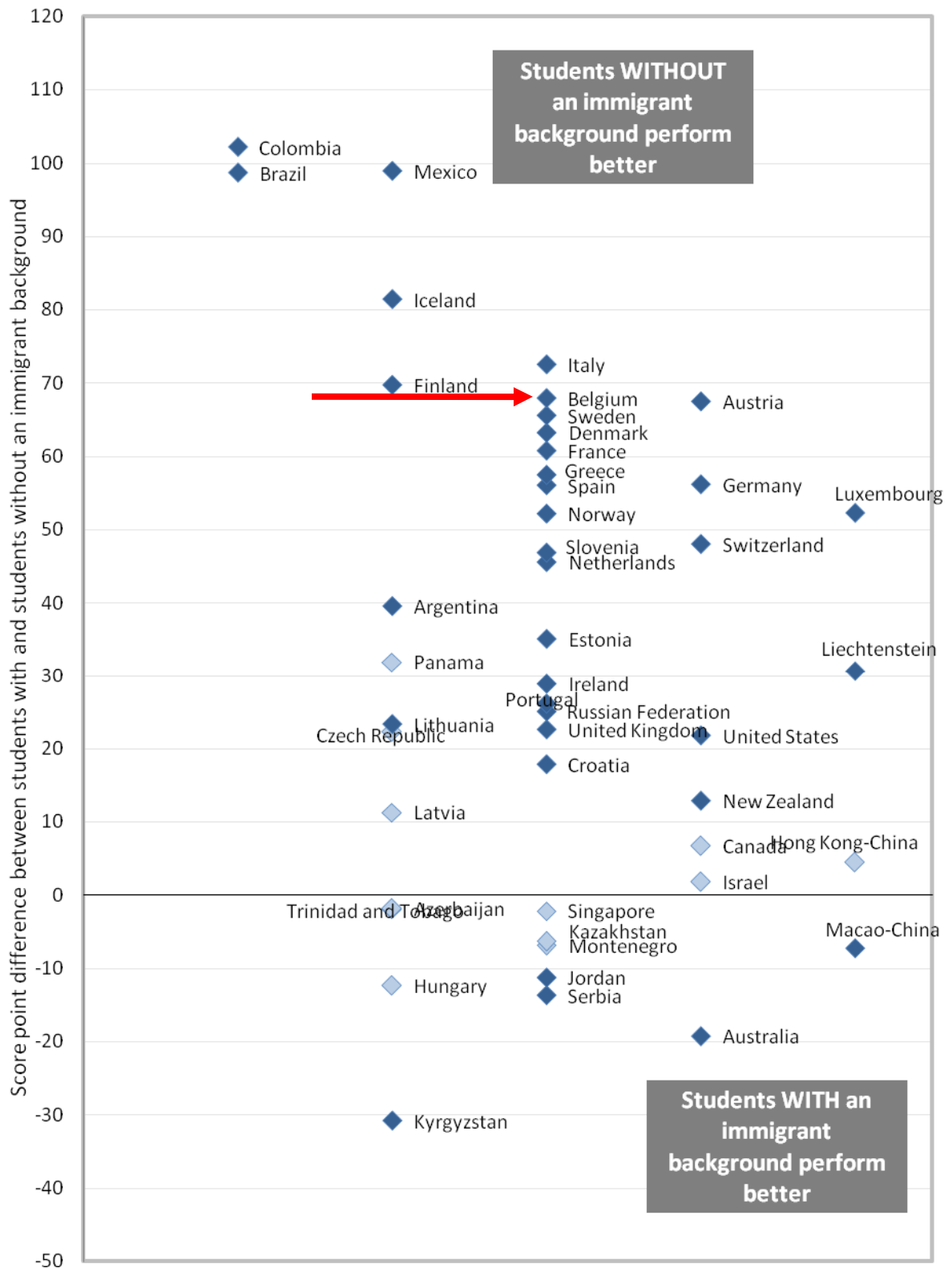
Beeinflusst ein Migrationshintergrund die Leseleistung?

Jetzt kehren wir zurück zu den Fähigkeiten von Schülern mit einem Migrationshintergrund. Der Grund, warum wir zunächst den Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrunds behandelt haben ist, weil wir die Elemente von Migrations- und sozio-ökonomischem Hintergrund miteinander vergleichen wollen. Wir beginnen zunächst mit dem Schaubild, das die Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund zeigt. Das Diagramm zeigt auf der x-Achse den Prozentsatz von Schülern mit Migrationshintergrund, die y-Achse zeigt die unterschiedlichen Länder. Die grauen

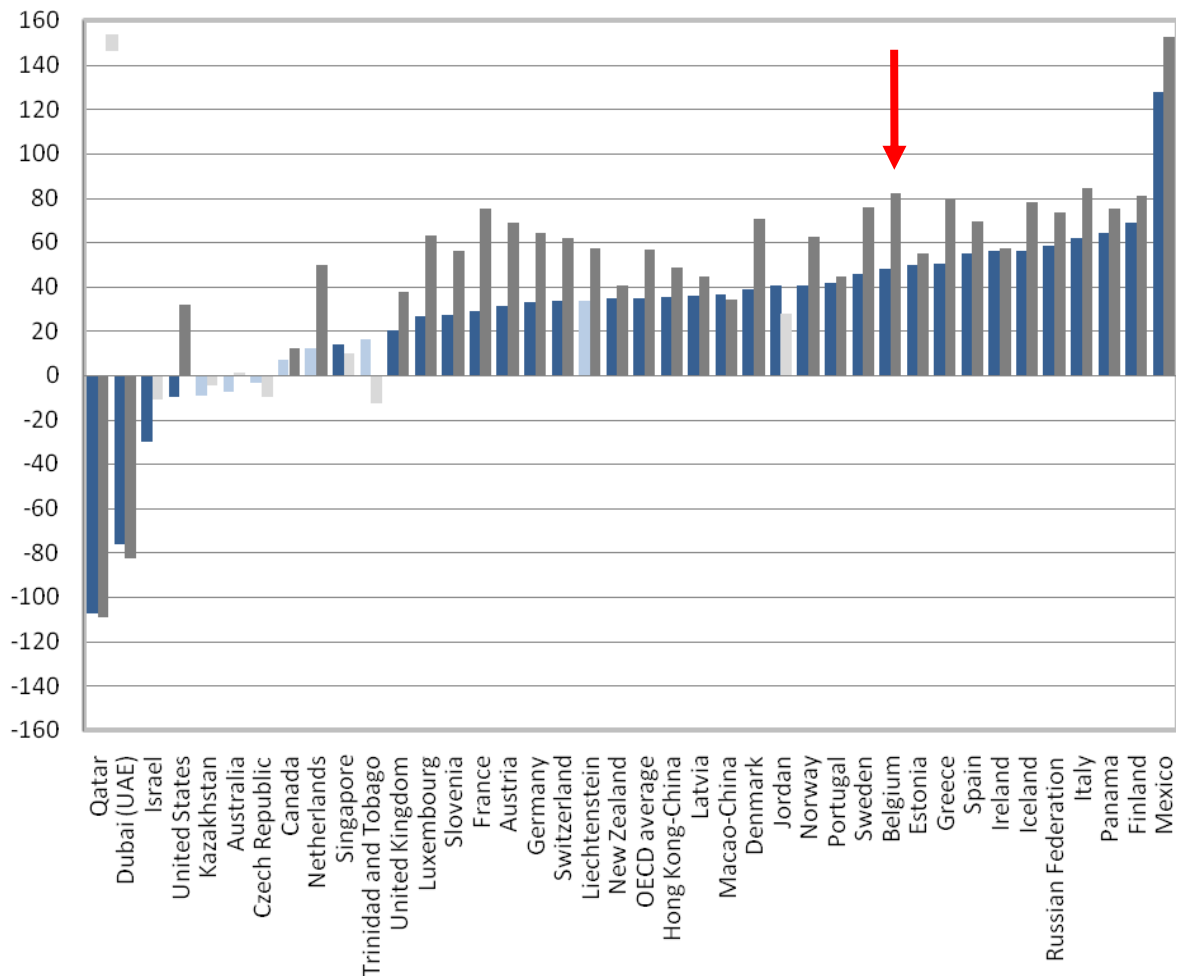
Teile der Balken sind Einwanderer der ersten Generation, die blauen Teile sind Einwanderer der zweiten Generation. Schüler der ersten Einwanderergeneration sind im Ausland geboren, ebenso ihre Eltern. Schüler der zweiten Einwanderergeneration sind im Land der Untersuchung geboren, ihre Eltern allerdings im Ausland. Wir können sehen, dass innerhalb der Schülerbevölkerung von Belgien 15% einen Migrationshintergrund haben. Diese Zahl liegt über dem OECD-Durchschnitt von 10%.



Das nächste Schaubild analysiert den Unterschied zwischen Studenten mit und ohne Migrationshintergrund anhand des Prozentsatzes von Schülern mit Migrationshintergrund. In Belgien schneiden Schüler ohne Migrationshintergrund fast 70 Punkte besser ab als Schüler mit Migrationshintergrund, was ziemlich viel ist, wenn man weiß, dass die durchschnittliche Punktzahl des Tests bei 500 liegt. Die durchschnittliche Differenz in den Ländern der OECD liegt bei 57 (s. Schaubild auf der nächsten Seite).



Im letzten Schaubild dieses Kapitels werden wir die Unterschiede zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und Schülern ohne Migrationshintergrund vergleichen. Der Unterschied liegt dieses Mal darin, dass wir die Situation vor und nach Betrachtung der sozio-ökonomischen Situation vergleichen werden. Es ist wichtig, dass wir wahrnehmen, dass nur Schüler mit Migrationshintergrund, die zu Hause eine andere Sprache sprechen als in der Schule, berücksichtigt wurden. Wir sehen, dass sogar nachdem wir die sozio-ökonomische Situation berücksichtigt haben, in Belgien eine Differenz von mehr als 40 Punkten bestehen bleibt. Das ist sehr viel.



Wir wussten bereits, dass sozio-ökonomisch benachteiligte Schüler schlechter abschneiden als sozio-ökonomisch begünstigte. Jetzt sehen wir, selbst nachdem wir den sozio-ökonomischen Hintergrund berücksichtigt haben, dass immer noch eine große Differenz bestehen bleibt. Das bestätigt die Tatsache, dass das Bildungsniveau von Einwanderern in Belgien schlechter ist als das Bildungsniveau von Nicht-Einwanderern. Das Erziehungsdefizit erschwert es den Einwanderern, in der heutigen Wissenswirtschaft eine Arbeitsstelle zu finden. In Belgien finden 14% der Schulabgänger, die Nicht-Einwanderer sind, innerhalb von einem Jahr keine Arbeitsstelle. In der Gruppe der Schulabgänger mit Migrationshintergrund finden

nur 50% innerhalb eines Jahres eine Stelle; jeder zweite Migrant ist somit erfolglos beim Übergang von der Schule in den Beruf. Offenbar hat eine mangelhafte Bildung einen großen Einfluss auf das weitere Arbeitsleben der Schüler.

Jetzt kennen wir die gegenwärtige Situation des Bildungsniveaus von Einwanderern in Belgien. Nun können wir beginnen, die Politik in Belgien zu analysieren, die sich auf die Integration von Einwanderern durch Bildung richtet.

1.5 Europäische Richtlinien für die Integration von Migranten

Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind von dem Zustrom internationaler Migration betroffen. Darum haben sie beschlossen, eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf EU-Ebene zu entwickeln. Die Europäische Kommission machte Vorschläge zur Entwicklung dieser Politik und sie wurde jetzt zu EU-Recht. Das Hauptziel ist, die Migrationsströme mithilfe einer koordinierten Herangehensweise, die die wirtschaftliche und demografische Situation der EU berücksichtigt, besser zu bewältigen.

Trotz der restriktiven Einwanderungspolitik, die seit den 70er-Jahren in den meisten Mitgliedsstaaten betrieben wird, sind weiterhin große Zahlen legaler und illegaler Migranten und Asylbewerber in die EU gekommen. Aus diesem Grund musste die EU Initiativen starten, um die illegale Einwanderung zu bekämpfen. Doch die EU erkannte ebenfalls, dass wir in bestimmten Sektoren und Regionen Migranten brauchen, um mit wirtschaftlichen Bedürfnissen klarzukommen. Im Jahr 1999 legte der Europarat in Tampere (Finnland) die Bausteine für eine gemeinsame EU-Einwanderungspolitik fest.

Diese sind:

- gegründet auf einen umfassenden Ansatz für die Bewältigung von Einwanderungsströmen, um ein Gleichgewicht zwischen humanitärer und wirtschaftlicher Aufnahmeerlaubnis zu finden
- gerechte Behandlung für Nationalangehörige aus Drittländern, mit dem Ziel, ihnen so weit wie möglich vergleichbare Rechte und Pflichten zu geben wie den Angehörigen des Mitgliedsstaates, in dem sie leben
- ein Schlüsselement für Managementstrategien muss die Entwicklung von Partnerschaften mit den Herkunftsländern sein, einschließlich der Politik von gemeinsamer Entwicklung.

Das wurde 2004 mit der Annahme des Haager Programms beschlossen. Die Ziele waren die Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in der EU für den Zeitraum 2005 – 2010.

Der erste Schritt zur Schaffung einer gemeinsamen EU-Einwanderungspolitik

Die Europäische Kommission stellte im November 2000 einen Informationsaustausch mit dem Europarat und dem Europaparlament vor, um eine Debatte mit den anderen EU-Einrichtungen, mit den Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft zu beginnen. Der Austausch empfahl eine gemeinsame Herangehensweise an Migrationsbewältigung, die folgendes berücksichtigen sollte:

- die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der Union

- die Aufnahmekapazität jedes Mitgliedsstaates gemeinsam mit seinen historischen und kulturellen Verbindungen zu den Herkunftsländern
- die Situation in den Herkunftsländern und der Einfluss der Migrationspolitik auf sie (Braindrain: Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften)
- der Bedarf, spezielle Integrationspolitik zu entwickeln (gegründet auf der gerechten Behandlung von Angehörigen von Drittländern, die sich legal in der Union aufhalten, die Vorbeugung von sozialer Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und der Respekt von Unterschiedlichkeit).

Im Jahr 2001 schlug ein neuer Gedankenaustausch eine offene Koordinationsmethode für die Einwanderungspolitik vor

Das Ziel dieses Gedankenaustauschs war, den Austausch von Informationen über die Anwendung der Politik zwischen Mitgliedsstaaten zu fördern. Der Vorgang enthält den Abschluss von Vereinbarungen über eine Anzahl von europäischen Zielen oder Richtlinien, die die Mitgliedsstaaten in nationale Handlungspläne einfügen könnten, die dann regelmäßig überwacht werden würden.

Die Haupterrungenschaften während des Umsetzungszeitraums des Tampere-Programms (1999-2004)

Die Richtlinien, die vom Rat aufgestellt wurden:

Legale Einwanderungsrichtlinien

- Familienzusammenführung: Im Jahr 2003 trat das Recht auf Familienzusammenführung in Kraft. Die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten musste diese Vorgabe bis spätestens 3. Oktober 2005 umsetzen.
- Langfristiger EU-Aufenthaltsstatus: Ein langfristiger Aufenthaltsstatus für Angehörige von Drittländern wird geschaffen, die sich fünf Jahre lang legal auf dem Gebiet eines Mitgliedsstaates aufgehalten haben, trat am 23. Januar 2004 in Kraft. Die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten musste diese Richtlinie bis 2006 umsetzen.
- Schüler/Studenten: Die Zulassung von Angehörigen von Drittstaaten zum Zweck des Studiums, des Schüleraustausches, eines unbezahlten Praktikums oder freiwilligen Dienstes wurde vom Rat im Dezember 2004 beschlossen. Die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten musste diese Richtlinie bis 12. Januar 2007 umsetzen.
- Wissenschaftler: die Erleichterung der Zulassung von Wissenschaftlern in die EU wurde 2005 umgesetzt.
- Integration und Beschäftigung: Im Jahr 2003 verabschiedete die Europäische Kommission ein Grundsatzpapier zur Einwanderung, Integration und Beschäftigung, in dem sie die EU-Mitgliedsstaaten dazu aufrief, ihre Bemühungen zur Integration von Einwanderern zu intensivieren.
- Die Schaffung von nationalen Kontaktpunkten zur Integration: Das ist ein Forum zum Austausch von Informationen und ein bewährtes Verfahren auf EU-Ebene mit dem Zweck erfolgreiche Lösungen zur Integration von Einwanderern in allen Mitgliedsstaaten zu schaffen und die Koordinierung und die Geschlossenheit der Politik auf nationaler Ebene und mit EU-Initiativen zu gewährleisten.
- Die Schaffung eines Handbuchs zur Integration von Politikmachern und Praktikern: Das Ziel des Handbuchs ist es, den Austausch von Informationen und

bewährten Verfahren zwischen den Interessenvertretern in allen Mitgliedsstaaten voranzutreiben. Es ist zusammengestellt in Kooperation mit den nationalen Kontaktpunkten, den regionalen und lokalen Behörden und den Interessenvertretern, die nicht der Regierung angehören.

- Die Schaffung einer "gemeinsamen Agenda für Integration": Das ist ein Rahmen, der Austausch und neue Handlungsvorschläge vorsieht. Mitgliedsstaaten werden ermutigt, ihre Bemühungen zu verstärken mit der Perspektive, umfassende nationale Integrationsstrategien zu entwickeln, während neue Wege zur Sicherstellung von Einheitlichkeit zwischen den Maßnahmen auf EU- und auf nationaler Ebene vorgeschlagen werden.
- Das Erstellen von Berichten über Migration und Integration, die einen Überblick über Migrationstrends in der EU liefern. Das führt zu einer Analyse von Veränderungen und den Beschreibungen der Maßnahmen, die unternommen wurden zur Aufnahme und Integration von Einwanderern auf nationaler und EU-Ebene im Kalenderjahr 2004.

Beziehungen zu Drittländern:

- Wiederaufnahmevereinbarungen: Diese sind eine Anzahl von Vereinbarungen, die mit verschiedenen Ländern geschlossen worden sind (Hong Kong, Macao, Sri Lanka, Albanien). Verhandlungen mit einigen anderen laufen noch.
- Hilfe für Drittländer: Im Jahr 2004 erließ die EU eine Richtlinie, die ein Programm für finanzielle und technische Hilfe für Drittländer auf dem Gebiet der Migration und des Asyls mit dem Namen „AENEAS“ einrichtete.

Schließlich ist es wichtig, festzuhalten, dass die gemeinsame EU-Einwanderungspolitik sich nicht auf Dänemark anwenden last, das beschlossen hat, sich aus Titel IV des Vertrages auszuklinken, den die Europäische Gemeinschaft beschlossen hat. Das Vereinigte Königreich und Irland beschließen ihre Teilnahme immer von Fall zu Fall (Möglichkeit des Einverständnisses).

1.6 Die gegenwärtige Integrationspolitik in Belgien: Integration und Probleme im Bereich der Bildung

Lernschwächen in den weiterführenden Schulen

In dem Teil, den Laurens ausführte, haben wir gesehen, dass Schüler mit Migrationshintergrund schlechter abschneiden als Schüler ohne. Das lässt sich zum Teil auf den sozio-ökonomischen Hintergrund von Einwanderern zurückführen, doch selbst wenn man den sozio-ökonomischen Hintergrund berücksichtigt, bleibt eine relativ große Differenz zwischen Einwanderern und Nicht-Einwanderern. Diese Lernschwächen von Einwanderern auf den weiterführenden Schulen haben ihre Auswirkung auf den Zustrom von Einwanderern in der Hochschulbildung, was ein großes Problem für die späteren Chancen von Einwanderern auf dem Arbeitsmarkt bildet.

Der Zustrom von Einwanderern zur Hochschulbildung

In der Hochschulbildung sind junge Menschen ausländischer Herkunft nur schwach vertreten. Nur jeder sechste beginnt eine Hochschulausbildung, verglichen mit jedem zweiten jungen Menschen flämischer Herkunft. Dieselbe Entwicklung sieht man auch bei Erwachsenen, die eine Umschulung beginnen wollen.

Die Ergebnisse der TIES-Studie über Türken und Marokkaner der zweiten Generation in Antwerpen und Brüssel – Belgiens größten Städten – zeigt einige Schwächen der belgischen Integrationspolitik auf.

Die Wissenschaftler verglichen Einheimische und Einwanderer. Dieser Bericht zeigte, dass die Erfolgsquote für junge Menschen türkischen oder nordafrikanischen Ursprungs bei 20% liegt. Für andere junge Menschen fremder Herkunft lag die Erfolgsquote bei 33% und für die Flamen bei 60%.

Es gibt drei Hauptgründe für dieses Problem. Zunächst kommen die jugendlichen Einwanderer oft aus einem schwachen sozio-ökonomischen Umfeld, so dass sie zu wenige Vorbilder haben, nach denen sie sich richten können. Sie haben außerdem oftmals problematische Schullaufbahnen in den weiterführenden Schulen: Lernprobleme, schlechte Noten usw. Folglich gehen sie später eher nicht an Hochschulen oder Unis. Und letztlich haben Einwanderer und andere ethnische Minderheiten oftmals einen großen sprachlichen Nachholbedarf und ein geringeres Allgemeinwissen als die Einheimischen.

1.7 Was unternimmt die belgische Regierung?

Integration in Flandern durch Bildung

Das GOK-Dekret ist – frei übersetzt – das Dekret der Chancengleichheit. Es basiert auf drei Säulen. Die erste ist das Recht zur Einschreibung. Das Ziel dieser Säule ist es, der Unterschicht – z. B. Einwanderern – Zugang zu besseren Schulen zu verschaffen und einer Elitebildung entgegenzuwirken. Das Dekret bestimmte, dass eine Schule eine Anmeldung nicht zulassen kann, wenn sie zuvor eine andere Anmeldung abgelehnt hat. Das soll dazu dienen, dass eine Schule nicht nur Einheimische zulässt und Immigranten oder Menschen aus der Unterschicht ablehnt.

Diese erste Säule verpasste ihr Ziel schon am Anfang, denn die Einwanderer kannten die neue Regelung nicht. Die Einheimischen meldeten sich schnell an den Schulen an und somit waren die Schulen bereits voll, bevor die Einwanderer sich selbst anmelden konnten.

Die zweite Säule ist Betreuung. Die Schulen sollten eine umfassende Betreuung entwickeln, die sich an die unterprivilegierten Kinder richtet. Aus diesem Grund subventioniert die flämische Regierung drei Ausbildungseinrichtungen, um Lehrer in ihrer sozialen Aufgabe zu unterstützen.

Die dritte und letzte Säule ist die des "Dialogs": Vorgesetzte werden keine Maßnahmen aufzwingen: die lokale Schule besitzt eine große Selbständigkeit (und Verantwortung), Maßnahmen auszuarbeiten.

Darüber hinaus schuf das GOK-Dekret LOPs, das sind lokale Beratungsstellen. Sie wurden von der flämischen Regierung ins Leben gerufen, funktionieren aber auf einer lokalen Ebene. LOPs versuchen, allen Schülern gleiche Chancen einzuräumen, sich zu entwickeln. Zur selben Zeit versuchen LOPs jeder Form des Ausschlusses, der Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung entgegenzuwirken. Sie versammeln alle Bildungseinrichtungen der Region und ein großes Spektrum lokaler Organisationen, die der Chancengleichheit in der Bildung verpflichtet sind. Die LOPs haben eine wissenschaftliche Aufgabe: sie analysieren die lokale Situa-

tion der Chancengleichheit bei der Bildung. Neben dieser wissenschaftlichen Aufgabe bieten die LOPs auch Beratung an und haben eine Mittler- und Unterstützerrolle.

Das Integrationsdekret von 2009

Das Dekret richtet sich an Einwanderer und Menschen, die in Wohnwagen leben (wie Romas). Es verfolgt genauso wie das GOK-Dekret drei Hauptlinien. Die erste ist Emanzipation: die Integrationspolitik zielt ab auf eine verhältnismäßige Teilnahme von Minderheiten an der Gesellschaft. Zugänglichkeit ist die zweite: öffentliche Einrichtungen sollten für alle Bürger zugänglich sein, unabhängig von ihrer Herkunft. Das Zusammenleben in Verschiedenheit ist die letzte Säule. Die flämische Regierung will den sozialen Zusammenhalt verbessern. Das Werkzeug, das die Regierung dafür nutzt, sind Bewusstseinskampagnen. Das Dekret bestimmt auch die lokalen Regierungen als wichtige Organe der Integrationspolitik (darüber hinaus).

‘Kruispunt Migratie-Integratie’ ist eine Organisation, die die Integrationszentren und -dienste unterstützt. Sie formuliert politische Ratschläge für die Regierung und hat eine koordinierende Rolle, um Politik abzustimmen.

‘Botschaftertätigkeiten’

Schüler mit Migrationshintergrund sind in der höheren Schulbildung und in der Erwachsenenbildung unterrepräsentiert. Einer der Gründe dafür ist – wie wir bereits gesehen haben – der Mangel an Vorbildern in ihrem direkten Umfeld. Darum startete die Regierung dieses Projekt. Schülergruppen oder Hochschulabgänger (Einwanderer oder Einheimische) erzählen von ihrem schulischen Werdegang und ihren Erfahrungen in der Hochschulbildung. Sie sind in Wirklichkeit die Vorbilder für die ethnischen Minderheiten. Sie sensibilisieren sie dafür, eine Hochschulreife zu erwerben und den Schritt in die Hochschulen oder die Erwachsenenbildung zu erwägen.

Integration durch berufliche Ausbildung in Flandern

Der flämische Staat führte im Jahr 2002 das Dekret über die verhältnismäßige Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt ein. Das Dekret richtet sich auf das Einräumen von Chancen für Minderheiten, wie z. B. Einwanderer. Weiter unten werden wir die unterschiedlichen Projekte erörtern. Die Regierung und ihre zwei zuständigen Minister (Muyters: Arbeitsminister; Van den Bossche: Wirtschaftsminister) riefen einige Projekte ins Leben, um Unterschiedlichkeit zu fördern.

- ‘Job Canal’ ist eine Organisation, die hilft, die Unterschiedlichkeit am Arbeitsplatz zu fördern
- LOPs (Local Consideration Platforms): diese Foren wurden vom flämischen Staat eingerichtet, sie arbeiten jedoch auf lokaler Ebene.
- Der Metall- und der Bausektor trafen ein Abkommen, Unterschiedlichkeit zu fördern.

Der VDAB ist der flämische Dienst für Beschäftigung und Ausbildung am Arbeitsplatz. Er bietet eine intensive und individuelle Begleitung für Arbeitssuchende außerhalb der Europäischen Union. Diese Bildungsprogramme beinhalten bestimmte Schulungen und Kurse in Niederländisch für Ausländer. Das Ziel dieser Program-

me ist es, den Austausch und die fachlichen Fertigkeiten von fremdsprachigen Personen zu verbessern.

Lokalpolitik: Gent

Politik zu Integration und Bildung wird auf flämischer Ebene gemacht. Hier war die GOK-Gesetzgebung, die auf flämischer Ebene gemacht wurde, wichtig. Eine gute Politik ist nur dann effektiv, wenn sie gut umgesetzt wird. Die Umsetzung höherer Politik ist eine der Hauptaufgaben der lokalen Verwaltungsebene. Neben der Umsetzung von höherer Politik schafft die Lokalebene auch ihre eigene Politik. In diesem Teil werden wir beide Funktionen der lokalen Verwaltungsebene innerhalb der Integration durch Bildung erwähnen. Wir werden als Beispiel Gent verwenden, weil das die Stadt ist, in der sich unsere Hochschule befindet.

Wir werden mit dem ersten Aspekt beginnen, der Umsetzung von höherer Politik. Die GOK-Gesetzgebung schuf die Einrichtung von LOPs (lokalen Beratungsstellen), worüber wir bereits informiert haben. LOPs sind das Hauptinstrument, um die GOK-Gesetzgebung umzusetzen. In Gent wurden zwei LOPs geschaffen. Eine ist für die Grund- und eine für die weiterführenden Schulen zuständig. Die LOPs versammeln alle Bildungsanbieter in Gent und ein weites Spektrum an lokalen Organisationen, die sich mit der Chancengleichheit in der Bildung befassen. Ein Beispiel einer solchen lokalen Organisation ist das Team Arbeit und Bildung, das das Ziel hat, die Kluft zwischen Schülern aus Einwandererfamilien und Nichteinwandererfamilien zu minimieren. In den LOPs von Gent sind auch zwei Sitze für Migranten reserviert. Die LOPs haben eine Forschungs-, Beratungs- und Unterstützungsfunktion.

Die LOPs schaffen die Möglichkeit der Umsetzung der GOK-Politik. Das ist notwendig, weil die Situation innerhalb Belgiens unterschiedlich ist. Gent ist eine der größeren Städte in Belgien und wir sehen, dass es in den Genter Schulen mehr Einwanderer gibt als an der durchschnittlichen belgischen Schule. Dieses Muster sehen wir in allen belgischen Städten. In der Grundschule beispielsweise liegt die Zahl der Kinder, die zu Hause nicht Niederländisch sprechen, bei 30%. Ein weiteres konkretes Problem der Genter Schulen ist, dass die besseren Schulen Anmeldungen ablehnen müssen, weil sie nicht genügend Plätze haben. In Belgien haben alle Kinder das Recht, sich an der Schule ihrer Wahl anzumelden. In Wirklichkeit gibt es an manchen Schulen nicht genügend Plätze, so dass nur die ersten Bewerber die Gelegenheit haben, an einer bestimmten Schule zu lernen. Im Jahr 2007 waren 56% der abgelehnten Bewerbungen von Kindern mit Migrationshintergrund. Es sieht so aus, als ob die Einwanderereltern grundsätzlich zu spät dran sind mit der Anmeldung an der Schule ihrer Wahl. Ein drittes Problem in Gent ist die Anzahl der Kinder, die in bedenklichen Umständen leben. Davon gibt es in Gent 573 Kinder. Diese Kinder gehören 376 Familien an, davon sind 144 Roma-Familien (Situation im Jahr 2007). Das ist viel, wenn man weiß, dass es nicht weniger als 60% aller Roma-Familien sind.

Diese drei Beispiele veranschaulichen die konkreten Punkte, mit denen eine Stadt wie Gent sich auseinandersetzen muss. Es gibt einige Initiativen, die sich damit befassen. Neben den LOPs gibt es eine Vielzahl lokaler Initiativen, die die Integration von Minderheiten fördern. Die Gesamtheit der Initiativen, die von der Stadt Gent und Dritten mit dem Ziel, soziale Rechte zu wahren, ins Leben gerufen wur-

den, versammeln sich in der „Lokaal Sociaal Beleid“ (lokale Sozialpolitik). Eines der Hauptziele der „Lokaal Sociaal Beleid“ sind die Wachstumschancen von Kindern.

Am Ende dieses Kapitels werden wir zwei der Initiativen der Genter Lokalebene zeigen. Die erste Initiative ist eine Extra-Sprachhilfe. Organisationen, die eine Extra-Sprachhilfe anbieten, erhalten von der Stadt Gent Unterstützung. Ein Beispiel für solch eine Organisation ist VZW Roeland, diese Organisation bietet Sommerlager an, um das Niederländisch von Einwanderern zu verbessern. Die zweite Initiative ist eine Maßnahme, die von dem Integrationsdienst Gent durchgeführt wurde. Sie gab 2.462 Teilnehmern Informationen über ethnisch-kulturelle Unterschiedlichkeiten. Ein Großteil der Teilnehmer waren Schulen aus Gent.

Was hat die Regierung geplant?

Die Regierung und ihre Minister setzten sich am Anfang ihrer Legislaturperiode eine Reihe von Zielen. Während ihrer Regierungszeit und am Ende wird ihre Politik beurteilt werden. Externe Bewerter wie Universitäten, Forschungseinrichtungen und internationale Organisationen (z. B. OSEO) überwachen die Politik. Aber auch die Regierung selbst bewertet ihre Politik, indem sie die vorgeschlagenen Ziele und die Ergebnisse ihrer Politik miteinander vergleicht. Bewertung ist sehr wichtig, vor allem für komplexe Themen wie Integration in Verbindung mit Bildung. Dieser Prozess der Bewertung führt zu politischen Memoranden und Briefen.

Die politischen Memoranden zweier flämischer Minister sind für diese Arbeit wichtig: die von Bildungsminister Pascal Smet und die von Integrationsminister Philippe Muyters.

Pascal Smet schenkt in seinem Memorandum 2009-2014 sozial benachteiligten Gruppen viel Beachtung. Sein Memorandum enthält zwei Hauptziele: Beteiligung und Sprachkenntnisse. Zunächst will er die Beteiligung von benachteiligten Gruppen in der Hochschulbildung fördern. Eines der Mittel, die zu einer höheren Beteiligung führen sollten, ist ein besseres Sprechen der niederländischen Sprache. Das geschieht mit Hilfe der Mittel eines Motivations-Fonds („het Aanmoedigingsfonds“), einer zentralen flämischen Einrichtung. Darüber hinaus wird der Schwerpunkt auf das Sprechen zweier Fremdsprachen gelegt, vorzugsweise Französisch und Englisch. Zweitens ist der Zweck die Weiterführung von OKAN-Klassen. Das sind Klassen, die für Ausländer zwischen 12 und 18 Jahren zugänglich sind. Ihr Ziel ist es, die Niederländisch-Kenntnisse von Ausländern zu verbessern. Der Stundenplan ist praxisorientiert: die Schüler lernen grundlegende Formulierungen, die sie im täglichen Leben gebrauchen können („het dagelijksleven“). Auf diese Weise sollen die OKAN-Klassen dazu beitragen, Ausländer in unsere Gesellschaft zu integrieren. Die Regierung hofft auch, dass dadurch der Zustrom von ausländischen Schülern zur Hochschulbildung einfacher wird.

Philippe Muyters, der flämische Arbeitsminister, hat zwei Ziele. Das eine ist das so genannte „Arbeit zuerst“-Ziel. Der Zweck ist, ethnisch-kulturelle Minderheiten an passende Arbeitsstellen heranzuführen. Das andere Ziel „Ausbildung zuerst“ legt den Schwerpunkt darauf, Arbeit mit einer passenden Berufsausbildung zu verbinden. Muyters will diese Ziele mit einer systematischen Überwachung von Sprachkenntnissen und Beratung erreichen.

1.8 Die Dimensionen

Die gesetzliche Dimension

- das Dekret für beidseitige Bildungschancen (GOK-Dekret)
- Elternbeteiligung
- finanzielle Zugänglichkeit von Bildung
- sprachliche Unterschiedlichkeit und der Umgang damit
- Bildung für neue Ausländer
- Bildung für Schüler ohne legalen Aufenthaltsstatus
- Roma und Bildung
- Zugang und Abgang von ausländischen Jugendlichen zur Hochschulbildung
- Erwachsenenbildung
- Anerkennung von erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen

Das Dekret für beidseitige Bildungschancen

Der Zweck dieses Dekrets ist, allen Kindern, Schülern, Jugendlichen gleiche Bildungschancen einzuräumen. Es überprüft:

- das Recht auf Anmeldung: alle Eltern können ihr Kind an einer Schule ihrer eigenen Wahl anmelden;
- die Gründung von lokalen Beratungsstellen, die helfen sollen, das Dekret umzusetzen.

Schulen bekommen Extra-Unterstützung auf Basis von Indikatoren für Chancengleichheit, um Schülern zu helfen, die Schwierigkeiten beim Einstieg haben. Diese Indikatoren sagen etwas aus über die sozio-ökonomische Situation des Schülers.

Elternbeteiligung bezieht sich auf die beidseitige Beziehung zwischen Eltern und Schule: die Einstellung der Eltern gegenüber Schule und Bildung im Allgemeinen und die Einstellung der Schule gegenüber den Eltern. In der Bildung wird allgemein angenommen, dass eine starke elterliche Beteiligung das Wohlbefinden, die Lernmöglichkeiten und die Ergebnisse des Kindes verbessert. Die Regierung schenkt elterlicher Beteiligung viel Beachtung und will sie verstärken:

- Elterliche Beteiligung ist ein wichtiges Thema in dem Dekret für beidseitige Bildungschancen.
- Die verpflichtende Mitarbeitsaussage zwischen Eltern und Schule

Nicht nur das Dekret macht die Bildung zugänglicher, auch die Regierung versucht, die Zugänglichkeit zu verbessern, indem sie die finanziellen Hürden für große Gruppen von Schülern wegnimmt. Bei den Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen geht es um:

- Bildungsbeihilfen
- Höchstbeträge

Auch bei der Hochschulbildung gibt es eine Reihe finanzieller Maßnahmen.

Bildungsbeihilfen:

- Seit 2008-2009 können Eltern sich bewerben für Zuschüsse zum Kindergarten und für weiterführende Schulbildung.

- Es wird ein Familienantrag eröffnet: Wenn ein Kind die Voraussetzungen erfüllt, gilt das auch für alle Geschwisterkinder.
- Die Eltern können das ganze Schuljahr über einen Antrag stellen.

Für Schüler, die keine belgische Staatsangehörigkeit haben, gibt es Nationalitätsanforderungen.

Der Zugang zur Vorschul-, Grundschul- und weiterführenden Schulbildung ist kostenlos. Doch während des Schuljahres treten auch Kosten für die Eltern auf. Um zu vermeiden, dass diese zu hoch ausfallen, gibt es einen Höchstbetrag für Kindergarten und Grundschule. Der Höchstbetrag legt den höchsten Betrag fest, den die Schule von den Eltern für inner- und außerschulische Aktivitäten fordern kann. Für die weiterführenden Schulen gibt es keinen solchen Höchstbetrag.

Für die weiterführenden Schulen gibt es ebenfalls Maßnahmen, um die finanzielle Zugänglichkeit zu verbessern (Stipendien etc.)

Sprachliche Vielfalt und der Umgang damit

In Belgien gibt es klare Statusdifferenzen zwischen Sprachen:

- Bei Sprachen wie Englisch und Französisch wird Mehrsprachigkeit als Mehrwert angesehen.
- Bei Türkisch und anderen Fremdsprachen spricht man von der nicht-einheimischen Eigenheit als Problem.

Das Unterrichten assoziiert Menschen, deren Muttersprache nicht Niederländisch ist, sehr schnell mit Bildungsrückständen, vor allem wenn ihre Sprache keine Mehrheitensprache ist. Die flämische Regierung betrachtet die Kenntnis von Niederländisch als unumgänglich. Der flämische Bildungsminister gibt Maßnahmen aus, um das Beherrschen der niederländischen Sprache weiter zu verbessern.

Darüber hinaus will der Bildungsminister das Erlernen von Fremdsprachen verstärken. Das beinhaltet nur die englische, französische und deutsche Sprache. Von weiteren sich bildenden und entwickelnden Sprachen von Einwandererminoritäten (wie Arabisch, Farsi und Türkisch) spricht er nicht.

Bildung für neue Ausländer

Alle Minderjährigen, die in Belgien leben, sind schulpflichtig: auch minderjährige ausländische Neuankömmlinge, sogar wenn sie keine legalen Aufenthaltspapiere besitzen. Manche Schulen bieten entsprechende Aufnahmeklassen für junge ausländische Neuankömmlinge an. Empfangstresen weisen jungen Neuankömmlingen den Weg zu den Aufnahmeklassen. Die Herangehensweise der Grundschulen unterscheidet sich von der der weiterführenden Schulen:

- Neuankömmlinge in den weiterführenden Schulen erhalten ein Jahr lang Aufnahmeunterricht in getrennten Aufnahmeklassen. Der Neuankömmling lernt Niederländisch und andere schulische Fertigkeiten. Nach einem Jahr Aufnahmeunterricht wird der Schüler dem regulären Unterricht zugeführt.
- In den Grundschulen wird nicht mit getrennten Aufnahmeklassen gearbeitet. Neuankömmlinge sind die meiste Zeit mit den anderen Kindern im Klassenzimmer. Schulen mit ausreichend Einsteigern erhalten zusätzliche Mittel. Diese werden genutzt, um den Neueinsteigern einige Stunden in der Woche zusätzli-

che Anleitung zu geben. Wiederum ist die Förderung der sprachlichen und sozialen Integration der Neuankömmlinge die Grundlage.

Minderjährige ausländische Neuankömmlinge werden nach einem Jahr der Aufnahme dem regulären Unterricht zugeführt. In weiterführenden Schulen erhalten sie ein zusätzliches Jahr Unterstützung. Die Neuankömmlinge haben Mentoren, die sich um sie persönlich kümmern.

Bildung für Schüler ohne legalen Aufenthaltsstatus

Alle Minderjährigen in Belgien haben das Recht auf Bildung. Eine Schule darf die Anmeldung eines Schülers nicht ablehnen, weil er keine gültigen Aufenthaltspapiere hat. Der Abschluss, den der Schüler in der Schule oder durch eine zentrale Prüfung erhält, ist gültig. Erwachsene haben kein Recht auf Bildung, das sie einfordern können. Sie sind abhängig von der Zulassungspolitik der Schulen.

Roma und Bildung

Schulen, Dienste und Selbsthilfeorganisationen in Belgien weisen darauf hin, dass Roma-Kinder Schwierigkeiten haben, am Unterricht teilzunehmen. Beispiele:

- häufige Abwesenheit,
- Schuleschwänzen,
- Zuspätkommen,
- unbezahlte Rechnungen.

Die Schulprobleme bei Romas sind häufiger als bei anderen Schülern in der gleichen Situation (z. B. Kindern ohne gültige Aufenthaltspapiere). Viele internationale Berichte und europäische Empfehlungen stellen fest, dass alle europäischen Länder dringend lokal handeln müssen, um Roma-Kinder in das Schulsystem zu integrieren.

In Belgien gibt es mehrere Projekte, um Roma-Kinder dem Unterricht näher zu bringen (z. B. die 8 in Antwerpen, Genter Schulen beraten Roma). Die Regierung führt eine umfassende Politik zu Unterricht und dem Schwänzen von Unterricht. Eine konkrete Maßnahme, um die allgemeine Politik zu ergänzen, wird benötigt. Die Regierung bietet Schulen Extramittel, um Roma-Kindern zu helfen. Sie müssen allerdings nachweisen, dass die betreffenden Schüler tatsächlich Roma sind.

Zu- und Abgang von ausländischen Jugendlichen in der Hochschulbildung

Junge Menschen ausländischer Herkunft haben Schwierigkeiten, den Weg zur Hochschulbildung zu finden:

- nur jeder Sechste beginnt mit einem Hochschulstudium;
- Im Gegensatz dazu: jeder zweite junge Belgier

Bei Erwachsenen, die zusätzliche Kurse oder Umschulungen wollen, sehen wir dasselbe: neue und alte Einwanderer finden ihren Weg nicht in Hochschuleinrichtungen.

Nicht jeder ausländische Student erreicht die Ziellinie. Das sind die Quoten für die bestandenen Prüfungen im ersten Jahr der Hochschulbildung:

- Junge Menschen aus der Türkei und Nordafrika: 20%
- Junge Menschen aus anderen Minderheiten: 33%

- Flämische Jugendliche: 60%

Es gibt eine Anhäufung von Risikofaktoren:

- Junge Einwanderer kommen oftmals aus niedrigeren sozio-ökonomischen Hintergründen. Sie haben zu wenige starke Vorbilder in ihrer direkten Umgebung,
- Sie haben oft eine problematische Schullaufbahn hinter sich: Ausfallzeiten, Sitzenbleiben, schlechte Noten;
- Sie haben oft eine weniger starke Vorbildung, größere Sprachprobleme, einen weniger gut gelaufenen Studienprozess.

In seinem Grundsatzpapier (2009-2014) sagt der Bildungsminister Pascal Smet, dass er die Beteiligung an der Hochschulbildung steigern will, vor allem bei jungen Menschen aus benachteiligten Gruppen. Hier sind einige Beispiele bereits existierender Maßnahmen:

- Ein Motivationsfonds für Hochschulbildung mit zusätzlichen Mitteln für Hochschulen und Universitäten. Dieser Fonds ist vorgesehen für die Anwerbung, Förderung und den Ausfluss von benachteiligten Gruppen in der Hochschulbildung.
- Projekte, die den Zustrom durch den Zu- und Abgang von benachteiligten Gruppen bei der Lehrerbildung fördern, erhalten drei Schuljahre lang zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Erwachsenenbildung

Menschen mit anderer Herkunft wollen oder müssen Arbeit und Unterricht miteinander verbinden. Vollzeitunterricht ist finanziell oft nicht machbar. Mit einer Schulung der Erwachsenenbildung verbessern sie ihre Fertigkeiten und Talente. Sie verbessern ihre Beschäftigbarkeit. Erwachsenenbildung kann auch eine gute Vorbereitung für den Bachelor oder Master-Abschluss sein, zum Beispiel für Neuankömmlinge.

Erwachsene können einen anerkannten Abschluss, ein Diplom oder Zertifikat erhalten

- durch Hochschulbildung,
- durch Erwachsenenbildung, dort gibt es drei Ebenen:
 - ✓ Basisbildung, organisiert vom Zentrum für Basisbildung für Erwachsene (www.basiseducatie.be),
 - ✓ weiterführende Bildung, organisiert vom Zentrum für Erwachsenenbildung (CVO),
 - ✓ höhere berufliche Erwachsenenbildung, ebenfalls organisiert von den CVOs.

Welche Hindernisse gibt es?

- Die Kombination von Lernen und Arbeiten ist anstrengend und schwierig.
- Das Angebot der Kurse für Niederländisch sind zu wenig auf den Sektor zugeschnitten, in dem die Person arbeitet oder arbeiten will.
- Manche Menschen haben eine falsche Vorstellung von dem Kurs.
- Das Studium ist finanziell schwierig.

Anerkennung von erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen

Menschen, die in Belgien oder im Ausland studiert haben, oder Menschen, die ihren Beruf durch Erfahrung gelernt haben, sind in der Lage, ihre Studien abzukürzen oder sogar unmittelbar zu arbeiten. Das ist möglich. Aber dann müssen sie ihre erworbenen Qualifikationen und Fähigkeiten anerkannt bekommen.

- AAL = Beglaubigung von erworbenen Fähigkeiten
Fähigkeiten: alles Wissen und Verständnis, Fertigkeiten und Einstellungen.
Sie werden nicht nur in der Schule erworben, sondern auch im Beruf, Praktikum oder Studium.
- AAN = Beglaubigung von erworbenen Qualifikationen:
 - ✓ Zeugnisse
 - ✓ Jeder Studiennachweis, sei er im oder außerhalb des Landes erworben, um zu zeigen, dass jemand einen formalen Unterricht bestanden hat.

Die Anerkennung von erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen bietet viele Vorteile:

- Für die Betroffenen: sie erhalten im sozialen, wirtschaftlichen und schulischen Kontext mehr Gelegenheiten, Perspektiven und Anerkennung ihres Wissens und ihres Könnens. Für neue und bereits ältere Einwanderer, die Überseequalifikationen und Fertigkeiten erworben haben, kann solch eine Anerkennung unumgänglich sein, um eine bessere soziale Position zu erlangen.
- Für Arbeitgeber: sie erhalten einen besseren Überblick über die Fertigkeiten potenzieller Angestellter.
- Für das Bildungswesen: es kann genauere Lehrpläne für Schüler entwickeln und wird für bestimmtes Publikum besser zugänglich sein
- Für die Gesellschaft: die Entwicklung der Wissensgesellschaft wird gefördert, Talente finden ihren Platz in unserer Gesellschaft einfacher, berufliche Mobilität wird gefördert.

Die psychologische Dimension

Wenn wir uns Integration auf einer psychologischen Ebene ansehen, fallen uns einige Dinge ein. In diesem Teil der Arbeit werden wir uns die Probleme der Integration von Einwanderern genauer ansehen, insbesondere wie Migranten die Integration erleben und wie die örtliche Bevölkerung auf diese Menschen reagiert.

Was ist der Hauptgrund, um nach Belgien einzuwandern?

Zunächst erörtern wir, warum Migranten in Belgien bleiben wollen, das könnten politische, wirtschaftliche oder persönliche Umstände im Heimatland sein. In diesen Fällen fliehen die meisten Menschen aus ihrem Land. Wenn es viel Gewalt oder politische Instabilität gibt, die ihr Leben bedrohen könnten, neigen die Menschen zur Flucht. Es ist ebenfalls möglich, dass Menschen aus persönlichen Gründen auswandern, weil die persönlichen Umstände in jenem Land ernst genug sind, um wegzugehen, damit ihr Leben nicht in Gefahr gerät. Die Menschen wandern ebenfalls aus, wenn ihr Land sich in einer wirtschaftlichen Rezession befindet und die Bewohner eine Arbeit finden müssen, um für sich oder ihre Familien sorgen zu können. Wenn sie nach Belgien kommen, haben sie bereits ihre Lebensumstände verbessert und werden darum dauerhaft oder vorübergehend bleiben.

Zweitens, wenn Menschen in elenden Verhältnissen leben, wandern sie aus wegen des Wohlstands eines besseren Lebens für sich oder ihre Familien. Wenn wir uns das Sozialsystem in Belgien ansehen, sehen wir, dass wir unseren Bürgern im Vergleich zu anderen Ländern viel anbieten. Das macht Belgien zu einem sehr interessanten Einwanderungsland. Wenn sie einmal hier angekommen sind, beginnen sie das System zu mögen und bleiben. Die Leistungen, die die belgische Regierung bietet, sind bedeutend im Vergleich zu dem, was ihre Heimatländer zu bieten haben.

Wenn Menschen nach Belgien eingewandert sind, fangen sie an, sich zu integrieren. Sie finden normalerweise eine Arbeitsstelle und werden sozial interaktiv. Sie beginnen, sich ein neues Leben aufzubauen. Wenn das geschehen ist und sie mit den aktuellen Umständen zufrieden sind, werden sie nicht mehr geneigt sein, in ihr Heimatland zurückzugehen.

Belgien ist ebenfalls bekannt dafür, ein sehr offenes Land zu sein, was die Integrationspolitik anbelangt. Eine allseits bekannte Tatsache ist, dass wir ein einzigartiges Sozialsystem haben. Wir haben Arbeitslosengeld, Krankengeld, Kindergeld, Rentenzahlungen, Mutterschutz und viele andere Systeme, die die Bewohner von Belgien in schwierigen Zeiten unterstützen sollen. Das hat den negativen Effekt, dass viele Menschen hierher ziehen wegen dieser Faktoren.

Nachstehend erörtern wir die psychologischen Auswirkungen der Migration auf das Maß an Kontakten zwischen der einheimischen und der eingewanderten Bevölkerung.

Wie fühlen die Migranten sich mit ihrer Einwanderung nach Belgien?

Migranten sind mit vielen Problemen konfrontiert, wenn sie in ein fremdes Land auswandern. Es gibt zwei Unterschiede in der Herkunft der Migranten, es gibt diejenigen, die dieselbe Kultur wie wir haben und diejenigen, die eine andere haben.

Diejenigen mit derselben Kultur (europäische Migranten) haben Probleme mit der Sprache und sozialen Unterschieden. Sie fügen sich normalerweise recht schnell in die Gesellschaft ein. Ihre sozialen Fähigkeiten sind abgesehen von kleinen Unterschieden unserer Lebensform sehr ähnlich.

Nicht-europäische Migranten müssen ebenfalls die Sprache, die Lebensform, die politischen Veränderungen, den Umgang miteinander, unsere Gewohnheiten ... lernen. Diese Veränderungen können schwer zu erlernen sein, und manche Menschen lehnen es ab, sich an diese Unterschiede anzupassen. Wir finden diese Probleme meistens bei Migranten, die eine andere Religion haben.

Die Mehrheit der Einwanderer (60%) hat die Wahrnehmung, dass sie mehr erreichen muss, um gleich behandelt zu werden. 52% der Migranten haben das Gefühl, dass sie die ganze Gruppe derer repräsentieren, die die gleiche Herkunft haben und 75% haben das Gefühl, dass die belgische Bevölkerung diese Menschen ansieht, als seien sie alle gleich. Die Taten des einzelnen beeinflussen die gesamte Gruppe. Das führt zu sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung und zeigt uns, dass nicht jeder die gleiche Chance bekommt. Letztlich glauben 62% der Migranten, dass die Belgier einen Vorteil haben, weil sie gebürtige Belgier sind. Diese Zahlen legen den Schluss nahe, dass ein Migrant eine negative Repräsentation im wirtschaftlichen Leben aufweist.

Einstellungen der belgischen Bevölkerung gegenüber Einwanderern

Wenn wir uns die Zahl von Migranten in Belgien anschauen, sehen wir, dass die meisten Migranten aus den Niederlanden und aus Frankreich kommen, gefolgt von Marokkanern, Polen, Türken und Deutschen. Die Gruppe, die am meisten ins Auge fällt, sind die Türken und Marokkaner. Sie kamen in den Fußstapfen der italienischen Migranten, um die Arbeit zu machen, die die einheimischen Bewohner nicht machen wollten. Als in den 70ern die Rezession kam, stoppte der Arbeitsfluss. Wenn heutzutage Einwanderer nach Belgien kommen, ist es aus Gründen der Familienzusammenführung.

Wenn wir uns die geografische Lage der Migrantengruppe ansehen, die am meisten ins Auge fällt (die Türken und Marokkaner), können wir sehen, dass sie in den Städten Gruppen bilden. Die Folge davon ist eine starke kulturelle Trennung der belgischen Bevölkerung und der ausländischen Migranten. Der Teil der Migranten, der nicht so ins Auge fällt, ist in den Städten weniger vereint.

Wir sehen, dass ungefähr 12% der belgischen Bevölkerung mit der kulturellen Mischung in den Städten nicht glücklich ist. Nur in Antwerpen bemerken wir eine stärkere Abneigung gegen Migranten. Hier steigt die Zahl auf 20%, was teilweise auf den starken Einfluss der Partei „VlaamsBelang“ zurückzuführen ist. VlaamsBelang ist politisch stark rechts. In den Wahlen 2007 versuchten sie 11% der Stimmen zu erhalten, was für einen dritten Platz im Ranking der größten Parteien reichte. In den letzten Wahlen (2010) reduzierte sich die Zahl auf 8%. Jetzt sind sie auf Platz 7 der größten politischen Parteien in Belgien. Man kann sagen, eine positive Entwicklung.

Belgien hat sich verändert. Aufgrund fehlender Regierung gibt es keine angemessene Politik, die für die Auswahlprozesse und die Integration von Migranten ausgearbeitet wird. Dieser Mangel an Politik ist der Grund für einige Probleme. Ausländer auf der ganzen Welt denken, dass Belgien ein Paradies für Einwanderer ist. Die Erwartungen sind hoch und zu viele Menschen versuchen hereinzukommen. Dieses Problem kann nur aufgehalten werden, wenn klare Entscheidungen in der Migrationspolitik getroffen werden.

Eine negative Folge des Überflusses an Migranten ist, dass ein Phänomen namens Rassismus in unsere Gesellschaft Einzug hält. Menschen beginnen, diese Personen zu diskriminieren, hauptsächlich aufgrund ihrer Hautfarbe, nicht aufgrund ihrer Herkunft. Die steigenden Einwandererzahlen bringen die Menschen dazu, die ausländische Bevölkerung zu verachten. Das führt zu körperlicher und seelischer Gewalt. Die Migranten erhalten nicht die gleichen Chancen, eine Arbeit zu finden, einen Kredit zu erhalten etc. wie die einheimische Bevölkerung. Das ist ein stark zunehmendes Problem in Belgien. Im letzten Jahr sind wir auf einige Probleme gestoßen. Zum Beispiel haben in diesen schlechten wirtschaftlichen Zeiten 48% der Migranten den Eindruck, dass die Belgier glauben, sie würden ihnen ihre Arbeit wegnehmen. Viele Diskussionen über die kulturellen Unterschiede zwischen diesen Menschen entstehen. Ein neueres Thema war das Verbot von Kopftüchern in einer öffentlichen Schule in Antwerpen. Die Folge davon waren eine große politische Diskussion und kleine Aufstände in einigen Schulen mit einer hohen Dichte an islamischen Studenten.

Die soziale Dimension

Das Gesetz zur sozialen Integration strebt nach maximaler Integration und Beteiligung in der Gesellschaft. Die PSWCs (Public Social Welfare Centers: öffentliche soziale Wohlfahrtszentren) verfügen über starke Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, z. B. Beschäftigung, aber auch über Mittel, um die sozio-kulturelle Beteiligung zu fördern und die digitale Kluft zu überbrücken.

Die PSWCs jeder Stadt haben die Pflicht, das Recht aller Personen auf soziale Integration zu garantieren, die nicht genügend Mittel haben und die alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Das Ziel muss sein, maximale Integration und Beteiligung in der Gesellschaft zu erreichen, wofür die PSWCs über drei wichtige Werkzeuge verfügen: Beschäftigung, Existenzminimum und ein individualisiertes Projekt für soziale Integration, entweder einzeln oder miteinander kombiniert.

Als am 24. Mai 1994 eine Warteliste für Ausländer eingeführt wurde, die sich um einen Flüchtlingsstatus bewerben, wurden alle Asylbewerber in eine einzige Liste eingetragen mit dem Ziel, eine harmonische Verteilung der Asylanten in allen Bezirken zu erreichen. Sowohl der Verteilungsplan und als auch die Zuteilung der sich bewerbenden politischen Flüchtlinge zu einem PSWC werden vom Ausländeramt entschieden. Wie bei den anerkannten Flüchtlingen und Ausländern liegt die Kompetenz bei dem PSCW des tatsächlichen Wohnorts.

Die Verteilung erlegt nur einen verwaltungsmäßigen Aufenthaltsort und keinen tatsächlichen Wohnort auf. Die Verfassung garantiert freie Wohnsitzwahl für Antragsteller, die daher völlig frei entscheiden können.

Welche Unterstützung kann das PSWC gewährleisten?

- Existenzminimum (Gesetz vom 26.05.2002): für anerkannte Flüchtlinge und Ausländer, die meldeamtlich registriert sind
- finanzielle Unterstützung (Gesetz vom 2.4.1965): für Asylbewerber und Ausländer, die im Ausländerregister geführt werden
- Beitrag zu medizinischen Kosten: für Asylbewerber, die keiner Krankenkasse beitreten können. Ein Antrag muss ausgefüllt werden.
- Beitrag zu dringenden medizinischen Kosten: Asylbewerber, die ihr Beschwerderecht ausgereizt haben und die sich auf dem Geraardsbergen-Gebiet aufhalten, können nach einer möglichen Beitragszahlung des Gesundheitswesens einen Antrag für die Deckung von dringenden medizinischen Kosten stellen
- Kindergeld und Geburtenprämie: für Asylbewerber und Ausländer, die nicht effektiv und ununterbrochen fünf Jahre lang in Belgien gelebt haben
- Wohngeld: Asylbewerber, die sich in Belgien das erste Mal und auf dem Gebiet des PSWC niederlassen, sind berechtigt, Wohngeld zu erhalten

Es gibt ein primäres und ein sekundäres bürgerliches Integrationsprogramm. Das primäre besteht aus:

- einem sozialen Orientierungskurs
- einem Grundlagenkurs in Niederländisch als Zweitsprache
- Karriereorientierung
- Programmberatung

Während des sozialen Orientierungskurses lernen die Personen, die integriert werden sollen, die flämische und belgische Gesellschaft kennen. Teil dieser Schulung richtet sich auf praktische Dinge, z. B.: Wie benutze ich öffentliche Verkehrsmittel? Wo finde ich medizinische Hilfe? Welche Betreuungs- und schulischen Einrichtungen sind für meine Kinder offen?

Teilnehmer werden in dem Wissen und den Fertigkeiten unterrichtet, die sie benötigen, um aktive Teilnehmer der Gesellschaft zu werden. Der Lernbedarf und die vorgegebenen Fertigkeiten der zu integrierenden Personen werden dabei jedes Mal als Grundlage genommen. Personen, die zum Beispiel schulpflichtige Kinder haben, werden mehr Fragen über die Schulbildung haben als ein Single, der die geeignete medizinische Versorgung für seine kranke Mutter sucht.

Die Antworten auf Fragen und der Lernbedarf werden nicht einfach vom Lehrer vorgegeben. Von den Teilnehmern wird erwartet, dass sie sich aktiv am Unterricht beteiligen. Sie sollen Lösungen für Problemsituationen finden, sowohl alleine als auch gemeinsam mit ihren Kurskollegen.

Abgesehen von Wissen und Fertigkeiten nehmen auch Werte und Standards einen wichtigen Platz ein. Es ist wichtig, dass sich integrierende Personen die Werte und Standards kennen, auf die sich eine vielseitige flämische und belgische Gesellschaft gründet.

Niederländisch als Zweitsprache

Während des bürgerlichen Integrationsprogramms können die sich integrierenden Personen Grundkenntnisse der niederländischen Sprache erwerben. Um festzustellen, welche Art von „Niederländisch als Zweitsprache“-Kurs (NT2) am besten geeignet ist, wendet sich das Aufnahmebüro um Rat an das „Huis van het Nederlands“. Dazu führt ein Berater des „Huis van het Nederlands“ ein Aufnahmegespräch mit der zu integrierenden Person.

Gering qualifizierte Menschen oder „langsame Lerner“ werden an ein Zentrum der Erwachsenen Grundbildung verwiesen. Der Standardkurs umfasst 240 Lerneinheiten. Menschen mit hohem Bildungsabschluss oder „schnelle Lerner“ werden an ein Zentrum der Erwachsenenbildung verwiesen, wo sie einen Standardkurs mit 120 Unterrichtseinheiten belegen können. Personen, die eine Hochschulbildung beginnen wollen oder die die Zulassungserfordernisse für die Hochschulbildung erfüllen, können sich in einen Kurs mit maximal 90 Unterrichtseinheiten einschreiben. Diese Kurse werden von den Sprachinstituten der Universitäten organisiert. Für Analphabeten oder sehr gering qualifizierte Menschen, die integriert werden sollen, umfasst ein NT2-Kurs 600 Unterrichtseinheiten.

Karriereorientierung

Das Ziel von Karriereorientierung ist, die sich integrierende Person dabei zu unterstützen, Entscheidungen zu treffen oder zu lernen, Entscheidungen zu treffen, die die weitere Gestaltung ihrer lebenslangen Karriere betreffen. Damit werden die Wünsche der sich integrierenden Person sowie ihre zuvor erworbenen Erfahrungen und Qualifikationen (wie Abschlüsse) als Ausgangspunkt genommen. Es gibt drei Arten der Karriereorientierung:

- Sich integrierende Personen mit einer "beruflichen Perspektive" werden auf Beschäftigung und unabhängige Unternehmerschaft vorbereitet
- Sich integrierende Personen mit einer "schulischen Perspektive" werden auf weitere schulische Bildung vorbereitet
- Alle sich integrierenden Personen haben eine "soziale Perspektive" und werden auf sozio-kulturelle Beteiligung, freiwillige Arbeit und andere Arten von Freizeitaktivitäten vorbereitet. Diese Art der Karriereorientierung wird auch „soziale Beteiligung“ genannt.

Zum Zweck der Karriereorientierung für sich integrierende Personen mit einer beruflichen Perspektive wenden sich die Aufnahmebüros in Flandern an die Dienste des "Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding" (VDAB) (Flämische Agentur für Arbeit und Berufsausbildung). Bon, das Brüsseler Aufnahmebüro, organisiert diese Art von Karriereorientierung in Zusammenarbeit mit dem VDAB, Tracé und Actiris. Alle anderen Arten von Schulungen werden von den Aufnahmebüros selbst angeboten.

Programmberatung

Ganz von Beginn des bürgerlichen Integrationsprogramms an, wird jeder zu integrierenden Person ein Programmberater zur Seite gestellt, der sie durch das bürgerliche Integrationsprogramm führt. Die Sprache ist in der Hinsicht kein Hindernis. Wenn die zu integrierende Person noch nicht (ausreichend) Niederländisch spricht, wird entweder die Muttersprache der Person oder eine Kontaktsprache verwendet, oder man holt sich (per Telefon) einen Dolmetscher zu Hilfe.

Der Programmberater ist für die verwaltungsmäßige Nachverfolgung des bürgerlichen Integrationsprogramms zuständig. Er wendet sich an das „Huis van het Nederlands“ und den VDAB oder Actiris in Brüssel, erstellt den Vertrag zur bürgerlichen Integration und stellt sicher, dass die Person die Kurse besucht.

Das primäre bürgerliche Integrationsprogramm wird vom Aufnahmebüro organisiert. Das Programm, das eine zu integrierende Person verfolgt, wird in ihrem bürgerlichen Integrationsvertrag festgelegt. Eine Person, die einen bürgerlichen Integrationsvertrag unterschreibt, verpflichtet sich, das Schulungsprogramm regelmäßig zu besuchen. Das bedeutet, dass die zu integrierende Person mindestens 80% aller Kurse ihrer Komponente des Schulungsprogramms besuchen muss. Beim Abschluss des bürgerlichen Integrationsprogramms erhält die Person ein bürgerliches Integrationszeugnis. Zu integrierende Personen, die ein solches Zeugnis haben, können direkt am sekundären bürgerlichen Integrationsprogramm teilnehmen.

Das sekundäre bürgerliche Integrationsprogramm

Während des sekundären Programms, können die zu integrierenden Personen die Wahl, die sie während ihres primären bürgerlichen Integrationsprogramms getroffen haben, weiter gestalten, d. h. anfangen zu arbeiten oder weitere Bildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Die zu integrierende Person kann zum Beispiel eine Berufsausbildung oder eine Schulung in Richtung Selbständigkeit verfolgen. Darüber hinaus kann sie sich für „Niederländisch als Zweitsprache“-Folgekurse eintragen und ihre Studien fortsetzen. Das Sekundärprogramm wird nicht wie die das Primärprogramm vom Aufnahmebüro organisiert, sondern von den regulären Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Die bürgerliche Integration fremdsprachiger minderjähriger Neuankömmlinge erfolgt nicht durch ein bürgerliches Integrationsprogramm, sondern hauptsächlich durch den Schulbesuch. Wie ihre Altersgenossen haben die fremdsprachigen minderjährigen Neuankömmlinge ein Recht auf Schulbildung und fallen unter die Schulpflicht. Viele Schulen organisieren Aufnahmeklassen, die zum Ziel haben, diesen Kindern Niederländisch beizubringen und ihnen zu ermöglichen, sich so schnell wie möglich zu integrieren. In den Grundschulen wird dies durch die regulären Klassen ermöglicht, in den weiterführenden Schulen hingegen wird das mit der Bildungsform und dem Lernfeld realisiert, die am engsten mit ihren individuellen Kapazitäten verknüpft sind.

Das Aufnahmebüro kümmert sich darum, dass die fremdsprachigen minderjährigen Neuankömmlinge auf eine geeignete Schule oder in Aufnahmeklassen kommen. Wenn notwendig, werden sie auch an Sozialhilfe- und medizinische Einrichtungen verwiesen. Die Kommunalverwaltung informiert sie über die sozio-kulturelle Versorgung (z. B. Vereine, sportliche und kulturelle Aktivitäten, Jugendeinrichtungen) in ihrem Gebiet.

Es gibt acht Aufnahmebüros: je eines für Antwerpen, Brüssel, Gent und die fünf flämischen Provinzen. Sich integrierende Personen können Kontakt zu einem Aufnahmebüro aufnehmen, um ein bürgerliches Integrationsprogramm zu beginnen.

Im Jahr 2000 wurde die Europäische Richtlinie umgesetzt, die Diskriminierung auf Grundlage von Religion oder persönlichem Glauben, Behinderung, Alter und sexueller Ausrichtung untersagt (2007/78/EU). Diese Richtlinie hat zum Ziel, gleiche Behandlung im Bereich Arbeit, Beschäftigung und Berufsausbildung sicherzustellen.

In Belgien wurde diese Richtlinie mit dem Gesetz vom 10. Mai 2007 in die nationale Gesetzgebung übernommen. Dieses Gesetz untersagt Diskriminierung auf Grundlage der folgenden geschützten Kriterien: Alter, sexuelle Ausrichtung, Behinderung, Glaube, bürgerlicher Stand, Geburt, Besitzstand, politische Einstellung, Sprache, aktueller oder zukünftiger gesundheitlicher Zustand, eine körperliche, genetisch veranlagte Eigenheit und soziale Herkunft.

Zentrum für gleiche Chancen und Widerstand gegen Rassismus

Das Zentrum ist eine öffentliche Einrichtung, die zum Ziel hat, die Chancengleichheit zu fördern und jede Art von Ausschluss, Einschränkung oder bevorzugter Behandlung auf der Grundlage der gesetzlich festgehaltenen Kriterien zu bekämpfen. Das Zentrum überwacht ebenfalls die Wahrung der Grundrechte ausländischer Nationalangehöriger und beobachtet das Wesen und das Spektrum der Migrationsströme. Darüber hinaus fördert es den Kampf gegen Menschenhandel.

Junge Menschen verbringen im Lauf ihres Schullebens durchschnittlich 15.000 Stunden auf der Schulbank. Daher ist Bildung eines der mächtigsten Werkzeuge für die soziale Beteiligung der Unterprivilegierten. Darum verwendet das Zentrum viel Aufmerksamkeit auf die Chancengleichheit bei der Schulbildung. Es ist als solches nicht nur in Ausschüssen oder Einrichtungen aktiv, in denen diese Probleme erörtert werden, sondern es verfasst Empfehlungen für die unterschiedlichen Gemeinden und Bezirke.

Schulen sind jedoch oft ein Ort, an dem Ungleichheiten aufrechterhalten werden und wo das Versagen viele betrifft. Das gilt vor allem für junge Menschen, die aus der Migration kommen. Noch ärgerlicher ist die Tatsache, dass Statistiken zu diesem Thema in den letzten Jahrzehnten gleich geblieben sind, trotz all der politischen Maßnahmen und all der Gelder, die darauf verwendet wurden. Darum überwacht der CEOOR ständig die Entwicklungen auf diesem Gebiet: Er ist in einigen Kommissionen auf gesellschaftlicher, politischer und Hochschulebene aktiv. Im flämischen Staat ist er ein aktives Mitglied der „Kommission für Schülerrechte“, die zum Ziel hat, Konflikte, die die Anmeldung an Grund- oder weiterführenden Schulen betreffen, zu lösen. Andere Bereiche, in denen der CEEOR tätig ist, sind:

- Die Vielfalt des Lehrpersonals fördern, indem Schulen ermutigt werden, eine Strategie der Vielfalt zu übernehmen
- Den schulischen Aspekt der sexuellen Vielfalt als Thema im Unterricht aufnehmen
- Den schulischen Aspekt der interkulturellen Vielfalt als Thema im Unterricht aufnehmen
- Integrationspädagogik: Schulen bei ihren Bemühungen helfen, sicherzustellen, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen sich auch an Regelschulen anmelden können.
- Schulen ermutigen, Dolmetscher für Gebärdensprache einzustellen

Wirtschaftliche Dimension

Offenbar gibt es nicht nur einen Grund, warum Menschen auswandern, sondern mehrere. Zum Beispiel: Sprache, geografische Lage, wirtschaftliche Angelegenheiten in ihrem Heimatland etc. Der häufigste Grund auszuwandern – wenn man sich entscheidet, freiwillig auszuwandern – ist die Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Migranten fliehen zum Beispiel aus ihrer Gesellschaft, wenn das politische System korrupt ist oder wenn sie unzufrieden sind mit den gewaltigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die das Land in eine tiefe Depression geführt haben. Ein weiterer Grund für Migration könnte sein, dass ihre Regierung Menschenrechte nicht wahrt usw. Eine wirtschaftliche Studie von Hatton und Williamson geht davon aus, dass die wirtschaftliche Sicht eine entscheidende Erklärung für Migration ist.

Belgien bietet eine erstklassige Lebensqualität und ein sicheres und gesundes Umfeld mit einem historischen und kulturellen Erbe, das zu den bestbewahrten und meist besuchten der Welt gehört. Es verfügt über eine hoch entwickelte Marktwirtschaft, gehört zur OECD (Organization for Economic Cooperation and Development), einer Gruppe von führenden demokratischen Industrienationen. Belgien ist außerdem Mitglied des Schengener Abkommens. Dieses Land liegt im Herzen einer der am höchsten industrialisierten Regionen der Welt. Wegen seiner zentralen geografischen Lage, seiner hochqualifizierten, mehrsprachigen und produktiven Arbeitskraft sind Import und Export nahezu gleich wie das BIP. Belgien entwickelte eine hervorragende Verkehrs-Infrastruktur mit Häfen, Kanälen, Bahnstrecken und Autobahnen, um seine Industrie an die seiner Nachbarn anzubinden. Der belgische Industriesektor kann mit einer komplexen Entwicklungsmaschine verglichen werden: Es importiert Rohstoffe und Halbfertigwaren, die weiter verarbeitet und wieder exportiert werden.

Das Einkommen, das Migranten in ihrem Heimatland verdienen, unterscheidet sich von dem Einkommen, das sie erhoffen, im Bestimmungsland zu verdienen. Es ist allgemein bekannt, dass das Pro-Kopf-Einkommen von Land zu Land unterschiedlich ist, auch wenn diese Einkommen durch Preisunterschiede korrigiert werden. Die Gesamteinkommenssumme in der Wirtschaft während eines gegebenen Zeitraums wird Bruttoinlandsprodukt genannt (BIP). Belgiens Pro-Kopf-BIP gehört zu den höchsten der Welt. Im Jahr 2010 wurde das Pro-Kopf-BIP geschätzt auf 32.592 €. Zu diesem Zeitpunkt sind die öffentlichen Schulden hoch, ungefähr 97,2% des BIP am Ende des Jahres 2010. Das Wachstum des BIP im Jahr 2010 wurde auf 2,1% geschätzt. Es ist offensichtlich, dass Migranten von der Migration profitieren wollen. Wenn das auf die Migranten nicht zutrifft, gehen sie zurück in ihr Heimatland.

Wenn man sein Land verlässt und nicht plant, wieder zurückzukehren, lässt man ziemlich viel zurück. Es ist nicht immer einfach zu entscheiden, ob man für immer wegziehen oder zurückkommen will. Die meisten Migranten – wenn sie allein sind – verkaufen alles, was sie haben, und hoffen, dass sie damit alle auftretenden Kosten decken können. Das umfasst Reisekosten, Anmeldekosten in ihrem Bestimmungsland, eventuelle Kosten, die auftreten können, wenn sie dort nicht aufgenommen werden, etc. Um auszuwandern, muss der Migrant oder seine Familie genügend Geld gespart haben. Sehr arme Familien haben keine Möglichkeit, Migranten auszusenden. Die Auswanderung aus armen Ländern wird zunehmen, wenn ihre wirtschaftliche Situation sich verbessert. Steigende Einkünfte geben ärmeren Familien die Möglichkeit, ein Familienmitglied wegzuschicken. Darum können wir einen fortlaufenden Strom aus einigen afrikanischen Ländern erwarten, die eine Lösung für ihre wirtschaftlichen Probleme gefunden haben.

Der Zustrom von ausländischen Arbeitern

Die einzig verfügbare Information über dieses Thema kommt aus Statistiken, die zeigen, wie viele Arbeitserlaubnisse an Ausländer ausgegeben werden. Jeder ausländische Arbeiter, der in Belgien arbeiten will, braucht eine Arbeitserlaubnis. Dieses spezielle System von Arbeitserlaubniskarten wird überall in Belgien verwendet. Es gibt unterschiedliche Karten, A-, B- und C-Karten. Ich werde mich allerdings nicht damit aufhalten, denn in diesem Teil der Arbeit geht es um die Diskussion des wirtschaftlichen Ansatzes von Migration.

					Waarvan Vrouwen			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Polen	1.046	2.122	7.212	12.820	346	734	2.186	4.164
Roemenië	105	210	339	2.863	61	123	242	1.089
Bulgarije	68	96	105	1.525	37	60	75	527
India	666	795	1.084	1.429	74	98	120	227
VSA	504	591	607	558	106	141	133	165
Japan	405	467	399	495	29	43	35	49
Slowakije	60	80	294	341	16	19	88	95
China	131	220	298	302	40	42	81	90
Turkije	95	193	207	282	29	38	37	51
Tsjechië	61	99	159	234	22	52	61	63
Hongarije	91	95	190	176	26	49	83	58
Rusland	71	111	126	146	24	48	54	70
Canada	107	104	120	140	35	34	47	53
Marokko	55	73	75	133	13	28	29	49
Andere landen	847	1.055	1.257	1.584	265	351	486	626
Totaal	4.312	6.311	12.472	23.028	1.123	1.860	3.757	7.376
<i>Bron: FOD WASO</i>								

Table 1: given labor cards to migrants 2004 - 2007

Im Jahr 2007 hatten 23.028 Menschen eine Arbeitserlaubnis in Belgien, das sind fast doppelt so viele wie im Jahr 2006. Es gibt einen bemerkenswerten Zuwachs bei dem Bedarf an arbeitenden Frauen. 7.376 Frauen erhielten Arbeitserlaubniskarten. Das sind sogar mehr als doppelt so viele Frauen als im Jahr 2006.

Die Anzahl der Menschen, die ein Unternehmen gründeten, gründet sich auf Statistiken der RSVZ.

	2006	2007
Polen	2.411	2.754
Roemenië	1.009	2.640
Nederland	1.752	1.767
Bulgarije	209	1.347
Frankrijk	1.269	1.215
Italië	865	910
Portugal	453	480
Turkije	427	465
Marokko	415	441
Duitsland	317	355
Verenigd Koninkrijk	279	300
Andere landen	2.385	2.416
Totaal buitenlanders	11.791	15.090
België	60.082	65.712
Algemeen totaal	71.873	80.802
<i>Bron: RSVZ</i>		

Table 2: starting independents in '06 and '07

Die obige Tabelle zeigt, dass im Jahr 2007 15.090 Migranten und 65.712 Belgier ein Unternehmen gründeten. Im Jahr 2007 fingen mehr Selbständige ihre eigene Firma an als im Jahr 2006. Diese Zunahme war bei den Migranten am stärksten (+28% gegenüber +9% bei den belgischen Arbeitern). Dieser Trend setzt sich seit 2002 fort.

Die Liste wird von vielen europäischen Ländern angeführt, mit Polen als Spitzenauswanderungsland nach Belgien, gefolgt von Rumänien und den Niederlanden.

Nach dem Aufnahmeprozedere ist es Zeit, sich nach einer Arbeit umzusehen. Das kann für manche Einwanderer härter sein als der ganze Aufnahmegewilligungsprozess. Wenn ein Migrant neu ist in einem Land, muss er sich an eine andere Kultur anpassen. Natürlich hängt das Ausmaß dessen davon ab, woher er kommt. Die meisten Menschen, die in unser Land kommen, haben überhaupt keine Schulbildung oder zumindest keine ausreichende, um sich am wirtschaftlichen System zu beteiligen. Die Lösung dafür scheint einfach: sie müssen zur Schule gehen. Doch leider ist das für Migranten nicht so leicht.

Einer der wichtigsten Aspekte der Integration in die belgische Gesellschaft ist die Fähigkeit, die Landessprache zu sprechen. Der nördliche Teil Belgiens (Flandern) spricht Flämisch und der südliche Teil (Wallonien) spricht Französisch. Wenn sie in Flandern bleiben, müssen sie Grundkenntnisse in Flämisch haben. Die Sprache ist überhaupt der grundlegende Schlüssel, um mit anderen Menschen zu kommunizieren.

Die nächste Zahl zeigt uns, dass es zwischen arbeitssuchenden Männern und Frauen keinen großen Unterschied gibt.

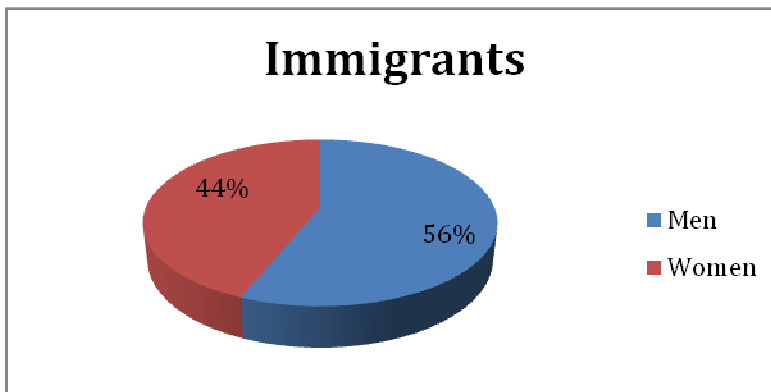


Figure 1: division total men and women in search of employment in Flanders for the year 2010

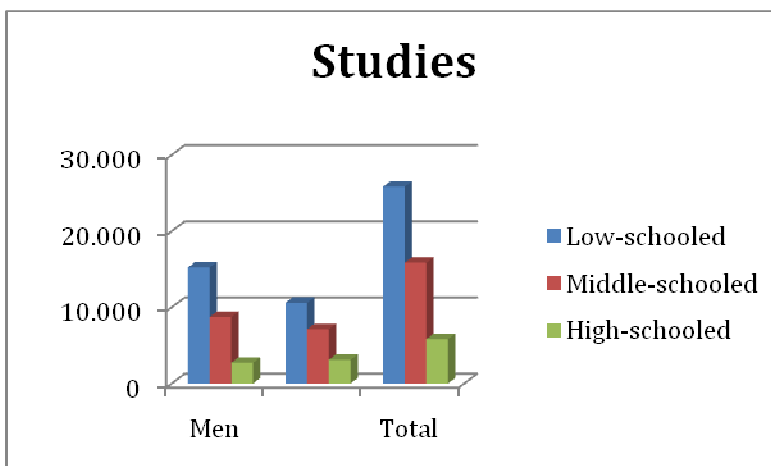


Figure 2: degree of educational attainment, people in search of employment in Flanders for the year 2010.

weitem der Großteil der eingewanderten Bewohner, die eine Arbeit suchen. Nur 12% haben einen höheren Schulabschluss, 33% einen mittleren und 54% einen niedrigen.

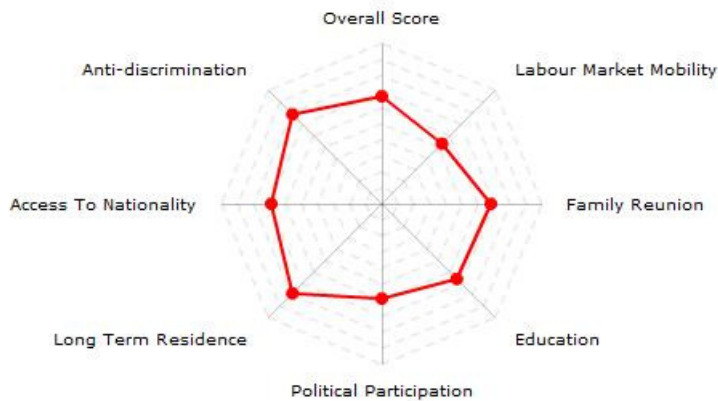
Wie ersichtlich ist, sind die Migranten mit niedrigem Schulabschluss bei

1.9 Belgien und seine MIPEX-Ziffer (Migration Integration Policy Index: einwanderungs- und integrationspolitischer Index)

Der MIPEX misst die Integrationspolitik aller europäischen Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Schweiz, Kanada und USA bis zum 31. Mai 2010. Unter Verwendung von 148 politischen Indikatoren schafft er ein reichhaltiges und vielschichtiges Bild der Chancen von Einwanderern, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, indem das Engagement der Regierungen für Integration bewertet wird. Durch das Messen von politischen Maßnahmen und ihrer Umsetzung offenbart er, ob alle Bewohner gleiche Rechte, Pflichten und Chancen erhalten.

Belgiens Gesamtziffer

Die Nettomigration ist unter dem EU-Durchschnitt. Die meisten Ausländer sind EU-Bürger, einige Nicht-EU-Arbeiter sind zugelassen. Einzelfallregelungen begannen im Jahr 2009. Arbeitschancen für Einwanderer und ihre Nachkommen, wenn auch ungleich, wurden weniger von der Krise betroffen als anderswo. Die OECD befindet, dass das Nationalitätsgesetz aus dem Jahr 2000 angesiedelten Migranten dabei hilft, Belgier zu werden und sich wirtschaftlich besser zu integrieren, vor allem im öffentlichen Sektor.



Da es lange Zeit keine Regierung gab, wurden viele Veränderungen behindert (z. B. Familienzusammenführung und Einbürgerung). Beide Sprachgemeinschaften entwickeln jetzt verschiedene Arten von Einführungsprogrammen. Politische und sprachliche Trennungen bestehen auf einer Einwanderungs- und Bürgerschaftspolitik, bei der einige (hauptsächlich flämische) Politiker Beschränkungen und regionale Autonomie anstreben.

Neuankömmlinge profitieren von der Integrationspolitik, die eine der besten in Europa ist und sich immer noch verbessert. Zusammenhängende Anti-Diskriminierungs-Gesetze nutzen potenziellen Opfern. Das EU-Recht wurde umgesetzt, um den Einwanderern besseren Zugang zu einem Langzeitaufenthalt zu geben, wobei die Regierung keine neuen Wohnbedingungen beabsichtigt, um die Familienzusammenführung zu unterlaufen. Belgien beschränkt immer noch den grundlegenden Zugang zum Arbeitsmarkt, vor allem im Vergleich zu Ländern, die Arbeitsmigration anziehen.

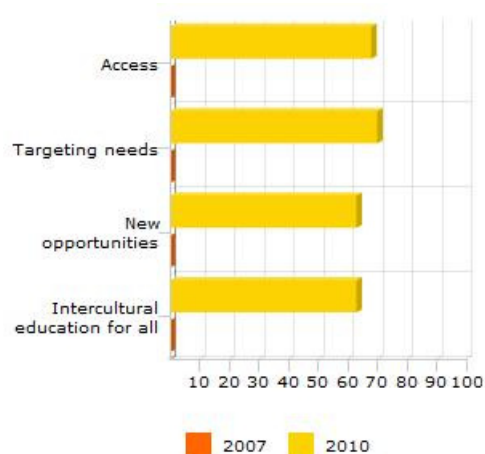
Die Eigenschaften der belgischen Migrations-Integrationspolitik sind:

- Belgien fördert die Arbeitsmarktmobilität weniger als andere alteingesessene Einwanderungsländer.
- Nicht-EU-Bewohner werden von einer großen Anzahl Arbeitsstellen ausgeschlossen.
- Der Schutz vor Diskriminierung und die Gleichheitspolitik werden überall in Belgien immer besser.
- Es gibt einen klareren und sichereren Status für Langzeitaufenthalte.
- Einbürgerung und Integration werden seit 2000 von einem ineffizienten parlamentarischen Ausschuss unterlaufen.
- Niederländisch- und französischsprachige Ausschüsse sehen die Bedürfnisse der Migrantenkinder und begegnen ihnen besser, aber es gibt immer noch Probleme, die mit der sozialen Herkunft und der Schulvielfalt zu tun haben
- Die Familienzusammenführungsprozesse sorgen für einen überwiegend günstigen Ausgangspunkt für Integration, trotz einiger Schwächen und Probleme mit der Umsetzung.
- Neue Erfordernisse, um gegen die Besitzer abbruchreifer Wohnungen und heikle Wohnsituationen vorzugehen, sollten die Familienzusammenführungen nicht unterlaufen.
- Die politischen Chancen sind noch begrenzt.

Wie steht es mit der Schulbildung? Ähnliche Politik, unterschiedliche Begrifflichkeiten!

Französischsprachige Schulen (55 Gesamtpunkte) konzentrieren sich auf soziale Nachteile und bieten bestimmte Unterstützung für Flüchtlinge und Neuankömmlinge aus Entwicklungsländern. Niederländischsprachige Schulen (76 Punkte) bieten auch sozial benachteiligten Schülern mit Migrationshintergrund („allochtoon“) zusätzliche Hilfe, vor allem bei der Sprache. Niederländisch- und französischsprachige Schulen schneiden bei Zugang (71,64 Punkte) und Interkulturalität (67, 58 Punkte) ähnlich ab. Bei Bedürfnissen (80, 60 Punkte) und Chancen (88, 38 Punkte) verfügen niederländischsprachige Schulen über mehr übersetzte Informationen und Elternarbeit (z. B. Minderhedenforum projects), Daten über Migrantenschüler und Schuldurchmischungsprojekte.

Die Niederländisch- und französischsprachigen Gemeinschaften werden sich der unterschiedlichen Herausforderungen bewusst, die viele Schüler haben und beginnen, daran zu arbeiten. Alle Schüler können etwas von anderen Einwandererkulturen und –sprachen lernen. Alle Neuankömmlinge sollten gezielte Orientierung und qualitative Sprachhilfe erhalten, Schulen hingegen zusätzliche Ausbildung, finanzielle Mittel und Anleitung. Die Daten könnten systematisch überwacht und ausgewertet werden, um die Umsetzung zu verbessern. Obwohl alle gesetzlich verankerte gleiche Bildungschancen haben, erhalten wirtschaftlich benachteiligte Schüler nicht genügend Unterstützung und landen in leistungsschwachen Schulen mit anderen Schülern des gleichen sozialen Hintergrunds und mit weniger Einwandererlehrern. Beide Sprachgemeinschaften brauchen beweisgestützte Politik der Vielfalt für Anmeldung, Rekrutierung und elterliche Mitarbeit.



Die Bedeutung der Arbeitsmarktintegration

Belgien ist eines von sechs Ländern insgesamt, in denen Nicht-EU-Arbeiter und ihre Familien nicht sofort Zugang zu allen Bereichen der Beschäftigung haben. In Skandinavien, den Niederlanden und anderen Ländern, die Arbeitsmigranten anziehen, ist das möglich. Diese Länder haben die Tendenz, gleichen Zugang zu Stipendien und sozialer Absicherung zu gewähren, nicht wie in Teilen Belgiens und der Hälfte der MIPEX-Länder (vor allem in Mitteleuropa). Gezieltere Maßnah-

men werden im benachbarten Frankreich, in Dänemark und den Niederlanden entwickelt.

Die größte Schwäche der Integrationspolitik des Landes ist die Förderung der Arbeitsmarktmobilität der Neuankömmlinge. Nicht-EU-Arbeiter und ihre Familien können allgemeine Arbeitsplatzhilfe und einige gezielte Maßnahmen in Anspruch nehmen, um qualifizierter zu werden. Doch sie können legal von genau den Karrieren ausgeschlossen werden, für die sie qualifiziert sind, aufgrund des verzögerten und ungleichen Zugangs zu einem Großteil aller Arbeitsplätze in Belgien (s. Kasten). Erst nach Jahren des Aufenthalts und der Bewältigung von Papierkram, haben sie die gleiche Arbeitsmarktmobilität wie belgische oder EU-Bürger. Erst wenn sie eingebürgert werden, können sie dauerhafte Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor und einige zeitlich befristete besetzen. Diese Einschränkungen können Neuankömmlinge aus Nicht-EU-Ländern zurückwerfen oder entmutigen, ihre Fertigkeiten und Karrieren langfristig einzubringen.

1.10 Quellenangaben

Begriffliche Erfassung

- www.kruispuntmi.be
- <http://www.flw.ugent.be>

politische Auswertung (PISA-Studie)

- <http://www.ond.vlaanderen.be>
- <http://www.oecd.org>
- <http://www.demorgen.be>

Lokalpolitik

- <https://meldjeaan.gent.be>
- <http://www.lop.be>
- <http://www.gent.be>

Gesetzliche Dimension

- Die Politik des flämischen Bildungsministers Pascal Smet (2009-2014)
- File "Info Undocumented students" (2009)
- Dekret vom 14. März 2008 über die Finanzierung und die Aufgaben von Hochschulen und Universitäten in Flandern (see Article 43 et seq)
- Decree of the Flemish Government of 18 July 2008 recording a list of general outcome indicators for the Incentives Fund for Higher Education 2008-2011
- www.vwoland.be
- www.vreemdelingenrecht.be

Psychologische Dimension

- "Hoe beleven ethnische minderheden hun situatie?" and "Hoe tolerant zijn Belgen ten opzichte van ethnische minderheden?" written in association with "Centrum voor gelijkheid van kansen en racismebestrijding"

Soziale Dimension

- <http://www.vvsg.be>
- <http://www.inburgering.be>

- <http://www.diversiteit.be>

Wirtschaftliche Dimension

- HATTON AND WILLIAMSON: 1992 and 1998(emigration from Europe in the nineteenth century)
- HATTON AND WILLIAMSON:, 2001: (economic studies)
- CLARC, HATTON AND WILLIAMSON: 2002 and 2004 (migration to the U.S.)
- The Schengen Agreement (a treaty that created Europe's borderless Schengen Area)
- O. BLANCHARD, Macroeconomics 2009
- RSVZ "het Rijksinstituut voor de Sociale Verzekeringen der Zelfstandigen"
- <http://vdab.be>
- <http://arvastat.vdab.be>
- <http://www.oecd.org>
- <http://www.werk.belgie.be>
- <http://www.econ.kuleuven.be>
- SOPEMI-report

2 Migration und Integration aus deutscher Perspektive

Sven Bochmann, Pia Ferch, Michael Linke, Franziska Minge, Vanessa Neumann, Carolin Penzoldt, Karina Schmidt, Kerstin Wischer
Prof. Dr. Heinrich Bücken-Gärtner

2.1 Einleitung

Unter den 81,9 Mio. Einwohnern Deutschlands befinden sich 16,0 Mio. Personen mit einem Migrationshintergrund;³⁰ darunter befinden sich 7,2 Mio. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.³¹ Die große Differenz zwischen einem Migrantenanteil von 19,6 % und einem Ausländeranteil von 8,8 % unter der Wohnbevölkerung ist vor allem auf drei Ursachen zurück zu führen. Zum einen sind nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Osteuropa insbesondere aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjet Union viele Menschen nach Deutschland eingewandert, die über deutsche Vorfahren verfügen und somit die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zum anderen hat es in den vergangenen 50 Jahren eine deutliche Einwanderung (vor allem Arbeitsmigranten und Flüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Staates Jugoslawien, die zu Eheschließungen mit deutschen Personen führten; deren Kinder die deutsche Nationalität erhalten haben. Ferner besteht ein Rechtsanspruch auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach einer legalen Aufenthaltsdauer von 10 Jahren.

Die aktuell in Deutschland lebenden Ausländer kommen aus fast allen Staaten der Welt. Jedoch entfallen über die Hälfte auf die folgenden 10 Herkunftsländer:³²

Türkei	1.630.000
Italien	520.000
Polen	420.000
Serbien, Montenegro, Kosovo	290.000
Griechenland	280.000
Kroatien	220.000
Russische Föderation	190.000
Österreich	180.000
Bosnien und Herzegowina	150.000
Niederlande	140.000

Die größte Gruppe stellen die Türken dar, die fast ein Viertel der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung umfassen. Eine ähnliche Relation liegt auch in Berlin vor. Berlin hat mit 13,6 % Ausländern unter den Einwohnern den höchst-

³⁰ Zur Verwendung des Begriffs Migrationshintergrund siehe die Erläuterungen im Kapitel 2.4

³¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2010, S. 25; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, S. 32

³² Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2010, S. 10

ten Ausländeranteil, gefolgt von Hamburg (13, 5 %), die niedrigste Quote von Ausländern unter der Einwohnerschaft gibt es in Sachsen-Anhalt (1,8 %).³³

Berlin blickt auf eine gut 300 Jahre andauernde Erfahrung mit Einwanderung im größeren Umfang zurück. Aufgrund der Glaubenskriege in Frankreich wanderten mit Billigung des Preußischen Königs Friedrich II. viele Hugenotten nach Berlin ein.³⁴ Aus Schlesien und den Galizien kamen im 19. Jahrhundert viele Arbeitskräfte hinzu.³⁵ Die Oktoberrevolution von 1917 lies Berlin zum Einwanderungsland russischer Gastarbeiter werden.³⁶ 1965 kamen für die Produktionsbetriebe in Ost-Berlin Arbeiter aus Vietnam und Afrika. Für die Produktionsbetriebe in West-Berlin wurden türkische Arbeiter 1970 angeworben. Durch den Zerfall von Jugoslawien und durch Familienzusammenführungen wuchs die Zuwanderung weiter erheblich an.³⁷ In den letzten 1 bis 2 Jahren kamen Migranten vermehrt aus Rumänien. Zwischen September 2010 und Februar 2011 wurden zusätzlich 700 Kinder im Alter zwischen 6 - 12 Jahren aus Rumänien aufgenommen. Diese konnten kein Deutsch sprechen und haben zum Teil noch nie eine Schule besucht.

Damit werden die zuständigen Behörden vor besondere Probleme der Integration gestellt, auf die sie die Politik bislang nicht ausreichend vorbereitet hat. Trotz der im Kapitel 2.4 beschriebenen Integrationsbeauftragten des Staates ist Deutschland nach dem Selbstverständnis einer breiten Öffentlichkeit kein Einwanderungsland. Darauf nimmt die Politik Rücksicht und betreibt die Maßnahmen zur Integration von Migranten eher zögerlich. Dies zeigt auch der aktuelle Index zur Messung der Integrationspolitik in 31 primär europäischen Staaten MIPEX³⁸. Danach weist Deutschland besonders geringe Werte in den Bereichen Integration durch Bildung, Anti-Diskriminierung und Bleiberecht für Flüchtlinge auf; während der Zugang zum Arbeitsmarkt eher positive Werte aufweist.

Die seit 1994 bei gut 7 Mio. Personen liegende Zahl von Ausländern in Deutschland ist ein Hinweis darauf, dass dieses Land für Migranten keine besonders hohe Priorität hat. Dies kommt insbesondere auch dadurch zum Ausdruck, dass die Anzahl von Einbürgerungen seit dem Jahre 2000 abnimmt. Von denjenigen, die die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, haben im Jahre 200 4,7 % die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt; im Jahre 2007 lag der Anteil bei 2,5 %; ab 2008 (nach Einführung eines Tests, der im Kapitel 2.5 beschrieben wird) stagniert die entsprechende Kennziffer bei 2,1 %.³⁹ Für viele Ausländer, die bereits weit über 10 Jahre und Deutschland leben und weitgehend in die Gesellschaft integriert sind, ist die deutsche Staatsbürgerschaft nicht attraktiv, weil sie an

³³ Vgl. ebenda, S. 25

³⁴ Stefi Jersch-Wenzel und Barbara John; Eckart Birnstiel und Andreas Reinke, Brigitte Scheiger, Eva-Maria Graffigna, Gottfried Hartmann: Von Zuwanderern zu Einheimischen – Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, 1990 Berlin, S. 91

³⁵ Klaus J. Bade: Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland Deutschland 1880 – 1980, 1983 Berlin, S. 30

³⁶ Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980 Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, 1986 Berlin Bonn, S. 56 ff.

³⁷ Ders., S. 194 ff.

³⁸ Vgl. www.mipex.eu/countries

³⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2010, S. 15

die Bedingung geknüpft ist, die bisherige Nationalität aufzugeben. Dies lehnen vor allem Türken und Italiener ab, die die beiden Hauptgruppen unter der ausländischen Bevölkerung Deutschlands stellen.

Nach diesen kurzen statistischen Informationen über Ausländer in Deutschland wird in den folgenden Kapiteln zunächst die Bedeutung der Gastarbeiter für die wirtschaftliche Entwicklung beschrieben; so dann wird auf die soziale Lage von Migranten eingegangen. Daran schließt sich eine Darstellung der staatlichen Maßnahmen zur Integration an. Abschließend wird vorgestellt, wie zivilgesellschaftliche Aktivitäten die Integration von Migranten in Deutschland fördern.

2.2 Gastarbeiter in Deutschland

Der Begriff des Gastarbeiters entstand während des Zweiten Weltkrieges als Bezeichnung für ausländische Zivilarbeiter auf, welche auf freiwilliger Basis gegen Entlohnung in der NS-Kriegswirtschaft tätig waren. Gastarbeiter in Deutschland gab es jedoch schon im Mittelalter. Immer wieder kamen beispielsweise italienische Wanderarbeiter nach Deutschland, bis ins Kaiserreich hinein. Allein in den Münchener Ziegeleien arbeiten 1891 nahezu 6.000 Italiener. Der Erste Weltkrieg stoppte diese Tendenz. 1937 schließen das Deutsche Reich und Italien ein Anwerbeabkommen. Wegen der Kriegsvorbereitungen fehlen der Nazi-Regierung Arbeiter in der Industrie und der Landwirtschaft. Rund 350.000 Italiener kommen bis 1943 ins faschistische Deutschland – und werden in den letzten zwei Kriegsjahren zu Zwangsarbeitern degradiert.

Hilfen für das Wirtschaftswunder

Zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wird in Deutschland wieder Hilfe aus dem Ausland benötigt: Die eigenen Kräfte reichen bei weitem nicht aus, um das eigene Land wieder aufzubauen. Von Firmen werden Arbeiter – vor allem für körperlich schwere Tätigkeiten – ebenso händeringend gesucht wie im Straßen- und Brückenbau. Im Süden Italiens dagegen stehen viele Menschen auf der Straße, arbeitslos und kaum in der Lage, ihre Familien zu ernähren. Aus dieser Not heraus machen Deutschland und Italien eine Tugend: Am 20. Dezember 1955 erfolgt der Abschluss des Anwerbeabkommens, das deutschen Unternehmen erlaubt, sich im Süden Europas die dringend benötigten Arbeitskräfte zu holen. Für die Anwerbung und Vermittlung richtet die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in Verona und später in Neapel sogar eine „Deutsche Kommission“ ein.

In den ersten Jahren sind die Gastarbeiter oft in kurzfristig errichteten Holzbaracken inmitten kleiner Siedlungen bzw. firmeneigenen Wohnheimen untergebracht – wie etwa in Wolfsburg nahe dem Volkswagenwerk. Die Einrichtung ist in der Regel karg. Die meisten Gastarbeiter schlafen in Etagenbetten. Erst 1973 werden Mindeststandards für solche Arbeiterunterkünfte festgelegt.

Die organisierte Zuwanderung

Dem ersten Anwerbeabkommen folgen weitere mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Der millionste Gastarbeiter kommt bereits 1964 nach Deutschland. Es ist der Portugiese Armando Rodriguez. Ihm wurde bei der An-

kunft auf dem Hauptbahnhof Dortmund ein Moped als Willkommensgeschenk übergeben.



Während der Ölkrise 1973 verhängt Deutschland dann den Anwerbestopp. Gut zwei Millionen Italiener kamen nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit zwischen 1956 und 1972 als Arbeiter in die Bundesrepublik Deutschland. Bis heute sind es geschätzt rund vier Millionen. Die Mehrzahl kehrte allerdings wieder nach Italien zurück. Laut Statistisches Bundesamt leben heute knapp 550.000 Italiener in Deutschland. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland stellen allerdings die Türken. Während der Zeit des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens (1961 bis 1972) zogen rund 750.000 Türken in die Bundesrepublik. Heute leben in Deutschland etwa 1,8 Millionen Türken.

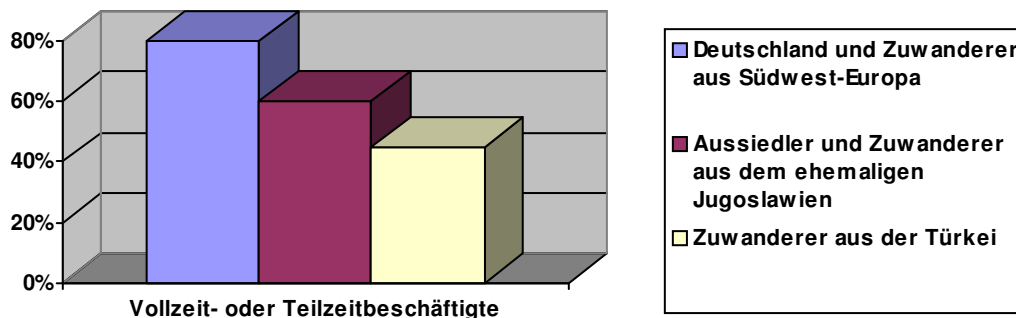
Auch die DDR warb zwischen 1966 und 1989 rund 500.000 ausländische Arbeitskräfte an. Die meisten kamen aus Vietnam, Polen, Mosambik und anderen afrikanischen Staaten.

2.3 Soziale Lage der Migranten

Fast jeder dritte Zuwanderer aus der Türkei nimmt nicht am Erwerbsleben teil. Dies betrifft vor allem türkische Frauen, die in der Mehrzahl nicht berufstätig sind. Auch tragen rechtliche Beschränkungen bei der Arbeitsaufnahme für Nicht-EU-Bürger dazu bei, dass die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern aus der Türkei und Staatsbürgern der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens geringer ist als bei Zuwanderern aus EU-Ländern und Aussiedlern mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Auch bei der Stellung innerhalb des Erwerbssystems zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Während bei den Deutschen und den Zuwanderern aus Südwest-Europa (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) weit über 60% einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen, sind dies bei den Aussiedlern und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien knapp 60%

und bei den Zuwanderern aus der Türkei nur rund 45%. Teilzeitarbeit wird dabei weitgehend von Frauen ausgeübt. Große Unterschiede zeigen sich in den Arbeitslosenzahlen. Hier weisen Zuwanderer aus der Türkei die höchste Quote auf. Insgesamt hat sich das Arbeitslosigkeitsrisiko für Zuwanderer in den 1990er-Jahren stark erhöht und liegt deutlich über dem der deutschen Bevölkerung.



Die berufliche Stellung der Beschäftigten geht mit einer spezifischen Verteilung nach Wirtschaftssektoren einher. Die Mehrzahl der beschäftigten Zuwanderer ist als ungelernete und angelernte Arbeiter vorwiegend im industriellen Sektor tätig.

Die berufliche Mobilität vor allem bei den als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland immigrierten Zuwanderern ist gering. Sie haben den wirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1970er-Jahren nur unzureichend und verzögert vollziehen können. Dies wiederum ist ein wichtiger Grund für die hohen Arbeitslosigkeitsquoten. Nur Zuwanderer aus Südwest-Europa arbeiten häufiger als qualifizierte Facharbeiter und weisen auch im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen den höchsten Anteil höherer Angestellter auf. Der Abstand zu den deutschen Beschäftigten, die in der Mehrzahl als Angestellte tätig sind, verringert sich zwar zwischen 1996 und 2004, bleibt jedoch groß. Die Unterschiede in der beruflichen Qualifikation manifestieren sich auch in den Arbeitseinkommen. Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und Aussiedler beziehen die niedrigsten Einkommen und konnten nur von einer geringen nominalen Einkommenssteigerung zwischen 1996 und 2004 profitieren. Die Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen werden weniger durch Niedrigeinkommen geprägt, sondern vor allem durch die unterschiedlichen Anteile bei den Hocheinkommensbezieher. Zuwanderer aus Südwest-Europa finden sich weniger häufig im Niedrigeinkommensbereich als deutsche Erwerbstätige. Dafür gibt es in der Gruppe der Deutschen 8%, die mehr als das Doppelte des Durchschnittsverdienstes erhalten, ein Anteil der von keiner Zuwanderergruppe erreicht wird. Daran wird erneut deutlich, dass höhere Berufspositionen nur selten von Zuwanderern eingenommen werden.

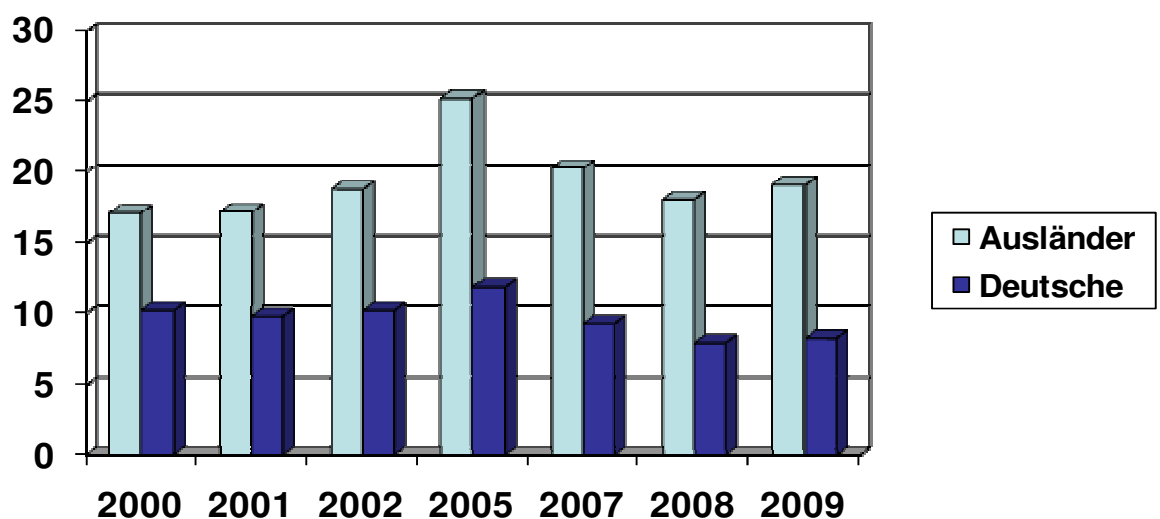
Die Nettohaushaltseinkommen von Personen mit Migrationshintergrund liegen 2008 unter den durchschnittlichen Nettoeinkommen der Gesamtbevölkerung. Haushalte mit Personen mit Migrationshintergrund haben öfter Einkommen von unter 900 € und seltener Einkommen über 2 600 €. Die im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verwendeten gewichteten Äquivalenzeinkommen weisen die pro Person verfügbaren Einkommen im Haushalt aus, wobei das Gesamteinkommen des Haushalts auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen

wird. Neben den insgesamt niedrigeren Einkommen beeinflusst dies die Höhe der Pro-Kopf-Einkommen, da Haushalte von Personen mit Migrationshintergrund in der Regel eine größere Zahl von Personen umfassen und die verfügbaren Einkommen daher auf eine größere Zahl von Haushaltsmitgliedern verteilt werden. Wenn die Haushaltseinkommen bezüglich der Zahl der Haushaltsmitglieder gewichtet werden, so zeigt sich, dass rund 30 % der Haushalte in Deutschland über ein Äquivalenzeinkommen pro Kopf von unter 1.000 € verfügt, bei den Haushalten mit Migrationshintergrund sind dies aber 46 %.

Arbeitslosigkeit von Ausländern

Wie die Arbeitslosigkeit insgesamt, lag die von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2001 relativ niedrig. Danach stieg sie im Jahr 2005 wesentlich stärker an als jene der Deutschen. Die Steigerungsrate in diesem Zeitraum lag mit 45 % mehr als doppelt so hoch wie bei Deutschen (22 %) Im Jahr 2005 erreichte die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer mit über 25 % ihren historischen Höchststand. Danach sank sie bis zum Jahr 2008 um mehr als ein Viertel. Im Jahr 2009 schließlich nahm die Ausländerarbeitslosigkeit schneller zu als jene der Deutschen. Entsprechend stärker stieg auch die Arbeitslosenquote. In der Arbeitslosigkeit der Ausländer/-innen und Deutschen gibt es eine Reihe von Strukturunterschieden. Auffällig ist im Vergleich der Gruppen die unterschiedliche Verteilung der Arbeitslosigkeit zwischen den Generationen. Während bei den arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländern die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen überdurchschnittlich stark betroffen ist, ist die Gruppe der über 50-Jährigen vergleichsweise schwach vertreten. In der deutschen Vergleichsgruppe liegt dagegen der Anteil der 15- bis 24-Jährigen deutlich höher. Bei den arbeitslosen Ausländer/-innen sticht der sehr hohe Anteil „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ ins Auge, während geschlechtsbezogen keine merklichen Unterschiede bestehen.

Arbeitslosenquote von Deutschen und Ausländer/innen in ausgewählten Jahren (%)



2.4 Integrationsbeauftragte des Staates

In der Zeit von 1955 bis 1973 wurden im großen Umfang Gastarbeiter nach Deutschland angeworben, um den Arbeitskräftemangel in der deutschen Wirtschaft auszugleichen.⁴⁰ 1973 wurden 2,6 Mio. ausländische Arbeitskräfte beschäftigt; die ausländische Wohnbevölkerung betrug zugleich aber fast 4 Mio.⁴¹ Der Schriftsteller Max Frisch fasste die damit verbundene neue Situation für die Politik eindrucksvoll mit dem folgenden Zitat zusammen: „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen“.⁴²

Aus befristeten Arbeitsverhältnissen ergaben sich Daueraufenthalte, was einen entsprechenden Nachzug der Familien mit sich brachte. Dies hatte zur Folge, dass sich Probleme in den Bereichen Wohnungs- und Gesundheitsversorgung, Schulbildung der Kinder, Angebote für Rentner und Pflegebedürftige sowie im Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen ergaben.⁴³ Auf Grund dieser Probleme sah sich die deutsche Regierung gezwungen, erste Schritte einer Integrationspolitik zu beginnen. Dies erfolgte in typisch deutscher Weise mit der Schaffung einer entsprechenden neuen Behörde, dem Beauftragten der Bundesregierung für ausländische Arbeitnehmer.

Heinz Kühn wurde 1978 der erste Beauftragte für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihren Familienangehörigen.⁴⁴ Mit Heinz Kühn wurde ein ehemaliger Ministerpräsident des Landes Nordrhein Westfalen, das in Deutschland sowohl die meisten Einwohner als auch die meisten Ausländer hat, zum ersten Leiter der neuen Behörde berufen. Die Bezeichnung der Behörde wurde im Laufe der Zeit mehrfach abgewandelt; bis es zur heutigen Bezeichnung Beauftragte für Integration und Migration kam.

Zuerst bestand die Behörde nur aus dem Leiter und zwei Mitarbeitern; sie hatte nur geringen politischen Einfluss. Später vergrößerten sich sowohl die personelle Ausstattung als auch die Möglichkeiten zur Einflussnahme.⁴⁵ Seit November 2005 übt Maria Böhmer das Amt der Integrationsbeauftragten aus. Sie ist zugleich Staatsministerin im Bundeskanzleramt.⁴⁶

⁴⁰ Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980 Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, Berlin Bonn 1986, S. 178 ff.

⁴¹ http://www.bundesregierung.de/nn_56556/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Geschichte/2009-05-28-geschichte-des-amtes.html (abgerufen am 24.05.2011)

⁴² <http://www.zentrum-nrw.de/kreisverband-mettmann/113-man-hat-arbeitskraefte-gerufen-und-es-kamen-menschen.html> (abgerufen am 24.05.2011)

⁴³ Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980 Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, Berlin Bonn 1986, S. 179 ff.

⁴⁴ http://www.bundesregierung.de/nn_56556/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Geschichte/2009-05-28-geschichte-des-amtes.html (abgerufen am 24.05.2011)

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Beauftragte fuer Integration/ AmtundPerson/Lebenslauf/lebenslauf.html> (abgerufen am 24.05.2011)

Die Aufgaben des Integrationsbeauftragten sind im Aufenthaltsgesetz geregelt. Diese setzen sich wie folgt zusammen:⁴⁷

- Integrationsförderung
- Schaffung von Voraussetzungen für das Zusammenleben
- Förderung von Verständnis füreinander
- Die Verhinderung von Fremdenfeindlichkeit und Ungleichbehandlung
- Informieren über gesetzliche Möglichkeiten zur Einbürgerung
- Wahrung von Freizügigkeitsrechten
- Öffentlichkeit über die Aufgaben des Integrationsbeauftragten informieren
- Berichterstattung alle 2 Jahre vor dem Deutschen Bundestag

Entsprechend den administrativen Prinzipien eines föderalen Staates mit kommunaler Selbstverwaltung gibt es in Deutschland Integrationsbeauftragte als Stabsfunktion in allen 16 Ländern⁴⁸ und in den meisten größeren Städten von Deutschland⁴⁹. In Berlin haben alle 12 Bezirke einen kommunalen Beauftragten für Integration.

Es ist charakteristisch für die Integrationsbeauftragten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, dass sie primär Beratungsfunktionen gegenüber der Politik und den Migranten wahrnehmen. Sie haben keine administrative Zuständigkeit für die Gewährung von Leistungen. In der Geschichte der deutschen Integrationspolitik galt das Bestreben aller Beauftragten primär, Integration als politische Schlüsselaufgabe in die Regierungsfragen einzubeziehen. Dabei haben Sie Impulse gegeben für die Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie später auch von älteren Menschen aus Zuwandererfamilien. Ferner haben sie sich stets um exemplarische und tragische Schicksale Einzelner gekümmert.⁵⁰

Die administrative Zuständigkeit für die Integration von Migranten und Asylbewerbern ist in Deutschland kompliziert. Über die Anerkennung als Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention und damit über die Gewährung von Asyl entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die entsprechenden Anträge sind bei der kommunalen Ausländerbehörde oder bei der Bundespolizei an den Kontrollstellen bei der Einreise zu stellen. Über die Gewährung der Aufenthaltserlaubnis und der Arbeitserlaubnis sowie deren Befristung entscheidet die kommunale Ausländerbehörde.

Für die Gewährung von gesetzlich verankerten finanziellen Leistungen an Asylbewerber ist das kommunale Sozialamt zuständig. Asylbewerber dürfen in Deutschland nicht erwerbstätig sein. Migranten, die nicht den Status Asylbewerber und ei-

⁴⁷ <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragteFuerIntegration/AmtUndPerson/AufgabenUndZiele/aufgaben-und-ziele.html> (abgerufen am 25.05.2011)

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ <http://www.berlin.de/ba-mitte/org/integrationsreferent/> (abgerufen am 25.05.2011)

⁵⁰ http://www.bundesregierung.de/nn_56556/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Geschichte/2009-05-28-geschichte-des-amtes.html (abgerufen am 25.05.2011)

ne Aufenthaltserlaubnis haben, sind in Bezug auf finanzielle Unterstützungen des Staates Deutschen gleich gestellt. Für sie ist das Arbeitsamt zuständig, soweit sie zwischen 18 und 65 Jahre alt und arbeitsfähig sind. Für die anderen Altersgruppen und die aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft arbeitsunfähigen Menschen sorgt das kommunale Sozialamt. Für Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache sorgt das kommunale Amt für Erwachsenenbildung (Volkshochschule). Maßnahmen zur Integration über Bildung im Kindergarten und in der Schule werden meistens von den einzelnen Einrichtungen, teilweise vom kommunalen Jugendamt und von der regionalen Schulbehörde des jeweiligen Bundeslandes geplant und umgesetzt. Eine koordinierende Instanz, die sich um die Integration des einzelnen Migranten kümmert, gibt es in Deutschland nicht. Eine Koordination findet nur durch die Beauftragten für Integration auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene statt. Diese können sich aber nicht um die Integration der einzelnen Betroffenen kümmern.

Eine wesentliche Bedeutung für die Koordination von Programmen und Projekten zur Integration von Migranten und Flüchtlingen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Als Kompetenzzentrum für Migration und Integration in Deutschland ist das Bundesamt nicht nur zuständig für die Durchführung von Asylverfahren und den Flüchtlingsschutz, sondern auch Motor der bundesweiten Förderung der Integration. Zur Bandbreite der Aufgaben gehört auch die Migrationsforschung. Das neue Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhielt durch das Zuwanderungsgesetz neben dem Asylverfahren umfangreiche Aufgaben im Bereich der Integration und der Migration. Daneben wurden auch einige bereits bestehende Aufgaben wie die der Führung des Ausländerzentralregisters und im Bereich der Rückkehrförderung beim Bundesamt gebündelt. Der Ursprung dieser Behörde lag in der Anerkennung von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention, die Deutschland 1953 anerkannte. Mit der Ausdehnung des Aufgabenspektrums hat auch die Zahl der Beschäftigten von 40 im Jahre 1953 auf 3.000 im Jahre 2010 zugenommen.⁵¹

2.5 Rechtliche Aspekte der Integration von Migranten und Asylbewerbern

Zunächst soll geklärt werden, was unter dem Begriff „Migrationshintergrund“ überhaupt verstanden wird. Diesem Bericht liegt die Definition des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Danach versteht man unter Personen mit Migrationshintergrund, Personen die selbst oder deren Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit. Das heißt, wenn die Person nicht auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geboren wurde oder nach 1949 zugewandert ist und außerdem wenn die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder eingebürgert wurde. Außerdem hat eine Person Migrationshintergrund, wenn mindestens ein Elternteil der Person eine der genannten Merkmale erfüllt.⁵² Somit gibt es ein weites Migrati-

⁵¹ Vgl. <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Chronik/Bundesamt/bundesamt-node.html> (abgerufen am 25.05.2011)

⁵² Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland Vorbemerkung, S. 23.

onsverständnis, welches neben dem rechtlichen Status der Personen (deutsch vs. nichtdeutsch) auch die Zuwanderungskonstellation nach der eigenen und familiären Migrationserfahrung berücksichtigt. Die Begrifflichkeit „eigene Migrationserfahrung“ umfasst in diesem Zusammenhang Personen, die selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen sind. Es gibt demnach auch Personen mit Migrationshintergrund aber ohne eigene Migrationserfahrung, z. B. eine in Deutschland geborene Person mit ausländischen Eltern.

Auf dem Gebiet der rechtlichen Aspekte bildet Berlin mit dem auf Länderebene geltenden Integrationsgesetz, eine Vorbildfunktion. Der Stadtstaat Berlin hat 2010 das erste Integrationsgesetz in Kraft gesetzt. Er strebt folgende Ziele an: „Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Alle und die Möglichkeit, sich mit den individuellen Potenzialen einbringen zu können, sind die Voraussetzung für eine prosperierende, friedliche und gerechte Weiterentwicklung der Einwanderungsstadt Berlin.“

Eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund soll damit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Hintergrund ist die immer größer werdende Kluft zwischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Bildungserfolge, ihrer Ausbildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Gesetz, welches ab 2010 in Kraft gesetzt wurde, soll eine Voraussetzung für eine verbesserte Teilhabe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Land Berlin schaffen und den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen für Beschäftigte mit ausländischen Wurzeln weiter öffnen. Es ist das einzige Gesetz dieser Art in einem deutschen Bundesland. Im Mittelpunkt des Gesetzes stehen Regelungen zur verbesserten Partizipation, denn durch Partizipation erreicht man Integration. Durch das Gesetz sollen Migranten dieselben Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gegeben werden, ihre Interessen sollen unterstützt und es sollen Maßnahmen gegen Ausgrenzung geschützt werden. Leider gibt es im Berliner Integrationsgesetz wenig konkrete Maßnahmen; nur zwei Aspekte sind konkreter.

Einer davon ist der Artikel II des Gesetzes. In diesem Abschnitt, wird eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes angemerkt. Die Hochschulen sollen explizit durch ihre Öffentlichkeitsarbeit Migranten anregen ein Studium aufzunehmen und durch Beratungsarbeit bei der Wahl des Studienfaches behilflich sein. Weiterhin findet man im Artikel X eine Änderung des Bestattungsgesetzes. Gemäß einer Änderung im § 18 der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes vom 22. Oktober 1980, dürfen Leichen nun auch in dafür vorgesehenen Leichentüchern ohne Sarg bestattet werden. Diese Änderung hat für die Migranten in Berlin eine wichtige religiöse Bedeutung, denn bisher bestand die Sarg- bzw. Urnenpflicht bei einem Begräbnis.⁵³

Nachdem das Berliner Integrationsgesetz eine wichtige Rechtsgrundlage auf Länderebene ist, wird nun ein Gesetz auf Bundesebene betrachtet. Das Zuwanderungsgesetz ist am 1.1.2005 in Kraft getreten. Es enthält Maßnahmen, die die Integration von Zuwanderern nach Deutschland fördern und fordern sollen. Das Zuwanderungsgesetz hat das deutsche Ausländerrecht grundlegend reformiert. Es soll unter Anderem den Missbrauch des Familiennachzugs durch Scheinehen und

⁵³ Vgl. Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin

Scheinadoptionen sowie auch Zwangsehen bekämpfen. Als wichtigste Bestandteile beinhaltet es das Aufenthaltsgesetz und das Freizügigkeitsgesetz. Neben den Aufenthaltstiteln „Aufenthaltserlaubnis“ und Niederlassungserlaubnis, wurde 2007 eine „Erlaubnis zum Daueraufenthalt EG“ eingeführt. Dabei handelt es sich um einen unbefristeten Aufenthaltstitel, den Ausländer nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in einem EU-Staat erhalten können. Er beinhaltet auch ein Recht auf Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat. Weiterhin beinhaltet es neue Regelungen zur Arbeitsmigration. So wurden die Verfahren durch das sogenannte One-stop-Government, bei dem durch einen einzigen Verwaltungsakt entschieden wird, vereinfacht.

Wenn zum Beispiel, durch die Einwanderung selbstständiger Migranten ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse besteht und die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt, können sie eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Für Forscher und Studenten gibt es spezielle Regelungen. Seit 2005 gibt es für Absolventen ein einjähriges Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche.

Auch im Bereich der humanitären Aufenthalte sind mit dem Zuwanderungsgesetz wesentliche Verbesserungen eingeführt worden. Der Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen nach Genfer Flüchtlingskonvention wurde dem von Asylberechtigten angeglichen. Beide Gruppen bekommen zunächst einen befristeten Aufenthaltstitel. Nach drei Jahren kann dieser verfestigt werden, wenn die Bedingungen zur Asylvergabe noch bestehen. Weiterhin bekommen Opfer von Menschenhandel besonderen Schutz, wenn sie bereit sind in einem Verfahren auszusagen. Ein Problem ist allerdings, dass Asylbewerber bis vor wenigen Jahren nicht arbeiten durften. Seit dem 15.12.200 wurde diese Regelung aufgehoben. Trotzdem darf ein Arbeitgeber nur Asylbewerber einstellen, wenn sich kein deutscher Bewerber für das Jobangebot findet. Dabei ist es egal, ob der deutsche Bewerber keine oder weniger Qualifikation hat.

Innerhalb des Gesetzes wurden auch die Ermessensnormen zum Familiennachzug reduziert. Da dieses Recht in der Vergangenheit aber oft durch Scheinehen missbraucht wurde, wird nun beim Ehegattennachzug ein Nachweis über einfache Deutschkenntnisse verlangt, das Mindestalter liegt bei 18 Jahren und es wird die Sicherung des Lebensunterhaltes überprüft. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen die die Integration in Deutschland fördern sollen. Integration muss als ein Verhältnis von Geben und Nehmen verstanden werden. Von Seiten des Bundes wird dieses „Geben“ durch Integrationskurse angeboten. Diese sollen bei der Vermittlung von Deutschkenntnissen helfen. Zudem sollen sie aber auch bei der historischen, kulturellen und rechtlichen Orientierung helfen.⁵⁴

Hat man als Migrant die ersten rechtlichen Hürden in Deutschland überwunden, kann man nach einiger Zeit über die Einbürgerung nachdenken. „Die Staatsangehörigkeit bezeichnet die Zuordnung eines Menschen zu einem bestimmten Staat, mit allen Rechten und Pflichten. Entsprechend wird mit Staatsangehörigem jemand bezeichnet, der einem bestimmten Staat angehört.“ (Bundesministerium des Inneren).

⁵⁴ Vgl. http://www.zuwanderung.de/ZUW/DE/Zuwanderung_geschieht_jetzt/Zuwanderungsgesetz/Zuwanderungsgesetz_node.html

Möchte man deutscher Staatsbürger werden, so muss man seit dem 1. September 2008 unter Anderem einen Einbürgerungstest erfolgreich absolvieren. Der Einbürgerungstest ist eine Prüfung, bei der das staatsbürgerliche Wissen eines Einbürgerungswilligen im Hinblick auf die Geschichte, die Sprache, die Kultur und das Staatswesen des Landes getestet werden soll. Der Test wird von der Einbürgerungsbehörde abgenommen. Die Einzelheiten dafür werden in der Einbürgerungstestverordnung geregelt. Der Test besteht aus 33 von 310 Fragen, von denen 17 richtig beantwortet werden müssen. Dabei muss aus vier Antwortmöglichkeiten die richtige ausgewählt werden. 30 Fragen stammen aus den Themenbereichen „Leben in der Demokratie“, „Geschichte und Verantwortung“ und „Mensch und Gesellschaft“. 3 Testfragen werden speziell zu dem Bundesland gestellt, in dem man mit dem Erstwohnsitz gemeldet ist.⁵⁵

Abschließend kann man sagen, dass die Zuwanderung in Deutschland durch Gesetze sehr gut geregelt ist und einen einheitlichen Rahmen bekommt. Allerdings gibt es auch Vorschriften die weniger Regeln, sondern eher erschweren. Da aufgrund von Globalisierung, wachsender Mobilität und demographischer Entwicklung die Zuwanderung weiterhin einen großen Stellenwert besitzt, liegt das zukünftige Ziel in der deutschen Politik daher auf in drei Hauptpunkten.

- Rechtmäßig und dauerhaft bei uns lebende Migranten müssen erfolgreich integriert werden
- Zuwanderung muss im ökonomischen und integrationspolitischen Interesse Deutschlands bewusst und transparent gesteuert werden
- Im Zusammenhang mit Migration dürfen Sicherheitsaspekte nicht außer Acht gelassen werden

Weiterhin sollen die Ursachen für unfreiwillige Migration bekämpft werden, indem die Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten verbessert werden. Ebenfalls soll die Kriminalität bekämpft werden, die stetig illegale Einreisen fördert, und dafür gesorgt werden, dass rückkehrpflichtige Migranten - notfalls auch gegen ihren Willen - in die Herkunftsländer zurückgeführt werden.⁵⁶

2.6 Maßnahmen zur Integration von Migranten im vorschulischen Bereich

Zunächst muss man festhalten, dass die elterliche Erziehung und Bildung entscheidend dazu beiträgt, die Entwicklung von Kindern zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu unterstützen und sie umfassend auf den Schuleintritt vorzubereiten. Allerdings werden dabei Kinder mit Migrationshintergrund mit zwei problematischen Aspekten konfrontiert: Zum einen soll durch eine frühzeitige und individuelle Förderung Chancengleichheit hergestellt werden. Dabei sollen aber auch familiäre Sozialisationsdefizite durch gesellschaftliche Integration kompensiert werden. Die Integrationspolitik richtet ihr Augenmerk

⁵⁵ Vgl. http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/MigrationIntegration/Staatsangehoerigkeit/Einbuengerungstest/Einbuengerungstest_node.html

⁵⁶ Vgl. http://www.zuwanderung.de/ZUW/DE/Zuwanderung_ist_Zukunft/Politische_Ziele/Politische_Ziele_node.html

bei Kindern mit Migrationshintergrund auf die möglichst frühzeitige Beteiligung an der frühkindlichen Sprachförderung im Elementarbereich.⁵⁷ Der schulische und spätere berufliche Erfolg von Migrantenkindern hängt ganz entscheidend von guten Deutschkenntnissen ab. Deshalb müssen ungleiche Startbedingungen in der Sprachentwicklung von Kindern noch vor Schulbeginn so weit wie möglich ausgeglichen werden. Die Förderung der sprachlichen und dabei insbesondere auch der Lesekompetenz im Deutschen erweist sich daher als der entscheidende Schlüssel für den Schul- und Bildungserfolg der Migrantenkinder. Dabei muss beachtet werden, dass Sprachförderung nicht von alleine geschieht, sondern gezielte Begleitung und Unterstützung braucht. Deswegen hat die Bundesregierung den Schwerpunkt des Nationalen Integrationsplanes, welcher unter der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, entwickelt wurde, auf die frühe Förderung der deutschen Sprache gelegt. Für die Integration von Zuwanderern und ihren Kindern ist ein Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege sehr wichtig. Es besteht ein Anspruch auf die Teilnahme an Kindertageseinrichtungen von Vollendung des 3. Lebensjahres bis zum Schuleintritt. Ab August 2013 gilt dieser Anspruch bereits ab dem ersten Lebensjahr, damit die Lern- und Entwicklungsprozesse der Kinder und damit der Integrationsprozess durch die tägliche Betreuung garantiert werden kann. Insbesondere im Hinblick auf den Sprachentwicklungsprozess muss sichergestellt sein, dass Kinder für den Zweitspracherwerb über eine längere tägliche Verweildauer in der Betreuungseinrichtung ausreichend Gelegenheit bekommen, ihre sprachlichen Fähigkeiten nicht nur in der Förderung durch pädagogische Fachkräfte, sondern auch spielerisch mit anderen Kindern zu festigen.⁵⁸

Die Bildungschancen und die Lernmotivation von Kindern werden durch die sozio-ökonomische Situation der Familie, deren Bildungsstand und den Bildungserwartungen der Eltern wie auch durch deren Sprachkompetenz stark beeinflusst.⁵⁹ Im Jahr 2008 gab es 1,4 Mio. Kinder mit Migrationshintergrund unter sechs Jahren in Deutschland. Damit betrug ihr Anteil in dieser Altersgruppe 34,2 %. Dabei lag in den alten Bundesländern (ohne Berlin) die Betreuungsquote von Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren mit Migrationshintergrund bei 84 %, bei Kindern ohne Migrationshintergrund bei 93 %.⁶⁰ Dabei muss man beachten, dass die Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund in den Bundesländern stark variieren.

Hierbei tritt ein Problem auf: das sog. „Peer-Learning“ wird in Problemquartieren verhindert, da oft weit über 50 % der in einer Einrichtung untergebrachten Kinder, in Verhältnissen leben, wo die Familiensprache überwiegend nicht Deutsch ist. Die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund unter drei Jahren betrug im Jahr 2009 in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 9 % und ist damit etwa halb so hoch wie bei Kindern, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden

⁵⁷ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2. Kapitel, S. 70

⁵⁸ Vgl. Ebd. S. 69 ff.

⁵⁹ Vgl. Ebd. S. 72.

⁶⁰ Vgl. Ebd. S. 75.

(17,5 %). Die Ursache für den fehlenden Kindergartenbesuch sind meistens mangelnde Informationen, ein knappes Angebot oder die Kindergartengebühren. Es ist zu erwarten, dass sich die Betreuungsquoten der Kinder mit Migrationshintergrund parallel zum weiteren Ausbau der Plätze in den kommenden Jahren erhöhen werden. Es ist empirisch belegt, dass der Besuch einer Kindertageseinrichtung von mehr als einem Jahr bei Kindern aus benachteiligten Milieus und Kindern mit Migrationshintergrund für den späteren Schulerfolg positive Effekte hat. Hier muss man auch eine Unterscheidung beachten: ein schwacher sozioökonomischer Hintergrund muss nicht immer gleich Migrationshintergrund bedeuten. Der sozioökonomische Hintergrund der Eltern spielt bei der Bildungsbeteiligung der Kinder eine wichtigere Rolle und hat einen größeren Einfluss als der Migrationshintergrund. Bei Kindern, die den Kindergarten nicht besuchen, handelt es sich also überwiegend um sozial ohnehin benachteiligte Kinder. Diese Kinder sollen Tageseinrichtungen deutlich früher und damit länger besuchen, um entwicklungspsychologisch wichtige Lebensphasen für ihre soziale, individuelle und damit auch für die sprachliche Entwicklung nutzen zu können. Deshalb ist es auch im Bereich der Betreuung der unter drei Jahre alten Kinder erforderlich, Eltern so früh und umfassend wie möglich über Betreuungsangebote und deren Bedeutung für die Entwicklungschancen ihrer Kinder zu informieren. Nach Möglichkeit sollten die Zugangsbarrieren und Hemmnisse auch dadurch abgebaut werden, dass relevante Informationen in mehreren Sprachen verfügbar gemacht werden.⁶¹

Von allen Kindern in Kindertageseinrichtungen ab drei Jahren bis zum Schuleintritt haben 26,1 % der Kinder mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft. Bei 15,7 % der Kinder wird im Elternhaus vorwiegend nicht Deutsch gesprochen. Somit ist für gut 360.000 Kinder in dieser Altersgruppe die Tageseinrichtung der Ort, an dem sie in der Zweitsprache Deutsch erstmalig systematisch gefördert werden.⁶²

2.7 Maßnahmen zur Integration von Migranten in der Schule

In der Grundschule ist die Sprachförderung weiterhin eine zentrale und prioritäre Aufgabe, um allen Kindern die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg zu eröffnen. Hierbei wird wieder deutlich, dass eine kontinuierliche Förderung der Sprachkompetenz sehr wichtig ist. Die Kinder zugewanderter Eltern weisen im Bereich der Lesekompetenz sowohl in der Grundschule als auch in den weiterführenden Schulen der Länder einen Lernrückstand von mehr als einem Schuljahr auf.⁶³ Erfahrungen aus Grundschulen bestätigen, dass Viertklässler aus bildungsfernen Schichten deutlich bessere Lernkompetenzen aufweisen, wenn sie zuvor mehr als ein Jahr den Kindergarten besucht haben. Dies gilt in besonderem Maß auch für Migrantenkinder und ihre Sprachkompetenzen. Aber hier greift das zuvor erwähnte Problem, dass zu wenig Migrantenkinder den Kindergarten besuchen. So ist schon der erste Stein für einen erfolgreichen Eintritt in die Schule in den Weg gelegt. Es gibt aber generationsübergreifende Programme in Kindergärten

⁶¹ Vgl. Ebd. S. 77 ff.

⁶² Vgl. Ebd. S. 83.

⁶³ Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. BILDUNG schafft ZUKUNFT. Integration durch Bildung. Potenzial von Migrantenkindern entfalten. 2006, S. 14.

und Grundschulen, die Sprach-, Lese- und Schreibfähigkeiten von Migrantenkindern und ihren Eltern gemeinsam entwickeln. Durch gemeinsame Aktivitäten von Eltern und Kindern wird das Interesse am Lesen und Schreiben geweckt, der praktische Umgang mit Lernmaterialien geübt und die Unterstützungssysteme zum Erlernen der Sprache bekannt gemacht. Für die Eltern bedeutet das vor allem Einblicke in Bildungseinrichtungen durch die Teilhabe an kommunikativen Netzwerken, die das schulische Geschehen umgeben. Dazu zählen Elternabende, Elternsprechstunden und informelle Kontakte zwischen Eltern. Die Beteiligung an diesen Netzwerken ist häufig nur Migranteneltern möglich, die über entsprechende Bildungserfahrungen, Sprachkenntnisse und kulturelles Kapital verfügen. Des Weiteren müssen auch die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend qualifiziert werden, es werden dringend mehr Lehrkräfte gebraucht, die eine eigene Migrationserfahrungen mitbringen.⁶⁴

Am Ende des Primarbereiches wählen die Eltern, auf welche weiterführende Schule ihre Kinder in den Sekundarbereich I wechseln. Die Sekundarstufe I umfasst dabei in Deutschland die Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium, wobei die letzten beiden nur bis zur 10. Klassenstufe zum Sekundarbereich I gehören. Des Weiteren gibt es noch eine Mischform der Haupt- und Realschule, die in den Bundesländern unterschiedliche Systeme und Bezeichnungen haben. Ein System ist z.B. die integrierte Gesamtschule, an der sowohl Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung als auch mit Realschul- oder Gymnasialempfehlung zusammen unterrichtet werden. So heißt die Mischform aus Haupt- und Realschule z.B. in Sachsen Mittelschule, in Thüringen Regelschule oder in Brandenburg Oberschule. Der Sekundarbereich I wird mit dem Hauptschulabschluss oder der mittleren Reife beendet. Danach treten die Schüler im Regelfall in den Sekundarbereich II ein, die so genannte Oberstufe. Dazu gehört die gymnasiale Oberstufe, das Fachgymnasium, das Schulberufssystem (BFS, SdG), das Übergangssystem (BVJ, BGJ) sowie die Berufsausbildung die im dualen System durchgeführt wird, d.h. dass die Ausbildung sowohl im Ausbildungsbetrieb als auch in der Berufsschule stattfindet.

Im Schuljahr 2008/2009 besuchten insgesamt 9.023.572 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland, davon haben 3,03 Millionen einen Migrationshintergrund, wobei davon wiederum über 73% keine eigene Migrationserfahrung haben, da sie in Deutschland geboren wurden. Von den 9.023.572 Schülerinnen und Schülern waren 8.217.593 Deutsche und 805.979 Ausländer (8,9%).⁶⁵

Trotz nun beginnender Reformbemühungen hin zu einer Aufhebung der für Deutschland typischen Differenzierung der Schüler auf drei unterschiedliche Schultypen mit großen Differenzen in Bezug auf die Karrierechancen, hat das sogenannte dreigliedrige Schulsystem für die Frage nach Integrationsbemühungen für Migranten heute noch eine große Bedeutung. Fangen wir mit der Betrachtung bei den Hauptschulen an. Von den rund 8 Millionen Schülerinnen und Schüler deutscher Staatsangehörigkeit besuchten gerade mal 8,6% die Hauptschule. Bei

⁶⁴ Vgl. Ebd. S. 24 ff.

⁶⁵ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2. Kapitel, S. 90

Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Staatsangehörigkeit lag der Anteil bei 20% (161.243). Deutlicher wird es, wenn man die Zahlen der Schülerinnen und Schülern ins Verhältnis zu den Schularten setzt. Vorreiter bei den Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen sind die mit türkischer Staatsangehörigkeit (23,4%), italienischer Staatsangehörigkeit (23,7%) sowie die mit einer griechischen Staatsangehörigkeit (21,8%). Hingegen besuchten gerade mal 5,9 % der Schülerinnen und Schüler vietnamesischer Staatsangehörigkeit eine Hauptschule, auf Platz 2 folgen die deutschen Schülerinnen und Schüler mit 8,6%.

Bei den Realschulen sind die Werte bei allen Nationalitäten weitestgehend gleich. Spitzenreiter sind die Schülerinnen und Schüler kroatischer Staatsangehörigkeit, hier besuchten 17,5% eine Realschule, auf Platz 2 bewegen sich die Schülerinnen und Schüler griechischer Staatsangehörigkeit mit 14,7%, Platz 3 die Schülerinnen und Schüler türkischer Staatsangehörigkeit mit 14,5% dicht gefolgt von den Schülerinnen und Schülern deutscher Staatsangehörigkeit mit 14,1%. Auch bei den integrierten Gesamtschulen sind die Werte weitestgehend gleich, herausragen tun nur die Schülerinnen und Schüler türkischer Staatsangehörigkeit mit 10,4% sowie die Schülerinnen und Schüler polnischer Staatsangehörigkeit mit 8%, die anderen Nationalitäten bewegen sich im 5-6% Bereich.

Bei den Werten des Gymnasiums gibt es die größten Unterschiede. Während 39,9% der Schülerinnen und Schüler vietnamesischer Staatsangehörigkeit weit in Führung vor den Schülerinnen und Schüler deutscher Staatsangehörigkeit liegen (28,7%) und russischer Staatsangehörigkeit (24,5%) grassieren die Schülerinnen und Schüler serbischer Staatsangehörigkeit auf dem letzten Rang. Bis auf die Schülerinnen und Schüler serbischer (8%), türkischer (9,3%) und italienischer (9,9%) Staatsangehörigkeit weisen alle anderen Nationalitäten zweistellige Prozentteile auf.⁶⁶

Die Zahlen zeigen, dass vor allem Schülerinnen und Schüler mit türkischer und italienischer Staatsangehörigkeit überproportional die Hauptschule besuchen; andererseits eine geringe Quote bei dem Besuch von Gymnasien. Dem entgegen stehen die Quoten der Schülerinnen und Schüler deutscher Staatsangehörigkeit (28,7% und 8,6%) die sich im Vergleich den Schülerinnen und Schüler mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit geschlagen geben müssen, denn hier liegt im Vergleich die höchste Quote beim Gymnasium (39,9%) und auch die geringste bei den Hauptschulen (5,9%) vor.

Wenn man sich die Zahlen der so genannten Schulabbrecher vom Schuljahr 2007/2008 anschaut, gibt es auch hier große Unterschiede. Während 6,2% der Schülerinnen und Schüler deutscher Staatsangehörigkeit die Schule ohne einen Schulabschluss verließen, waren es bei den Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Staatsangehörigkeit 15%. Zwar hat sich dieser Anteil gegenüber dem Jahr 2003 (19,2%) deutlich verbessert, jedoch besteht auch hier noch Verbesserungsbedarf. Wenn es nach der Integrationsbeauftragten geht, sind an diesem Versagen nicht nur die Schülerinnen und Schüler selbst schuld, sondern auch die Eltern und vor allem die soziale Herkunft.

⁶⁶ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 93, Tabelle 12

Mittlerweile gibt es immer mehr Angebote, diesem entgegenzuwirken, u.a. gibt es von der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) geförderte Maßnahmen, den Schulabschluss nachzuholen, die in den letzten Jahren auch immer mehr genutzt wird, aber mehr dazu später.

Des Weiteren gibt es noch große Unterschiede bei Schülerinnen und Schüler deutscher Staatsangehörigkeit bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, was die Qualität der Abschlüsse angeht. Lag der Anteil deutscher Schülerinnen und Schüler im Verhältnis zu allen Schülerinnen und Schülern bei den Hauptschulabsolventen im Schuljahr 2007/2008 bei 20,8 %; lag er bei den ausländischen Schülerinnen und Schüler hingegen bei 40,2 % - fast doppelt so hoch. Hingegen waren nur 10,7 % Schülerinnen und Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit, die die Allgemeine Hochschulreife erworben hatten; der Anteil deutscher Schülerinnen und Schüler lag hier bei 30,5 % und somit fast dreimal so hoch.⁶⁷

2.8 Maßnahmen zur Integration von Migranten beim Übergang in den Beruf

Auch beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung zeigt sich, dass es immer noch große Unterschiede zwischen deutschen Jugendlichen und Jugendlichen, nicht deutscher Herkunft bzw. nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Es lässt erkennen, dass nicht nur der Grad der schulischen Bildung, sondern auch immer noch Vorurteile großen Einfluss bei der Ausbildungsplatzsuche haben. Obwohl das Interesse der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund gleich hoch ist, gelingt Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund ein problemloser Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung zu über 50%, bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund schaffen dies gerade mal 25%.

Als anderen Aspekt könnte man hier auch die ausbildende Unternehmerseite betrachten. Im Vergleich zu deutschen Unternehmen bilden Unternehmen, die von Migranten geführt werden, unterdurchschnittlich aus. Es gibt zwar mittlerweile Programme von der Bundesregierung und der Integrationsbeauftragten, die Unternehmer mit Migrationshintergrund dabei unterstützt, die Ausbildereignung zu erlangen, doch ob das reichen wird, ist fraglich.

Deutlicher wird es, wenn man sich anschaut, dass jeder zweite Jugendliche ohne Migrationshintergrund durchschnittlich 3 Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz hat, nach 60 Monaten sogar 70%; bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat jeder Zweite erst nach 17 Monaten eine Ausbildungsplatz, nach 60 Monaten nur ca. 60%. Diese großen Unterschiede können daher nicht nur auf die Vorbildung zurückzuführen sein. Als Gründe hierfür könnte man auch Vorurteile bzw. Diskriminierung in Betracht ziehen, was sich natürlich schwer belegen lässt.⁶⁸

⁶⁷ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 96, Tabelle 13

⁶⁸ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 114-116

Zum Sekundarbereich II gehören neben der Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem auch die Übergangssysteme wie z.B. das Berufsvorbereitungsjahr und natürlich die Gymnasiale Oberstufe/Fachgymnasium um die Hochschulreife zu erlangen. Diese kann wie eingangs erwähnt, auf unterschiedliche Weise erlangt werden. Meistens wird der Weg über das Gymnasium gewählt, hier erlangt man mit Absolvierung des Abiturs die Hochschulreife. Da die Schul- und Hochschulgesetzgebung in Deutschland in der Hoheit der Bundesländer liegt, gibt es derzeit Bundesländer in denen man sein Abitur nach insgesamt 12 Schuljahren ablegt, aber auch welche bei denen es noch 13 Jahre dauert. Man hatte sich darauf verständigt, dass nach den bisherigen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Saarland und Rheinland-Pfalz in denen es 12 Jahre dauert die Hochschulreife durch das Abitur zu erlangen, auch die anderen Bundesländer nachziehen und man in Deutschland eine einheitliche Abiturdauer hat. Ab 2011 folgen Niedersachsen und Bayern, ab 2012 Berlin, Brandenburg, Bremen und Baden-Württemberg, ab 2013 Nordrhein-Westfalen und Hessen und als letztes Bundesland folgt 2016 dann Schleswig Holstein.⁶⁹

Wer dann die Hochschulzugangsberechtigung besitzt, hat dann die Möglichkeit an einer Universität oder Fachhochschule zu studieren, dabei ist es unerheblich ob diese in Deutschland oder im Ausland erworben wurde, wenn diese in Deutschland anerkannt bzw. gleichgestellt wird. Durch die Einführung des Bachelor- und Mastersystems haben jetzt Studierende die Möglichkeit, ihre ausländischen Abschlüsse ohne Probleme in Deutschland anzuerkennen lassen bzw. diese hier fortzuführen. Anzumerken sei hier, dass die Anerkennung in der Theorie recht problemlos geschieht - in der Praxis es aber oft Schwierigkeiten damit gibt.

Im Jahr 2009 waren 11,6% (ca. 240.000) aller Studierenden in Deutschland nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Von diesen 240.000 hat etwa jeder Vierte das Abitur in Deutschland erworben. Am häufigsten werden dabei Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (27% bzw. 21%) von ausländischen Studenten belegt.

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) haben auch Studierende nichtdeutscher Staatsangehörigkeit Anspruch auf Geldleistungen während des Studiums. Im Jahr 2009 erhielten 27.931 Studenten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit Unterstützung mit einem Gesamtvolumen von 101 Millionen Euro. Diese Studierenden kamen zu 20% aus den EU-Staaten, 53% aus dem restlichen Europa, zu 5% aus Afrika, 3% aus Nord- und Südamerika und zu 12% aus Asien.⁷⁰

Man kann dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Juni 2010) eine Vielzahl von Gründen entnehmen, die für die teilweisen großen Unterschiede rangezogen werden.

Eines der Hauptprobleme ist die Risikolage, in der viele der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft oder mit Migrationshintergrund aufwachsen. Zum

⁶⁹ Vgl. <http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html>

⁷⁰ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 137

Einen sind oftmals die Eltern nicht in ein ordentliches Erwerbsleben integriert (soziales Risiko) und verfügen dadurch auch durch ein geringes Einkommen (finanzielles Risiko), zum Anderen verfügen die Eltern oftmals über keine bzw. geringe Ausbildung (Risiko der Bildungsferne). Ein weiterer Aspekt ist hier, dass oftmals die ausländischen Ausbildungen in Deutschland nicht anerkannt werden und somit eine Integration in ein geregeltes Erwerbsleben weiter erschwert wird.

Doch wenn man sich die Zahlen genauer anschaut, dass 29% der 13,6 Millionen Kinder (unter 18 Jahren) in Deutschland in mindestens einer dieser Risikolagen aufwächst wovon 42 % (ca. 1,7 Millionen) Kinder einen Migrationshintergrund haben, stellt man fest, dass die aufgeführten Gründe, nicht allein dafür verantwortlich sein können.⁷¹

Unter Anderem sind auch die schlechten Deutschkenntnisse der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft ein Grund für die teilweise gravierenden Unterschiede. Aber auch wie die schon angesprochenen Diskriminierungen, werden u.a. noch mangelnde Motivation, kulturelle Gegebenheiten sowie ein geringer Anteil an Lehrkräften mit Migrationshintergrund als Gründe aufgeführt. Bezüglich des dualen Berufsausbildungssystems, ist wie bereits erwähnt, die geringe Ausbildungsquote (5 % - 15 %) der Unternehmer mit Migrationshintergrund zu nennen, die im Vergleich zu Unternehmern ohne Migrationshintergrund (25 %) weit zurückliegt.

Um diese Probleme endlich in den Griff zu bekommen, wurde das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005 im Kanzleramt angesiedelt. Dort wird alle 2 Jahre ein Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland verfasst, zu letzt im Juni 2010 veröffentlicht. Des Weiteren hat die Bundesregierung mit den Regierungen der Bundesländer einen nationalen Integrationsplan aufgestellt, in dem die Länder verpflichtet werden, die Integrationsfähigkeit des schulischen Bildungssystems zu stärken, Förderstrategien zu entwickeln und auszubauen, sowie die Sprachförderung für Schüler und auch Lehrer voranzutreiben. Dazu hat man sich darauf verständigt, die Elternarbeit zu stärken und zu fördern, sowie außerschulische Jugendbildungsprojekte weiter zu fördern und die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen zu verbessern. Außerdem will man die bisherigen Initiativen wie z.B. „JOBSTARTER“ (Unternehmer mit Migrationshintergrund werden als Ausbilder qualifiziert), „Integration durch Bildung“ (Einstiegsqualifizierung durch die Bundesagentur für Arbeit) oder auch „Vielfalt als Chance“ (Förderung der Ausbildung von Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien) weiter ausbauen und fördern. Dafür stehen bis Ende 2011 insgesamt 367 Millionen Euro zur Verfügung.⁷²

Abschließend kann man sagen, dass die soziale Schicht entscheidend für den Erfolg in der Schule ist, für Migranten aber auch für Deutsche. Des Weiteren wird das deutsche Bildungssystem den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft nur unzureichend gerecht, auch die Übergänge zwischen den einzelnen Bereichen im Bildungssystem müssen besser gelingen. Eine Möglichkeit hier wäre

⁷¹ Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 102

⁷² Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 3. Kapitel, S. 124/125

z.B., dass man das Strukturdefizit der frühen Schullaufbahnentscheidung sowie die Verweisung der schwächeren Schüler auf Hauptschulen ausgleicht.

Zusammenfassend kann man aber trotz der zuvor geschilderten Probleme für Migranten im deutschen Bildungssystem sagen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Qualität der Schulabschlüsse aufholen. Somit sind Erfolge der Maßnahmen zur Integration von Migranten durch Bildung zu verzeichnen.

2.9 Bedeutung zivilgesellschaftlicher Institutionen für die Integration von Migranten

Um den Migranten die Eingliederung in Deutschland so erfolgreich wie möglich zu gestalten, bieten zahlreiche Vereine, Verbände und Organisationen ihre Hilfe den Zuwanderern an. Derzeit existieren etwa 500.000 dieser Institutionen in Deutschland.

Vereine sind Organisationen, in denen Menschen mit gemeinsamen Zielen und Interessen tätig werden. Viele Migranten sind Mitglieder dieser Vereine, so auch zahlreiche Kinder und Jugendliche. Sie können diverse Angebote nutzen und zahlreiche Menschen mit unterschiedlichsten Interessen in Sport-, Garten-, Musik-, Tierschutz-, Heimatvereinen kennenlernen. Die Vereine bieten den Migranten die Möglichkeit, sich sozial, kulturell und sportlich zu integrieren. Sie erleichtern die Zusammenarbeit und den Abbau von Vorurteilen gegenüber Migranten und sind ein wichtiger Ausdruck einer aktiven und demokratischen Zivilgesellschaft. Gerade in ländlichen Räumen sind Vereine, Kirchengemeinden und intakte Nachbarschaften wichtige und förderliche Strukturen, um Integration zu begünstigen. Eine aktive und nachhaltige Integrationsarbeit in den Vereinen ist ein wichtiger Schritt für ein friedliches Zusammenleben zwischen Migranten und Deutschen. Vereine bieten auf freiwillige und unbürokratische Weise eine leichte Integration.

Binationale Vereine, wie z.B. der deutsch-türkische Verein, sind speziell auf Integration ausgerichtet und führen eine kulturelle, politische und soziale Arbeit aus. Sie sind ein Anlaufpunkt für Migranten mit den unterschiedlichen Problemen, Interessen und unterschiedlichen Alters. Die sogenannten Migrantenselbstorganisationen (MSO), werden durch die Migranten selbst organisiert und durchgeführt, z.B. türkische Kaffeehäuser. Sie sind die perfekte Mischung für Migranten, ihre eigenen Wurzeln zu wahren und sich zu integrieren.⁷³

Ein besonders gelungenes Projekt für Integration, ist der Verein des Deutschen Olympischen Sportbundes „Integration durch Sport“. Der Sport bietet mit seinen vielseitigen Aktivitäten, Möglichkeiten und sozialen Chancen ein wichtiges Tätigkeitsgebiet. Durch den Verein „Integration durch Sport“ können Migranten und Deutsche gemeinsam den Sport, die Bewegungen, sich selbst und die Anderen verstehen, erleben und erfahren. Der Verein wirbt Zuwanderer, sich in die Gesellschaft mit Hilfe des Sportes zu integrieren. Spezielle Augenmerke werden auf Frauen und junge Mädchen mit Migrationshintergrund gelegt, welche als Teilnehmerinnen und Übungsleiterinnen geworben werden. „Integration durch Sport“ ist ein Programm, welches durch das Bundesministerium für Inneres gefördert wird

⁷³ Vgl. Schader-Stiftung, 2010

und sich zeitgemäß in das Gesamtkonzept der Integrationsförderung der Bundesregierung schmiegt.⁷⁴

Diverse Verbände gehören zu den weiteren Institutionen im Integrationsprozess. Das sind gemeinnützige Organisationen, welche sich in privat-gewerblicher oder frei-gemeinnütziger Trägerschaft befinden. Sie nehmen Aufgaben der Förderung, Bedarfsdeckung und Interessenvertretung wahr. Gemeinnützige Organisationen verfolgen soziale, gemeinnützige, kulturelle und wissenschaftliche Ziele und sind keineswegs auf wirtschaftliche Gewinnorientierung ausgelegt. Sie werden durch Mitglieder, Zuschüsse, Spenden oder Preise finanziert. Zu den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege zählen die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das Diakonische Werk (Diakonie) und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Sie sind in ihrer Geschichte gewachsen und haben sich verändert, ihre Struktur orientiert sich teilweise an ihrer weltanschaulichen Herkunft. So wurde der Deutsche Caritasverband für das katholische Deutschland durch Lorenz Werthmann 1897 und die Arbeiterwohlfahrt als ein organisatorischer Teil der SPD durch Marie Juchacz im Jahre 1919 gegründet. Der Zentralausschuss für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche bildet das Fundament für das Diakonische Werk und das Deutsche Rote Kreuz beruft sich auf die Deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter Krieger und auf das Zentralkomitee der deutschen Landesvereine des Deutschen Roten Kreuzes 1869. Die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurde im Jahre 1917 gegründet. Das Deutsche Rote Kreuz hält sich an international anerkannte Grundsätze wie Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Freiwilligkeit fest, dagegen halten Caritas und Diakonie an kirchliche Traditionen und die AWO an sozialdemokratischen Hintergründen fest. Die Wohlfahrtsverbände bieten bundesweit Beratung und Begleitung in den Jugendmigrationsdiensten für junge Menschen mit Migrationshintergrund bis 27 Jahre sowie Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer ab 27 Jahre und älter sowie Integrationskurse an.

AWO

Die Arbeiterwohlfahrt ist ein dezentral organisierter deutscher Wohlfahrtsverband. Im Vordergrund steht der Mensch mit seinen einzigartigen Fähigkeiten, deren fortschrittliche Arbeit gefördert werden soll. Auf einem sozialetischen Fundament und sozialpolitischen Hintergrund ist dieser Spitzenverein der freien Wohlfahrt aufgebaut und mit Grundwerten wie Freiheit, Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit in der Arbeiterbewegung verankert. Die AWO bietet Neuzugewanderten und bereits hier lebenden bleibeberechtigten Migranten und Migrantinnen Sprach- und Qualifizierungskurse an. Die Beratungsstellen für junge und erwachsene Zuwanderer vervollständigen das Angebot. Sie bieten bedarfsorientierte und individuelle Beratung und Begleitung im Integrationsprozess oder in Krisensituationen, Hilfe bei Anträgen, Formularen und im Umgang mit Behörden an.⁷⁵

Caritas

⁷⁴ Vgl. Der Deutsche Olympische Sportbund, 2011

⁷⁵ Vgl. AWO Bundesverband e.V.

Der Caritasverband ist eine soziale Hilfsorganisation der römisch-katholischen Kirche. Sie steht für die Gestaltung einer sozialen Gesellschaft und arbeitet eng mit anderen sozialen Trägern zusammen. In zahlreichen Fach- und Caritasverbänden wird Hilfe für Menschen in Not geleistet. Dafür stehen 27 Diözesan-Caritasverbände, 636 Dekanats-, Bezirks-, Orts- und Kreis-Caritasverbände und Sozialberatungsstellen, 18 caritative Fachverbände wie zum Beispiel Malteser-Hilfsdienst und 262 Ordensgemeinschaften und Vereinigungen zur Verfügung. Ca. 520 000 hauptberufliche Mitarbeiter arbeiten in den zahlreichen Einrichtungen und etwa 500 000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Die Mitarbeiter beraten, pflegen und betreuen jährlich etwa 9,7 Millionen Menschen. Die Caritas betreibt wie die Arbeiterwohlfahrt diverse Beratungsdienste für Asylbewerber, Flüchtlinge und bleibeberechtigte Migranten. Sie helfen bei der Unterstützung des Integrationsprozesses und der Gleichstellung der Migranten mit der einheimischen Bevölkerung. Sie bieten Informationen und Orientierung für Flüchtlinge und Personen ohne Aufenthaltsstatus an und setzen sich für soziale und humanitäre Mindestrechte „illegal“ lebender Menschen in Deutschland ein, fördern den interreligiösen Dialog. Viele Sozialpädagogen stehen in zahlreichen Beratungsstellen den Migranten zur Hilfe um Fragen in Bezug auf Schul- und Berufsbildung zu klären, Rückkehrfragen zu beantworten, geben Hilfe bei Inanspruchnahme von sozialen Angeboten, vermitteln ratsuchende Migranten an andere Caritasverbände sowie freie und externe Träger. Die Migranten haben die Möglichkeit, an Einzelberatungen, Gruppenangeboten oder Vernetzungsprojekten teilzunehmen. Speziell für Rückkehrer und Weiterwanderer bietet die Caritas über das Raphaels Werk Hilfe an, um Fragen der Auswanderung zu beantworten und möglichst viele Informationen für ihr Vorhaben zu geben. Ein gelungenes Projekt im Integrationsprozess ist die Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration. Sie fordern eine sozialgerechte Integrations- und Flüchtlingspolitik, stärken die Zusammenarbeit der katholischen Wohlfahrtsträger im Bereich der Migration, verbessern die Akzeptanz von Fremden in der einheimischen Bevölkerung und setzen sich für die Wahrung der Rechte der Migranten und Flüchtlingen ein. Die Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration versteht sich in Fachfragen als Ansprech- und Kooperationspartner der Kommission für Migration (XIV) der Deutschen Bischofskonferenz.⁷⁶

Diakonie

Der Wohlfahrtsverband der Evangelischen Kirche, die Diakonie, engagiert sich seit Jahren in der Arbeit mit den unterschiedlichsten Zuwanderungsgruppen. Das Diakonische Werk ist ein Wohlfahrtsverband sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Es handelt nach dem Selbstverständnis der sozialen Arbeit mit Menschen unterschiedlichster Herkunft, Geschlechts, Alters und Religionszugehörigkeit. Es existieren etwas 27 000 Diakonische Einrichtungen und Dienste. Wie die Caritas und die AWO bietet die Diakonie für Migranten ebenfalls Orientierung, Beratung und Unterstützung in migrationspezifischen Angelegenheiten. Die Migrationsberatungen der Diakonie richten sich an Flüchtlinge, Arbeitsmigranten, Spätaussiedler, Opfer der Zwangsprostitution, Menschen in der Abschiebehaft und ohne legale Aufenthaltsgenehmigung. Die Diakonie verfolgt das Ziel, die bleibeberechtigten Migranten schnellstmöglich in die Gesellschaft und das soziale, kulturelle und reli-

⁷⁶ Vgl. Caritas in Deutschland - Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche

giöse Leben zu integrieren. Als besondere Aufgabe sieht es die Diakonie an, die kirchliche-diaikonische Arbeit von Migranten in Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz zu entwickeln. Eine besondere Aufgabe nimmt die Diakonie außerdem in der Integrations- und Flüchtlingspolitik wahr. Für Jugendliche Migranten bietet die Diakonie eine spezielle Beratung im sozialpädagogischen Bereich an, sie organisieren Integrationskurse und arbeiten an der Vernetzung, dabei arbeiten sie eng mit dem Fachverband Evang. Erziehungshilfen, Beratungs- und Jugendsozialarbeit Berlin-Brandenburg e.V. zusammen. Ein wichtiges Projekt der Diakonie ist die STUBE und steht für das Studienbegleitprogramm für Migranten aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Dieses Begleitprogramm tritt für die Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der menschlichen Schöpfung der Migranten ein. Außerdem beschäftigen sie sich mit den Fragen der Rückkehrer der Studierenden in ihr Heimatland. Dazu werden viele Seminare, Workshops, Clubabende und Feste organisiert, um Informationen zu verteilen, zu Helfen und die Integration zu fördern.⁷⁷

Al-Dar e.V.

Den Al-Dar e.V. gibt es bereits seit 26 Jahren, er richtet sich an Migranten arabischer Herkunft. Die Mitarbeiter des Vereins helfen bei Problemen in der Schule, sie Helfen zwischen den Behörden zu vermitteln um Missverständnisse zu vermeiden, erleichtern Arbeitslosen den Wiedereinstieg in das Berufsleben. Ein aktueller Fall hat gezeigt, wie aktiv und hilfsbereit der Verein Al-Dar e.V. ist. Ein elfjähriges Kind aus Berlin-Neukölln hatte Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten, er stotterte und sollte wegen eines Umzuges seine Förderschule wechseln – plötzlich stand er ohne Schulplatz da. Der Verein Al-Dar e.V. hatte zwischen Schul- und Jugendamt vermittelt, um einen gerechten Schul- und Therapieplatz für den Jungen zu bekommen.

Al-Dar e.V. berät Familien und besonders Frauen in Bezug auf Schulen, Kitaplätze, Vereine und gibt Tipps im Umgang mit den Kindern. In Berlin leben sehr viele Migranten mit unzureichenden Deutsch-Kenntnissen, welche sich scheuen, Beratungsangebote und Dienste in Anspruch zu nehmen. Die fremdsprachigen Beratungsstellen sind ein guter Anlaufpunkt für Migranten, um sich von den Landsleuten beraten zu lassen. Gemeindedolmetscher helfen bei Sprachbarrieren und vermitteln in Schulen, Kitas, Behörden oder Krankenhäusern. Wo Hemmnisse zu Verständigungsproblemen führen, helfen die Dolmetscher diese zu überwinden. Die Beratungsstelle des Al-Dar e.V. wurde durch eine Palästinenserin gegründet und ist ein Paradebeispiel für die Migrantenselbstorganisationen.⁷⁸

2.10 Kiezmütter – ein Berliner Modell für Migration

Die Berliner Kiezmütter entstanden als Projekt des Vereins Kulturen im Kiez e.V. im Jahre 2006 und setzen sich aus 12 Berlinerinnen verschiedener Kulturkreise (Türkei, Chile, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Peru, Irak, Syrien, Argentinien, Libanon, Deutschland) zusammen. Die Aufgabe der Frauen liegt dabei in der Kontaktaufnahme zu Müttern und ihren Familien unter Berücksichtigung ihrer landes-

⁷⁷ Vgl. Diakonie Bundesverband

⁷⁸ Vgl. Al-Dar - Zur Beratung und Betreuung von Familien arabischer Herkunft e.V

sprachlichen und -kundlichen Kompetenzen⁷⁹. Im Fokus steht die Förderung und Kultivierung der innerfamiliären Kommunikation und geschlechterdemokratischer Familienstrukturen als Grundlage für vielfältige Kompetenzentwicklung von Müttern, Vätern und ihren Kindern – nicht zuletzt der Kompetenz sich in Berlin niederzulassen und zurecht zu finden.⁸⁰ Die Kiezmütter gewähren Unterstützung bei der Klärung behördlichen Angelegenheiten. Im Rahmen der Berufung von Frauen zu Kiezmüttern entstand ein durch die Kulturen im Kiez e.V. stetig weiter entwickeltes Qualifizierungsprogramm, welches Hilfe zur Selbsthilfe, Sprach- und Sprechförderung, Spiel- und Bastelideen für Kinder, Informationen zu Freizeitangeboten und Regeldiensten anbietet. Diese Qualifizierung lässt die Kiezmütter zu Agierenden über ihren Kiez hinaus werden. Beispiele dafür sind der Türkisch-Kurs, durchgeführt von einer Kiezmutter in den Räumlichkeiten des Kulturen im Kiez e.V., oder das Engagement zweier Kiezmütter im Vergabebeirat des Aktionsfonds. Weitere Bereiche, in denen sich die Kiezmütter engagieren, betreffen Kirchengemeinden oder Veranstaltungen wie der Mädchentag im Max14 oder Konferenzen (Gebietskonferenz QM-Gebiet Pankstraße, das Forum Migrantinnen-Projekte, projektrelevante Konferenzen der Friedrich- Ebert- Stiftung). Die Kiezmütter treffen sich einmal wöchentlich zur Schulung und zum Erfahrungsaustausch. Diese Schulungen werden zum Teil von ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, PolizistInnen, Ärztinnen, Physio-, Ergo- und PsychotherapeutInnen sowie andere Menschen, deren Erfahrungen wertvoll für die Kiezmütter und die besuchten Familien sind, durchgeführt. Doch ein nicht unwesentlicher Beitrag wird auch von den Kiezmüttern selbst erbracht, dazu gehört die Erweiterung des Fundus von Spielen und Lernmaterialien. Die Schulungen werden mindestens zwei Mal im Monat durch ein Coaching erweitert, zu dessen Teilnahme die Kiezmütter verpflichtet sind. Das Coaching beinhaltet folgende Thematiken:⁸¹

- Erfahrungsaustausch in der Gruppe mit Feedback
- Gesprächseröffnung/ Einstiegsgespräche
- Aktives Zuhören
- Konfliktmanagement
- Abgrenzungstechniken
- Wertschätzung und andere Kulturen der Umgangsformen
- Stressabbau.

Einen hohen Stellenwert besitzt der Dualitätscharakter des Projekts. Zu Einem, steigt das Selbstwertgefühl der zu Kiezmüttern berufenen Frauen, zu Anderem, wird den Familien durch die Beratung der Schritt aus der Isolation in die deutsche Gesellschaft erleichtert. In Verbindung mit dieser Aussage wird auch sehr häufig vom „Multiplikatorinneneffekt“ gesprochen. Dies bedeutet, dass die beratenen Mütter ihre neu gewonnenen Kenntnisse selbst anwenden und sie an Dritte wie zum Beispiel Nachbarinnen, Freundinnen oder Verwandte weiter geben. In der

⁷⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Statentwicklung - Quartiersmanagement Pankstrasse, 2011

⁸⁰ Vgl. Gleichstellungsbeauftragte Berlin, 2010

⁸¹ Vgl. Kulturen im Kiez e.V., 2009

höchsten Ausprägung sieht der Multiplikatorinneneffekt sogar vor, dass Mütter ihrerseits wieder zu Kiezmüttern werden. Dabei stellt das Projekt folgende Ziele in den Vordergrund:⁸²

- Förderung der Reflektion der eigenen Rolle in der Familie,
- Stärkung der Erziehungskompetenzen,
- Förderung und Stärkung der Familiengemeinschaft
- Stärkung des Selbstbewusstseins,
- Verdeutlichung der Notwendigkeit des Erlernens der deutschen Sprache,
- Förderung der Familiensprache von Kindern mit Migrationshintergrund,
- Vermittlung der gewonnenen Kenntnisse an weitere Frauen und Familien im Kiez,
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und Einbindung der Frauen und derer Familien in das Kiezleben

2.11 Literaturverzeichnis

Bücher

Bade, Klaus J.: Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland Deutschland 1880 – 1980, 1983 Berlin

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin 2010

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980 Saisonarbeiter Zwangsarbeiter Gastarbeiter, 1986 Berlin Bonn

Jersch-Wenzel, Stefi u. a.: Von Zuwanderern zu Einheimischen – Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, 1990 Berlin

Kulturen im Kiez e.V. (2009). Kiezmütter - Projektbericht - Dokumentation über Verlauf und Ergebnisse des Projektes. Berlin.

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2010. Fachserie 1 Reihe 2. Wiesbaden 2011

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009 –. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden 2010

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen 2010. Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden 2011

⁸² Vgl. Kulturen im Kiez e.V., 2009

Internetquellen

Al-Dar - Zur Beratung und Betreuung von Familien arabischer Herkunft e.V. (kein Datum). *Al-Dare e.V.* Abgerufen am 30. Juni 2011 von <http://www.al-dar.de/>

AWO Bundesverband e.V. (kein Datum). *Arbeiterwohlfahrt*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von <http://www.awo.org/>

Caritas in Deutschland - Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche. (kein Datum). *Caritas*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von <http://www.caritas.de/>

Der Deutsche Olympische Sportbund. (2011). *Integration durch Sport*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von <http://www.integration-durch-sport.de/>

Diakonie Bundesverband. (kein Datum). *Diakonie*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von <http://www.diakonie.de/index.htm>

Gleichstellungsbeauftragte Berlin. (Mai 2010). *Mütter in Mitte*. Abgerufen am 20. 06 2011 von [pr__sentation_bvv_mai_2010.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/presse/gleichstellungsbeauftragte/pr__sentation_bvv_mai_2010.pdf):

http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/presse/gleichstellungsbeauftragte/pr__sentation_bvv_mai_2010.pdf

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/2010-11-03-8-lagebericht.property=publicationFile.pdf>

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migration-shintergrund2010220097004.property=file.pdf>

http://www.planet-wissen.de/alltag_gesundheit/gastarbeiter_und_migration/geschichte_der_gastarbeiter/index.jsp

<http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/finanzen/wirtschaft/index.pape=3486842.html>

Schader-Stiftung. (Dezember 2010). *Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von http://www.schader-stiftung.de/docs/dokumentation_web.pdf

Senatsverwaltung für Statentwicklung - Quartiersmanagement Pankstrasse. (10. Juni 2011). *Pressemitteilung - Zertifikatsübergabe an die Weddingener Kiezmütter*. Abgerufen am 28. Juni 2011 von Presseinformation Nr. 12/2011:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/buergeraktiv/termine/110610_pm_zertifikat_kiezmuetter.pdf

Statistisches Bundesamt Deutschland. (14. Juli 2010). *Pressemitteilung Nr.248 vom 14.07.2010*. Abgerufen am 30. Juni 2011 von

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/07/PD10__248__122,templateId=renderPrint.psml

www.mipex.eu/countries

3 Migration und Integration aus österreichischer Perspektive

Tatjana Grogger, Veronika Gruber, Nikolaus Gstinig, Nuno Filipe Kudsk Clemente Sacadura Castela, Laura Marambio Escudero, Sandra Puschmann, Anna Theresa Sitte, Cornelia Timko

Prof. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle

3.1 Migration in Österreich

Geschichte

Bei näherer Betrachtung der Einwanderungsgeschichte wird deutlich, dass Österreich eine sehr lange Einwanderungstradition vorweisen kann und daher als klassisches Einwanderungsland angesehen werden kann. Bereits im 16. Jahrhundert kann es im Großraum Wien zu einer Art Arbeitsmigration, welche bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts anhielt. Einen historischen Höchststand an Migration erreichte Wien um 1919 mit 2.239.000 Einwohnern wobei etwa zwei Drittel der Bevölkerung auf Zuwanderung zurückzuführen ist. Das Heimatrecht innerhalb der Habsburgermonarchie bekam man jedoch nur, wenn man sich an die deutschsprachige Kultur anpasste und teilweise seine eigene Herkunft und Tradition verleugnete. Nach diversen politischen Unruhen und Kriegszuständen kamen viele Flüchtlinge nach Österreich. So lebten im Jahr 1945 ca. 1,4 Millionen Migrantinnen in Österreich. Viele von ihnen waren Kriegsflüchtlinge, ehemalige KZ-Häftlinge, Vertriebene, Zwangsarbeiter, usw. Einige wanderten später nach Kanada, Australien oder die USA aus. In den 1950ern nahm die klassische Arbeitsmigration ihren Anfang. In Österreich entwickelte sich aufgrund der aufstrebenden Wirtschaft ein akuter Mangel an Arbeitskräften. Daher wurde ein Abkommen zum Zuzug ausländischer Arbeiter erstellt und so kamen innerhalb von 14 Jahren rund 265.000 Arbeitsmigrantinnen nach Österreich, welche einen 6,1% Anteil der Arbeitskräfte ausmachte. Die Mehrzahl an Arbeitsmigrantinnen waren Männer die ohne ihre Familien nach Österreich geholt wurden, da man hoffte, dass diese schnellstmöglich wieder in ihr Heimatland und zu ihren Familien zurückkehren wollten. Daher sah zum Einen die Politik keinen Anlass eine Integrations- und Sozialpolitik für diese Zielgruppe zu entwickeln und zum Anderen die Bevölkerung der Arbeitsmigrantinnen keinen Grund sich der örtlichen Kultur anzupassen, da der Aufenthalt nur für eine kurze Dauer angelegt war. Als das Wirtschaftswachstum in Österreich in den 1970ern zu stagnieren drohte, wurde das Ausländerbeschäftigungsgesetz beschlossen. Man wollte so die Arbeitsmigrantinnen zur Heimreise bewegen und gab Österreicherinnen am Arbeitsmarkt den Vorzug. Doch aufgrund der Familiennachholungen die bereits stattgefunden hatten blieb die Wohnbevölkerung konstant, während die ausländische Arbeitnehmerquote um rund 40% sank. Diese Fakten und eine weitere Flüchtlingswelle (1990 Jugoslawien- größte nach 1945) führten zu einer Reform der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Es kam zur Einführung der Drittstaatsicherheit und zur Reduktion des Aufenthaltsrechts, was jedoch nur geringe Auswirkungen zeigte⁸³.

⁸³ Vgl. Krautinger 2010, S. 11-14

Am 23. Jänner 1993 wurde von der NPO SOS Mitmensch eine Demonstration mit dem Namen Lichtermeer ins Leben gerufen. Dabei gingen allein in Wien 300.000 Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten gegen das Volksbegehren „Österreich zuerst“, welches die FPÖ ins Leben rufen wollte und für mehr Solidarität und gegen die radikale Fremdenfeindlichkeit⁸⁴.

Mit dem EU-Beitritt 1995 musste auch die Migrations- und Integrationspolitik angepasst werden, welche zu einer Straffung des Einwanderungsgesetzes führte. So sollten bereits ansässige Migranten integriert und Neuzuwanderungen, mittels Quotenregelung, reglementiert werden. Diese Regulierung wurde im Laufe der Jahre immer straffer und strikter. Seit der Integrationsvereinbarung 2002 gibt es einen verpflichtenden Deutschintegrationskurs der neben den Grundkenntnissen der Sprache auch die gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und demographischen Werte vermitteln soll. Migranten müssen innerhalb von 4 Jahren einen Nachweis über die positive Absolvierung erbringen, sonst drohen ihnen Sanktionen die sich von Verwaltungsstrafen bis hin zur Beendigung des Aufenthaltsstatus belaufen. Die Kosten sind zuerst selbst zu tragen und werden vom Bund zum Teil rückerstattet. Je schneller dieser Kurs positiv beendet wurde desto höher ist der Betrag der zurückerstattet wird⁸⁵.

Daten und Fakten

Im Jahr 2008 lebten in Österreich 1.425 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, also deren Eltern nicht in Österreich geboren wurden, das sind 17,3% der Gesamtbevölkerung. Davon sind 13% aus der ersten Generation und 4,3% aus der zweiten Generation⁸⁶.

⁸⁴ Vgl. <http://www.sosmitmensch.at/stories/10/>

⁸⁵ Vgl. Krautinger 2010, S. 14-15

⁸⁶ Vgl. Statistik Austria 2009, S. 25

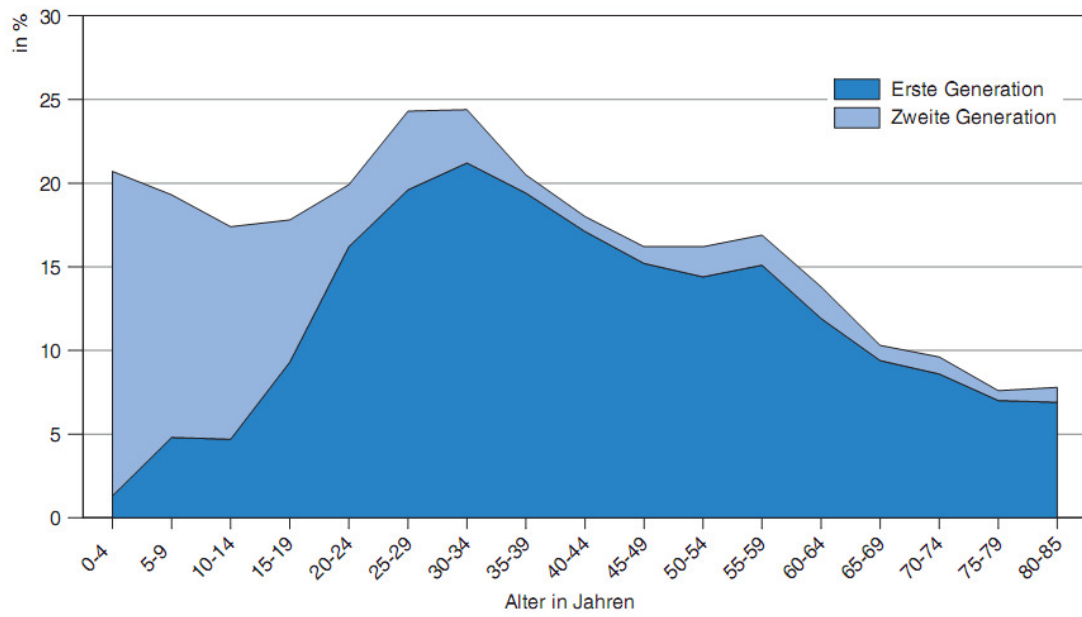


Abbildung 1: Personen mit Migrationshintergrund nach Erster und Zweiter Generation und Altersgruppe

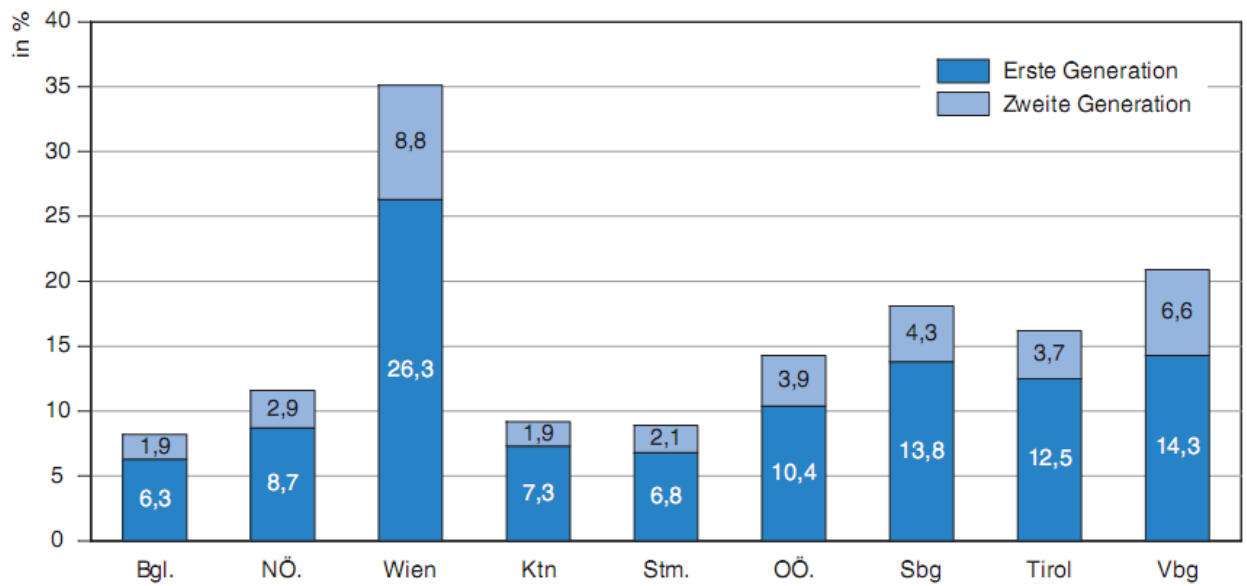


Abbildung 2: Personen mit Migrationshintergrund nach Erster und Zweiter Generation

	Gesamt	Mittlere Aufenthaltsdauer	Anteil an Gesamtbevölkerung	Männer	Frauen	Anteil Frauen
	in 1.000	in Jahren	in %	in 1.000		in %
Insgesamt	8.223,0		100	4.004,6	4.218,5	51,3
Im Ausland geboren	1.178,7	15,9	14,3	548,4	630,4	53,5
Deutschland	168,6	13,7	2,1	75,3	93,3	55,3
Türkei	159,8	17,0	1,9	83,5	76,3	47,8
Bosnien und Herzegowina	146,0	16,3	1,8	74,5	71,6	49,0
Serbien	116,1	19,3	1,4	54,6	61,5	52,9
Polen	60,3	15,8	0,7	25,5	34,8	57,7

Abbildung 3: Anteil von im Ausland Geborenen nach Bundesländern

Generell ist Österreich jedoch kein beliebtes Einwanderungsland, denn viele mit einer Qualifikation gehen nach Kanada, Australien oder in die USA.

3.2 Begriffsdefinitionen

Flüchtling

Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert einen Flüchtling als Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann. Österreich hat die Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 1955 unterzeichnet.

Unterscheidung Flüchtlinge von MigrantInnen

Ein/e MigrantIn verlässt seine/ihre Heimat üblicherweise freiwillig, um seine/ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Sollte er/sie zurückkehren, genießt er/sie weiterhin den Schutz seiner/ihrer Regierung. Flüchtlinge hingegen fliehen vor drohender Verfolgung und können unter den bestehenden Umständen nicht in ihr Heimatland zurückkehren.

Assimilation in Österreich

Assimilation vs. Integration

Medien und Politik haben, wie vorherige Erläuterungen gezeigt haben, einen sehr großen Stellenwert und entscheidenden Einfluss in der österreichischen Gesellschaft auf die Thematik Migration. Sie prägen das Verständnis der Bevölkerung zu diesem Thema und anstatt aufklärend und integrierend zu wirken, wird oft Gegenteiliges bewirkt. Es wird ein Bild vermittelt, welches durch folgendes Zitat zusammengefasst werden kann: „Integration bedeutet oft, dass man von Fremden verlangt sich unserer Kultur anzupassen und dass sie ihre Herkunft vergessen sollen. Sie sollen einfach nur zu anderen Menschen werden...“⁸⁷ Das dieses Verständnis

⁸⁷ Locker (2009), S.27.

jedoch nichts mit Integration zu tun hat, ist in der Bevölkerung jedoch weitgehend unbekannt. Es handelt sich vielmehr um Assimilation, welche oft mit Ausländerfeindlichkeit bzw. dem Druck in ein bestimmtes Schema zu passen beschrieben wird. Konkret handelt es sich darum, dass Immigranten ihre gesamte Vergangenheit und Kultur, den Weg, wie sie sozialisiert und aufgewachsen sind, sowie die Geschichte ihres Heimatlandes und alles, was anders zum Gastland ist, ablegen sollen. Im Gegenzug sollen Kultur, Werte und Normen, sowie das gesellschaftliche Leben im Gastland angenommen und internalisiert werden. Es handelt sich folglich um einen Prozess, indem man von Immigranten verlangt sich vollkommen zu verändern und ihre gesamte Identität zu verleugnen.⁸⁸

Identität

Assimilation fordert bzw. impliziert Änderungen in der Identität des Immigranten, ein Verlangen von undenkbaaren Ausmaßen. Identität beinhaltet so viele Komponenten, welche kaum erfasst, noch einfach verändert werden können. Gerade in der heutzutage globalen Welt ist Identität zu einem komplexen Phänomen geworden, welches nicht so leicht fassbar gemacht werden kann. Der ‚Ursprungsidentität‘ kommt demnach eine noch größere Rolle zu, als zuvor. Nur durch einige wenige Aspekte kann diese in andere Kulturen übertragen und weiter ausgelebt werden.⁸⁹ Für Migranten sind vor allem die zwei Identitätsaspekte, Sprache und Religion, von besonderer Relevanz, auf welche in weiterer Folge näher eingegangen werden soll.

Sprache „ist nicht nur Teil der Kommunikation, sondern auch ein Instrument der kulturellen Identifizierung eines jeden Volkes. Sie ist ein kulturelles Phänomen, das eng mit den sozialen Strukturen und Wertesystemen verbunden ist.“⁹⁰ Sprache ist demnach ein Garant für Immigranten zur Erhaltung ihrer eigenen Identität und muss von dem Gastland entsprechend berücksichtigt werden.

In Österreich wird die Bedeutung der ‚Anderssprachigkeit‘ schon in der Volksschule ersichtlich. Wie in Abbildung 1 ersichtlich ist, haben 21% der gesamten VolksschülerInnen in Österreich eine andere Muttersprache als Deutsch, wobei hierbei führend Bosnisch/ Serbisch/ Kroatisch und Türkisch als weitere Erstsprachen zu nennen sind. Dieser hohe Prozentsatz zeigt den hohen Bedarf der Adressierung dieser Thematik auf.

⁸⁸ Vgl. Schmid (2010), S.18.

⁸⁹ Vgl. Unamuno (2009), D.59.

⁹⁰ Unamuno (2009), S.59

	Alle SchülerInnen		Mit österreichischer Staatsbürgerschaft	
	N	%	N	%
Gesamt alle Erstsprachen	344 219		304 506	88
Deutsch	270 577	79	266 585	99
Andere Erstsprache als Deutsch	73 642	21	37 921	51
<i>Davon:</i>				
Bosnisch/Kroatisch/Serbisch	23 441	7	10 426	44
Türkisch	20 612	6	12 630	61

Abbildung 4: Volksschule nach Erstsprache (2007/08)⁹¹

Um Integrationsmaßnahmen zu fördern, gibt es in Österreich konkret ‚drei Säulen‘, auf welchen nicht nur das Volksschulsystem, sondern das gesamte österreichische Pflichtschulsystem aufgebaut ist. Die ersten zwei Initiativen, ‚Förderungsmaßnahmen in Deutsch als Zweitsprache‘ und ‚Muttersprachler Unterricht‘ wurden sogar formell im Gesetz festgeschrieben. Eine weitere Initiative stellt das ‚Interkulturelle Lernen‘ als eines von vielen Unterrichtsprinzipien dar.⁹²

Im Zuge der Förderungsmaßnahmen in Deutsch als Zweitsprache, erhalten SchülerInnen mit Schwächen in der deutschen Sprache die Möglichkeit zweckgebundene Mittel für ihre Schule in Anspruch zu nehmen, um Sprachförderkurse an der Schule einzurichten bzw. zu unterstützen. Mit dem Muttersprachler Unterricht können MigrantInnen, Unterricht in den 20 häufigsten Erstsprachen erhalten und damit einen wichtigen Bestandteil ihrer Kultur weiterhin ausüben. Insgesamt 340 Lehrerinnen stehen in ganz Österreich für Muttersprachler Unterricht zur Verfügung, wobei etwa die Hälfte auf Wien konzentriert ist. Als dritte Säule gilt das Unterrichtsprinzip, des interkulturellen Lernens. Dieses sollte von allen Lehrern berücksichtigt und angewendet werden, um zu gegenseitigem Verständnis, Toleranz und Respekt zwischen den Schülerinnen beizutragen. Vielfalt und Mehrsprachigkeit bilden den Grundstock für diesen Ansatz.⁹³

Eine zweite identitätsprägende Komponente, vor allem in der muslimischen Welt stellt Religion dar. Religion steht hier in ganz nahem Verhältnis zur kulturellen und zur persönlichen Identität und kann kaum separat betrachtet werden. Sie bestimmt Überzeugungen und leitet die Verhaltensweisen der Person fundamental. Religion ist demnach ein Garant für Immigranten zur Erhaltung ihrer eigenen Identität. Jedoch wird häufig Religion und Glaube mit anderen negativ behafteten Szenarien wie Kleidungs Vorschriften, Genitalverstümmelung oder Ehrenmorden gleichgesetzt, welche die Assimilation in der Bevölkerung nur stärkt. Durch politische Kampagnen und mediale Verbreitung wird demnach ein sehr negatives Bild transportiert, welches Angst und Uneinsicht für Immigranten in der Bevölkerung aus-

⁹¹ Quelle: Nusche et al. (2009); S.18. adaptiert [online]

⁹² Vgl. Nusche et al. (2009); S.22 [online].

⁹³ Vgl. Nusche et al. (2009); S.22 [online].

löst.⁹⁴ Dies wird auch in den Erklärungsansätzen von Gombos über die Entwicklung von Angst verdeutlicht. Seiner Auffassung zur Folge wird Angst einerseits durch den Sozialisationsprozess erlernt und ist weiters durch die Politik der modernen Gesellschaft geprägt.⁹⁵

Ein praktisches Beispiel dessen, zeigt sich in einem umstrittenen Computerspiel, welches von der österreichischen Partei FPÖ, 2010 im Rahmen des Wahlkampfes zu den Landtagswahlen ins Netz gestellt worden ist. ‚Moschee baba‘ sorgte für starke mediale Aufmerksamkeit in Österreich und führte zahlreiche Webbesucher auf die Webpage des Spiels. Wie in folgendem Screenshot ersichtlich (Abbildung 2), geht es in dem Spiel darum, möglichst viele Minarette und Moscheen, welche zeitlich auseinanderfolgend am Bildschirm erscheinen, abzuschießen und folglich deren Bau zu stoppen.



Abbildung 5: Spiel- ‚Moschee baba‘⁹⁶

Assimilationsdruck in Österreich

“Zahlreiche Studien zeigen, dass der Assimilationsdruck [in Österreich] äußerst groß ist und daher die eigene kulturelle Identität zugunsten derjenigen des Gastlandes aufgegeben wird.”⁹⁷

Diese Auffassung spiegelt sich auch in der Internationalen Wertstudie wider, einem sozialwissenschaftlichem Forschungsprojekt. Ziel der Wertestudie ist es, sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zusammenzutragen und basierend auf diesen Einschätzungen über die Werte der Gesellschaft zu gewinnen. Adressierte Themen sind Moral, Religion, Arbeit, Familie und Nation. Sie dient folglich dazu, ein Bild über die Bevölkerung und den vorherrschenden Einstellungen zu gewinnen, sowie einen Langzeit- Trend zu Werten in den unterschiedlichen Nationen zu erkennen.⁹⁸

⁹⁴ Vgl. Potz (2007), S.337ff.

⁹⁵ Vgl. Loacker (2009), S.39f.

⁹⁶ Quelle: Riegler (2010) [online].

⁹⁷ Leitner (1993), S.7, zit. nach: Bahramiyan-Kulnig (2001), S.111.

⁹⁸ European Values Study (2008) [online].

Laut Wertestudie kann festgehalten werden, dass seit Anfang der Neunziger Jahre und damit verbunden mit dem Aufstieg Haider, die Zustimmung an ausländerfeindlichen Aussagen in Österreich gestiegen ist. Konkret sind acht von zehn Österreichern der Ansicht, dass ‚Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Inländer anpassen‘ sollen. 49% der Bevölkerung sind der Ansicht, dass man Ausländer ruhig ‚wieder in ihre Heimat zurückschicken sollte, wenn Arbeitsplätze knapp werden‘.⁹⁹

Das Ergebnis der Wertstudie gibt die momentane gesellschaftliche Situation in Österreich wieder und zeigt auf, dass obwohl es Integrationsprogramme und –maßnahmen gibt, noch viel getan werden muss, um Integration und Assimilation nicht zu verwechseln.

Wie wird die Genfer Flüchtlingskonvention umgesetzt?

Die Genfer Flüchtlingskonvention wird in den nationalen Gesetzgebungen der Unterzeichnerstaaten geregelt. In Österreich ist dies das Asylgesetz. Personen, die in Österreich Asyl bekommen, werden „Asylberechtigte“ genannt. Asylberechtigte bleiben dauerhaft in Österreich und sind Österreicher/innen weitgehend (auch arbeitsrechtlich) gleichgestellt. Asylberechtigte werden auch als Konventionsflüchtlinge oder „anerkannte“ Flüchtlinge bezeichnet. Der Begriff „Asylant“ ist nicht eindeutig, da er gesetzlich nicht definiert ist, und sollte daher besser nicht verwendet werden.¹⁰⁰

Allgemein wird zwischen Migranten der 1., 2. und 3. Generation unterschieden: Ein MigrantIn der 1. Generation ist als so genannter ‚Quereinsteiger‘ nach Österreich eingewandert, während ein MigrantIn der 2. Generation zwar hier geboren wurde, aber seine Eltern zugereist sind. Spricht man von Migranten der 3. Generation, so wanderten die Großeltern nach Deutschland ein, doch schon die Eltern der Kinder wurden hier geboren¹⁰¹. Somit hat ein Kind, dessen Großeltern einst nach Deutschland einreisten, schon einen Migrationshintergrund.

3.3 Staatliche Programme in Verbindung mit Migration

In Österreich gibt es mehrere verschiedene von der Regierung ausgehende Programme und Aktionen, sowie Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien, die Migration betreffen.

Im Folgenden werden einige Verfahren und Aktionen beschrieben:

4.1 Asylverfahren

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling eine Person, die „...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehö-

⁹⁹ Weißensteiner (2009) [online].

¹⁰⁰ [http://www.integrationsfonds.at/wissen/integration im fokus/integration im fokus ausgabe 12009/service/wer ist fluechtling/](http://www.integrationsfonds.at/wissen/integration%20im%20fokus/integration%20im%20fokus%20ausgabe%2012009/service/wer%20ist%20fluechtling/)

¹⁰¹ vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 141

rigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann...¹⁰².

In Österreich fällt das Asylverfahren in den Kompetenzbereich des Innenministeriums. Das Asylverfahren dient als Feststellungsverfahren, in dem abgeklärt werden soll, ob auf eine Person die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonventionen (GFK) zutreffen. Im Asylgesetz ist nur der Ablauf dieses Feststellungsverfahrens geregelt. Hier wird unter anderem beschrieben, wie Asylsuchende nach Österreich einreisen dürfen, wie die Antragsstellung vor sich geht, welche Rechte und Pflichten Asylwerber während eines Asylverfahrens haben und vieles mehr.

Gesetzlich ist das Asylwesen auf drei Hauptebenen geregelt. Die oberste Instanz bildet das Völkerrecht mit der Satzung der Vereinten Nationen aus 1945, der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus 1951 GFK samt Zusatzprotokolle und die Konventionen zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten 1958 Menschenrechtskonventionen (MRK) samt Zusatzprotokolle.

Die nächste rechtliche Instanz bildet das EU-Recht mit verschiedenen Verordnungen und Richtlinien, wie beispielsweise die Richtlinie über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedsstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft vom 1.12.2005.

Auf nationaler Ebene ist das Asylrecht im Asylgesetz 2005, samt Asylgesetz-Durchführungsverordnung 2005 geregelt. Dazu kommen noch einige weitere Gesetze¹⁰³.

Ein Grund für die Neuauflage, beziehungsweise Überarbeitung des Asylgesetzes 2003 war die starke negative Reaktion auf diese Auflage, welche nach Ansicht vieler, unter anderem amnesty international, ‚katastrophal‘ und ‚menschenrechtsverletzend‘ war. Dies hatte sich auch in den stark zurückgehenden Asylwerberzahlen (Anmerkung: in Deutschland Asylbewerber) niedergeschlagen, mit einem Rückgang von 19,4 % in den ersten sechs Monaten der Jahre 2003 auf 2004.

In Österreich gibt es zwei Instanzen in einem Asylverfahren. Die erste Instanz bildet das Bundesasylamt. Dabei handelt es sich um eine monokratisch organisierte unmittelbare Bundesbehörde mit Sitz in Wien. Das Bundesasylamt ist direkt dem Innenministerium untergeordnet. Zusätzlich gibt es drei Erstaufnahmestellen für Asylwerber in Traiskirchen (Ost), Thalham (West) und am Flughafen Schwechat, welche Bestandteile des Bundesasylamts bilden¹⁰⁴.

Die zweite und letzte Instanz im österreichischen Asylverfahren bildet der Asylgerichtshof (AsylGH). Bis 1. Juli 2008 bildete die letzte Instanz der Unabhängige Bundesasylsenat, welcher abgelöst wurde. Der AsylGH ist keine Berufungsbehörde, sondern letztinstanzliches Gericht für individuelle Beschwerden mit Sitz in Wien¹⁰⁵.

¹⁰² Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 „Genfer Flüchtlingskonvention“

¹⁰³ BM.I, 2011 online

¹⁰⁴ BM.I, 2011, online

¹⁰⁵ BM.I, 2011, online

In Bezug auf Antragszahlen ist auffallen, dass die Gesamtantragszahlen stark rückgängig sind. Waren es im Jahr 2005 noch 22.461 Anträge, so waren es im Jahr 2010 nur noch 11.012 Anträge. Es gab innerhalb dieser Periode von fünf Jahren zwei Jahre mit extremen Rückgängen: von 2005 auf 2006 mit einem Rückgang von 40,57 % und von 2009 auf 2010 mit einem Rückgang von 30,40 %. In den Jahren dazwischen waren zwar teilweise Anstiege zu verzeichnen, jedoch ergibt sich auf die Fünfjahresperiode ein Rückgang von knapp 50 %¹⁰⁶. Daher kann die Frage gestellt werden, ob Österreich immer noch als ‚Asylland‘ bezeichnet werden kann.

4.2 Gastarbeiter

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und mit beginnendem wirtschaftlichem Aufschwung in Österreich mangelte es an mit der Zeit an Arbeitskräften. 1961 wurde vom damaligen Handelskammerpräsident Julius Raab und dem Österreichischen Gewerkschafterbund (ÖGB) Franz Olah ein Abkommen unterzeichnet, wonach gezielt 47.000 Gastarbeiter angeworben werden sollten¹⁰⁷. Dies gilt weitläufig als Beginn der Gastarbeiterpolitik in Österreich. Laut Hermann Möckler geschah dies jedoch bereits Jahre zuvor, als 1956 Flüchtlinge aus Ungarn aufgenommen wurden, die nach einem Aufstand flüchten mussten. Woraufhin Österreich hohes internationales Ansehen als Einwanderer freundlicher Staat erhielt. In den kommenden Jahren folgten weitere 150.000 Tschechen aufgrund des ‚Prager Frühlings‘ 1968 und etwa 100.000 Polen in den Achtzigerjahren. Viele dieser zwei letztgenannten Wellen hielten sich jedoch nicht lange in Österreich auf und reisten oft in die Vereinigten Staaten weiter, zu einem großen Teil nach Chicago.

1962 wurde ein Vertrag mit Spanien im Hinblick auf Gastarbeiteranwerbung geschlossen, der jedoch kaum von praktischer Bedeutung war. Darauf folgten 1964 ein ähnliches Abkommen mit der Türkei und 1966 ein Abkommen mit Jugoslawien um die benötigten Arbeitskräfte anzuwerben¹⁰⁸. Weitere große Wellen folgten 1989 nach dem Fall des ‚Ostblocks‘ und in den Jahren von 1990 bis 1993, wo jährlich etwa 85.000 Menschen nach Österreich einreisen und zu einem großen Teil um Asyl ansuchten. Aufgrund dieser starken Anstiege, die nicht mehr im Plan waren wurde das Asylgesetz verabschiedet¹⁰⁹.

Schlüsselarbeitskräfte

In Österreich gibt es für qualifizierte Personen aus Drittstaaten die Möglichkeit, als sogenannte Schlüsselkräfte nach Österreich zuzuwandern und eine Beschäftigung aufzunehmen. Dafür müssen jedoch besondere Kriterien erfüllt werden. Vor allem drei Kriterien sind ausschlaggebend:

Konkretes Arbeitsplatzangebot

Besondere, am österreichischen Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildung oder spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten

¹⁰⁶ BM.I, 2011, online

¹⁰⁷ Die Presse, 2009

¹⁰⁸ HaGalil.com, 2011, online

¹⁰⁹ DiePresse, 2009

Mindestentlohnung von mindestens 60 % der ASVG- Höchstbeitragsgrundlage (2011 beträgt dies € 2.520 brutto pro Monat).

Dabei erfolgt die Beantragung durch die ‚Schlüsselkraft‘ durch Ausfüllung des Antrages und weiteren Nachweisen, wie Reisepass oder Geburtsurkunde. Die tatsächliche Antragsstellung erfolgt dann jedoch vom Arbeitgeber. Nach Prüfung des Antrages durch die regionale Arbeitsmarktbehörde (AMS) wird bei positivem Bescheid eine Erstbewilligung für 18 Monate erteilt. Anschließend sind Verlängerung um jeweils weitere 12 Monate möglich, ehe nach fünf Jahren eine Erteilung eines Daueraufenthaltes möglich ist¹¹⁰.

Jährlich können maximal 2.645 Personen einen positiven Bescheid als Schlüsselkraft erhalten. Es gibt jedoch weite Kritik von Seiten von Unternehmern und Managern, dass die Zulassungskriterien viel zu streng seien. Dadurch würden, laut Christian Friesl von der Industriellen-Vereinigung, viele potentielle Schlüsselkräfte bereits damit abgeschreckt, welche dann oft nach Kanada, Australien oder in die Vereinigten Staaten ziehen. Auch fehle es an Anreizen für qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu kommen, was auf lange Sicht zu Problemen führen könne¹¹¹. Margit Kreuzhuber von der Wirtschaftskammer sieht als besonderes Problem die oben genannte Mindestentlohnung, wodurch vor allem Universitätsabgänger schon an dieser Schwelle scheitern. Es müsse jedoch Ziel sein, die Universitätsabgänger österreichischer Universitäten zu halten und in die österreichische Wirtschaft zu integrieren¹¹².

Rot-Weiß-Rot Karte

Die Rot-Weiß-Rot Karte ist ein neues System, mit dem die Schlüsselkräfte Problematik beseitigt werden soll. Die mit Anfang Juli 2011 in Kraft tretende Karte soll, nach Kanadischem und US-Amerikanischem Vorbild es Arbeitskräften aus Drittstaaten vereinfachen nach Österreich zu kommen um hier zu arbeiten. Eine große Änderung zum bestehenden System liegt darin, dass bei der Einwanderung noch keine Deutschkenntnisse für Fachkräfte vorhanden sein müssen. Der Integrationsvertrag sieht jedoch vor, dass nach zwei Jahren mindestens das Deutsch-Niveau A2 nachgewiesen werden muss.

Mit der Rot-Weiß-Rot Karte sollen vor allem drei Hauptpersonengruppen angeworben werden: Manager, qualifizierte Migranten in Mangelberufen (z.B. Fräser, Dreher oder Schweißer) und sonstige Schlüsselkräfte, die nicht mit im Inland Arbeitssuchenden abgedeckt werden können. Auch Universitätsabgängern wird es mit der Rot-Weiß-Rot Karte erleichtert in Österreich tätig zu werden: so ist nun als Hauptkriterium nur noch ein Jobangebot und eine Mindestentlohnung von € 1.900 brutto notwendig¹¹³.

Insgesamt können jährlich 8.000 Migranten in verschiedenen Kategorien eine Rot-Weiß-Rot Karte erhalten:

500 hochqualifizierte Arbeiter und Manager

¹¹⁰ BM.I, 2011, online

¹¹¹ Oe1, 2011, online

¹¹² Oe1, 2011, online

¹¹³ Oe24.at, 2011, online

2000 Arbeitskräfte in Mangelberufen

2500 Schlüsselarbeitskräfte

500 Studenten aus Drittstaaten

2500 Personen aus Familienzusammenführungen

Zum Erhalten der Rot-Weiß-Rot Karte gibt es ein Punktesystem, dass für jede Kategorie unterschiedlich ist. So können durch praktische Arbeitserfahrung oder theoretische Bildung, sowie Alter oder Sprachkenntnisse Punkte gesammelt werden. Von maximal 100 Punkten müssen 70 erreicht werden um grundsätzlich eine Rot-Weiß-Rot Karte erhalten zu können.

Für hochqualifizierte Arbeitskräfte und Manager lautet der Punktespiegel beispielsweise wie folgt:

Spezielle Qualifikationen (z.B. Universitätsabschluss) maximal 40 Punkte

Berufserfahrung maximal 20 Punkte

(Fremd-)Sprachkenntnisse maximal 10 Punkte

Alter maximal 20 Punkte

Studium in Österreich maximal 10 Punkte

Hochqualifizierte, die über ein Visum zur Arbeitssuche verfügen, erhalten ohne weitere Arbeitsmarktprüfung eine Rot-Weiß-Rot Karte für zwölf Monate, um Österreich als Standort für hochqualifizierte Arbeitskräfte noch attraktiver zu machen¹¹⁴.

Es bleibt abzuwarten und zu hoffen, dass die neue Rot-Weiß-Rot Karte von potentiellen Arbeitskräften angenommen wird und wie gewünscht qualitativ hochwertige Arbeitskräfte nach Österreich lockt. Die Aktionen und Gesetzgebungen der letzten etwa 20 bis 25 Jahre haben das Image Österreichs als einst Einwanderungsfreundliches Land geschädigt, was auch auf die Wirtschaft Auswirkungen hatte, da wichtige Arbeitskräfte nicht angeworben werden konnten und stattdessen in andere Länder migriert sind. Somit hängt auch ein Teil des wirtschaftlichen Erfolges und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs vom Erfolg der Rot-Weiß-Rot Karte ab.

Erhalt der Staatsbürgerschaft

Grundsätzlich gibt es zwei Arten, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten: Erwerb durch Abstammung und Erwerb durch Verleihung.

Erwerb durch Abstammung: Eheleiche Kinder erwerben mit der Geburt automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn zu diesem Zeitpunkt ein Elternteil österreichische Staatsbürgerin/österreichischer Staatsbürger ist. Stirbt ein Elternteil vor der Geburt des Kindes, so erwirbt das eheliche Kind die österreichische Staatsbürgerschaft, sofern der verstorbene Elternteil im Zeitpunkt seines Todes österreichische Staatsbürgerin/österreichischer Staatsbürger war.

Uneheliche Kinder erwerben mit der Geburt automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt österreichische

¹¹⁴ BMASK, 2011

Staatsbürgerin ist, ohne dass auf den Geburtsort des Kindes oder die Staatsangehörigkeit des unehelichen Vaters Rücksicht genommen wird.

Wenn die verheirateten Eltern unterschiedliche Nationalitäten (österreichische und eine andere) haben und das Herkunftsland des fremden Elternteils das Abstammungsprinzip (wie in Österreich – siehe oben) hat, ist das Kind Doppelstaatsbürgerin/Doppelstaatsbürger. Nach österreichischem Recht muss sich das Kind mit Volljährigkeit nicht für eine Staatsangehörigkeit entscheiden – es kann jedoch sein, dass der andere Staat eine Entscheidung verlangt¹¹⁵.

Für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Verleihung gibt es mehrere Möglichkeiten:

Verleihung aufgrund eines Rechtsanspruches

Verleihung aufgrund freien Ermessens

Verleihung bei Wohnsitz im Ausland

Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft durch Anzeige¹¹⁶.

Jedenfalls für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Verleihung müssen bestimmte Allgemeine Bedingungen erfüllt sein, wie zum Beispiel:

Mindestens zehnjähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich

Davon mindestens fünfjährige Niederlassbewilligung

Unbescholtenheit (z.B. keine gerichtlichen Verurteilungen oder kein Strafverfahren)

Hinreichend gesicherter Lebensunterhalt (Nachweis fester und regelmäßiger Einkünfte)

Deutschkenntnisse und Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung und Geschichte Österreichs.¹¹⁷

Österreichischer Integrationsfond

Ziel des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) ist die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration von Asylberechtigten und Migrantinnen auf Basis ihrer Pflichten und Rechte in Österreich. Durch die sachliche und fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Migration fördert der ÖIF in der österreichischen Gesellschaft das Bewusstsein für damit verbundene Herausforderungen und Chancen. Grundlegend für erfolgreiche Integration sind Respekt vor der persönlichen Identität, Toleranz und die Bereitschaft, aus Unterschieden Chancen zu machen.¹¹⁸

Der ÖIF ist ein Fonds der Republik Österreich und ist Partner des Bundesministeriums für Inneres (BM.I). Der ÖIF bezeichnet sich als offene und moderne Dienst-

¹¹⁵ help.gv.at (1), 2011, online

¹¹⁶ help.gv.at (2), online, 2011

¹¹⁷ help.gv.at (3), online, 2011

¹¹⁸ Österreichischer Integrationsfonds, online, 2011

leistungsorganisation, welche unabhängig von Religion und Weltanschauung arbeitet. Daher gibt sich der ÖIF als offen für Veränderung und Einbringung neuer Ideen.¹¹⁹

Einige Ziele und Angebote des ÖIF sind:

Förderung der Begegnung und des Dialoges zwischen Kund/innen (Asylwerber/innen und Migrantinnen) und der österreichischen Gesellschaft

Vermittlung integrationsrelevanten Wissens und Information an Kund/innen und die österreichische Gesellschaft

Ermöglichung nationaler und europäischer Projekte zur Integrationsförderung

Beratung der Kund/innen in Alltagsfragen

Vermittlung von notwendigen Sprachkenntnissen der deutschen Sprache

Hilfestellung bei Arbeitsplatzsuche durch aktive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (z.B. Unternehmen oder Arbeitsmarktservice) und mit Experten

Unterstützung der Kund/innen bei der Wohnungssuche

Mit diesen Leistungen soll eine rasche Integration in die österreichische Gesellschaft ermöglicht und gewährleistet werden.¹²⁰

Von einer raschen Integration von Asylwerber/innen und Migrantinnen profitieren nicht nur diese, sondern vor allem auch die österreichische Wirtschaft. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird erhöht. Dies hilft Österreich auch in Zukunft eine führende Nation zu bleiben.

3.4 Medien und Migration

Migration und Medien

Erst einmal stellt sich die Frage, warum das Thema Medien im Zusammenhang mit Migration und Integration behandelt wird. Dies liegt an der Tatsache, dass Medien für das Gelingen oder Misslingen eines gesellschaftlichen Prozesses eine entscheidende Rolle spielen. Besonders, wenn es sich dabei um einen so wichtigen Prozess wie der Integration handelt.¹²¹

Medien können soziale Wirklichkeit konstruieren und mit beeinflussen. Sie tagen daher zur Meinungsbildung der Konsumenten bei. Daher wird nachfolgend die Berichterstattung der Medien in Bezug auf Migrantinnen behandelt.

Auffallend ist, dass es über die Behandlung von Migration und Integration in den österreichischen Medien kaum Untersuchungen gibt. Im Österreichischen Integrationsbericht 2001-2006 wird dieses Thema beispielsweise explizit überhaupt nicht behandelt.¹²²

¹¹⁹ Österreichischer Integrationsfonds, online, 2011

¹²⁰ Österreichischer Integrationsfonds, online, 2011)

¹²¹ Vgl. Bundesministerium für Inneres, S. 196

¹²² Vgl. Bundesministerium für Inneres S. 196

Erst in den letzten Jahren wurde von Seiten der Forschung ein Augenmerk auf dieses Thema gelegt. Es liegen nun die ersten Ergebnisse vor. Voraussichtlich werden sich die Forschungen dazu in den nächsten Jahren erweitern.

Besonders relevante Themenkreise in diesem Zusammenhang sind zum ersten die Medien des Gastlandes und ihre Art der Darstellung von Migrantinnen und deren Probleme. Darüber hinaus die Medien von und für Migrantinnen und ihr Beitrag zur Integration. Zum dritten die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiterinnen in den privaten und öffentlich-rechtlichen Medien der Mehrheitsgesellschaft.¹²³

Medien können in verschiedene Unterbereiche gegliedert werden, diese wären die Printmedien, das Fernsehen, der Rundfunk und das Internet. Nachfolgend soll auf den Bereich Printmedien, Tageszeitungen näher eingegangen werden.



(www.media-analyse.at Stand: 15:03.2011)

In Österreich ist die Kronenzeitung nach dem ORF das reichweitenstärkste Medium. Sie ist daher mit Abstand die meist konsumierte und einflussreichste Tageszeitung. In der Abbildung auf der vorherigen Seite wird dies verdeutlicht: Nach Meinung der Befragten einer Studie berichtet die Kronen-Zeitung nach einem Schwarz-Weiß-Schema.¹²⁴

In der Berichterstattung der Kronen-Zeitung werden „Fremde“ als eine Bedrohung für die Sicherheit der Österreicherinnen dargestellt. Ihnen wird somit die Sündenbockfunktion für den Großteil der Probleme, die im Land herrschen, zugeschrieben.¹²⁵

Eine Inhaltsanalyse von Mathias Rohe über die tagesaktuellen Medienberichte (größere österreichische Tageszeitungen) zum Thema hat im Zeitraum von 1997 bis 2005 ergeben, dass 88 % der Beiträge als neutral einzustufen sind und 8 % als deutlich negativ. Daraus lässt sich schließen, dass es kaum positive Beiträge zum Thema Migration gibt. Die Hauptthemen in den Beiträgen behandelten die „Integration von in Österreich lebenden Muslimen“ und „mögliche Terrorgefahren in Ös-

¹²³ Vgl. Bundesministerium für Inneres, S. 196

¹²⁴ Vgl. Österreichischer Integrationsfonds 2010

¹²⁵ vgl. http://textfeld.ac.at/themencluster_kronenzeitung Stand: 10.03.2010

terreich“. Das allgemeine Leben von Muslimen in Österreich bleibt nach wie vor Randthema.¹²⁶

Grundsätzlich hat sich in die Medien die Ausländerproblematik zur Islamproblematik gewandelt. Das Stichwort „Terror“ kam beispielsweise in der Berichterstattung im Jahr 2001 sechs Mal häufiger vor als 2000. Integration wird demnach fast nur im Zusammenhang mit weltweiter Gefahrenprävention erörtert und nicht als eigenständiges und wichtiges Thema. Muslimische Migrantinnen werden ein generelles Bedrohungspotenzial zugeschrieben. Viele Beiträge stellen den Islam als eine Religion dar, die zum Terror führe oder leicht führen kann und auf jeden Fall rückständig und gewaltbereit ist.¹²⁷

Die Medien berichten mehr über Probleme mit Migranten, als über Probleme der Migranten. Medien sind in Österreich auch rechtlich nicht dazu verpflichtet, zum Gelingen von Integration beizutragen bzw. Migrantinnen und deren Interessen zu berücksichtigen.¹²⁸

Das Phänomen der geschlossenen Welten bezieht sich auf den Medienkonsum von Migrantinnen. Diese können via Satelliten-TV durchgängig mit Programmen aus dem eigenen Kulturkreis versorgt werden und sind dadurch gewissermaßen kulturell autark.

Es lässt den Konsumenten dieser Programme die Begegnung und Auseinandersetzung mit der österreichischen Umwelt als weitgehend verzichtbar und für ihr Leben bedeutungslos erscheinen.¹²⁹ Dies kann zur Isolation führen. Als ein Schlüssel für die Förderung von Integration wird allgemein die Beschäftigung von Migrantinnen in den Redaktionen selbst angesehen. Die Erwartung dabei ist, dass Migrantinnen die Sensibilität für die Probleme der Zuwanderer erhöhen und andererseits deren Interesse an dem betreffenden Medium und den österreichischen Medien insgesamt wecken würden.

Medienmitarbeiter mit Migrationshintergrund hätten auch leichter Zugang in die Welt der Zuwanderer (z.B. in Moscheen) und könnten zu Vermittlern zwischen Migrantinnen und Mehrheitsgesellschaft werden.¹³⁰

Bettelverbote in Österreich

Das Bettelverbot, das vor einer Woche in der Steiermark (21. Februar 2011) beschlossen wurde, verbietet Betteln generell - mit der höchsten Geldstrafe: 2000 Euro. Gemeinden können aber Bettelzonen ausrufen. In Wien wird seit 2010 nur gewerbsmäßiges Betteln mit 700 Euro bestraft. Aggressives Betteln und Betteln Minderjähriger waren in Wien und Graz bereits verboten.

Niederösterreich verbietet gewerbsmäßiges Betteln, Betteln von Tür zu Tür und Betteln mit Minderjährigen seit Dezember. In Vorarlberg herrscht generelles Bettelverbot, Notleidende dürfen aber um Ausnahmen ansuchen. In Kärnten wird die-

¹²⁶ Vgl. Rohe, S. 15 f

¹²⁷ Vgl. Rohe, S. 16f

¹²⁸ Vgl. Bundesministerium für Inneres, S. 197

¹²⁹ vgl. Bundesministerium für Inneres, S. 199

¹³⁰ vgl. Bundesministerium für Inneres, S. 198

se Woche ein Gesetz gegen aggressives, gewerbsmäßiges und Betteln von Kindern verboten, in Oberösterreich werden noch Details verhandelt. Im Burgenland ist nur in Eisenstadt "aufdringliches" Betteln und Betteln mit Kindern, bei Strafen von bis zu 1100 Euro untersagt. In Tirol ist seit 1976 aggressives Betteln und in Salzburg seit 2009 generell Betteln verboten. Gegen Salzburg und Wien liegen Klagen beim Verfassungsgerichtshof.¹³¹

3.5 Literaturangaben

Bücher

Bahramiyan-Kulnig, Simin (2001): Bedingungen und kulturelle Barrieren der Integration von Ausländern in Österreich. Kein Verlag: Klagenfurt.

Bundesministerium für Inneres (2009): Gemeinsam kommen wir zusammen – Expertenbeiträge zur Integration, Wien

Janda, Alexander (Hrsg.) (2010): Österreichischer Integrationsfonds. Wien

Krautinger, Susanne 2010: Gesundheitsstatus und Gesundheitsprobleme von türkischen Migrantinnen - Welche Anforderungen ergeben sich an die pflegerische Versorgung? Wien

Loacker, Bianca (2009): Integration in Österreich.- Avusturya'da Entegrasyon-Geboren, gelebt und gestorben in Österreich, begraben in der Türkei. Kein Verlag: Klagenfurt

Potz, Richard (2007): Islam, Migration und Integration. In: Fassmann, Heinz: 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006, Drave: Klagenfurt/ Celovec.

Rohe, Mathias (2006): Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer Mitbürgerinnen in Österreich, Wien

Schmid, Stefan (2010): Integration als Ideal - Assimilation als Realität: Vorstellungen von jungen Deutschen und türkischstämmigen Migranten über ein Leben in Deutschland. V&R Unipress: Göttingen

Statistik Austria 2009: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008. Wien

Statistik Austria 2010: Österreich. Zahlen. Daten. Fakten. Wien. 6. Auflage

Unamuno, Miguel (2009): Die Bedeutung von Sprache als Teil kultureller Identität. In: Vidas, Jamila: Die Migration und Integration der Mexikaner in den USA: Sozio-kulturelle und politische Einflüsse der Chicanos auf die US- amerikanische Gesellschaft. Grin Verlag: Norderstedt

Wadl, Wilhelm 2006: Wichtige Daten über das Bundesland Kärnten. Lernunterlagen des Landes Kärnten für die Einbürgerungsbewerberinnen gemäß § 10a Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 idgF. Klagenfurt

¹³¹ DER STANDARD-Printausgabe, 22.2.2011) <http://derstandard.at/1297818582504/Wissen-Bettelverbote-in-Oesterreich>

Internetquellen

http://textfeld.ac.at/themencluster_kronenzeitung Stand: 10.03.2010

www.media-analyse.at Stand: 15:03.2011

BM.I: online 2011: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/

DiePresse 2009:

http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/521650/Gastarbeiter_Auslaender-kamen-in-mehreren-Wellen

Oe1: online 2011: <http://oe1.orf.at/artikel/251544>

BMASK: online 2011:

http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/0/4/CH0020/CMS1306164706818/2011-05-20_de_info_-_rwr-karte.pdf

BM.I: online 2011: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/

Schlüsselkräfte

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Niederlassung/Folder_Schlusselkraefte_deutsch_2011.pdf

Hagalil.com: online 2011:

<http://www.hagalil.com/archiv/2004/06/arbeitsmigration.htm>

European Values Study.2008, URL: <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>
[Zugriffsdatum: 01.03.2011]

Nusche, Deborah/ Shewbridge, Claire/ Lamhauge Rasmussen, Christian. 2009, OECD-Länderprüfungen Migration und Bildung. Österreich. URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/2/51/44584913.pdf> [Zugriffsdatum: 15.03.2011]

4 Integration von Minderheiten in Polen

Dorota Agacińska, Marta Borowiak, Magdalena Greficz, Magdalena Jandy, Katarzyna Łączna, Gracjan Słomowicz, Jeroen Van den Bosh, Anna Włodarska
Dr. Przemysław Osiewicz

4.1 Einführung

Warum werden Einwanderer von der einheimischen Bevölkerung selten herzlich willkommen geheißen? Warum beschwerten sich manche Menschen, dass diese neuen Bürger sich nicht im Geringsten integrieren? Die Sozialpsychologie und die Identitätstheorien bieten darauf eine interessante Antwort.

Die Neuropsychologie zeigt, wie wiederholte Erfahrungen die Nervenbahnen zwischen den Gehirnzellen verstärken, bis etwas als vertraut erkannt wird. Neue Erfahrungen werden zunächst von Emotionen begleitet wie „hmm, schmeckt lecker“, oder „sieh mal, das ist kochend heiß!“ Dies gilt auch für Gefühle der Gefahr.

Diese Erfahrungen werden vom Instinkt geleitet. Unsere Angst vor Spinnen kommt beispielsweise von unserem Instinkt, Angst vor achtbeinigen Insekten zu haben, wir ordnen sie automatisch als gefährlich, giftig, etc. ein.

Natürlich gilt dieser Entdeckungsprozess nicht nur für Objekte, sondern auch im gemeinsamen Leben mit den Menschen um uns herum (Familie, Freunde, Klassenkameraden, etc.). Alle diese vertrauten Erlebnisse werden verwendet, um unsere Selbstwahrnehmung aufzubauen: Wer wir sind und wohin wir gehören. Gleichzeitig will ein Mensch einzigartig sein, sich von der Eigengruppe unterscheiden. Aber zu viel Einzigartigkeit wird einen Menschen dazu bringen, sich verloren und entwurzelt zu fühlen; zu viel Gleichförmigkeit wird dazu führen, dass er seine individuelle Existenz anzweifelt.

Wir können hier sehen, dass wir mit all diesen "vertrauten" Erfahrungen unsere Eigengruppe bilden, auf die sich unsere Selbstwahrnehmung gründet. Menschen, die wir nicht kennen oder die wir als anders wahrnehmen, ordnen wir als Mitglieder einer Fremdgruppe ein. Wir brauchen sie um uns herum, um die Grenzen zwischen der Eigen- und der Fremdgruppe ziehen zu können.

Während seines Lebens baut ein Mensch viele Formen der Identität auf, die zu seiner Selbstwahrnehmung passen; Identitäten, die zu seinem Selbstbild passen. Sie bestimmen, wer der Mensch in Bezug auf andere ist und wer nicht. Jede Identität hat ihre eigenen Werte und Normen, Erkennungsmerkmale und manchmal sogar ihre eigene Geschichte und Kultur. Beispiele unterschiedlicher Identitäten sind: Geschlecht, Religion, Status, Bildung, Klassenzugehörigkeit, Nationalität, Herkunft. Hier auf dem Lichtbild kann man eine grafische Abstraktion der unterschiedlichen Identitäten sehen. Diese Identitäten überlagern sich gegenseitig und sind nicht alle gleich hervorstechend. Abhängig von der Situation können sie schwach oder stark sein. Was uns bei dieser Konferenz interessiert, sind die nationalen, regionalen und religiösen Identitäten. Diese Identitäten sind normalerweise sehr stark und auffällig. Ihre Bildung wird von der eigenen Geschichte und Kultur unterstützt und erfolgt immer wieder neu auf diesen Grundlagen.

Die Gebietsverteilung nach dem 2. Weltkrieg: Die weißrussischen, ukrainischen und baltischen Regionen, die zuvor polnisch waren, wurden fest in das Sowjetreich eingegliedert. Darüber hinaus begünstigte die ethnische Situation und die neue Oder-Neiße-Grenze den Piasten-Entwurf: Nach der Besetzung durch die Nazis und die Kommunisten wurde die polnische Volksrepublik zu 97% ethnisch homogen und römisch-katholisch. Der Verlust von sechs Millionen Menschen, die völlige Zerstörung von Warschau und anderen Städten und die Auslieferung der westlichen Alliierten an den sowjetischen Einflussbereich machten die Polen zu bitteren Realisten. Auch als die Sowjetunion am Ende war, blieb ein sehr mächtiges Russland an der Ostgrenze Polens bestehen; das stellte eine Ausdehnung nach Osten definitiv außer Frage.

Während der kommunistischen Herrschaft war es physisch und psychisch unmöglich, die polnische Identität gemäß den alten Mustern wiederzubeleben: das Polen nach Jalta war anders und seine politische Elite ausgewandert, vertrieben oder bei Katyń hingerichtet worden. Und die Kirche wurde in die Defensive gedrängt, als Papst Pius XII sich auf die Seite Deutschlands gegen das Übel des Kommunismus stellte. Während der ersten beiden Jahre der kommunistischen Herrschaft erreichte das Regime mit einer Mischung aus Schrecken und sozialen Versprechungen eine widerwillige Fügung der polnischen Bevölkerung. Darüber hinaus boten sie der neuen herrschenden Elite eine wichtige Quelle der Legitimation im enthaupteten Polen an. Der Ausbruch des Kalten Krieges führte zur Auferlegung der Gleichförmigkeit mit dem direkten sowjetischen Stil in allen Lebensbereichen und verursachte bittere Reaktionen. Die Stalinisierung Polens war verhältnismäßig frei von den heftigen Grausamkeiten, die in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten zur Anwendung kamen. Doch die Katholische Kirche und die Intellektuellen, die mit ihr in Verbindung gebracht wurden, waren unter den ersten Opfern des Kalten Krieges. Die zunehmende Desillusionierung der Arbeiterklasse und das Nachlassen der unterjochten Wirtschaft erzeugte Spannungen.

Der Tod von Stalin im Jahr 1953 bot nur eine kurze Verschnaufpause, in der ein Modus Vivendi mit der Katholischen Kirche eingerichtet wurde. Nach 1960 war klar, dass das Regime den totalitären Charakter aufrechterhalten wollte. Alle polnischen Versuche, die Spannung zu verringern, die durch das bipolare System entstanden, wurden ignoriert oder abgeschmettert. Als der Osten und der Westen begannen, sich wiederanzunähern, geschah das unter der Maßgabe einer bleibenden Trennung. Als Reaktion darauf überdachte die polnische Regierung ihre Ziele und Taktiken neu. Als die Wirtschaft sich immer mehr verschlechterte, verbanden sich die Intelligenzia, die Kirche und die Arbeiterklasse und begannen, eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Ziel zu entwickeln, indem sie das Regime immer mehr an den Rand und in die Defensive drängten. Die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft wurde unüberbrückbar. Das Regime musste der Opposition immer mehr nachgeben, die sich in der Gewerkschaft Solidarność organisierte. Als ein Pole Papst wurde und der Reformier Michail Gorbatschow an die Macht kam, taute der Kalte Krieg auf und die Sowjetunion brach unerwartet zusammen. Plötzlich entstand ein neuer, demokratischer polnischer Staat mit einer Nation, die ihre Identität aus einer qualvollen Geschichte wiederaufbauen musste.

Wie bereits erwähnt, ist die polnische Bevölkerung seit dem 2. Weltkrieg und nach dem Holocaust und dem Verlust der Grenzgebiete (die jetzt überwiegend zur Ukraine und zu Weißrussland gehören) zu 97% homogen. Die erste Generation von Migranten aus anderen Ostblockstaaten, die nach dem 2. Weltkrieg nach Polen kamen, hatte eine ähnliche Identitätsveränderung hinter sich wie die Polen. Von Anfang an war die Sowjetunion der große „Andere“, über den sie ihre eigene Identität definierten. Als die kommunistischen Regimes in ihren Stammländern fielen, hatten sie ähnliche Gefühle der Hoffnung und des Sieges. Die erste Generation von Migranten hat eine andere Identität entwickelt, die sich oft als widersprüchlich zu der neuen Generation von Migranten erweist, sogar wenn sie aus demselben Heimatland stammen.

Zweifellos stellt die Integration von Einwanderern die europäischen Gesellschaften vor eine Herausforderung. Sie kämpfen mit dem Problem, wie sie die Einwanderer in ihre sozialen Strukturen mit ein beziehen sollen. In dieser Situation findet eine Suche nach „Vorbildern“ statt und unterschiedliche nationale Integrationsmuster werden erörtert nach ihren relativen Vorteilen oder Problemen¹³². Die Integration von Nationalangehörigen von Drittländern ist ein noch relativ neues Thema, doch es wird mehr und mehr Aufmerksamkeit darauf verwendet und wir versuchen, unser eigenes Muster zu schaffen. Das wird in den Aktivitäten ebenso wie in den Forschungsprojekten sichtbar. Grzymała-Kazłowska, ein polnischer Wissenschaftler, unterscheidet drei Arten von Diskursanalysen über Einwanderer in Polen: allgemeine Studie über die Einstellung der Polen gegenüber Einwanderern, Studie über die Einstellung der Polen gegenüber bestimmten Kategorien und Gruppen von Einwanderern, wie Flüchtlinge, ausländische Studenten, Heimkehrer, im Ausland Lebende und einige bestimmte nationale Gruppen, und eine Studie über andere konkrete Probleme in Zusammenhang mit der Einstellung der Polen gegenüber Einwanderern einschließlich des Themas der Diskriminierung und der Vorurteile oder der kulturellen Repräsentation von Migranten¹³³. Der erste Aspekt (allgemeine Einstellung gegenüber Einwanderern) sowie andere damit verbundene Themen (vor allem der Arbeitsmarkt) werden im folgenden Teil behandelt.

4.2 Einwanderung nach Polen

Politische Faktoren haben seit 1989 die Hauptrolle für den Zustrom von ausländischen Bürgern nach Polen gespielt. Die wesentlichen Wendepunkte sind: Polens Wandel von einem totalitären zu einem demokratischen politischen System, der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes der Sowjetunion, das nachfolgende Auseinanderbrechen der UdSSR und die Auflösung der UdSSR untergeordneten Blockstaaten und das Ende der bipolaren globalen politischen Ordnung¹³⁴.

¹³² F. Heckmann, D. Schnapper, *The integration of immigrants in European Societies. National differences and Trends of Convergence*, Bamberg 2003, p. 9.

¹³³ A. Grzymała – Kazłowska, *Konstruowanie 'innego'. Wizerunki imigrantów w prasie i w badaniach opinii [Construction the 'Other'. The Representations of Immigrants in the Press and in Public Polls]*. Warszawa 2007.

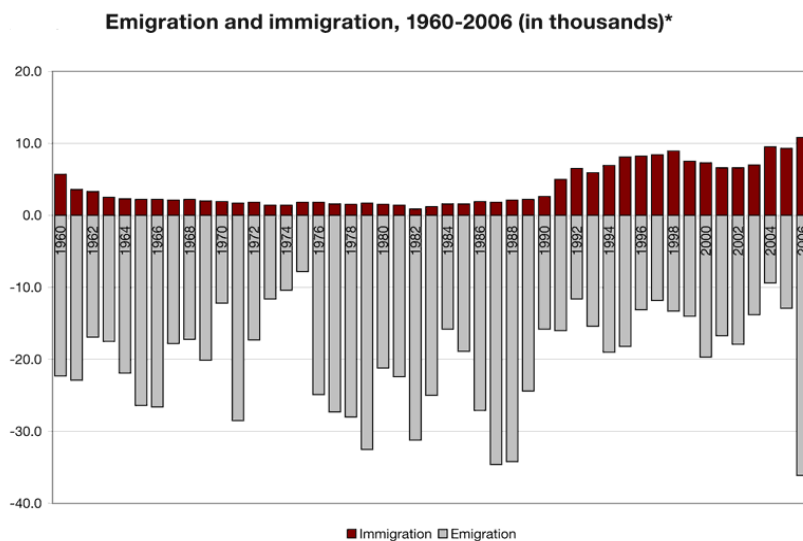
¹³⁴ A. Górny, I. Grabowska-Lusińska, M. Lesińska, M. Okólski, *Poland: becoming a country of sustained immigration*, IDEA working papers No.10 2009, p. 23.

Die wichtigsten Einwanderergruppen, die in Polen leben, sind Bürger der Ukraine, Weißrusslands und der russischen Föderation (hauptsächlich rechtswidrige und Zirkulations-Migranten, die im sekundären Sektor des Arbeitsmarktes beschäftigt sind); Migranten aus asiatischen Ländern (v. a. Vietnam und China), die in der Gastronomie und dem Verkauf von billigen und qualitativ geringwertigen Textilien arbeiten; und auch hochqualifizierte Fachleute (Manager, Berater und Sprachlehrer) aus westlichen Ländern, unter denen auch frühere Migranten mit doppelter Staatsbürgerschaft oder Kinder von Auswanderern sind. Unter politischen Migranten gibt es zurzeit ein Überhandnehmen an Asylbewerbern aus Tschetschenien. Der Rückgang des Einwanderungsstroms wird mit einer Zunahme bei der Auswanderung (zeitweise und dauerhaft) in Verbindung gebracht. Man muss schlussfolgern, dass die Zunahme der Auswanderung nicht so stark ist wie in den 80ern, aber dass sie die Zuwanderungsrate mehrfach übersteigt.¹³⁵

4.3 Polnische Einwanderungspolitik

Wie oben erwähnt, hat Polen eine relativ kurze Einwanderungsgeschichte verglichen mit anderen EU-Ländern. Seit Jahren konzentrierte sich die polnische Migration eher auf die Weggänge als auf das Bewältigen der Zuströme.

Abbildung 1



Source: Central Statistical Office, Central Population Register – PESEL (Główny Urząd Statystyczny, Pow-szechny Elektroniczny System Ewidencji Ludności)

* Note: It would appear that ethnic German emigrants (*Aussiedler*) are partially excluded from these figures.

Die Migrationspolitik Polens in der Zeit zwischen 1945 und 1989 war:

- typisch für alle sowjetischen Blockstaaten;
- getrieben von isolationistischen Prinzipien: restriktive Pass- und Ausreisepolitik in Kombination mit restriktiver Einreisepolitik blockierte alle Einwanderungsströme;
- begrenzte Bewilligung von Asylanträgen aus einer begrenzten Anzahl von Gründen, hauptsächlich für Kommunisten, die Junta-Regimes entkamen

¹³⁵ I. Koryś, Migration trends In selected EU countries: Poland, Central European Forum For Migration Research Working Papers 5/2003, p. 6.

In der Zeit zwischen 1989 und 2004 war die polnische Migrationspolitik in ihren Verdiensten reaktiv:

- Die Maßnahmen, gleichgültig ob gesetzgebender oder institutioneller Natur, wurden getrieben von den Beobachtungen der Migrationsströme und gesetzlichen Verpflichtungen, die sich von den Vorbereitungen zum EU-Beitritt ableiteten
- Einwanderung wurde nicht in Begriffen von Sozial- oder Wirtschaftspolitik diskutiert;
- Die Migrationsdebatte konzentrierte sich auf den Schutz der Grenzen, die Menschenrechte oder Flüchtlingsschutz und die Umsiedlung polnischer Volkzugehöriger.

Nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 blieb die polnische Migrationspolitik immer noch reaktiv. Einige Entscheidungen, die die Bewältigung von Arbeitseinwanderung betreffen, wurden jedoch schneller getroffen und umgesetzt. Die Maßnahmen der Gesetzgebung und der Institutionen wurden angetrieben von:

- der Beobachtung sowohl von Einwanderern als auch von Auswanderern;
- gesetzlichen Verpflichtungen des Schengener Abkommens;
- der Beobachtung, dass die Auswanderung wesentlich stärker ist als die Einwanderung.

Weinar bemerkte es so: Die polnische Einwanderungspolitik entwickelte sich unter dem Einfluss von Faktoren, die sich ziemlich von den in der Literatur anerkannten unterscheidet. Weder der wirtschaftliche Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland, noch sozial destabilisierende Asylantenströme, noch politische oder öffentliche Debatten über Einwanderung hatten eine wirkliche Auswirkung auf diese Politik. Die Säulen der polnischen Einwanderungspolitik waren: die Umwandlung des Systems und die europäische Integration¹³⁶.

4.4 Arbeitswanderungspolitik in Polen

Gemäß der Volkszählung von 2002 (CSO 2004) gaben von allen Ausländern in Polen (nicht-polnische Bürger), deren Gründe der Einwanderung festgestellt werden konnten, fast 30% an, dass sie aus arbeitsbedingten Gründen eingewandert sind und weitere 20% aus Gründen der Bildung (vom Rest migrierten die meisten – 40% insgesamt aus familiären Gründen). Das bedeutet, dass Arbeitskraftmigration einen bedeutenden Anteil hat an allen Einwanderungsströmen nach Polen und dass darum der Arbeitsmarkt als treibende Kraft für den Migrationsstrom nach Polen gesehen werden kann¹³⁷.

Seit den 90er-Jahren hat Polen eine restriktive Politik, was den Einlass von Ausländern auf den Arbeitsmarkt betrifft. Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die Feststellung der tatsächlichen und voraussichtlichen politischen Anreize, die die Anwesenheit von ausländischen Arbeitern auf dem polnischen Arbeitsmarkt beeinflussen oder nicht beeinflussen könnten. Der Mechanismus, der den Einlass von Ausländern auf den polnischen Arbeitsmarkt regelt, dreht sich um die Verpflich-

¹³⁶ A. Weinar, Multiculturalism debates in Poland, CSM 2007.

¹³⁷ A. Górný, I. Grabowska-Lusińska, M. Lesińska, M. Okólski, op. cit., p.30.

tung eines Arbeitgebers, sich zugunsten eines Ausländers für eine Arbeitserlaubnis zu bewerben. Diese Erlaubnis wird nach einer Bewertung der Situation auf dem lokalen Arbeitsmarkt ausgegeben (dem sogenannten „Arbeitsmarkttest“). Für eine begrenzte Zeit, die abhängig ist von der Aufenthaltsgenehmigung des Ausländers (in der Regel maximal zwei Jahre), wird er oder sie einer bestimmten Stelle und einem bestimmten Arbeitgeber zugeteilt. Jetzt werden jedoch einige Kategorien von Ausländern von dieser Pflicht, sich um eine Arbeitserlaubnis zu bewerben, ausgenommen. In Kombination betrachtet, könnten diese zwei Maßnahmen die Grundlage für eine Arbeitskraftmigrationspolitik bilden, die effektiv auf die Bedürfnisse des polnischen Arbeitsmarktes reagiert.

Seit Juni 2006 haben Saisonarbeiter aus der Ukraine, der Russischen Föderation und aus Weißrussland¹³⁸ die Möglichkeit, in einem sechsmonatigen Zeitraum drei Monate lang ohne Arbeitserlaubnis in Polen zu arbeiten, und zwar in folgenden Bereichen:

- Landwirtschaft;
- Ackerbau;
- Viehzucht.

Veränderungen, die im Juli 2007 eingeführt wurden, breiteten sich auf andere Wirtschaftssektoren aus, im Februar 2008 wurde die genehmigte Beschäftigungsdauer auf dieser Grundlage auf sechs Monate innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten ausgeweitet.

Unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes stieg die Anzahl der gewährten Arbeitsgenehmigungen seit 2007 von 12.000 auf 18.000 im Jahr 2008 (Steigerung von 48%) für Einzelpersonen aus dem Ausland und für ausländische Subunternehmen von 1.300 im Jahr 2006 auf 3.700 im Jahr 2008. Zusammen mit dem Zusatz zum Ausländergesetz wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt durch ein neues, einstufiges Arbeitsgenehmigungsverfahren liberalisiert, das geringe Antragskosten produziert und fünf verschiedene Arten von Arbeitsgenehmigungen ausgibt. Das erste Mal wurden Studenten bei dem Erhalt von Arbeitserlaubnissen bevorzugt. Seit 2004 hatte Polen unter den OECD-Ländern die größte Zunahme von ausländischen Studenten (auf 13.700, eine Zunahme von 20% von 2006 bis 2007).

Eine Richtlinie des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik vom Februar 2009 vereinfachte die Verfahren für die saisonale Beschäftigung von Migranten aus kooperierenden angrenzenden Ländern. Migranten aus Weißrussland, Russland, der Ukraine und Moldawien sind von den Arbeitserlaubnissen ausgenommen, obwohl Arbeitgeber deren Beschäftigung beim lokalen Arbeitsamt angeben müssen und sie nicht länger als 6 Monate arbeiten dürfen. Das führte zu einem großen Zustrom: Im Jahr 2007 wurden 20.000 Visa ausgegeben, im Jahr 2008 mehr als 95.000. Die meisten angegebenen Beschäftigungen gab es in der Landwirtschaft und hauptsächlich waren es Migranten aus der Ukraine (ca. 96%).

Als Folge des Beitritts Polens zum Schengener Gebiet wurde am 1. Juli 2009 ein beidseitiges Arbeits-Grenzverkehrs-Abkommen mit der Ukraine geschlossen. Be-

¹³⁸ Nationals of these countries still require a visa with permission to work, which can be issued by a consulate when an applicant submits a declaration from an employer regarding his/her intent to offer employment. The declaration must be registered in the local labour office in Poland.

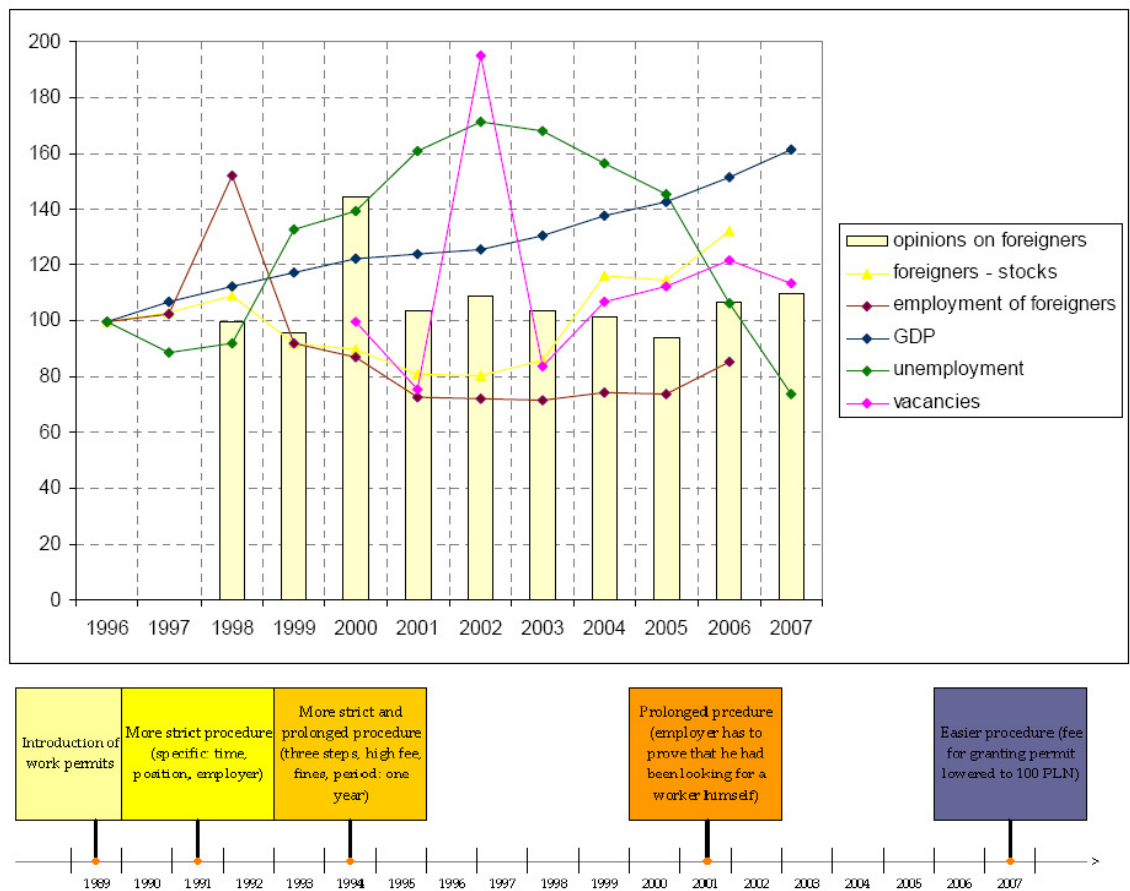
wohner der Grenzregion können jetzt regulär die Grenze überqueren und maximal 60 Tage bleiben; die Genehmigungen sind zwei Jahre lang gültig und können auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Allein im Juli 2009 wurden 3.500 Genehmigungen ausgegeben; die jährlichen Zahlen werden auf ca. 50.000 geschätzt.

Im April 2009 verabschiedete das Parlament ein neues Bürgerschaftsgesetz. Die Hauptneuerung sind mehr Kompetenzen für die regionalen Gouverneure, was die Einbürgerungsvorgänge anbelangt. Eine Arbeitsgruppe zur Migrationsstrategie, ein Team aus allen Ministerien, arbeitet derzeit eine umfassende, langfristige Migrationsstrategie für Polen aus und Mitte 2010 soll ein neues Ausländergesetz vorgelegt werden. Berücksichtigung finden Aspekte wie ein klarer Regelungsweg sowie eine gemeinsame Integrationspolitik, aber auch eine Migrationspolitik, die den Arbeitsmarktbedürfnissen mit einer größeren Reihe von privilegierten Kategorien untergeordnet ist¹³⁹.

Das Diagramm zeigt einige Daten, die sich auf die Beschäftigung von Ausländern und die Geschichte der polnischen Arbeitswanderungspolitik ihnen gegenüber beziehen (s. Abb. 2 auf der nächsten Seite).

¹³⁹International Migrant Outlook, OECD, SOPEMI 2010, p. 232.

Abb. 2



Notes:

- *'Opinions on foreigners'- This index is based on results of annual opinion polls conducted by Public Opinion Research Center (CBOS) and it was calculated as an average percentage of people describing their attitude towards people of various nationalities as positive ("liking").
- 'Foreigners-stocks'- Foreigners employed in the national economy (Central Statistical Office)
- 'Employment of foreigners'- work permits (Ministry of Labour and Social Policy)
- 'GDP'- growth of gross domestic product (Central Statistical Office)
- 'Unemployment'- Changes of unemployment rates (Central Statistical Office)
- 'Vacancies'- Total number of vacant posts estimated on the basis of the annual survey (Central Statistical Office 'Labour Demand Survey')

4.5 Die Integration von Einwanderern – Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen

Ein wichtiger Anstoß für die Entwicklung der Integration von Einwanderern in Polen waren die Initiativen, die auf EU-Ebene ins Leben gerufen wurden. Ein Beispiel ist der Europäische Integrationsfonds für Angehörige von Drittländern (EIF) für den Zeitraum 2007 – 2013, der Teil des allgemeinen Programms „Solidarität und Bewältigung von Migrationsströmen“ ist, das in Polen eine Anzahl von Initiativen und Integrationsprojekten ins Leben rief.

Der EIF unterstützt nationale Maßnahmen, die:

- die Entwicklung und Umsetzung von geeigneten Zulassungsverfahren ermöglichen, die dazu bestimmt sind, den Integrationsprozess zu unterstützen;
- die Entwicklung und die Umsetzung des Integrationsprozesses unterstützen, vor allem in Bezug auf Angehörige von Nicht-EU-Ländern, die gerade im Gastgeberland angekommen sind;
- die Kapazität von EU-Ländern erweitern, Strategien für die Integration von Angehörigen von Nicht-EU-Ländern zu entwickeln, umzusetzen, zu verfolgen und auszuwerten;
- den Austausch von Informationen und bewährten Verfahrensweisen in und zwischen EU-Ländern unterstützen, indem sie Strategien und Maßnahmen für die Integration von Angehörigen von Nicht-EU-Ländern entwickeln, umsetzen und bewerten.¹⁴⁰

Unter Berücksichtigung dieser Ziele hat der Fonds in Polen zwischen 2007 und 2008 die Umsetzung von 68 Projekten finanziert. Nichtregierungsorganisationen und staatliche Einrichtungen waren verantwortlich für die Umsetzung von 46 davon. Die polnischen Maßnahmen umfassten beispielsweise Sprachkurse, Rechtsberatung und Workshops zur kulturellen Anpassung.¹⁴¹

Eine der Nichtregierungsorganisationen ist die "Ocalenie"-Stiftung („Rettung“).

Die Maßnahmen der Stiftung konzentrieren sich auf:

- die Unterstützung von Flüchtlingen und Einwanderern auf polnischem Gebiet;
- die Unterstützung von staatlichen Institutionen, zum Beispiel durch Beratung, Vermittlung oder die Organisation von Workshops;
- die Kooperation mit staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der Flüchtlings- und Einwandererhilfe tätig sind;
- die Beteiligung an Studien, die die Situation von Flüchtlingen und Einwanderern in Polen überwacht.¹⁴²

Eine weitere Organisation ist das Halina Nieć-Rechtshilfezentrum. Es ist eine nicht-staatliche, unpolitische und gemeinnützige Organisation, die sich in Krakau, Polen, befindet. Das Zentrum wurde 2002 von jungen, erfahrenen Rechtsanwälten gegründet, Absolventen der Jagiellonen-Universität unter der Leitung von Dr. Halina Nieć, die das Ziel hatten, die Wahrung der Menschenrechte zu verbessern, kostenlose Rechtshilfe anzubieten und Programme im Bereich der Schulbildung und der Demokratisierung umzusetzen. Nach Dr. Nieć's vorzeitigem Tod behielt die Organisation sie als Schirmherrin.

"Willkommen in Polen" ist eine Kampagne, die über die Möglichkeit informiert, solche kostenlose Hilfe wie Rechtsberatung für die Verfahren zu nutzen, die mit dem Erwerb einer Langzeit-Aufenthaltsgenehmigung, den Formalitäten der Beschäftigung und der Arbeitsgesetze, des Schulwesens, des Gesundheitswesens etc. in Verbindung stehen.

¹⁴⁰ http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/114572_en.htm

¹⁴¹ P. Pawlak, D. Szalewska, M. Polakowski, M. Fijałkowska, I. Bąbiak, Polityka (dez)integracji. Zarządzanie integracją obywateli państw trzecich w Polsce, Warszawa 2010, s. 7

¹⁴² Official Site of the 'Ocalenie Foundation', <http://www.ocalenie.org.pl/>

Am 1. September 2010 startete das Halina Nieć-Rechtsberatungszentrum ein Projekt mit dem Namen „Verbesserung der Identifizierung und Hilfe für Opfer von Menschenhandel in Einwanderungshaft“, das von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa finanziert wird. Das Projekt wendet sich an die Bürger von Georgien, Russland (Tschetschenen), Ukraine und andere Länder, die sich in den bewachten Ausländerzentren in Lesznowola, Przemyśl und Krosno Odrzańskie und Stettin zum Zweck der Ausweisung in Haft befinden. Besondere Aufmerksamkeit erhalten Ausländer, die als verletzbar gelten – Opfer von Menschenhandel; Opfer körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt, Familien mit Kindern, schwangere Frauen, etc.

Am 1. Dezember 2009 begann das Halina Nieć-Rechtsberatungszentrum das Projekt „Gebt ihnen eine Chance! – Wachsende Integrationschancen für Asylbewerber durch eine Kampagne der Rechtshilfe, des Entgegenwirkens von Gewalt und der Aufklärung“, die gemeinsam vom europäischen Fonds für Flüchtlinge und dem Staatshaushalt finanziert wurde. Die Aufgaben konzentrieren sich auf die Integration von Asylbewerbern in Polen.¹⁴³

4.6 Die Einstellung der polnischen Gesellschaft und ihrer Beamten gegenüber Einwanderern

Die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu Ausländern ist ein wichtiger vermittelnder Faktor, was die Einwanderung nach Polen betrifft. Diese Einstellung hat sich von sehr wohlwollend allen Nationalitäten gegenüber zu weniger wohlwollend und stark differenziert im Hinblick auf die Nationalitäten der Einwanderer entwickelt.

Polens Einwanderungsstrategien verhalten sich auf der MIPEX-Skala (Migrant Integration Policy Index: einwanderungs-integrationspolitischer Index) ungleichmäßig (s. Abb. 4 auf der nächsten Seite). Am stärksten sind die Strategien für einen Langzeitaufenthalt, die EU-weit am besten sind und mit 10 Punkten abschneiden, und bei Familienzusammenführung, die die drittbesten sind nach SI und LT. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft ist der drittbeste in der EU – 10 Punkte, obwohl er noch nicht einmal halb so gut ist wie die beste Methode, ähnlich ist das bei der Anti-Diskriminierung. Die Strategien der politischen Beteiligung sind ungünstig für Integration und die drittschlechtesten in den 28 MIPEX-Ländern, nach LV und LT. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist der zweitschlechteste von den 28, nach LV.

¹⁴³ Official site of Halina Nieć Legal Aid Centre <http://www.pomocprawna.org/>

Abb. 3: Unterschiede zwischen Polen und anderen EU-Staaten

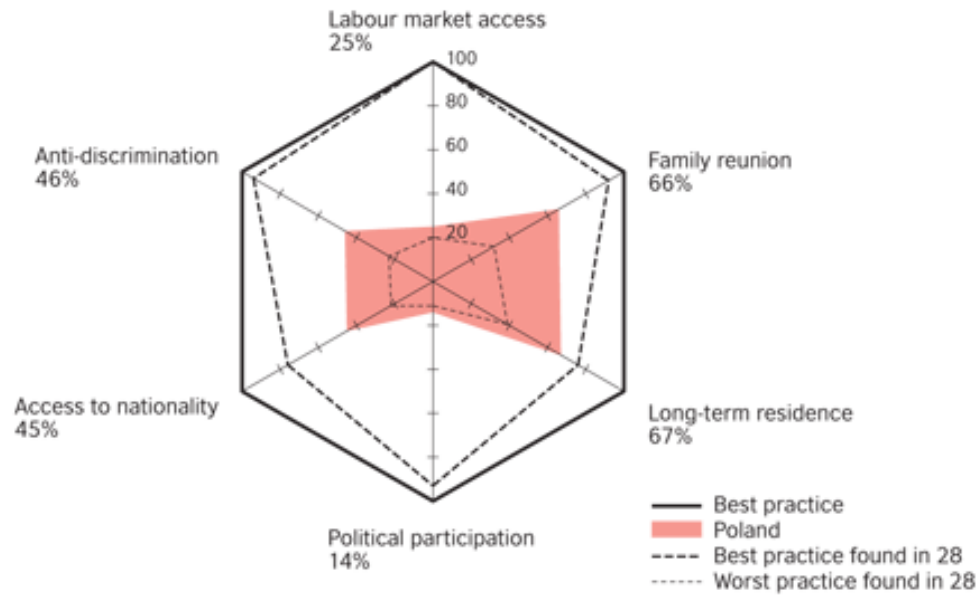
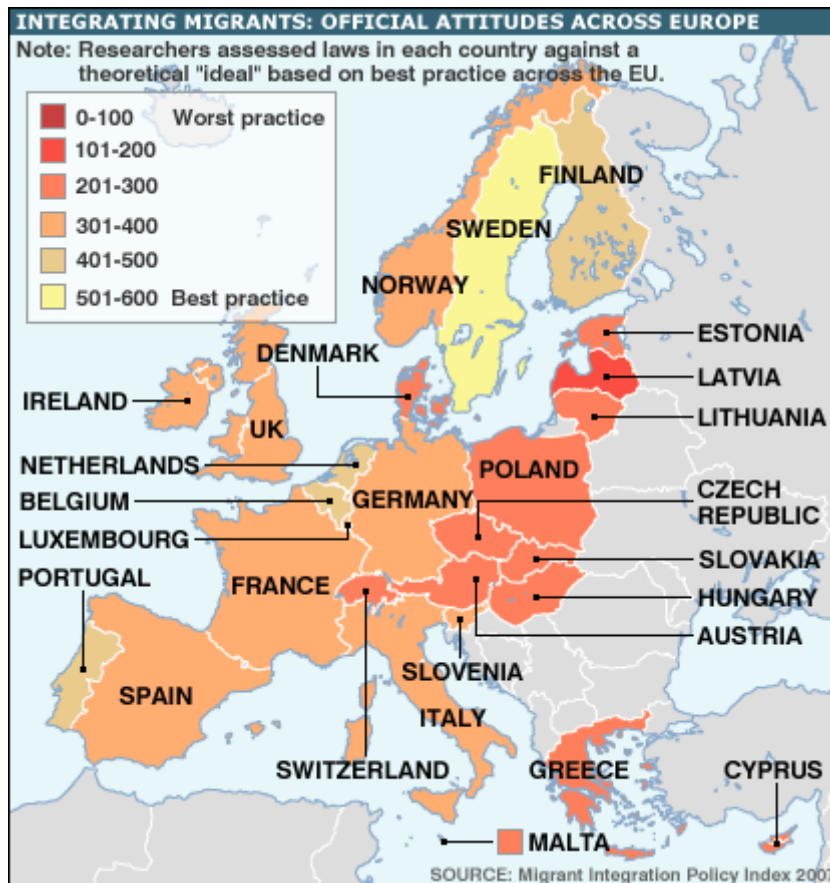


Abb. 4 Migration Integration Policy index.¹⁴⁴

¹⁴⁴ **MIPEX** is a unique long-term project which evaluates and compares what governments are doing to promote the integration of migrants in all EU Member States and several non-EU countries. It uses over 100 policy indicators to create a rich, multi-dimensional picture of migrants' opportunities to participate in European societies. Source:

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7043911.stm>



Familienzusammenführung

Migranten müssen mindestens zwei Jahre warten, bevor sie berechtigt sind, ihre Verwandten nach Polen zu holen. Wenn sie das erreicht haben, müssen sie genügend Wohnraum und Einkommen für ihre Familie nachweisen können. Diese wenigen Voraussetzungen geben Polen den drittbesten Wert unter den 28 MIPEX-Ländern, nach SE und IE. Familienmitglieder können so lange in Polen bleiben, wie ihre Sponsoren sie unterstützen. Es gibt wenige Gründe dafür, dass Familienangehörige ihre Erlaubnis verlieren, aber wenn der Staat beschließt, sie auszuweisen, muss er keine Faktoren wie die Festigkeit der Familienbeziehung oder die Familienbande nach Polen berücksichtigen. Wiedervereinigte Familienmitglieder können innerhalb von drei Jahren eigenständige Aufenthaltsgenehmigungen erhalten, aber ihre Rechte auf Schulbildung, Beschäftigung, Sozialhilfe, Gesundheitsfürsorge und Wohnung sind begrenzt. Laut MIPEX ist das ansonsten nur in HU, IE und SK der Fall.

Langzeitaufenthalt

Nach fünf Jahren sind Migranten berechtigt zu einem Langzeitaufenthalt. Diese fünf Jahre können die Zeit beinhalten, die sie in Polen als Asylsuchende verbracht haben und die Zeit, die sie als Studenten in Polen verbracht haben. Polen schneidet nach Italien als zweitbestes Land ab, zusammen mit CA, MT und NL. Die Bewerber werden nicht gezwungen, einen Integrationstest zu absolvieren, aber sie müssen gute wirtschaftliche Voraussetzungen vorweisen. Langzeitbewohner haben eine teilweise Sicherheit in ihrem Status, der als zweitbestes abschneidet,

nach BE und SE. Der Staat muss die persönlichen Umstände der Bewohner berücksichtigen, bevor er beschließen kann, sie auszuweisen. Menschen, die eine Langzeitaufenthaltserlaubnis besitzen, verfügen über gleiche Rechte wie Polen, was den Zugang zu Beschäftigung, sozialer Sicherheit, Gesundheitsfürsorge und Wohnung betrifft. Dieser Wert wäre noch besser, wenn sie auch in andere EU-Mitgliedsstaaten reisen, dort leben und Langzeitaufenthaltserlaubnisse dort besitzen könnten.

Zugang zur Staatsangehörigkeit

Die Voraussetzungen für Migranten, die polnische Staatsbürgerschaft zu erhalten, sind die zweitschlechtesten nach MT und zusammen mit HU und LV. Sie müssen mindestens fünf Jahre dauerhaft in Polen leben, was bedeutet, dass sie mindestens zehn Jahre warten müssen, bevor sie berechtigt sind, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Sogar ihre in Polen geborenen Kinder und Enkel müssen unterschiedliche Voraussetzungen erfüllen, um Bürger in dem Land ihrer Geburt zu werden. Polens Voraussetzungen für den Erwerb wären besser, wenn die Bewerber nicht ein Mindesteinkommen nachweisen müssten oder eine Prüfung auf Kriminaldelikte bestehen müssten. Der Staat kann jemanden ablehnen, ohne verpflichtet zu sein, seine persönlichen Umstände zu berücksichtigen oder ihm gesetzliche Garantien oder Gelegenheiten zu bieten, gegen die Entscheidungen in Berufung zu gehen. Erfolgreiche Bewerber können ihre Bürgerschaft jedoch nie wieder zurückziehen. Der Staat kann nach dem Ermessen des Präsidenten von einem einzubürgernden Bewerber verlangen, seine ursprüngliche Nationalität aufzugeben, gleichgültig aus welchem Grund.¹⁴⁵

4.7 Der Fall Schlesien

Lage

Schlesien ist eine historische Gegend in Mitteleuropa und liegt hauptsächlich in Polen und teilweise in der Tschechischen Republik und in Deutschland. Schlesien ist reich an Bodenschätzen wie Kohle, Kupfer, Zink, Silber, Kadmium, Blei und umfasst einige industrielle Gebiete. Seine wichtigsten Städte sind Breslau und Kattowitz in Polen, Ostrau in der Tschechischen Republik und Görlitz in Deutschland.

Historischer Hintergrund

Schlesiens Grenzen und seine Zugehörigkeit haben sich mit der Zeit radikal verändert, sowohl als es noch der Erbesitz von Adelshäusern war, als auch nach dem Entstehen der modernen Nationalstaaten. Von Ende des 10. bis zum 12. Jahrhundert, in den Jahren 1922-1939 und seit 1945 war bzw. ist es Teil Polens.

Sprache/Nationalität

Die schlesische Sprache ist ein Dialekt, der von der ISO unter dem Code ISO 693-3 offiziell als eine eigene Sprache registriert wurde. In Polen wird Schlesisch als ein Ethnolekt gesehen, eine Gruppe von unterschiedlichen Dialekten – alle eine Spielart des Polnischen. In der nationalen Volkszählung von 2002 erklärten 56.000

¹⁴⁵ The Migrant Integration Policy Index (MIPEX) site, <http://www.integrationindex.eu/>

Menschen „ślunsko godka“ als ihre Muttersprache. Viermal so viele erklärten die schlesische Nationalität.

In der Tschechischen Republik wird die schlesische Nationalität anerkannt. In Deutschland, der Slowakei oder Polen nicht. In der polnischen Volkszählung 2012 gibt es eine offizielle Möglichkeit, die schlesische Nationalität zu erklären. Nach dem 1. Weltkrieg wurde Oberschlesien in einer Volksabstimmung 1921 aufgeteilt zwischen der neuen unabhängigen zweiten polnischen Republik und Deutschland. Die Ergebnisse zeigen den Aufbau der Bevölkerung.

Das moderne Schlesien wird von Polen, Deutschen, Tschechen und Schlesiern bewohnt. Wenn wir die Schlesier als ethnische Minderheit betrachten, hätte die nationale Volkszählung ergeben, dass sie die größte Minderheit in Polen sind, Deutsche die zweitgrößte. Beide Gruppen leben hauptsächlich in Oberschlesien.

Warum Unabhängigkeit?

Was sind die Gründe dafür, das polnische „Nationalangebot“ auszuschlagen?

konstanter kultureller und ethnischer deutscher Einfluss seit dem 10. Jahrhundert

Die Gründe für die Unabhängigkeitsbewegung sind tief verwurzelt in der Geschichte der Region. Die erste zwanzigjährige Zugehörigkeitsdauer (1918-1939) der Bevölkerung von Oberschlesien zu Polen hat sich als Drama der Integration entpuppt.

Vor jenen zwei Jahrzehnten gab es Polen 123 Jahre lang nicht auf der europäischen Landkarte und die oberschlesische, „polnisch“-sprachige Bevölkerung war 600 Jahre von den Vorgängen getrennt, die im 19. Jahrhundert die polnische Nation bildeten. Während dieser Zeit wurde die Bevölkerung von der deutschen Kultur beeinflusst/geformt.

Den nächsten zwanzig Jahren gingen 6 Jahre innerhalb der Grenzen des Dritten Reichs und 40 Jahre in der kommunistischen Volksrepublik Polens voraus - beides totalitäre Staaten, von denen sich keiner um die ethnische Identität seiner Bewohner scherte.

b) die Wahrnehmung der Zentralregierung als das „Andere“, ein fremdes Element – während der Zeit des Kommunismus wurde die Verwaltung des Staates von der Zentrale aus geführt.

c) Schlesien als Trophäe, als „Milchkuh“, die der Staat ausnutzt, ohne ihm etwas zurückzugeben. Nach dem 2. Weltkrieg erhielt Polen Schlesien als „Geschenk“ und wusste nie, was es damit anfangen sollte, hatte keinen Plan außer seine Ressourcen zu nutzen.

d) Isolierung: eine kleine Zahl von Mischehen, frühes Verlassen der Schule, um zu arbeiten

e) Missachtung der schlesischen Sprache – Zwangseinführung von Polnisch in Schulen, Ämtern, anderen staatlichen Einrichtungen

In den 20ern nahmen die Schlesier sich selbst weder als Deutsche noch als Schlesier wahr. Die 40er bis 60er wurden von einem Heimweh nach Deutschland beherrscht. Es war eine Zeit der Massenemigration, das sogenannte „Wahlverfahren zu Fuß“. Es war ziemlich einfach für einen Oberschlesier, ein Visum für

Deutschland und sogar die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. In Polen wurde gewitzelt, dass der Nachweis ausreiche, einen deutschen Schäferhund zu besitzen, um als Deutscher anerkannt zu werden. Das führte zur Ablehnung des polnischen und deutschen Nationalitätsangebots. Schlesier wollten weder Deutsche noch Polen sein. Sie wollten Schlesier bleiben.

Seit 1989 – politische Emanzipation, separatistische und Unabhängigkeitsbewegungen. Eine davon ist RAS – die schlesische Autonomiebewegung. Sie wurde im Januar 1990 gegründet. Sie ist eine Bewegung, die offiziell ihre Unterstützung für die Autonomie Schlesiens als Teil eines vereinten Europas erklärt. Sie hat ihre Wurzeln in der Autonomiebewegung und der Bewegung anderer selbstverwalteten Einheiten und hat eine lange Tradition (schlesische Herzogtümer existierten ca. 800 Jahre lang, von 1138 bis 1918). Sie ist eine Bewegung, die die Schlesier eher als ein eigenständiges Volk sieht als hauptsächlich als Polen oder Deutsche.

Am 17. Oktober 2009 unterzeichnete die schlesische Autonomiebewegung eine Kooperationsvereinbarung mit ihrer deutschen Schwesterorganisation, der Initiative der Autonomie Schlesiens (IAS), die in Würzburg sitzt, und der in Großbritannien beheimateten schlesischen Autonomiebewegung. RAS ist auch ein Mitglied der europäischen Partei EFA (European Free Alliance).

Im Jahr 2007 reaktivierte die RAS den Fußballverein 1. FC Kattowitz. Von 2007 bis heute organisiert sie Autonomiemärsche. In den polnischen Kommunalwahlen 2010 erhielt die Bewegung drei Sitze (für Jerzy Gorzelik, Henryk Mercik, Janusz Wita) in dem Sejmik der schlesischen Woiwodschaft und gewann damit 8,5% der Volksstimmen. Das ist doppelt so viel wie bei früheren Wahlen (2006). Im Jahr 2000 warnte das polnische Amt für Staatsschutz davor, dass die RAS eine „potenzielle Bedrohung für polnische Interessen“ sei.

4.8 Schlussfolgerungen

Die Hauptgründe für Migration sind entweder arbeitsbedingt oder wirtschaftliche Aktivität oder Handelsgenehmigungen. Eine überwältigende Mehrheit von Einwanderern kommt aus ein paar Herkunftsländern, nämlich aus benachbarten, weniger entwickelten Ländern (hauptsächlich aus der Ukraine in die Tschechische Republik oder nach Polen und von Rumänien nach Ungarn). Eine weitere wichtige Herkunftsregion ist Asien, mit Migration hauptsächlich von Vietnam in die Tschechische Republik und auch nach Polen und von China vor allem nach Ungarn (aber auch in die anderen Länder). In Polen beruht die legale Arbeitskraftmigration hauptsächlich auf der Beschäftigung von hochqualifizierten Personen, Managern usw. aus den meistentwickelten Ländern. Zusätzlich zur legalen Beschäftigung gibt es zwar viel illegale Beschäftigung, aber Schätzungen schwanken. Es scheint, dass die Tätigkeiten von illegalen Einwanderern ähnlich den gering qualifizierten Tätigkeiten von legalen Migranten in bestimmten Ländern sind. Die Zukunft des Migrationstrends hängt zu einem großen Maß von wirtschaftlichen Faktoren ab (vor allem von der Situation auf dem Arbeitsmarkt in den betreffenden Ländern) sowie von der Migrations- und Integrationspolitik des Landes.

Als EU-Mitgliedsstaat wird Polen sich weiterhin zu einem attraktiven Zielland für Migranten entwickeln und wird sich wahrscheinlich weiterentwickeln von einem Auswanderungs- zu einem Durchgangs- und Einwanderungsland. Bis jetzt waren

Einwanderungspolitik und das Thema Integration von ausländischen Bürgern in Polen noch keine sehr wichtigen Themen der öffentlichen Debatte. Die Integrationspolitik wird sich jedoch weiter in den Vordergrund bewegen, vor allem, weil dieser Punkt auf der politischen Agenda der EU steht.

5 Migration und Integration aus schwedischer Perspektive

Ida Arvidsson, Elin Beyersdorff, Karin Beyersdorff, Astrid Byrman, Daniel Dost, Gustaf Hultkrantz, Rebecca Hunt, Daniel Larsson, Marcel Nähring, Desireé Nilsson, Mikael Olsson-Berggren
Corina Löwe, Thomas Marten

5.1 Geschichte der Ein- und Auswanderung in Schweden

Einwanderung während der Wikingerzeit

Schweden lag lange Zeit sowohl am geographischen als auch am kulturellen Rand Europas, aber nach und nach kamen mehr Einflüsse von außen in das Land. Die Insel Birka war in der Wikingerzeit ein wichtiges Zentrum und deshalb kamen ausländische Kaufleute und wahrscheinlich auch Sklaven aus anderen Ländern, die die Wikinger während ihrer Eroberungen in Europa gefangen genommen hatten.¹⁴⁶

Deutscher Einfluss und Einwanderung während der Hanse

Bereits 1225 hatte Birger Jarl, der als der Gründer Stockholms gilt, ein Gesetz verabschiedet, das deutschen Kaufleuten dieselben Rechte und Pflichten wie Schweden einräumte, wenn sie längere Zeit in Stockholm blieben.¹⁴⁷ Laut Anfang des 14. Jahrhunderts geltenden Verordnungen, musste aber die Hälfte der Stadträte Schweden sein. Diese Verordnungen entstanden, um einen allzu großen Einfluss der Deutschen zu vermeiden.¹⁴⁸

Schwedens Handelszentrum war allerdings während des 12. und 13. Jahrhunderts nicht Stockholm sondern Visby, eine Stadt auf der Insel Gotland in der Ostsee. Die Verbindungen mit Novgorod in Russland und mächtigen Hansestädten wie Lübeck, Riga und Tallinn waren sehr gut. Noch heute ist der deutsche Einfluss in Schweden zu bemerken, nämlich in der schwedischen Sprache. Die Lehnwörter aus dem Niederdeutschen, das zur dieser Zeit gesprochen wurde, sind ein Grund dafür, dass die beiden Sprachen noch heute so ähnlich sind.¹⁴⁹ Einige Lehnwörter sind zum Beispiel hantverkare (Handwerker), gesäll (Geselle) und mästare (Meister). Die deutsche Einwanderung hat jedoch Ende des 15. Jahrhunderts abgenommen.¹⁵⁰

Die erste Arbeitskräfteinwanderung: Finnen und Wallonen

Im 16. Jahrhundert fand zum ersten Mal eine systematische Rekrutierung von ausländischer Arbeitskraft statt. Von 1570 bis zum Ende des Jahrhunderts kamen

¹⁴⁶ Svanberg, Ingvar & Tydén, Mattias (1992): *Tusen år av invandring*. Värnamo: Bokförlaget Arena, S. 17–20.

¹⁴⁷ Findeisen, Jörg-Peter (1997): *Schweden*. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet, S. 81.

¹⁴⁸ Lárusson, Björn (1982): *Tusen år i svensk historia*. Lund: Liber förlag, S. 45.

¹⁴⁹ Johannesson, Gösta (1978): *Från köpstad till storkommun*. Lund: Natur och kultur, S. 13–14.

¹⁵⁰ Lárusson, 1982, S. 45.

12 000 Finnen als Waldarbeiter nach Mittelschweden.¹⁵¹ Anfang des 17. Jahrhunderts wurde die Einwanderung von Finnen von der schwedischen Regierung stark gefördert, unter anderem durch Steuerfreiheit und freies Saatgut. In den 1630er Jahren wurden jedoch Verordnungen gegen die traditionelle finnische Methode der Brandrodung erlassen. Der Grund war die zunehmende Bedeutung des Holzes für die Eisenindustrie.¹⁵²

Die effizienten schwedischen Bergwerke waren sehr wichtig für die sogenannte Großmachtzeit des Landes (1611-1718). Fachkräfte aus anderen Ländern haben diese Industrien dadurch mit entwickelt. Viele Finnen und auch Deutsche haben in den Bergwerken gearbeitet.

Wichtig für die damalige Großmacht Schweden war die Einwanderung von Metallspezialisten. Diese waren vor allem die Wallonen. Sie wurden während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts angeworben, um als Schmiede in der Eisenindustrie zu arbeiten. Die meisten Wallonen kamen aus der Nähe der heutigen Stadt Lüttich in Belgien. Die damalige Einwanderung ist mit der Arbeitskräfteinwanderung in den 1960er Jahren zu vergleichen, weil die Arbeitslosigkeit in Wallonien groß war, genau wie der Bedarf an Arbeitskraft in Schweden.¹⁵³

Die Auswanderungsepoche 1861-1945

Zwischen 1861-1945 wanderten 1,4 Millionen Schweden aus und davon allein rund 1,2 Millionen in die USA.¹⁵⁴ Die Gegend um Växjö, Småland genannt, ist als Auswanderungsprovinz bekannt. Es liegt aber nicht daran, dass die größte Auswanderungswelle nach Amerika von hier aus stattfand, weil die Lebensbedingungen hier sehr schlecht waren. Der Grund war eher, dass der Schriftsteller Vilhelm Moberg einen Roman in vier Bänden (1949-1959) über eine småländische Familie und ihre Auswanderung in die USA geschrieben hat. Der sehr erfolgreiche Roman ist verfilmt worden und es gibt auch ein Musical, geschrieben und komponiert von Benny Andersson und Björn Ulvaeus, den zwei Männern der weltbekannten Band ABBA.¹⁵⁵

Noch 1850 lebten 90 Prozent aller Schweden auf dem Lande und die Landwirtschaft war sehr wichtig. Die Kindersterblichkeit wurde geringer und führte zu größeren Familien. Die größeren Familien hatten auch damit zu tun, dass die Stabilität im Land durch eine lange Friedenszeit besser geworden war und, dass es besseren Zugang zu Impfstoffen und Nahrung gab.¹⁵⁶ Insofern ist Småland ein gutes Beispiel dafür, wie es in großen Teilen Schwedens aussah. Nach Missernten in den späteren 1860er Jahren fing die wirkliche Massenemigration an. Man spricht

¹⁵¹ Koivukangas, Olavi (Red.) (1981): *Utvandringen från Finland till Sverige genom tiderna*. Turku:Typopress Oy, S. 29.

¹⁵² Svanberg & Tydén, 1992, S. 210–211.

¹⁵³ Svanberg & Tydén, 1992, S. 88–97.

¹⁵⁴ Widén, Albin (1962): *Vår sista folkvandring*. Falköping: Almqvist & Wiksell, S. 7.

¹⁵⁵ Norberg, Johan (1997): *Motståndsmannen Vilhelm Moberg*. Göteborg: Timbro, S. 80.

¹⁵⁶ Findeisen, 1997, S.197.

oft von Push- und Pullfaktoren und ein wichtiger Pushfaktor war die Konjunkturlaute 1867.¹⁵⁷

Die Provinz, genau wie das ganze Land, war nicht so weit industrialisiert. Es gab zwar Eisenindustrie in Småland, aber in den 1870er Jahren wurden die kleineren Hütten gezwungen, ihre Betriebe zu schließen, da die größeren Unternehmen über bessere und neuere Techniken verfügten. Die Situation in der Industrie und Landwirtschaft hat zu einer zunehmenden Konkurrenz um die wenigen Arbeitsplätze geführt. Mit der wachsenden Bevölkerungszahl wurden die Versorgungsmöglichkeiten auf dem Land problematischer.

Das Homesteadgesetz wurde 1862 in den USA verabschiedet. Dies war ein Pullfaktor, weil man laut diesem Gesetz als neuer amerikanischer Staatsbürger freies Land bekam. Die Schweden zogen größtenteils nach Minnesota, Iowa, Illinois und Wisconsin, wo die Landschaft an Schweden erinnerte, aber wo sie bessere Voraussetzungen hatten, von der Landwirtschaft leben zu können.¹⁵⁸

Einwanderung seit 1945

Ein Grund, weshalb Menschen in den 1940er Jahren nach Schweden kamen, war die Verwüstung großer Teile Europas nach dem zweiten Weltkrieg. Flüchtlinge vor allem aus den nordischen und baltischen Ländern strömten ins Land. 1944 wurden viele „Kriegskinder“ aus Finnland evakuiert, später dann auch ganze Familien. Während die meisten Norweger und Dänen nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehrten, kamen zehntausende Esten, Letten und Litauer nach Schweden. Viele flüchteten in den kalten Wintertagen über den Seeweg in einfachen Booten und unter lebensbedrohlichen Umständen nach Schweden. Nach Kriegsende nahm Schweden zirka 45 000 Flüchtlinge aus den Konzentrationslagern in Europa auf.¹⁵⁹

Die organisierte Arbeitskraftvermittlung

Nach Kriegsende und noch bis in die 1970er Jahre war die Arbeitskräfteinwanderung nach Schweden verhältnismäßig hoch. Arbeiter kamen aus den nordischen Ländern und Europa. Viele kamen aber auch aus den armen Regionen Südeuropas. Sie arbeiteten in den Erzgruben und Sägewerken, auf dem Bau, in den Gaststätten und Hotels und nahmen auch die unbequemen, riskanten, gesundheitsgefährdenden und schlecht bezahlten Arbeiten an. Aus Amerika kamen ebenfalls Arbeitssuchende, diese waren größtenteils Emigranten, die in ihre Heimat zurückkehrten. Zwischen 1950 und 1967 wurde die Arbeitskräfteinwanderung von der Arbeitsvermittlung organisiert. Die Betriebe meldeten ihr Interesse an ausländischen Arbeitskräften an, und die Arbeitsvermittlung rekrutierte dann die Arbeiter in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungen der jeweiligen Länder.

1954 einigten sich die nordischen Länder auf einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Die Ausweispflicht zwischen den Ländern wurde aufgehoben. Während der 1950er Jahren kamen viele finnische Waldarbeiter und auch Industriearbeiter nach

¹⁵⁷ Larsson, Lars-Olof (1978): *Utvandring från södra Småland fram till 1870*. Växjö: Högborns Tryckeri, S. 184.

¹⁵⁸ Larsson, Olle (2009): *Smålands historia*. Falun: Historiska media, S. 227–237.

¹⁵⁹ www.motalaodds.org/factualweb/se/2.3/articles/1930_talet.htm (23.01.2011).

Schweden. In den 1960er Jahren warben die schwedischen Betriebe zudem Arbeitskräfte aus der Türkei, Griechenland, Italien und Jugoslawien an. Als Einwanderer hatte man keine Probleme nach Schweden einzureisen und dann vor Ort eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

Die Arbeitskräfteinwanderung hatte ihren Höhepunkt 1969-1970. Danach flaute sie ab, da die Gewerkschaften restriktive Gesetze forderten. Nun musste jeder Einwanderer eine Aufenthaltsgenehmigung, eine Arbeitserlaubnis und einen Wohnsitz nachweisen, bevor er nach Schweden einwandern konnte. Nur die nordischen Länder hatten weiterhin einen gemeinsamen Arbeitsmarkt und so setzte sich die Einwanderung der Finnen bis in die 1970er Jahre fort. Ab 1972 wanderten daher fast nur noch Arbeiter aus den nordischen Gebieten oder Personen aus Gründen der Familienzusammenfügung ein.¹⁶⁰

Zeitgleich mit der Arbeitskräfteinwanderung kamen die ersten Flüchtlinge ins Land. Nach 1968 kamen tausende Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und mit dem steigenden Antisemitismus in Polen flohen 2500 Juden in den Jahren zwischen 1969-1972 nach Schweden. Menschen flohen aus Griechenland vor der Militärjunta und Amerikaner desertierten auf Grund des Vietnamkrieges und suchten Asyl.

Zur Geschichte der Migrationsgesetze Schwedens

Der Zeitraum 1600- 1900:

1512 wurde in Schweden ein Gesetz verabschiedet, dass es Menschen einer anderen Religion als der protestantischen Lehre verbot, nach Schweden zu ziehen. Damit wurden Katholiken, Orthodoxe, Juden und besonders Roma vom Staat verfolgt, damit sie das Land verließen.¹⁶¹ Dieses Gesetz hatte Bestand bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Zum Beispiel bekamen 1775 nur wenige Juden die Chance, nach Schweden zu ziehen, um hier zu bleiben. Um bleiben zu können, waren sie zudem verpflichtet, eine Summe Geld vorzuweisen, die mindestens so groß war, wie man damals mit 10 Jahren Arbeit verdient hätte. Man kann eigentlich sagen, dass Juden bis 1870 kein Recht hatten, nach Schweden umzuziehen.¹⁶² Das Gesetz war jedoch kein Gesetz gegen Einwanderung im eigentlichen Sinne, sondern nur ein Ausdruck religiöser Intoleranz.

Das Abschiebungsgesetz 1914 (Schwedisch: „Utvisningslag“)

wird als das erste Migrationsgesetz angesehen. Dieses ermöglichte es dem Staat, einzelne Personen des Landes zu verweisen. Dieses Gesetz wurde als Sicherheit für den Staat erlassen, damit Einwanderer das Krankensystem nicht noch mehr belasteten. Dieses Gesetz beinhaltete keine Regeln gegen freie Einwanderung und war nur für ein paar Volksgruppen, wie Roma herablassend als „Zigeuner“ bezeichnet, umherwandernde Musikanten und Bettler gedacht.

¹⁶⁰ <http://www.migrationsinfo.se/migration/sverige/arbetskraftsinvandring/histo> (05.02. 2011).

¹⁶¹ <http://www.popularhistoria.se/o.o.i.s?id=43&vid=1653> (01.02.2011).

¹⁶² <http://www.sub.su.se/forint/tsver5.htm> (01.02.2011).

Das Ausländergesetz 1927 (Schwedisch: „Utlänningslag“)

Mit diesem Gesetz war das Ziel verbunden, die Migration zu begrenzen und einen Überblick über die Einwanderer, die schon in Schweden waren, zu erhalten. Damit waren Regeln für den Aufenthalt im Lande verbunden.

Das Ausländergesetz 1937 war ein Gesetz, das politischen Flüchtlingen eine stärkere und sichere Stellung in Schweden gab.

Das Ausländergesetz 1945 trat in Kraft, weil während des zweiten Weltkrieges viele neue Gesetze, die Migranten betrafen, schnell eingeführt wurden. Weil Schweden neutral bleiben wollte, konnten das Land nicht so viele Einwanderer aufnehmen. Mit dem neuen Gesetz wurden die Gesetze, die während des Krieges verabschiedet wurden, geändert. Nach dem Krieg gab es Flüchtlinge, die Schweden nicht aufnehmen wollte, vor allem fliehende Nazis aber auch die, die mit den Nazis sympathisierten hatten, wie z.B. dänische Kollaborateure. Schweden brauchte gleichzeitig mehr Arbeitskräfte und erlaubte allen Einwanderern, die ausgenommen von den oben genannten Faktoren waren, nach Schweden zu ziehen, wenn sie hier eine Arbeit hatten.

Das Ausländergesetz 1954 wird als ein Gesetz betrachtet, das die Veränderung Schwedens von einem Emigrations- zu einem Immigrationsland zeigt. Die größte Veränderung, die in diesem Gesetz enthalten war, bestand darin, dass alle Ausländer, die hier bleiben wollten, dazu gezwungen waren, eine Siedlungserlaubnis (Schwedisch: „Bosättningstillstånd“) zu beantragen.

Das Wahlrechtsgesetz 1976 ist ein Gesetz, das allen, die mindestens drei Jahre in Schweden gewohnt haben, das Wahlrecht für Gemeindeparlamente (Schwedisch: „Kommunfullmäktige“), Provinziallandtage (Schwedisch: „Landsting“), Kirchen- und Pfarrräte ermöglichte. Damit wurde Schweden das erste Land Europas, das Einwanderern ein Wahlrecht gab, obwohl sie keine schwedischen Staatsbürger waren.

Das Ausländergesetz 1980

Die Einwanderungspolitik wurde in den 1980er Jahren nur wenig verändert. Das wichtigste Gesetz für Einwanderer betraf die Gleichbehandlung mit der Majoritätsbevölkerung, aber gleichzeitig beinhaltete es auch die Verpflichtung zur Integration.

Ein paar Restriktionen wurden in den Folgejahren eingeführt, weil sich die Einwanderung nach Schweden stetig erhöhte. Personen mit der Absicht, in Schweden zu bleiben, waren jetzt gezwungen, vor der Reise eine Arbeits- und auch eine Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Ausgenommen davon waren Flüchtlinge, andere Sicherheitsbedürftige und deren nahe Verwandte.¹⁶³

Das heutige Ausländergesetz

Einwanderern darf nicht verboten werden, in Schweden zu bleiben, wenn es Grund gibt zu glauben, dass sie mit Tod, körperlichen Strafen oder anderen unmenschlichen Erniedrigungen in ihrer Heimat bedroht werden. Eine Ausweisung darf auch nicht durchgeführt werden, wenn der Einwanderer in seinem Land verfolgt

¹⁶³ Ögren, Nils (1994): *Gränslös rättvisa eller rättvisa inom gränser?*

wurde und keine Sicherheit in seinem Heimat hat, das Bleiberecht betrifft ebenso Opfer von Umweltkatastrophen. Dieses Gesetz ist auch für Menschen geschaffen worden, die wegen ihrer Sexualität verfolgt oder bestraft werden. Wenn ein Einwanderer von diesen Kriterien berührt ist, wird er als Flüchtling anerkannt. Personen, auf die folgende Faktoren zutreffen, werden jedoch nicht als Flüchtlinge angesehen:

1. Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Eine schwere nicht politische Straftat, bevor er nach Schweden kam.
3. Handlungen, die gegen UN-Regeln und Ziele verstoßen.¹⁶⁴

Als Einwanderer darf man auch bleiben, wenn man verheiratet ist oder wenn man einen Partner hat, der in Schweden wohnt. Kinder, die nicht 18 Jahre sind, dürfen kommen, um bei ihren Eltern zu wohnen. Personen aus EU-Ländern dürfen auch nach Schweden kommen, wenn sie hier arbeiten oder studieren möchten.¹⁶⁵

Die Zukunft

Seit die Schwedendemokraten, eine fremdenfeindliche Partei, 2010 in den Reichstag gewählt wurden, ist die schwedische Einwanderungspolitik zu einem häufiges Thema in den öffentlichen Debatten des Landes geworden. Im Reichstag gibt es jetzt verschiedene Meinungen, wie Immigrationsprobleme behandelt werden sollten. Während die Umweltpartei z.B. eine freie Einwanderung haben möchte, wollen die Schwedendemokraten nur eine sehr begrenzte Einwanderung zulassen.

Die größte Rolle spielt in Zukunft wohl die EU, wenn es um die zukünftige Immigrationspolitik geht, weil Schweden wie alle anderen Mitglieder. ihren Richtlinien folgen muss.¹⁶⁶

5.2 Definition: Flüchtling

Zum Flüchtling wird laut Genfer Flüchtlingskonvention eine Person, die im Gegensatz zum Migranten aufgrund ihrer Abstammung, Nationalität, Religion oder politischen Einstellung, ihres Geschlechts, sexuellen Gesinnung oder Zugehörigkeit zu einer anderen Gesinnungsgruppe gezwungen wird, sein Heimatland vorübergehend oder auf Dauer zu verlassen und in einem fremden Land Schutz zu suchen.¹⁶⁷

Quotenflüchtlinge

Als Quotenflüchtlinge werden Menschen anerkannt, die aus Flüchtlingslagern der Vereinten Nationen nach Schweden kommen. Im Jahr 2009 bekamen 1936 Personen eine Aufenthaltsgenehmigung als Quotenflüchtling. Schweden ist eines von 9 Ländern, die regelmäßig Flüchtlinge aufnehmen. Weitere Länder sind Australien, Kanada, die USA, Norwegen, Dänemark, Finnland, Neuseeland und die Nieder-

¹⁶⁴ <http://www.immi.se/lagar/1989529.htm> (01.02.2011).

¹⁶⁵ <http://www.migrationsverket.se/info/959.html> (01.02.2011).

¹⁶⁶ http://europa.eu/pol/justice/index_sv.htm (06.02.2011).

¹⁶⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Flüchtling> (05.02. 2011).

lande. Viele Länder haben jedoch ein diesbezügliches Programm in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

De-facto-Flüchtlinge/Konventionsflüchtlinge

In Schweden bewilligt man De-facto-Flüchtlingen/Konventionsflüchtlingen eine Aufenthaltsgenehmigung, obwohl sie gemäß der Genfer Konvention nicht als Flüchtlinge gelten. Dies sind Menschen, die nicht in ihre Heimat aufgrund ihrer politischen Gesinnung oder aufgrund der politischen Situation in ihrem Heimatland zurückkehren wollen. Der Begriff De-facto-Flüchtling ist aufgehoben und durch Konventionsflüchtling ersetzt worden.¹⁶⁸

Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen aufgenommen werden

Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen aufgenommen werden und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sind Menschen, denen es physisch und psychisch sehr schlecht geht. Dazu zählen auch diejenigen, die sich bereits heimisch fühlen und in der schwedischen Gesellschaft integriert sind.¹⁶⁹

Angehörigeneinwanderung

Die Angehörigeneinwanderung oder Familienzusammenführung ist in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen. Diese Gruppen kommen nach Schweden, da sie einen Angehörigen haben, der bereits eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt oder schwedischer Staatsbürger ist. Angehörigeneinwanderung mit der so genannten Neuetablierungszusammenführung entsprach 2009 71% aller Angehörigeneingewanderten. Dies wird auch oftmals als Liebeseinwanderung bezeichnet, da diese Paare vorher nur kurze Zeit oder noch gar nicht zusammen gelebt haben.

Im April 2010 wurden die Regeln über den Versorgungsbedarf von Angehörigeneinwanderern geändert. Nun muss derjenige, der möchte, dass ein Angehöriger nach Schweden zieht, nachweisen, dass er diese Person auch alleine, ohne staatliche Unterstützung versorgen kann. Diese Versorgungsgarantie gilt für Personen mit Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen und Personen, die aus Naturkatastrophengebieten geflohen sind. Ausgenommen von dieser neuen Regelung sind Flüchtlinge, Minderjährige und schwedische Staatsbürger.¹⁷⁰

Bootsflüchtlinge (Boatpeople)

Der Begriff Boatpeople wurde in den 1970er Jahren aus dem Amerikanischen übernommen. Ursprünglich bezeichnete dies die in Folge des Vietnamkrieges geflohenen Menschen. Heutzutage wird der Begriff aber auch für Menschen verwendet, die in anderen Weltregionen in Booten fliehen. Die Flucht mit hochseetauglichen Booten beschränkt sich aber nicht nur auf Südostasien. Es wird vermutet, dass seit 1992 mehr als 10.000 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ertrunken sind. Hierbei handelt es sich um Menschen, die vor allem aus Afrika, aber auch aus

¹⁶⁸ <http://www.migrationsinfo.se/migration/varden/kvotflyktinga> (05.02. 2011).

¹⁶⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Flüchtling> (05.02. 2011).

¹⁷⁰ <http://www.migrationsinfo.se/migrationsverige/anhöriginvandring/> (05.02. 2011).

Asien und dem Nahen Osten aufgrund von Verfolgung, bewaffneten Konflikten oder Hunger nach Europa kommen wollen.¹⁷¹

Flüchtlingsströme

In den 1970er Jahren kamen lateinamerikanische Flüchtlinge nach Schweden, unter anderen aus Chile, Argentinien und Uruguay, westasiatische Christen, Syrer/Asyrer und Bootsflüchtlinge, die vor den Konflikten in Indochina flüchteten. In den 1980er Jahren kamen immer mehr Flüchtlingsgruppen nach Schweden. Der Bürgerkrieg im Libanon, der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak und Konflikte in Afrika führten dazu, dass viele Menschen aus ihren Heimatländern flohen. Anfang der 1980er Jahre brach der Bürgerkrieg auf dem Balkan aus und auch von dort flohen viele Menschen nach Schweden.

Zwischen 1984 und 2003 suchten 458.880 Menschen Asyl in Schweden. Die größte Gruppe Asylsuchender während dieser Periode kam aus Jugoslawien mit über 170.000 Flüchtlingen (Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro), aber auch aus dem Iran und dem Irak flohen in dieser Zeit viele Menschen.¹⁷²

5.3 Das Stockholmer Programm 2010 – 2014

Das Stockholmer Programm umfasst Richtlinien für eine gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Das erste Programm wurde 1999 in Tampere in Finnland beschlossen und angenommen. Danach folgte das Haager Programm, das bis Dezember 2010 gültig war. Als Schweden die Präsidentschaft der Union Anfang 2010 ausübte, wurde das Stockholmer Programm angenommen.¹⁷³

Das Programm umfasst 170 verschiedene Vorschläge über kommende Massnahmen für die Europäische Union. Bedarf und Interessen der EU-Bürger bilden den Ausgangspunkt des Programms. Die Union möchte auch Massnahmen ergreifen, um die Bürgerrechte zu fördern. Wenn es um legale Einwanderung geht, werden im Programm Aufnahmekapazitäten, Bedarf und Prioritäten einzelner Mitgliedstaaten berücksichtigt und die Integration wird gefördert. EU-weit wird ein Rahmen für den Umgang mit Asylsuchenden geschaffen und das Ziel ist, bis spätestens 2012 ein gemeinsames Asylverfahren der Union einzurichten.

Mit illegalen Einwanderern ist so umzugehen, dass sie in ihre Heimatländer zurückgeführt oder in ein Transitland an der Grenze der Union geschickt werden. An den Außengrenzen der Union sollen die Grenzkontrollen effizienter werden, um illegale Einwanderung zu verhindern aber auch um die EU-Bürger vor Terrorismus und Kriminalität, wie z. B. Trafficking, zu schützen.¹⁷⁴

¹⁷¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Bootsflüchtling> (05.02. 2011).

¹⁷² <http://www.migrationsinfo.se/migration/sverige/arbetskraftsinvandring/histo> (05.02. 2011).

¹⁷³ *Stockholmsprogrammet –kort information om EU:s arbetsprogram för rättsliga och inrikes frågor*, Regeringskansliet, Justitiedepartementet, August 2010.

¹⁷⁴ *Chance und Herausforderung zugleich, Migration in der Europäischen Union*, Europäische Kommission, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2010.

Irreguläre Migration in der Europäischen Union

Illegale Migration wird auch als „irregulär“ bezeichnet und laut einem Beschluss des Europäischen Parlaments von 2009 sollte eher der Begriff „irregulär“ verwendet werden, da man ihn als „neutral“ ansieht. Irreguläre Migranten sind illegale Einwanderer, oft ohne gültige Dokumente, die sich in einem EU-Land aufhalten und sie haben die gleichen sozialen, ökonomischen und politischen Rechte wie andere Menschen, unabhängig von Nationalität oder Status.

Da die irregulären Migranten entweder keine Dokumente haben oder sich illegal in einem Land aufhalten, ist es immer schwierig zu wissen, wie viele irreguläre Migranten ein Land hat. In Schweden glaubt man, dass es sich um ca. 25.000-50.000 Personen handelt. In der Europäischen Union ist die Anzahl irregulärer Migranten allerdings höher und man geht davon aus, dass es zwischen 1,9-3,8 Millionen irreguläre Migranten gibt. Zusammen mit der Visaliberalisierung für Personen aus Mazedonien und Serbien im Januar 2010 haben sich Asylanträge aus diesen Ländern zwischen Juli und September 2010 in der EU im Vergleich zum selben Quartal des Vorjahres verdoppelt. In der Union wird auch eine Erhöhung von gefälschten Dokumenten und Scheinehen registriert.

Die meisten irregulären Migranten treten an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei in die Union ein. Damit ist die Türkei das wichtigste Transitland in die Union für irreguläre Migranten und eine Veränderung der Wanderungsbewegungen vom Meer zu den Landgrenzen ist erkennbar.

Prioritäten der EU

Um die irreguläre Migration in der Europäischen Union wirksamer zu bekämpfen, müssen die Mitgliedstaaten sich über gemeinsame Standards und Maßnahmen einigen. Ein Grenzsicherungsfond zur Sicherung der Außengrenzen der Union soll eingerichtet werden und eine engere Zusammenarbeit auf EU-Ebene zur Schaffung eines Europäischen Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts wird gefordert.

Die Europäische Union soll auch die Partnerschaften mit den Transit- und Herkunftsländern ausbauen, wo es viele Ausreisewillige gibt. Es gibt z.B. schon bilaterale Abkommen zwischen Italien und Libyen, aber auch Spanien hat ähnliche Abkommen mit Ländern in Westafrika. Dadurch bekommen diese Länder finanzielle und technische Assistenz von der EU im Asyl- und Migrationsbereich, um die Rückkehr irregulärer Migranten in ihre Heimatländer zu erleichtern, was von der EU priorisiert wird.

Frontex

Um die Außengrenzen der EU besser zu kontrollieren, wurde 2005 Frontex eingerichtet. Sie ist die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und hat ihren Hauptsitz in Warschau. Die Aufgabe von Frontex ist die Koordinierung der Außengrenzen der Union und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der EU, z.B. dem Europäischen Polizeiamt EUROPOL. Weiterhin arrangiert die Agentur die Rückkehrflüge irregulärer Migranten aus den EU-Ländern in ihre Heimatländer. Im Jahre 2009 fanden 32 dieser Flüge statt und insgesamt wurden 1622 Personen

ausgeflogen. Schweden war bei einem dieser Flüge einer der Hauptorganisatoren.¹⁷⁵

5.4 Wirtschaftliche Aspekte der Migration für die schwedische Gesellschaft

In den 1950er und 60er Jahren bestand der Großteil der Einwanderung aus so genannter Arbeitskräfteinwanderung. Dies trug zu einem Aufschwung der schwedischen Wirtschaft bei. Man konnte so die Löhne niedrig halten und die Konjunktur stabilisierte sich. Zeitweise arbeiteten Einwanderer sogar mehr als die einheimische Bevölkerung und trugen damit auch mehr zu den öffentlichen Finanzen bei als die schwedische Bevölkerung. Dies änderte sich jedoch in den 1970er Jahren auf Grund der großen Ölkrise, die auch die schwedische Industrie hart traf. Da zu dieser Zeit die meisten Einwanderer in unterschiedlichen, energieintensiven Industriezweigen arbeiteten, stieg die Zahl der arbeitslosen Einwanderer in dieser Zeit markant an.

In den 1990er Jahren hatte sich schließlich, im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren, die Lage komplett verändert. Nun arbeitete die einheimische Bevölkerung mehr als die Einwanderer und trug damit mehr zu den öffentlichen Finanzen bei. Dass die Zahl der arbeitslosen Einwanderer anstieg, hat mehrere Gründe. Eine Erklärung könnte sein, dass sie meist keine qualifizierten Ausbildungen hatten und man in der Industrie immer weniger auf „einfache“ Arbeitskräfte angewiesen war. Eine andere Ursache könnte sein, dass auf Grund der unbequemen und riskanten Arbeiten, viele ehemalige Arbeitskräfteinwanderer in den 90er Jahren Frührentner wurden.¹⁷⁶ Dazu kam, dass der Großteil der Einwanderer ab den 80er Jahren aus Flüchtlingen bestand und diese Gruppe mehr auf Hilfe angewiesen war und eine Etablierung auf dem Arbeitsmarkt nicht deren erste Priorität war. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der berufstätigen einheimischen Frauen an, was zu einer höheren Konkurrenz führte.

Unterschiedliche Theorien zu Kosten- und Nutzeffekten von Einwanderung

Es gibt viele unterschiedliche Ansichten und Untersuchungen, die sich mit den Kosten- und Nutzeffekten von Einwanderung auseinandergesetzt haben. Die neoklassische Theorie besagt beispielsweise, dass Einwanderung zu einem ökonomischen Wachstum führen kann, zugleich steigt jedoch auch die Konkurrenz mit einheimischen Arbeitnehmern, was wiederum zu Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und sozialen Spannungen führen kann. Die oftmals negative Haltung gegenüber Einwanderern beruht laut Untersuchungen jedoch nicht auf ökonomischen Faktoren, stattdessen spielt die Angst vor Fremden zumeist eine größere Rolle. Diskri-

¹⁷⁵ <http://www.migrationsinfo.se/migration/varlden/irreguljar-migration/> (10.03.2011).

Frontex Risk Analysis Network (FRAN) & Frontex Risk Analysis Unit (RAU) FRAN quarterly Issue 3, July-September 2010, Public Version. Warsaw, January 2011.

http://ec.europa.eu/home-affairs/summary/docs/border_package_en.pdf 2008 (10.03.2011).

<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=816> (10.03.2011).

<http://www.frontex.europa.eu/> (10.03.2011).

¹⁷⁶ Rauhut Daniel, Blomberg Gustaf (2003): *Ekonomiska effekter av integration och invandring*. Institutet för tillväxtpolitiska studier.

minierung erhält somit eine Art Schutzfunktion.¹⁷⁷ Die Studien betonen jedoch, dass das Ausbildungsniveau von Einwanderern entscheidend ist und allen Vorurteilen trotzend, zeigt eine Untersuchung von 2008, dass rund 95% aller Einwanderer einen Grundschulabschluss, 62% Abitur und 46% eine Fachhochschulausbildung haben. Um zu zeigen, wie viel der Staat durch Einwanderer an Ausbildungskosten spart, hat man errechnet, dass ein 10-jähriger einen Ausbildungswert von 800 000 Kronen hat und wenn jemand im Alter von ca. 22 Jahren einwandert, spart der Staat sogar 1,55 Millionen Kronen. Nennenswert ist auch, dass 86% der Ausbildungskosten durch Vor- und Grundschulen entstehen. Daher ist es nicht entscheidend, ob ein Einwanderer eine hohe oder weiterführende Ausbildung hat, da man diese zu relativ niedrigen Kosten in Schweden anbieten kann, hingegen ist es wichtig, dass die Person eine Grundschulausbildung absolviert hat.¹⁷⁸

Die Theorie eines dualen Arbeitsmarktes besagt, dass Einwanderung meist aus Arbeitskräfteinwanderung für unqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeiten besteht. Diese Arbeitskraft ist jedoch notwendig, um den unteren Teil der Produktion in Gang zu halten und um somit ein Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Experten betonen, dass Einwanderer so den Einheimischen nicht ihre Arbeitsplätze streitig machen. Auf diese Art entsteht ein „eigener“ Arbeitsmarkt, auf dem das Konkurrenzniveau niedrig ist, was zu niedrigen Löhnen und damit auch zu einem hohen Bedarf an Sozialleistungen führt.¹⁷⁹

Eine andere, oft genannte Theorie ist diejenige, die sich vor allem auf die Kosten durch Einwanderer konzentriert. Professor Jan Ekberg hat mehrere Studien zu diesem Thema durchgeführt und errechnet, dass Migranten und deren Kinder den Staat jährlich 40 Milliarden Kronen kosten. Solche Kostenberechnungen sind jedoch umstritten, da es unterschiedliche Berechnungsmethoden gibt. Jan Ekberg betont vor allem, dass die Anzahl und Alterszusammensetzung der Einwanderer entscheidend sei und dass man nur durch Integration auf dem Arbeitsmarkt positive Effekte erzielen kann. Gleichzeitig sagt Ekberg aber auch, dass Einwanderung die öffentlichen Finanzen nie wirklich entscheidend beeinflusst hat, weder positiv noch negativ, und dass dies auch in Zukunft keine wesentliche Rolle für die nationalen Finanzen spielen wird. Um einen ausbalancierten Kosten- und Nutzeffekt zu erzielen, müssten laut seinen Berechnungen 72% der Einwanderer arbeiten. Zur Zeit dieser Studie, 2006, waren es jedoch nur 57%, obwohl die Anzahl der arbeitsfähigen Personen in dieser Gruppe höher als in der einheimischen Bevölkerung war.¹⁸⁰ Der relativ niedrige Prozentsatz an berufstätigen Einwanderern liegt aber nicht nur an mangelnden Sprachkenntnissen, unzureichenden Ausbildungen oder gar fehlendem Interesse, oft spielt Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle. Diesbezügliche Studien zeigen, dass eine Namensänderung zu einem schwedischen Namen eine Lohnerhöhung mit sich führen kann, im Durchschnitt werden

¹⁷⁷ Rauhut Daniel, Blomberg Gustaf (2003). *Ekonomiska effekter av integration och invandring*. Institutet för tillväxtpolitiska studier. S.33.

¹⁷⁸ Persson Lars (2010). *Värdet av invandrades utbildning*. Vi i Sverige.

¹⁷⁹ Rauhut Daniel, Blomberg Gustaf (2003). *Ekonomiska effekter av integration och invandring*. Institutet för tillväxtpolitiska studier. S. 34.

¹⁸⁰ Ekberg Jan (2009). *Invandringen och de offentliga finanserna*. Expertgruppen för studier i offentlig ekonomi. Regeringskansliet: Finansdepartementet.

10-15000 Kronen mehr pro Jahr verdient. Am deutlichsten stiegen die Löhne der Niedrigverdiener, dies hat mit Diskriminierung aber auch mit verändertem Selbstbewusstsein zu tun.

Aktuelle Prognosen und Ansichten

Eine in Schweden weit verbreitete Ansicht ist, dass Schweden in Zukunft einen hohen Bedarf an Arbeitskräfteinwanderung haben wird. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass Schwedens Bevölkerung immer älter wird und die Geburtenrate sinkt.¹⁸¹ Gleichzeitig ziehen auch viele meist junge und qualifizierte Schweden ins Ausland. 2010 waren es 24500 Personen.¹⁸²

Besonders hoch ist der Bedarf an Spezialisten, sowohl im technischen als auch im Gesundheitssektor. Bereits heute ist der Anteil der im Ausland geborenen Arbeitnehmer im Gesundheitswesen überdurchschnittlich hoch. So waren 2007 12,5% der Psychologen, 26,2% der Ärzte und 24,5% der Zahnärzte im Ausland geboren. Im Vergleich dazu waren im gleichen Jahr nur 13,4% der Gesamtbevölkerung im Ausland geboren.¹⁸³

Aus diesem Grunde findet eine Diskussion darüber statt, wie Schweden für ausländische Spezialisten attraktiver werden kann. Ein großes Problem ist die Erlernung der Sprache. Der angebotene Sprachkurs *Schwedisch für Einwanderer* ist oft nicht ausreichend. Daher fordern mittlerweile viele, dass es für qualifizierte und ausgebildete Einwanderer eine besondere Art von Sprachkursen geben muss und auch kurze und komplettierende Ausbildungen sollten in einem höheren Grad angeboten werden. Dies wären gut angelegte Steuergelder, da dies zu einer Bereicherung des Arbeitsmarktes führen würde.¹⁸⁴ Auch das schwedische Anerkennungssystem von ausländischen Zeugnissen müsste geändert werden.

5.5 Ziele und Träger der schwedischen Migrations- und Integrationspolitik

Der schwedische Reichstag, das Parlament, ist das gesetzgebende, legislative Organ Schwedens. Die Regierung ist das exekutive Organ und um die Politik durchzuführen, gibt es Ministerien. Das Justizministerium ist für Migrationsfragen verantwortlich und der Integrationsbereich gehört zu den Aufgaben des Arbeitsmarktpministeriums.

Die schwedische Migrationspolitik

Die schwedische Migrationspolitik umfasst sowohl Asylanten als auch Arbeitskräfteinwanderer und andere Migranten. Dem Bereich Migration werden 2011 ca. 7,2 Milliarden Kronen (ca. 800 Millionen Euro) aus dem schwedischen Staatshaushalt zugeteilt, die für die Arbeit der Einwanderungsbehörde (Schwedisch: Migrationsverket) und für die Kosten der Aufnahme der Migranten (z.B. Wohnkos-

¹⁸¹ Fåhstorkh AW (2008). *Invandringsfrågan*. Samtiden.com.

¹⁸² SCB (2010). *Fortfarande hög invandring*.

¹⁸³ Hojem Petter (2010). *Svenska kommuners behov av invandring- en studie om demografisk utmaning och invandringens möjligheter*. FORES. S.3.

¹⁸⁴ Mäler Kristina (2009).

ten) bereitgestellt werden. Der Gesamthaushalt Schwedens beläuft sich auf ungefähr 800 Milliarden Kronen.¹⁸⁵

Die Regierung ist verantwortlich für die Durchsetzung der Politik und sie hat folgendes Ziel ausgearbeitet, das auch vom Parlament angenommen worden ist:

„Das Ziel [...] ist, eine nachhaltige Migrationspolitik zu sichern, die das Asylrecht schützt, Migration im Rahmen der regulierten Einwanderung erleichtert, eine bedarfsgesteuerte Arbeitskräfteinwanderung fördert, die Entwicklungsmöglichkeiten der Migration wahrnimmt und berücksichtigt und die europäische und internationale Zusammenarbeit vertieft.“¹⁸⁶

Vielfältige Maßnahmen, um eine bedarfsgesteuerte Arbeitskräfteinwanderung zu erhalten, sind in den letzten Jahren getroffen worden, z.B. kann heute ein Drittstaatler (Nicht-EU-Bürger) nach Schweden umziehen, wenn er hier eine Arbeit bekommen hat.¹⁸⁷

Dem Ziel nach sollen die Entwicklungsmöglichkeiten der Migration berücksichtigt werden. Ein Beispiel dafür ist die jetzige Arbeit eines von der Regierung beauftragten parlamentarischen Komitees, das die Möglichkeiten zirkulärer Migration auswertet. Zirkuläre Migration ist ein Begriff dafür, dass Immigranten in ihre Herkunftsländer, auch vorläufig, zurückkehren. Dadurch könnten sie mit ihren in Schweden erworbenen Kenntnissen zu einer positiven Entwicklung für das Heimatland beitragen.¹⁸⁸

Auf EU-Ebene arbeitet Schweden für eine Harmonisierung der europäischen Migrationspolitik, d.h. eine für alle Mitgliedsländer ähnliche Migrationspolitik zu erhalten, mit einem gemeinsamen Asylverfahren, was laut des Stockholmer Programms schon 2012 möglich sein sollte.¹⁸⁹

Integrationspolitik in Schweden

Dem Bereich Integration werden 2011 ca. 5,7 Milliarden Kronen (ca. 650 Millionen Euro) aus dem schwedischen Staatshaushalt zugeteilt. Der größte Teil davon wird für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen durch die Gemeinden ausgegeben.

Das im Jahre 2008 vom Parlament verabschiedete Ziel der Integrationspolitik Schwedens ist: „Gleiche Rechte, Pflichten und Möglichkeiten für alle, unabhängig von ethnischem und kulturellem Hintergrund“.¹⁹⁰ Um das Ziel zu erreichen, hat die Regierung sieben Schwerpunkte vorgegeben:

¹⁸⁵ Haushaltsantrag Schwedens 2011 Ausgabebereich 8, S. 9–11:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/33/07/c819cc09.pdf> (13.03.2011).

¹⁸⁶ Haushaltsantrag Schwedens 2011 Ausgabebereich 8, S. 11:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/33/07/c819cc09.pdf> (13.03.2011).

¹⁸⁷ Migrationspolitik Faktablad Justitiedepartementet Ju 10.12 Dezember 2010:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/80/86/e1de7d80.pdf> (13.03.2011).

¹⁸⁸ <http://www.regeringen.se/sb/d/9690/a/90355> (13.03.2011).

¹⁸⁹ Migrationspolitik Faktablad Justitiedepartementet Ju 10.12 Dezember 2010:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/80/86/e1de7d80.pdf> (13.03.2011).

¹⁹⁰ Haushaltsantrag Schwedens 2011 Ausgabebereich 13 S.13-14:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/33/07/d8357481.pdf> (13.03.2011).

Schneller Anfang für neue Einwanderer

Niedrige Arbeitslosigkeit, mehr Unternehmer und Unternehmerinnen

Bessere Ergebnisse und Chancengleichheit in der Schule

Bessere Schwedischkenntnisse und ein größeres Bildungsangebot für Erwachsene

Effiziente Bekämpfung der Diskriminierung

Eine positive Entwicklung in Stadtteilen mit weit verbreiteter Segregation

Gemeinsame Werte in einer Gesellschaft, gekennzeichnet durch zunehmende Vielfalt

Am 1. Dezember 2010 trat eine neue Reform in Kraft, die neue Einwanderer am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft schneller etablieren soll. Dies und andere Integrationsmaßnahmen werden in Kapitel 6 ausführlicher behandelt.¹⁹¹

Kinder im Asylverfahren

2009 waren gut ein Viertel der Asylsuchenden Kinder, ca. 6 600 kamen nach Schweden. Die Rechte der Kinder sollen nach der UN-Kinderrechtskonvention gewahrt werden. Alle Kinder, die nach Schweden kommen, haben das Recht, sich zu äußern. Sie haben auch das Recht auf Kranken- und Zahnpflege und auf Ausbildung. Die asylsuchenden Kinder werden jedoch nicht von der Schulpflicht umfasst, weil unsicher ist, wie lange die Kinder im Land bleiben dürfen.¹⁹² Die Frage, ob Kinder, die trotz eines Ausweisungsbeschlusses in Schweden bleiben, das Recht auf Ausbildung haben sollen, ist aktuell und am 2. März 2011 wurde von der Regierung erklärt, dass auch diese Kinder ein Recht auf Ausbildung haben sollen. Eine Regelung dafür gibt es jedoch noch nicht.¹⁹³

In Schweden gibt es eine staatliche Behörde, die Kinderombudsmann heißt und den Auftrag hat, die Rechte der Kinder zu vertreten. Die Behörde wurde 1993 eingeführt und prüft, ob die UN-Kinderrechtskonvention befolgt wird.¹⁹⁴

Die Anzahl der nach Schweden allein reisenden, Asyl suchenden Kinder hat sich zwischen 2005 und 2009 verfünffacht. Die meisten dieser Kinder sind 13 bis 17-jährige Jungen.¹⁹⁵ Da die gesellschaftlichen Systeme für so viele Kinder nicht angepasst sind, hat dies große Probleme zur Folge mit Konsequenzen sowohl für die Kinder als auch die gesellschaftlichen Institutionen. Es gibt zu wenige Plätze für die Kinder in den Gemeinden, und die Kinder verbleiben manchmal monatelang in Übergangunterkünften in den großen Ankunftsgemeinden, wo ihre Bedürfnisse nicht immer ausreichend befriedigt werden können.¹⁹⁶ Für die Zukunft wird eine

¹⁹¹ Haushaltsantrag Schwedens 2011 Ausgabebereich 13 S.13-14:
<http://www.regeringen.se/content/1/c6/15/33/07/d8357481.pdf> (13.03.2011).

¹⁹² <http://www.sweden.gov.se/sb/d/11901/a/125270> (13.03.2011).

¹⁹³ http://svt.se/2.22620/1.2345065/papperslosa_kan_fa_vard_och_utbildning (13.03.2011).

¹⁹⁴ <http://www.barnombudsmannen.se/Adfinity.aspx?pageid=42> (13.03.2011).

¹⁹⁵ <http://www.sweden.gov.se/sb/d/11901/a/125270> (13.03.2011).

¹⁹⁶ <http://www.barnombudsmannen.se/Kronika.aspx?pageid=7424> (13.03.2011).

weiter steigende Anzahl alleinkommender Kinder prognostiziert, die zu einer Aufgabe für die gesellschaftlichen Institutionen werden.

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl	398	820	1264	1510	2250

Tabelle 1: Die Gesamtzahl alleinkommender Kinder, die 2005-2009 nach Schweden einwanderten¹⁹⁷

Die Einwanderungsbehörde (Schwedisch: Migrationsverket)

In Schweden ist das *Migrationsverket* die staatliche Einwanderungsbehörde, die die Anträge von Personen prüft, die bereits in Schweden wohnen oder einen längeren Aufenthalt planen. Die Behörde hat die Verantwortung für Einwanderung, Flüchtlinge, Wiederauswanderungen und Staatsangehörigkeit. Die Arbeit der Behörde wird von einem Präsidenten geleitet und ihre Tätigkeit ist in verschiedene Bereiche aufgeteilt, wie z.B. Asylbeantragung, Betreuung, Unterbringung, Staatsangehörigkeiten, Verwaltung und Verwaltungsprozesse, europäische und internationale Zusammenarbeit, Kommunikation und Personal. Die Arbeit ist durch Reglungsbriefe der Regierung staatlich geregelt, in denen die Ziele und Aufgaben der Behörde angegeben sind. In diesen Briefen wird auch festgelegt, wie viel Geld die Behörde zur Verfügung hat. Die Behörde ist dem Justizministerium und dem Arbeitsministerium unterstellt. Wenn die SachbearbeiterInnen und EntscheidungsträgerInnen die Entscheidung über einen Asylbewerber treffen sollen, berücksichtigen sie die Angaben des Asylbewerbers und die Kenntnisse der Umstände im Heimatland des Bewerbers. Schließlich ist es möglich, Berufung bezüglich der Entscheidungen der Behörde bei einer der drei Migrationsgerichte in Malmö, Göteborg oder Stockholm einzulegen.

Das Ausländergesetz (Schwedisch: Utlänningslag)

Das Ausländergesetz regelt zusammen mit der ergänzenden Ausländerverordnung alles, was mit Ausländern zu tun hat, angefangen von EU-StaatsbürgerInnen und den StaatsbürgerInnen des Schengens-Abkommen bis hin zu Drittstaatsangehörigen. Das Ausländergesetz regelt, wer in Schweden bleiben darf und wer wieder ausgewiesen wird, wie lange jemand ohne Aufenthaltsgenehmigung in Schweden bleiben darf, wer als Flüchtling Asyl beantragen darf usw. Das Ausländergesetz besteht aus 23 Kapiteln, die letzte Änderung des Gesetzes wurde am 1. Januar 2010 verabschiedet und die erste Version wurde 1927 verfasst.

Asylbewerber

Ein Asylbewerber ist derjenige, der in Schweden Schutz beantragt und noch keinen Beschluss bezüglich des Antrages bekommen hat. Es gibt drei Kategorien des Asyls; Flüchtling (siehe oben), Alternative Schutzstatuserklärung und übrige Schutzstatuserklärung.

Die *Alternative Schutzklärung* bezieht sich auf Personen, die z.B. durch Todesstrafe oder Folter bedroht sind oder als Zivilperson in einem bewaffneten Konflikt Schaden davon tragen können. Diese Schutzklärung gründet sich auf EU-Gesetze.

¹⁹⁷ <http://www.sweden.gov.se/sb/d/11901/a/125270> (12.03.2011).

Die *Übrige Schutzklärung* gilt nur in Schweden und ist für diejenigen gedacht, die Schutz vor bewaffneten Konflikten/schweren Gegensätzen im Land brauchen oder wegen einer Umweltkatastrophe nicht wieder ins Heimatland zurückkehren können, aber auch für diejenigen, die eine wohlbegründete Angst vor Übergriffen haben.

Das Verfahren eines Asylantrages

Es gibt die Möglichkeit, eine Aufenthaltsgenehmigung an der Grenze zu beantragen, aber am häufigsten beantragen die Asylbewerber Asyl, wenn sie schon in Schweden sind. Dann müssen sie zur Einwanderungsbehörde gehen. Dort berichtet der Asylbewerber, wer er ist (die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Männer), wie er nach Schweden kam und er muss auch Fingerabdrücke abgeben. Die Fingerabdrücke werden in einer gemeinsamen Datenbank (Eurodac) der EU gespeichert und jede Person über 14 Jahre muss ihre Abdrücke abgeben. Danach wird nach der Dublin-Verordnung entschieden, ob Schweden oder ein anderes Land die Verantwortung für diesen Antrag übernimmt. Wenn ein Asylbewerber in Schweden Asyl beantragt, dann muss geklärt werden, warum er das tut. Der Asylbewerber hat das Recht auf einen Dolmetscher und juristischen Beistand. Während der Wartezeit kann die Einwanderungsbehörde die Unterbringung des Asylbewerbers anordnen. Sollte es deutlich sein, dass der Asylbewerber kein Recht auf Asyl hat, kann er unmittelbar wieder ausgewiesen werden und muss Schweden innerhalb von zwei Wochen verlassen. Die Entscheidung der unmittelbaren Ausweisung muss innerhalb von drei Monaten getroffen werden und der Asylbewerber darf gegen die Entscheidung Berufung einlegen, jedoch darf er, während er auf den Beschluss wartet, nicht in Schweden verbleiben. Wenn Anlass besteht, Asyl zu suchen, muss der Asylbewerber exakte Materialien vorlegen, die sein Gesuch stärken. Wenn das Gesuch vollständig ist, kann eine Entscheidung auf der Grundlage des Ausländergesetzes ausgehend ergehen. Entschieden wird, ob der Asylbewerber eine permanente oder vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung bekommt oder doch ausgewiesen werden muss. Wird er ausgewiesen, muss er innerhalb von vier Wochen Schweden verlassen.

Familienzusammenführung

Das Recht auf Familiennachzug gründet sich auf EU-Richtlinien und kann nur von Personen in Anspruch genommen werden, die mindestens für ein Jahr aufenthaltsberechtigt sind. Damit gilt dieses Gesetz nicht für Asylbewerber. Die Verpflichtung des Staates, Familienmitglieder zusammenzuführen, umfasst seit 1997 nur Gatten/Gattinnen und unverheiratete, minderjährige Kinder. Aber auch Eltern, Verwandte oder erwachsene Kinder, die schon im Heimatland auf die in Schweden wohnende Person angewiesen waren, dürfen nachgeholt werden. Bei nachgeholt Eltern eines minderjährigen Kindes, kann ein DNA-Test angeordnet werden, um die Verwandtschaft zu beweisen. Grundsätzlich bekommen nachgezogene Personen unmittelbar eine permanente Aufenthaltsgenehmigung und haben somit die gleichen Rechte wie alle Aufenthaltsberechtigten. Eine Ausnahme ist die aufgeschobene Einwanderungsprüfung. Diese Ausnahme gibt es, um Scheinehen zu vermeiden. Einwanderer, die eine Beziehung als Einwanderungsgrund angeben, erhalten einen zweijährigen Aufschub für die Einwanderungsprüfung. Während dieser Zeit wird geprüft, ob die Beziehung ernsthaft ist und die Antragsteller

erwerben nach erfolgreicher Prüfung eine Aufenthaltsgenehmigung. Seit dem 15. April 2010 gilt ein neues Gesetz, das fordert, dass die in Schweden lebende Person nachweisen muss, dass sie nachgezogene Familienmitglieder versorgen kann und eine ausreichend große Wohnung hat.

Schwedische Staatsangehörigkeit¹⁹⁸

Wenn es um die Erlangung der Staatsangehörigkeit geht, gibt es zwei Prinzipien. Entweder erhält man die Staatsangehörigkeit laut dem Territorialprinzip, was zur Folge hat, dass man die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem man geboren ist, erhält. Die schwedische Staatsangehörigkeit erhält man laut dem Abstammungsprinzip, was bedeutet, dass das Kind die Staatsangehörigkeit der Eltern erhält. Um eine schwedische Staatsangehörigkeit erhalten zu können, müssen einige Bedingungen erfüllt werden: Die antragstellende Person

muss sich ausweisen können. Damit ist gemeint, dass man einen gültigen Ausweis mit Foto, ausgestellt von seinem Heimatland haben muss.

soll 18 Jahre alt geworden sein. Eltern eines Kindes unter 18 Jahren, können für das Kind die Staatsangehörigkeit mit beantragen.

muss eine permanente Aufenthaltsgenehmigung nachweisen. Ausländische Staatsbürger müssen fünf zusammenhängende Jahre in Schweden gewohnt haben, Staatenlose vier Jahre und Flüchtlinge vier Jahre, die seit der Aufenthaltsgenehmigung gerechnet werden.

soll ein ordentliches Leben in Schweden geführt haben. Die Einwanderungsbehörde bekommt Dokumente vom Finanzamt, vom Reichspolizeiamt und von der Sicherheitspolizei und kann damit nachprüfen, ob es Schulden, Vergehen oder Sicherheitsprobleme mit der Person gegeben hat.

Wenn die Bedingungen erfüllt sind, füllt man ein Formular aus. Das Formular wird an die Einwanderungsbehörde gesandt, wo die Entscheidung getroffen wird. Es kostet 150 Euro, eine Staatsangehörigkeit zu beantragen und die Wartezeit beträgt zwischen sechs und zwölf Monaten. In der folgenden Tabelle wird aufgezeigt, wie viele Personen aus den am Projekt beteiligten Ländern eine schwedische Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren erhalten haben:

¹⁹⁸ Quellen: www.migrationsverket.se, www.sweden.gov.se, www.scb.se (05.03. 2011).

Anzahl Personen die schwedische Staatsangehörigkeit bekommen haben:
(Zeit/Land)

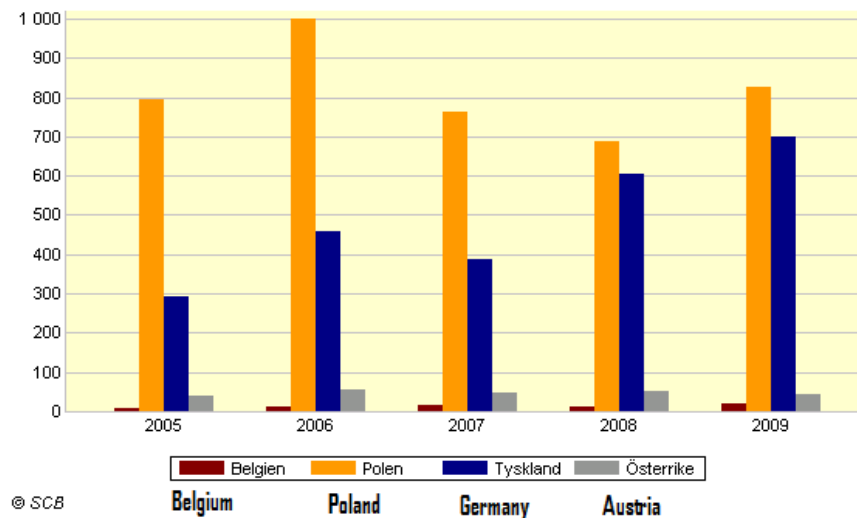


Tabelle 2: Schwedische Staatsangehörigkeit

5.6 Zur Integration von Einwanderern durch Arbeit und Bildung

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den Integrationsmaßnahmen in Schweden, die getroffen wurden, um Einwanderer in das schwedische Gesellschaftsleben zu integrieren. Die zwei Hauptthemen, um die es sich dabei handelt, sind arbeits- sowie bildungsspezifische Maßnahmen. Zuerst wird eine Übersicht zur Situation und Problemen der Einwanderer auf dem schwedischen Arbeitsmarkt gegeben, um die danach folgenden Integrationsmaßnahmen durch Arbeit besser zu verstehen. Dieser Einleitung folgt ein Abriss über das alte und neue Integrationsmodell, deren hauptsächliche Funktionen, sowie über Kritikpunkte an beiden Modellen. Den Abschluss machen die Bildungsmaßnahmen. Hier werden Maßnahmen in der schwedischen Grundschule, sowie das Programm SFI (Schwedisch für Einwanderer) auf dem Gymnasium und in der Ausbildung für Erwachsene diskutiert.

Die Situation und Probleme für Einwanderer¹⁹⁹ auf dem Arbeitsmarkt

Generell gesehen haben sich Einwanderer infolge der Arbeitskräfteinwanderung nach dem zweiten Weltkrieg gut auf dem schwedischen Arbeitsmarkt zurechtgefunden. Es gab sogar Zeiten, in denen Einwanderer eine höhere Beschäftigungsquote hatten als die in Schweden geborenen Arbeitnehmer. Eine zunehmende Flüchtlingseinwanderung seit den 70er Jahren hat allerdings dazu geführt, dass im Ausland geborene Einwanderer stets eine schlechtere Beschäftigungsquote als in Schweden geborene aufweisen.²⁰⁰ Die folgende Grafik zeigt den Unterschied zwi-

¹⁹⁹ Einwanderer sind in diesem Abschnitt nur Flüchtlinge und Flüchtlingsangehörige, die im Ausland geboren wurden. Sonstige Einwanderer, zum Beispiel Studenten, Arbeitskräfteinwanderer oder adoptierte Kinder werden nicht untersucht.

²⁰⁰ Statens offentliga utredningar (SOU 2010:88) „Vägen till arbete-arbetsmarknadspolitik, utbildning och arbetsmarknadsintegration“, Stockholm:2010, S. 253ff.

schen im Ausland und in Schweden geborenen Männern und Frauen im Zeitraum 1987–2009.

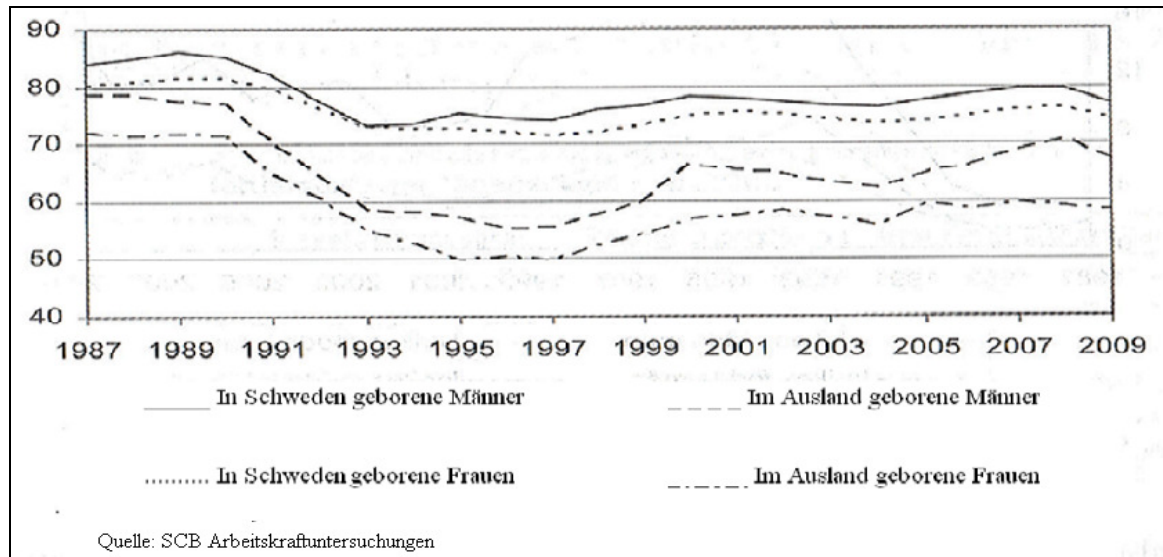


Tabelle 3: Beschäftigungsquote (16-64 Jahre) im Zeitraum 1987-2009

In der Grafik ist zu sehen, dass die Beschäftigungsquote durchgehend deutlich niedriger bei denjenigen ist, die im Ausland geboren sind. Hier lag die Beschäftigungsrate im Jahre 2009 bei 68% für Männer und bei 59% für Frauen. Im Gegensatz dazu war die Beschäftigung deutlich höher bei Arbeitnehmern, die in Schweden geboren sind. Bei Männern lag die Quote bei 78% und bei Frauen war sie rund 75%.

Nicht nur die Beschäftigungsquote der im Ausland geborenen Einwanderer zeigt, dass die Situation für diese Gruppe auf dem schwedischen Arbeitsmarkt schwierig ist, sondern auch die Tatsache, dass es lange dauert, bis Einwanderer eine Arbeit gefunden haben. Figur 4 zeigt die Beschäftigungsquote für Einwanderer aus unterschiedlichen Herkunftsländern in Abhängigkeit der Jahre, in denen sie ihren Wohnsitz in Schweden haben.

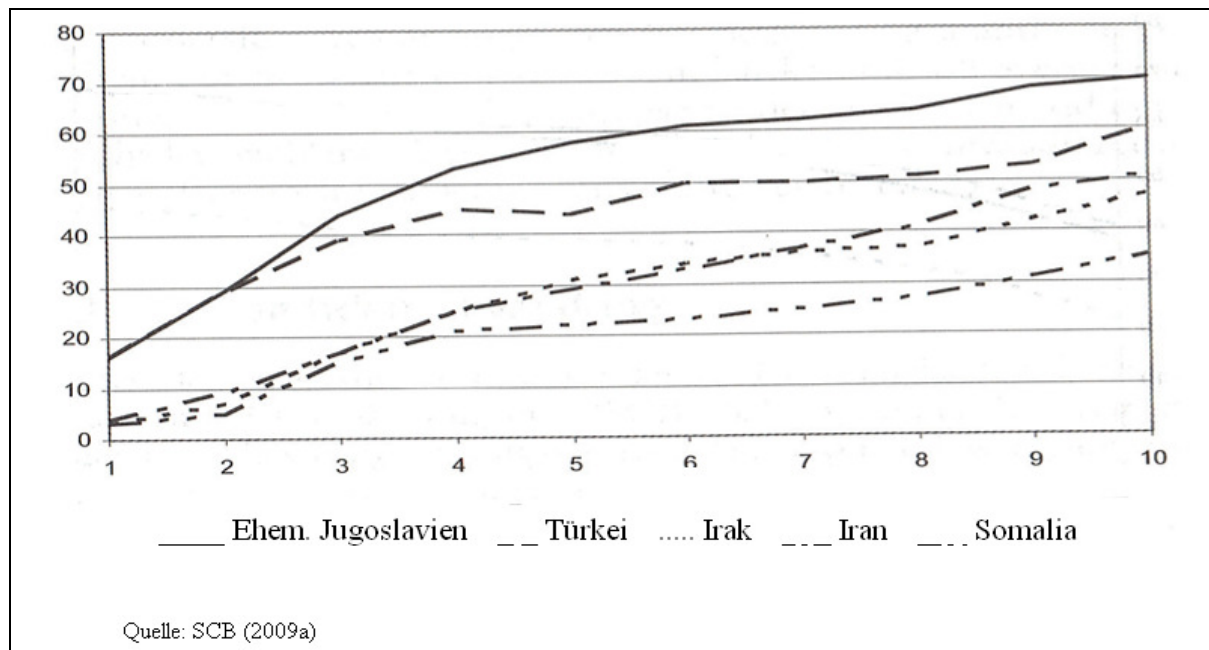


Tabelle 4: Beschäftigungskurve nach Geburtsort und Verbleibzeit in Schweden

Die Grafik 4 zeigt, dass es für alle Einwanderer aus den untersuchten Herkunftsländern schwierig ist, sich auf dem schwedischen Arbeitsmarkt zu etablieren. Nach einem oder zwei Jahren liegt die Beschäftigungsquote erst zwischen 5 und 16%. Es dauert bis zu 10 Jahren, bis sich die Quote auf 70% erhöht. Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten Herkunftsländern nachweisbar sind. Zum Beispiel liegt die Beschäftigungsquote bei Somaliern nach 10 Jahren bei rund 35%, bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien hingegen bei etwa 70%. All diese Zahlen deuten darauf hin, dass es erhebliche Probleme für Einwanderer auf dem schwedischen Arbeitsmarkt gibt. Diese werden jetzt etwas näher dargestellt.

Ein Problem, was in diesem Zusammenhang immer diskutiert wird, ist der Begriff Humankapital²⁰¹. Schwedische Studien zeigen, dass Ausbildung und Arbeitserfahrungen aus Ländern außerhalb Europas als schlechte Indikation und Qualifikation der Arbeitssuchenden von den zuständigen Behörden und Arbeitgebern angesehen werden. Arbeitgeber ziehen in solchen Fällen eine Ausbildung und Arbeitserfahrung vor, von denen man absolut überzeugt ist, dass sie hochqualitativ und gut anwendbar für schwedische Verhältnisse sind. Eine Umschulung auf schwedische Verhältnisse ist in den meisten Fällen wichtig, dauert aber oftmals zu lange. Die Ausbildung vieler untersuchter Personen kann in vielen Fällen nicht richtig validiert und eingeschätzt werden, was zur Folge hat, dass sich diese Perso-

²⁰¹ Humankapital ist ein volkswirtschaftlicher Begriff. Es sind Faktoren, die die Produktivität einer Person in einer gewissen Arbeit bestimmen. Diese Faktoren sind zum Beispiel Ausbildungs- und Arbeitserfahrung. Landesspezifische Kenntnisse wie zum Beispiel Sprach-, Geschichts-, Kulturkenntnisse und Kontaktnetze gehören auch dazu. Einwanderer bringen ein gewisses Humankapital mit sich, müssen aber auch schwedisches Humankapital aneignen. Wie viel eigenes Humankapital ein Einwanderer verliert, ist davon abhängig, inwiefern das Humankapital auf das Einwanderungsland überführbar ist, (SOU 2010:88, S. 272–277).

nen in unterqualifizierten Arbeiten befinden, mit geringen Aufstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.²⁰²

Auf dem schwedischen Arbeitsmarkt werden neben Ausbildung und Arbeitserfahrung auch schwedenspezifische Kenntnisse gefordert. Unter anderem sind Sprachkenntnisse wichtig. Man kann natürlich annehmen, dass neuankommende Einwanderer kein Schwedisch können, was den Einstieg in eine Arbeit erschwert. Kontaktnetze zu Arbeitgebern oder Personen, die einem eine Arbeit verschaffen können, ist ein weiterer wichtiger Faktor für die Arbeitsmarktintegration. Studien zeigen, dass in Schweden viele Stellen durch informelle Kontakte, wie zum Beispiel persönliche Kontakte zu Arbeitgebern vergeben werden. Einwanderer haben oftmals keinen oder nur einen geringen Zugang zu diesen Kontaktnetzen.²⁰³ Vielleicht hat man aus diesem Grund ein Pilotprojekt in mehreren schwedischen Gemeinden gestartet, wo sich Einwanderer mit Ausbildung und Vertreter aus der Wirtschaft regelmäßig treffen, um Kontakte aufzubauen. Dieses Projekt nennt sich „*Integration in Sweden*“.²⁰⁴

Neben Faktoren, die bei den Einwanderern liegen und die auch Auswirkungen auf deren Integration in den Arbeitsmarkt haben, gibt es auch Faktoren, die bei den Arbeitgebern liegen. Hierzu gehören unter anderem höhere Anforderungen an die Beschäftigten. Seit den 1970er Jahren macht die schwedische Wirtschaft einen Strukturwandel durch. Kleine Betriebe mit spezialisierten Arbeitsbereichen, in denen eine hohe Ausbildung, gute Sprachkenntnisse und andere kommunikative Kompetenzen wichtig sind, haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Vor allem in der Industrie, wo traditionell viele Einwanderer arbeiten, ist dieser Wandel zu beobachten. Das kann zur Folge haben, dass Einwanderer, und da vor allem Flüchtlinge, diesen Anforderungen nicht gewachsen sind. Einige Studien beweisen, dass auch Diskriminierung der Arbeitgeber gegenüber den Einwanderern weit verbreitet ist. Entweder selektieren Arbeitgeber Einwanderer aus, weil sie glauben, dass diese Gruppe schlechtere Kenntnisse oder Kompetenzen hat, oder weil Kunden und Angestellte eine negative Auffassung haben.²⁰⁵

Folglich kann gesagt werden, dass die Situation der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt schlechter ist als für die Personen, die in Schweden geboren worden sind. Es gibt viele Faktoren, die die signifikant schlechtere Lage erklären. Faktoren, die bei den Einwanderern selbst liegen, wie zum Beispiel ein schlecht überführbares Humankapital auf schwedische Verhältnisse, aber auch Faktoren, die bei den Arbeitgebern liegen, wie zum Beispiel Diskriminierung oder härtere Anforderungen. Dieser Hintergrund macht natürlich eine Frage besonders wichtig. Wie versucht man in Schweden, die Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren?

Integration auf dem Arbeitsmarkt - die neue Integrationspolitik in Schweden

25 Jahre lang haben die Gemeinden die größte Verantwortung für Immigranten die nach Schweden kommen gehabt, aber am 1. Dezember 2010 hat ein neues Gesetz angefangen zu gelten. Dieses neue Gesetz ist die größte Veränderung der

²⁰² SOU (2010:88), S. 277–287.

²⁰³ SOU (2010:88), S. 287–294.

²⁰⁴ Smålandsposten

²⁰⁵ SOU (2010:88), S.295–300.

schwedischen Integrationspolitik seit 25 Jahren²⁰⁶. Die Zuständigkeiten der Behörden wechseln umfassend. Die heutige Regierung hat nunmehr die Integrationsarbeit auf staatlichem Niveau zentralisiert und das Arbeitsamt hat mit Hilfe der neuen Etablierungslotsen den Auftrag bekommen, die Migranten schneller auf den Arbeitsmarkt zu bringen.

Die Gemeinden sind in letzter Zeit stark kritisiert worden, ihre Integrationsarbeit sei schwach in dem Sinne, dass die Immigranten zu viel Sozialleistungen bekommen. Die heutige Regierung meint, dass die Sprache zu lernen und einen Arbeitsplatz zu finden, während der Zeit, in der die Gemeinden für die Integration hauptsächlich verantwortlich waren. Zu sehr im Hintergrund gestanden hat. Heute dauert es im Schnitt sieben Jahre für einen Immigranten, eine Arbeit zu bekommen, und dass nach drei Jahren erst 30% von ihnen arbeiten, wird als zu gering angesehen. Diejenigen, die im Ausland geboren sind, haben eine niedrigere Beschäftigungsquote im Vergleich zu denen, die in Schweden geboren sind. Dies sei ein großes Problem im System und eine Verschwendung von Hilfsmitteln, meint der Integrationsminister Erik Ullenhag.

Die Zuständigkeitsbereiche der Behörden

Mit dem neuen Gesetz wechseln die Zuständigkeiten unter den Behörden. Das Arbeitsamt ist für alle Arbeitsfähigen verantwortlich und der Auftraggeber der Lotsen. Das Arbeitsamt ist auch für die Wohnraumbeschaffung aller Arbeitsfähigen mit einem Integrationsplan zuständig. Die Gemeinden haben immer noch die größte Verantwortung für die Ausbildung der Immigranten. Sie organisieren alle Ausbildungen für Erwachsene so wie SFI (Schwedisch für Einwanderer) und Sozialkunde, aber auch Schulen und Kindergärten für die Kinder. Das Migrationswerk ist vor allem verantwortlich für Flüchtlinge und deren Wohnungsversorgung, es beschließt zudem über Hilfen für die Gemeinden²⁰⁷.

Die neue Integrationslinie

Der Sinn des neuen Gesetzes ist es, den Immigranten bessere Möglichkeiten zu geben, schnell Schwedisch zu lernen und bessere Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, damit sie für sich selbst sorgen können. Das Gesetz gilt für alle arbeitsfähigen Ausländer im Alter von 20-64 Jahren und auch für 18-19-Jährige, die ohne Eltern nach Schweden gekommen sind. Wenn ein Immigrant in einer Gemeinde ankommt, soll das Arbeitsamt ein Gespräch mit ihm führen. Zusammen planen sie für die Zukunft des Einwanderers in Schweden und versuchen Arbeitsplätze zu finden, die passen könnten. Der Immigrant bekommt auch Informationen über potentielle Wohnmöglichkeiten in der Nähe der Arbeitsplätze. Dieses Gespräch resultiert in einem sogenannten Integrationsplan, der die Aktivitäten beschreibt, an denen der Immigrant teilnehmen wird, um so schnell wie möglich integriert zu werden. Welche Aktivitäten es im Plan gibt, ist davon abhängig, welche Bedürfnisse der Immigrant hat. Schwedisch für Einwanderer(SFI), Sozialkunde und arbeits-

²⁰⁶ Ullenhag, E: *Nyanlända behöver mer än en klapp på huvudet*. Dagens Nyheter (17.11. 2011), Debatt. S.1.

²⁰⁷ Informationsheft, herausgegeben von der Schwedischen Arbeitsvermittlung: *Vissa nyanländas etablering i arbets- och samhällslivet. Arbetsförmedlingen, Försäkringskassan, Länsstyrelsen, Migrationsverket och SKL (Sveriges kommuner och landsting)*.

vorbereitende Einsätze, z.B. ein Praktikum sowie die frühere Arbeitserfahrung und Noten zu validieren, sind obligatorische Bestandteile des Integrationsplans.

Das Ziel ist 40 Stunden Aktivität pro Woche, also Vollzeit, anzubieten. Aber es können auch je nach Person weniger Stunden sein. Wie lange die Aktivitäten dieses Planes laufen, kann unterschiedlich sein, höchstens sind jedoch 24 Monate vorgesehen. Der Plan muss spätestens zwei Monate nach der Entscheidung über die Aufenthaltsgenehmigung fertig sein.

Staatliche Hilfe

Im Laufe des Integrationsplans hat der Teilnehmer ein Recht auf staatliche Unterstützung. Die Unterstützung besteht aus 30 Euro pro Tag für fünf Tage pro Woche. Die Summe ändert sich nicht, wenn die Familie über andere Einkommen verfügt, aber wer an den Aktivitäten des Etablierungsplans nicht teilnimmt, bekommt weniger Geld. Man bekommt auch einen Bonus, wenn gute Leistungen im Schwedischunterricht nachgewiesen werden.²⁰⁸

Die Lotsen

Das neue Gesetz etabliert einen neuen Akteur im System, *die Lotsen*. Sie arbeiten im Auftrag des Arbeitsamts und alle Unternehmen und Organisationen, die mit der Integration von Migranten arbeiten wollen, können sich anmelden, um ein Lotse zu werden. Die Lotsen sollen ein Glied auf dem Arbeitsmarkt sein und stützen den Immigranten mit sozialer Hilfe. Der Einwanderer wählt seinen Lotsen selbst. Der Lotse bekommt ein höheres staatliches Leistungsentgelt für seine Tätigkeit, je schneller der Immigrant auf den Arbeitsmarkt kommt oder anfängt zu studieren. Der Leistungsbeitrag wird noch höher, wenn der Einwanderer weniger als sechs Jahre in Schule gegangen ist.²⁰⁹

Sozialkunde

Sozialkunde ist auch ein obligatorischer Teil des Introduktionsplans. Der Zweck ist, dem Immigranten ein gründliches Verständnis der schwedischen Gesellschaft beizubringen. Zum Inhalt gehören die Vermittlung von Kenntnissen über Menschenrechte, demokratische Werte und die Rechte und Pflichten des Einzelnen. Der Unterricht behandelt eher die praktischen Aspekte des Lebens in Schweden als theoretische Informationen zu geben. Die Gemeinden sind dafür verantwortlich, den Einwanderern mindestens 60 Stunden Sozialkunde anzubieten, die so schnell wie möglich nach der Schaffung des Integrationsplans anfangen sollen. Der Unterricht wird möglichst in einer Sprache unterrichtet, die der Einwanderer beherrscht, das bedeutet, er wird in der Muttersprache erteilt.

Kritik gegen das neue Gesetz

In den letzten 50 Jahren hat Schweden meistens eine sozialdemokratische Regierung gehabt, und all die Integrationsarbeit ist nach den Richtlinien dieser Partei durchgeführt worden. Eine Folge der langen sozialdemokratischen Regierungszeit ist, dass die Mehrheit der Beschäftigten bei den Gemeinden sehr kritisch gegen

²⁰⁸ <http://www.regeringen.se/sb/d/2279/a/135429> (02.03.2011).

²⁰⁹ <http://www.arbetsformedlingen.se/Om-oss/Var-verksamhet/Samarbete/Etablering-av-nyanlanda/Etableringslots.html> (10.03.2011).

das neue, von der bürgerlichen Regierung veranlasste Gesetz ist. Bei Besuchen und Gesprächen mit Gemeindevertretern und Experten der Gemeinde Växjö wurden folgende Kritikpunkte angesprochen:

Die Gemeinden haben eine sogenannte Introduktionseinheit, die sie in den letzten 25 Jahren aufgebaut haben. Diejenigen, die hier arbeiten, haben sehr viele Erfahrungen mit genau dieser Art von Arbeit und haben zudem ein großes Kontaktnetz aufgebaut. Viele dieser Introduktionseinheiten werden auf Grund dieses neuen Gesetzes abgewickelt, z.B. in Växjö. Viele Beschäftigte in der Verwaltung meinen, dass der Reichstag vorschnell gehandelt hat. Man fragt sich, wie ein Lotse arbeiten soll, wenn ihm nur vier Stunden pro Monat mit einem Einwanderer für individuelle Unterstützung zur Verfügung steht. Wie werden sie die jetzt vorhandenen kompetenten SachbearbeiterInnen ersetzen können? Eine andere Frage ist, ob es wirklich eine gute Idee ist, Gewinndenken in die Integrationsarbeit einzuführen? Die Flüchtlinge, die hier herkommen, brauchen auch oft soziale Hilfe, wie z.B. durch Therapeuten. Diese Hilfe ist von äußerster Wichtigkeit, wenn man mit Menschen arbeitet, die aus ihrem Land geflohen sind, meinen die Angestellten bei den Gemeinden. Dass man den Immigranten einen Wohnplatz dort geben möchte, wo es Arbeitsmöglichkeiten gibt, kann auch problematisch sein, weil diese fast immer in der Nähe ihrer Landsleute wohnen wollen und die Immigranten gesetzlich nicht verpflichtet sind, zum vom Arbeitsamt empfohlenen Ort zu ziehen.

SFI (Schwedisch für Einwanderer)

SFI ist eine Schule für Immigranten oder andere Personen, die keine Muttersprachler sind. Sie ist für Personen ab 16 Jahren zuständig. Der Unterricht ist kostenlos und umfasst mindestens 15 Stunden pro Woche und steht unter Verwaltung der Gemeinden. Der Unterricht beginnt 3 Monate nach der Ankunft eines Immigranten in einer Gemeinde. Laut dem neuen Gesetz gibt es ab dem 1. September diesen Jahres einen SFI-Bonus für alle, die nach dem 1. Juli 2010 nach Schweden gekommen sind. Der Bonus bedeutet, dass der Sprachschüler eine Geldsumme bekommt, wenn er gewisse Schwedischkurse bestanden hat. Diese Summe, die vom Staat ausbezahlt wird, variiert zwischen zirka 600-1200 Euro je nach Kurs, den man bestanden hat. Es gibt aber ein paar Kritikpunkte gegen dieses System. Diejenigen, die den letzten Kurs schaffen, sind oft schon Akademiker und haben keine Probleme mit dem Studieren, während Analphabeten naturgemäß mehr Stunden brauchen, um den ersten Kurs zu bestehen. Dies könnte sich ungerecht auswirken.

5.7 Schlußbetrachtung

Schweden gilt als ein Land, indem schon sehr frühzeitig eine aktive Integrationspolitik betrieben worden ist und noch immer betrieben wird. Einen Eindruck davon konnten die diskutierten Aspekte bereits vermitteln. Doch auch hier gibt es noch Probleme: Als Beispiel für misslungene Integration wird oft der Stadtteil Rosengård in der drittgrößten schwedischen Stadt Malmö erwähnt. Das Wahlergebnis der Reichstagswahl (Parlamentswahl) in Schweden 2010 zeigt, wie groß die Segregation in der Stadt ist. Zwei Stadtteile, Rosengård und Almgården, sind nur durch eine Autobahn getrennt, aber trotzdem sehen die Wahlergebnisse total unterschiedlich aus. In Herrgård, einem Wahlbezirk in Rosengård, haben 97% der

Wähler die Sozialdemokraten gewählt. Auf der anderen Seite der Autobahn in Almgården haben hingegen 30% der Wähler für die rechtspopulistische Partei *Die Schwedendemokraten* gestimmt. Zum Vergleich: In ganz Schweden stimmten nur 5,70% für diese Partei. Auch die Wahlbeteiligung in den Bezirken sah unterschiedlich aus. In Herrgård haben nur 46% der Wahlberechtigten ihre Stimme einer Partei gegeben. In Almgården lag die Wahlbeteiligung bei 72% und in Schweden noch höher bei insgesamt 85%.²¹⁰ Eine Erklärung für das Wahlergebnis ist die Bevölkerungszusammensetzung in beiden Stadtteilen. In Rosengård haben 86% der Einwohner einen ausländischen Hintergrund und in Almgården nur 27%. Ein interessantes Detail ist, dass das Ausbildungsniveau in den zwei Stadtteilen ziemlich ähnlich ist. In Rosengård ist sogar die Anzahl von Ausbildungen nach dem Gymnasium höher als in Almgården (18% in Rosengård beziehungsweise 12% in Almgården).²¹¹

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es noch große Mängel im Hinblick auf eine gelungene Integration von Migranten in der schwedischen Gesellschaft gibt. Bei internationalen Vergleichen der gesetzlichen Grundlagen und gesellschaftlichen Einrichtungen für die Integration von Migranten landet Schweden auf einem der vorderen Plätze.²¹² Das betrifft vor allem die Bereiche Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung und Antidiskriminierung. Es genügt jedoch nicht, in der Theorie einer der Besten zu sein, entscheidend ist die Umsetzung dieser Grundlagen in die Praxis. Man darf deshalb gespannt sein auf die Ergebnisse der im letzten Kapitel unseres Länderberichtes beschriebenen neuen schwedischen Migrationspolitik.

²¹⁰ Almgården: <http://www.val.se/val/val2010/slutresultat/R/valdistrikt/12/80/0912/index.html>.

(23.01.2011). Herrgård:

<http://www.val.se/val/val2010/slutresultat/R/valdistrikt/12/80/0809/index.html>. (23.01.2011). Schweden:

<http://www.val.se/val/val2010/slutresultat/R/rike/index.html>. (23.01.2011.).

²¹¹ Söderin, Eigil (2010): *De på andra sidan vägen*. Malmö: Idéfabriken.

<http://idefabriken.files.wordpress.com/2010/10/de-pa-andra-sidan-vagenwebversion1.pdf> (23.01.2011).

²¹² Migrant Integration Policy Index (Mipex), www.mipex.eu (25.03. 2011).

F Berichte aus den Arbeitsgruppen

1 Maßnahmen zur Integration von Migranten durch Bildung

Karin Beyersdorff, Sven Bochmann, Marta Borowiak, Tatjana Grogger, Veronika Gruber, Wouter Lagauw, Marcel Nähring, Vanessa Neumann, Mikael Olsson-Berggren, Anna Sitte, Yasmin Van Landschoot, Anna Włodarska
Löwe Corina, Marten Thomas

1.1 Sprachkompetenz

Sprachkenntnisse sind ein Schlüssel für eine gelungene Integration. Die MigrantInnen müssen die Sprache verstehen und benutzen können, damit die Integration erfolgreich wird. Ohne Sprachkenntnisse bekommen sie keine Arbeit und können sich nicht in die Gesellschaft integrieren. Jede Altersgruppe braucht einen eigenen Ausbildungsplan. Man soll spezifische Methoden für jede Altersgruppe benutzen, um ihnen die Sprache beizubringen. Wir haben die MigrantInnen in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt: Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Kinder im Kindergarten

Die Kinder der MigrantInnen können die Sprache sehr leicht erwerben, wenn sie in den Kindergarten kommen. Dort können sie die Sprache des neuen Landes erlernen und mehrsprachig werden. Auf diese Art und Weise behalten sie die eigene Kultur und ihre Identität. Man sollte es also den MigrantInnen ermöglichen, Kindergartenplätze für ihre Kinder zu bekommen. Eine gute Idee wäre, den Kindern der MigrantInnen spezielle Hilfe zu geben, z.B. könnten zusätzliche Lehrkräfte angestellt werden, die die Kinder mit einem Migrationshintergrund unterstützen. Eltern sollten durch verschiedene Anreize dazu ermutigt werden, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken. Noch ein wichtiger Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und dem Fachpersonal. Beispielsweise könnten die Eltern in den Kindergarten eingeladen und gemeinsame Aktivitäten organisiert werden.

Kinder in der Grundschule

Kinder mit einem Migrationshintergrund, die schon im Schulalter sind, brauchen Zeit, um sich dem neuen Schulsystem anzupassen. Deshalb wäre es am besten, wenn sie entweder eine internationale Klasse besuchen könnten oder ein individuelles Programm hätten. In der internationalen Klasse hätten sie Unterricht mit anderen ausländischen Kindern und könnten zusammen die Fremdsprache erlernen. Wenn sie die Fremdsprache ausreichend beherrschen, könnten sie am normalen Unterricht, zusammen mit den einheimischen Kindern teilnehmen. Gäbe es nicht genug ausländische Kinder, um eine Klasse zu bilden, sollte das Kind ein individuelles Programm mit extra Förderung bekommen. Unter Förderung verstehen wir zusätzliche LehrerInnen, die auch die Muttersprache des Kindes beherrschen. Es ist auch wichtig, dass die Kinder ihre Muttersprache weiterlernen. Dazu sollte ein Muttersprachenunterricht nach schwedischem Modell angeboten werden. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die belegen, dass eine neue Sprache besser erlernt wird, wenn man die eigene gut beherrscht.

Jugendliche

Wenn man im jugendlichen Alter (13 – 18 Jahre) in ein neues Land kommt, ist es schwierig, die neue Sprache zu lernen. Deshalb wäre es wichtig, diese Jugendliche auf das einheimische Schulsystem vorzubereiten. Von dem Spracherwerb hängt der Erfolg in anderen Fächern ab. Die Maßnahmen könnten ähnlich wie bei der Grundschule sein, das heißt, entweder sollten die Jugendlichen eine internationale Klasse besuchen oder im Rahmen eines individuellen Programms unterrichtet werden (siehe oben). Auch hier sollte man darauf achten, dass die Schüler Muttersprachenunterricht bekommen.

Erwachsene

Bei der Ausbildung von Erwachsenen muss man verschiedene Bildungstypen beachten: die Sprache und die Grundschulausbildung sowohl als auch die weiteren Bildungsstufen. Weil die Erwachsenen die Sprache nicht so schnell erlernen können, wie Kinder und Jugendliche, sollte der Sprachunterricht dem individuellen Tempo angepasst sein. Man braucht verschiedene Leistungsniveaus, z.B. A bis E. Im A-Kurs behandelt man Grundkenntnisse, wie z.B. das Alphabet und einfaches Schreiben und Lesen. Es gibt MigrantInnen, die eine andere, oder gar keine Schreibweise benutzen. Wenn man das lateinische Alphabet schon beherrscht und in anderen Sprachen schreiben kann, kann man sofort mit dem B Kurs anfangen. Nach dem E-Kurs sollte man die Sprache schon so gut beherrschen, dass man dem regulären Unterricht folgen kann. Die Erwachsenen sollten auch die Möglichkeit haben, einen Schulabschluss zu erwerben, der sie zu einem Hochschulstudium berechtigt oder auf das berufliche Leben vorbereitet.

Älteren Leuten sollte man es erleichtern, eine bessere Sprachkompetenz zu erwerben. Deshalb wäre es wichtig, einen Sprachunterricht auch für diese Altersgruppe anzubieten, z.B. an so genannten Pensionärsuniversitäten, wie sie in Polen und Schweden existieren, damit sie ausreichend kommunizieren können.

1.2 Länder- und Kulturkompetenz, Politische Bildung – das „Växjöer Modell“

Als Kulturkompetenz wird in diesem Kontext die Vermittlung von politischer, sozialer sowie Länderkompetenz dargestellt.

Ausgangslage und Problemstellung

Mit welchen Problemen können MigrantInnen in einem neuen Land konfrontiert werden?

Hauptprobleme können anfangs die Reizüberflutung und Sprachdefizite sein. MigrantInnen werden mit einer neuen Kultur mit anderen Werten und Normen konfrontiert. Darüber hinaus haben sie meist noch keinen Überblick über das jeweilige politische System, den Arbeitsmarkt sowie die verschiedenen Behörden und Ämter mit ihren Aufgabenbereichen.

Um die Probleme der MigrantInnen zu verstehen, muss erst einmal geklärt werden, ob es sich um Flüchtlinge oder freiwillige Einwanderer handelt. Der Unterschied besteht in der Motivation und dem Willen zur Eingliederung. Flüchtlinge sehen das „neue Land“ häufig nur als Übergangslösung und wollen so bald wie

möglich in das Heimatland zurückkehren. Außerdem sind sie häufig traumatisiert und benötigen deshalb zunächst psychologische Betreuung. Erst dann kann der Grundstein zur Eingliederung gelegt werden.

Bei MigrantInnen, die aus eigenem Willen in ein Land einwandern, dürfte die Motivation zur Integration wesentlich höher sein.

Kompetenzen

Um die Eingliederung in eine neue Gesellschaft zu bewältigen, sind verschiedene Kompetenzen erforderlich. Diese können unterteilt werden in Länder- und Kulturkompetenzen sowie Politische Bildung.

Bei der Länderkompetenz ist es wichtig, einen groben Überblick über das Land zu vermitteln. Hierzu gehört ein geographisches Grundwissen, z.B. Einwohnerzahl, wichtigen Städten und Flüssen, Bergen sowie der Landessprache. Auch ist es wichtig, dass MigrantInnen den geschichtlichen Hintergrund des Landes vermittelt bekommen.

Unter Kulturkompetenz werden Werte und Normen, Rechte und Pflichten, Tabus sowie Konsequenzen bei Nichtbeachtung verstanden. Dies wird allgemein als Interkulturelle Kompetenz bezeichnet. Auch die Gleichstellung von Mann und Frau im europäischen Kulturkreis ist hierbei ein wichtiges Thema. In Bezug auf die Arbeitswelt müssen gegebene Arbeitsbestimmungen erläutert und vermittelt werden, wie beispielsweise geregelte Arbeitszeiten, Arbeitsverträge, Rechte und Pflichten. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die sozialen Netzwerke, sowie Vereine und deren Angebote. Um die Eingliederung in eine Gesellschaft zu gewährleisten und zu erleichtern, sind diese besonders wichtig. Welche Angebote gibt es konkret im jeweiligen Wohnbereich, an wen kann ich mich bei Fragen wenden.

Zum dritten ist auch die Politische Bildung von großer Wichtigkeit. Den MigrantInnen sollte erst einmal das Politische System mit seinem Rechtssystem nahe gebracht werden. Welche Rechte, Pflichten und Möglichkeiten gibt es, wie werden sie wahrgenommen und umgesetzt? Wie funktionieren beispielsweise das Verfahren der Einbürgerung und das demokratische Wahlsystem? Welche Behörden sind jeweils zuständig? Den sozialen Institutionen mit ihren verschiedensten Unterstützungsangeboten kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Umsetzung der Ansätze

Um all diese Kompetenzen ineinandergreifend herausbilden zu können, muss eine Art und Weise gefunden werden, um die oben genannte Problemlage effektiv zu bearbeiten. Dabei sollte eine bürokratische Vereinfachung innerhalb der Behörden durch eine bessere Organisation und Arbeitsteilung stattfinden. Vor allem müssen Grundsteine gelegt werden, damit der Integrationsprozess verkürzt wird.

Dafür wäre eine „Traumbehörde“ von Vorteil, die alle Anlaufstellen für MigrantInnen zum Integrationsablauf unter einem Dach vereint. Dazu zählen vor allem: Hilfe bei Anmeldeangelegenheiten (insbesondere bei Kindern - Anmeldung in der Schule), bei der Wohnungssuche, Information über das Gesundheitssystem, rechtlicher Beistand und die Unterstützung bei der Ausbildungs- und Berufsförderung. Um allen diesen Anforderungen gerecht zu werden, könnte jede Person die eingegliedert wird, durch einen persönlichen Coach betreut werden. Dieser ist umfassend

über die Situation der MigrantInnen informiert und kann sie in den verschiedensten Lebensbereichen begleiten und unterstützen. Wichtig ist hierbei, dass dieser Coach mit den MigrantInnen keine Kommunikationsprobleme hat oder gegebenenfalls eine DolmetscherIn zur Verfügung gestellt wird. Außerdem sollte die BetreuerIn soziale Kompetenzen haben, um eine der Situation gerechte Netzwerkarbeit leisten zu können. Darunter fällt die Eingliederung der MigrantInnen in die Gemeinde, zum Beispiel durch Organisation von Festen oder Gemeinschaftsabenden innerhalb der Nachbarschaft. Diese intensive Betreuung sollte im ersten Jahr dauerhaft erfolgen, die Nachbetreuung kann dann individuell an den persönlichen Fortschritt angepasst werden, sodass eine Eingliederung früher als bisher erfolgen kann. Um einen motivierenden Anreiz zu schaffen, wäre es denkbar, eine Art Bonussystem einzuführen. Je früher Integrationserfolge zu verzeichnen sind, desto mehr Vorteile erfahren die MigrantInnen.

Eine geglückte Integration gewährleistet und fördert die eigene Partizipation der MigrantInnen im neuen Land. Durch aktivierende Ansätze können sie befähigt werden, das Gemeinschaftsleben eigenständig mitzugestalten und sich beispielsweise politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Solche MigrantInnen fungieren als positives Beispiel.

Wenn das „Växjöer Modell“ erfolgreich umgesetzt wird, dürften die besten Voraussetzungen geschaffen worden sein, um erfolgreich Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Die Realisierung dieses Modells wäre zwar zunächst sehr kostenintensiv, aber durch jede grundsätzlich geglückte Integration würden in der Zukunft erhebliche Kosten gespart werden.

1.3 Berufliche Bildung bzw. Weiterbildung

Arbeit ist einer der essentiellsten Bestandteile in unserer Lebensplanung und -führung. Sie versorgt uns mit Struktur und gibt uns Halt. Menschen benötigen regelmäßige Erwerbstätigkeit und das dazugehörige Einkommen ebenso für die Führung eines angemessenen Lebensstiles und die Versorgung der Familie. Arbeit besitzt in unserer Gesellschaft zudem eine hohe soziale und integrative Komponente. Menschen in unserer europäischen Gesellschaft neigen dazu sich und andere über Arbeit zu definieren, weshalb Arbeitslosigkeit in unseren europäischen Gesellschaft auch vor allem für die Integration von MigrantInnen ein großes Hindernis darstellt. Um einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, ist es unumgänglich, über eine fachspezifische Bildung zu verfügen. Deshalb beschäftigen wir uns hier näher mit den vier Möglichkeiten von Bildungsdefiziten und präsentieren hierfür typgerechte Lösungsansätze.

Verschiedene Ausgangslagen von MigrantInnen

Stufe 1: Keine formale Bildung: Hierzu zählen Personen, die keinerlei Ausbildung haben (z.B. Analphabeten, Personen ohne Schulbildung)

Stufe 2: Keine Erfahrung: Hierzu zählen Personen, die zwar über Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) verfügen, jedoch keine berufliche Ausbildung bzw. Arbeitserfahrung besitzen.

Stufe 3: Zu wenig Erfahrung: Hierzu zählen Personen, die ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben oder diese aus verschiedenen Gründen vorzeitig abgebrochen haben.

Stufe 4: Nicht verwertbare Erfahrung: Hierzu zählen Personen, die in ihrer Heimat eine Ausbildung erhalten haben und auch in diesem Beruf gearbeitet haben, dieses Wissen im neuen Land jedoch nicht gebraucht wird.

Verschiedene Ansätze: Was benötigen wir?

Stufe 1: Grundausbildung: Da Personen in Stufe 1 keinerlei Ausbildung genossen haben, benötigen wir zunächst Grundkompetenzen in den essentiellen Bereichen = Schulbildung (Allgemeinbildung) und können erst anschließend praktisches Wissen in einer beruflichen Richtung vermitteln = Fachausbildung (beispielsweise durch Praktika)

Stufe 2: Bildung: Personen, die lediglich über Grundkompetenzen verfügen, benötigen anschließend Bildung in eine spezifische Richtung gehend. Wir benötigen theoretisches Wissen = weiterführende Schulbildung (Sprachkurse, eventuell auch weiterführende Allgemeinbildung) sowie zeitgleich praktisches Wissen in einer beruflichen Richtung = Praktika (Fachausbildung)

Stufe 3: Weiterbildung: Personen, die eine Ausbildung bereits angefangen haben, diese jedoch aus verschiedenen Gründen nicht abschließen konnten, benötigen theoretisches Wissen = weiterführende Schul- bzw. Hochschulbildung (Universität, Fachhochschule, Lehrabschluss) sowie Wissen aus der Praxis (Praktika)

Stufe 4: Umschulung: Da Personen, die über nicht verwertbares Wissen verfügen, auf der gleichen Stufe wie Personen ohne Bildung stehen (Stufe 2), benötigen auch hier zunächst theoretisches Wissen in einer bestimmten Richtung = spezifisches theoretisches Wissen + spezifisches praktisches Wissen.

Umsetzung der Ansätze

Stufe 1: Grundschulausbildung: Wir müssen dafür sorgen, dass Personen ohne jegliche Bildung bzw. Ausbildung diese erhalten, damit sie sich in die Gesellschaft integrieren können. Wir erreichen Grundbildung durch formale Schulausbildung sowohl für Kinder wie auch für Erwachsene. Hier wird es den zugereisten Personen ermöglicht die Grundkompetenzen des täglichen Lebens (Lesen, Schreiben, Rechnen) zu erwerben.

Stufe 2: Fachausbildung: Wenn Personen schon über die essentiellen Kenntnisse verfügen, die es ihnen ermöglicht eine spezifische Ausbildung zu beginnen, gilt es hier anzusetzen. In einer Fachschule wie z.B. einer Lehrwerkstatt erwerben zugereiste Personen berufsspezifische Kenntnisse.

Stufe 3: Fortsetzung der Fachausbildung: Wenn Personen aus irgendwelchen Gründen ihre (Fach:-) Ausbildung nicht abschließen konnten, gilt es einen Anschluss daran zu ermöglichen.

Stufe 4: Umschulungsmaßnahmen: Personen, die ihrer ursprünglichen Tätigkeit in ihrer neuen Heimat nicht mehr nachgehen können, befinden sich auf derselben Stufe wie Personen ohne Fachausbildung (Stufe 2). Hier muss ebenso ein Beruf von Anfang an in Theorie und Praxis (neu) erlernt werden.

Zusätzliche Maßnahmen: In allen Stufen anwendbar: Computerkurse, Sprachkurse, Kulturkunde, etc.

1.4 Interkulturelle Kompetenz der Mehrheitsgesellschaft

Ausgangslage:

Eines der größten Probleme im Bereich der Integrationspolitik sind die weit verbreiteten Vorurteile und die fehlende Akzeptanz gegenüber MigrantInnen bezüglich der fremden Sprache, Religion und Kultur. Dieses resultiert größtenteils daraus, dass jeder Mensch sich mit seiner eigenen Sprache, Religion und Kultur identifiziert und es somit zu einer Fokussierung auf die sogenannte „Ingroup“ kommt. Daher kommt es leicht zu der subjektiven Wahrnehmung, dass alles, was sich außerhalb der Gruppe befindet, bedrohlich für die eigene Identität wirkt. Aus diesem Grund gibt es eine hohe Diskriminierungsrate, die größtenteils unbewusst geschieht. Oftmals mangelt es auch an der Durchsetzung der bestehenden rechtlichen Grundlagen, die noch ausgebaut und spezifiziert werden müssen, um die oftmals hohe Diskriminierungsrate zu vermindern.

Ein weiterer Aspekt in diesem Bereich sind die negativen Berichterstattungen über MigrantInnen in den Medien. Das Problem daran ist, dass die Medien einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung haben. Diese wirkt sich erheblich auf die Diskriminierungsrate aus, da es bei den Medien schon lange nicht mehr nur um Informationsvermittlung geht, sondern um Auflagen- bzw. Quotensteigerung. Daher vermitteln sie ein Bild von den MigrantInnen, das in der Allgemeinbevölkerung generalisiert wird und somit auf alle Menschen der jeweiligen Religion übertragen wird.

Des Weiteren fehlt es an interkulturellen Kompetenzen der einheimischen Bevölkerung. Diese fehlen nicht nur bei Schlüsselpersonen wie beispielsweise LehrerInnen und BeamtenInnen, sondern auch in der jeweiligen Allgemeinbevölkerung. Neben diesen Aspekten fehlen auch die finanziellen und personellen Ressourcen. Daher gibt es auch kaum Angebote im Freizeitsektor, was vor allem für Begegnungen und den Abbau von Vorurteilen von wesentlicher Bedeutung wäre.

Lösungsansätze und konkrete Maßnahmen:

Generell muss die Integrationspolitik aktiver und öffentlicher gestaltet werden. Diese würde auch beinhalten, dass die breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Interkulturalität sehr viele Vorteile für das eigene Leben bringen kann. Um dies auch in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, muss der Staat vermehrt die Medien einsetzen, um Vorurteile abzubauen und Aufklärung zu betreiben.

Beispiel: Werbespots wie: „Schreib dich nicht ab - Lern lesen und schreiben“, Plakate über Sprachkurse, Anzeigen in Zeitungen, etc.

Bezüglich der Berichterstattung der Medien ist das Recht auf Pressefreiheit zu beachten. In diesen Bereich einzugreifen gestaltet sich schwierig. Wenn man zum Beispiel Artikel 1 und 2 der Menschenrechte betrachtet, so kann der Staat bedingt eingreifen.

Beispiel: Indem der Staat vorschreibt, dass die Namen der betreffenden Personen nicht mehr ausgeschrieben, sondern nur noch deren Initialen verwendet werden, denn diese lassen nicht auf Nationalität schließen.

Des Weiteren sollte es im Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit EU weite Richtlinien gegen die Diskriminierung geben.

Beispiel: Wahlplakate die eine eindeutige Diskriminierung oder Propaganda gegenüber anderen Menschen aufweisen, sollten gesetzlich verboten werden.

Ein wichtiger Schritt zur aktiven Integrationspolitik wäre die Einführung verpflichtender interkultureller Kurse für Schlüsselpersonen. Vor allem für KindergartenpädagogInnen, LehrerInnen, DozentInnen und andere Staatsbedienstete die öffentliche Dienstleistungen anbieten. Für die restliche Bevölkerung sollten diese Kurse kostenlos zur Verfügung stehen. Des Weiteren soll bereits der Unterricht in den Schulen diese Kompetenzen weitestgehend vermitteln. Doch diese Kurse allein wären zu wenig. Man muss nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Begegnungen schaffen. Dazu bedarf es passender Rahmenbedingungen:

Beispiele: Als Treffpunkt für alle Bevölkerungsschichten und vor allem aller Nationalitäten wären Einrichtungen wie das „Haus der Kulturen“ oder die „Kulturcamps“ denkbar. Dort kann man an Freizeitaktivitäten unter Einbindung qualifizierter Schlüsselpersonen teilnehmen.

Das Haus der Kulturen ist ein Ort der Begegnung, an dem sich die Menschen der verschiedensten Nationalitäten austauschen, Kontakte knüpfen und generell voneinander lernen. Als Aktivitäten in diesem Bereich könnte man unter anderem DVD-Abende in den verschiedensten Sprachen anbieten, die Jeweiligen Nationalgerichte zusammen zubereiten und danach gemeinsam verzehren, und vieles mehr. Wichtig dabei ist, dass dieses Haus für alle Altersgruppen offen steht. Es gibt eine räumliche Trennung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, um den unterschiedlichen Interessen Raum zu geben.

Die Kulturcamps hingegen sind auf Kinder/Jugendliche abgestimmt und immer auf eine bestimmte Kultur ausgerichtet. Dort lernen die TeilnehmerInnen alle Facetten der jeweiligen Kultur auf spielerische, aktive und anerkennende Art und Weise kennen. Diese Camps sind zeitlich begrenzt (z. B. 14-tägig), während das Haus der Kulturen immer geöffnet hat.

Ein wichtiger Teil der Integrationspolitik sind die Kinder. Bereits im Kindergarten sollte mit der Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen begonnen werden, die dann in der Schule fortgesetzt wird. Dazu ist es unabdingbar, dass Menschen die in diesem Bereich arbeiten, die jeweils erforderliche Qualifikation mitbringen. Der Vorteil ist, dass Kinder wesentlich aufgeschlossener sind und ihre Ansichten in

ihre Familien hineinbringen. Durch Elternabende oder diverse Veranstaltungen wie einen „Multi-Kulti-Abend“ können die Vorurteile der Eltern auch abgebaut werden.

Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern auch der Schlüssel für eine erfolgreichere Integration!!!

2 Volkswirtschaftliche Aspekte von Migration

Ida Arvidsson, Elin Beyersdorff, Astrid Byrman, Nikolaus Gstinig, Franziska Minge, Dieter Synhaeve, Bert Vanbesien, Pieter-Jan Vandermeersch, Kerstin Wischer
Prof. Dr. Heinrich Bücken-Gärtner

2.1 Soziale Probleme von Einwanderung

Ein weit verbreiteter Glaube ist, dass Einwanderung zu hohen Kosten führt. Es ist jedoch äußerst schwer eine genaue Zahl zu finden, da es viele unterschiedliche Modelle für die Kostenberechnung gibt. Man ist sich auch nicht einig, was man genau zu den Kosten zählen soll, nur die direkten oder auch die indirekten Kosten, die z.B. durch Integrationsschwierigkeiten entstehen.

Die direkten Kosten die den Meisten konkret in den Sinn kommen, entstehen vor allem durch Zuwendungen des Staates für den Lebensunterhalt (Essen, Kleidung, Miete, Gesundheitsversorgung, Transportkosten) und durch die Kosten für Sprachkurse. Viele glauben, dass der Staat für die gesamten Kosten einsteht. Fakt ist jedoch, dass unterschiedliche Wohltätigkeitsorganisationen und andere NGO's häufig einen großen Teil der Kosten aus ihren Spendeneinnahmen finanzieren und dass die einheimische Bevölkerung nicht alle Kosten der Einwanderung tragen muss.

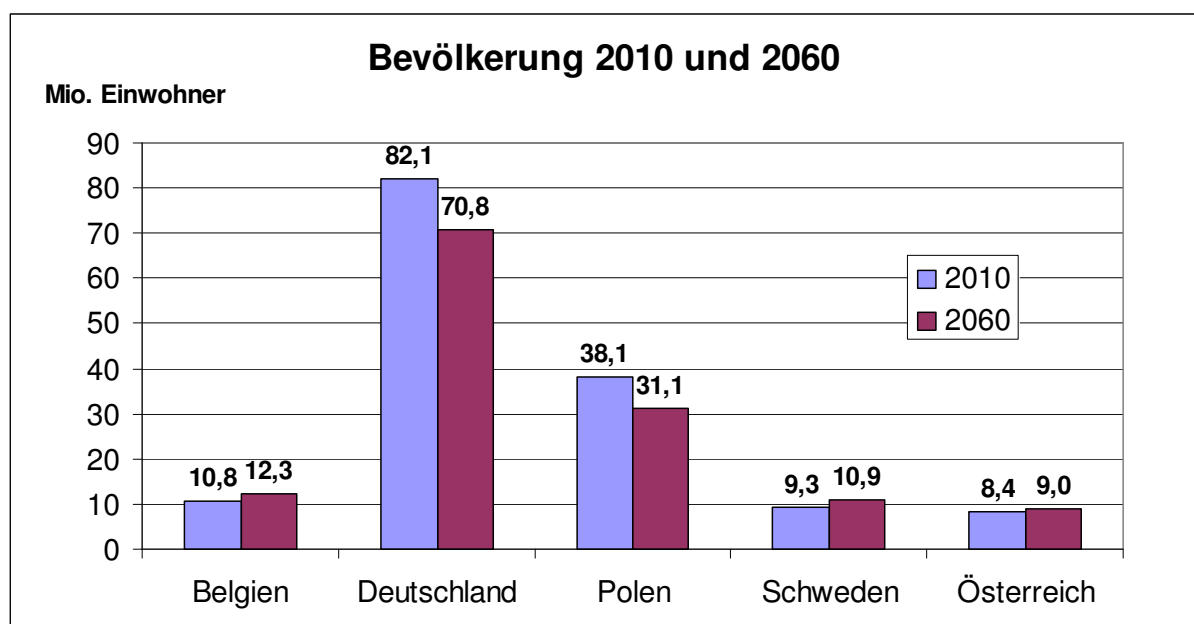
Missglückte Integration führt häufig zu Segregation. Dies bedeutet, dass Einwanderergruppen von der einheimischen Bevölkerung abgegrenzt werden und sich oft vergessen fühlen. Dieses Phänomen findet man meistens in den Außenbezirken von Großstädten. In diesen Gebieten findet man gleichzeitig eine hohe Arbeitslosigkeit, eine höhere Kriminalitätsrate, viel Vandalismus und oft Krawalle mit Beteiligung von jugendlichen Migranten. Die Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit von Migranten beruht jedoch oft auf Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und nicht etwa auf einem fehlenden Arbeitswillen. Diese negativen Beispiele sind dann eine Art Bestätigung für die Menschen die behaupten, dass Einwanderung einfach nur zu Kosten für die Gesellschaft führe. Diese Menschen haben aber eine eingeschränkte Sichtweise. Denn sie denken nicht darüber nach, inwiefern Einwanderung mit deutlichen Vorteilen für alle Mitglieder einer Gesellschaft verbunden sein kann und damit gerade auch für die einheimische Bevölkerung mit deutlichen Vorteilen verbunden ist.

Leider wird diese eingeschränkte Denkweise immer häufiger von unterschiedlichen Parteien ausgenutzt. Diese Parteien versprechen, dass sie die Einwanderungszahl reduzieren, die Probleme in den oben genannten Vororten lösen, und vor allem die einheimische Kultur vor ausländischen Einflüssen schützen werden. Die Zielgruppe solcher Parteien besteht häufig aus Arbeitslosen mit niedriger Ausbildung, die das Gefühl haben, dass Einwanderer ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Ein weit verbreitetes Problem in diesen Gruppen ist, dass sie der Ansicht sind, dass der Staat sich mehr um die ausländische als um die einheimische Bevölkerung kümmert. Diese Denkblockade führt dazu, dass sie die offensichtlichen Vorteile durch Förderung von Einwanderern nicht sehen.

2.2 Einwanderung und demografischer Wandel

Die UNO hat berechnet, dass die europäische Bevölkerung im Jahre 2050 auf 542 Millionen sinken wird. Dies ist eine Abnahme von 8,3 Prozent im Vergleich zu heute. Zur gleichen Zeit wird sich das Durchschnittsalter um fast 10 Jahre erhöhen, von 38,9 Jahre in 2005 auf 47,3 Jahre in 2050. 2007 war der Anteil der europäischen Bevölkerung älter als 65 Jahre, 16 Prozent. Für 2050 ist die Berechnung 28 Prozent. Ein kleinerer Anteil Arbeitsfähiger wird eine immer größere Gruppe alter Menschen versorgen müssen. (Europe's Demographic Future, The Berlin Institute for Population and Development 2008). Es wird auch erwartet, dass die Todeszahlen höher und gleichzeitig die Geburtraten geringer werden. Die Todesfälle werden von 5 Mio. pro Jahr auf 6,5 Mio. 2060 ansteigen; die Anzahl der Geburten dagegen von 5,1 Mio. auf 4,6 Mio. sinken (Eurostat Statistics in Focus 72/2008 Konstantinos Giannakouris, S.5).

Die europäische Bevölkerung wird in den folgenden 50 Jahren abnehmen, was jedoch nicht für alle europäischen Staaten gilt. Als einige Beispiele wird die Bevölkerung Belgiens, Schwedens und Österreichs zunehmen, während sie in Deutschland und Polen abnimmt.



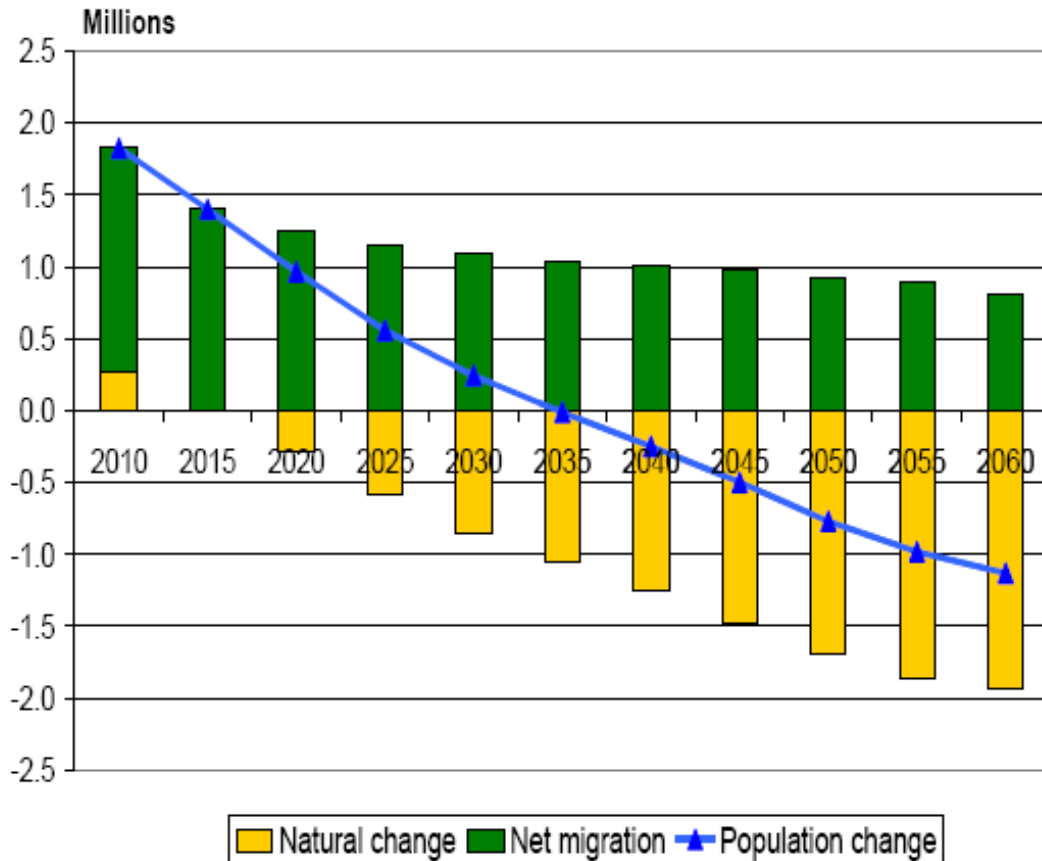
Quelle: Eurostat Statistics in Focus 72/2008 Konstantinos Giannakouris S.6

Heute hat Polen die jüngste Bevölkerung von den teilnehmenden Ländern, aber 2060 wird das Land laut einem Bericht von Eurostat die älteste Bevölkerung von den teilnehmenden Ländern haben. Deutschland hat heute die älteste Bevölkerung (Eurostat Statistics in Focus 72/ 2008 Konstantinos Giannakouris S.3).

In den nächsten 50 Jahren wird die Bevölkerung der EU infolge natürlicher Ursachen, wie höhere Todes- als Geburtenzahlen, abnehmen. In diesen Jahren wird auch die Zuwanderung nach einer Prognose von Eurostat zurückgehen. Diese Prognose erwartet, dass im Jahre 2015 1,4 Mio. und im Jahre 2060 0,8 Mio. Migranten in der EU-27-Staaten für einen Zuwachs in der Bevölkerung sorgen. Un-

ter Berücksichtigung der oben beschriebenen starken Zunahme der Todesfälle kann dadurch keine dauerhafte Stabilität der Bevölkerungszahl erreicht werden. Bereits 2035 hat die Zunahme der Bevölkerung aufgehört und danach ist die Tendenz stetig abnehmend.

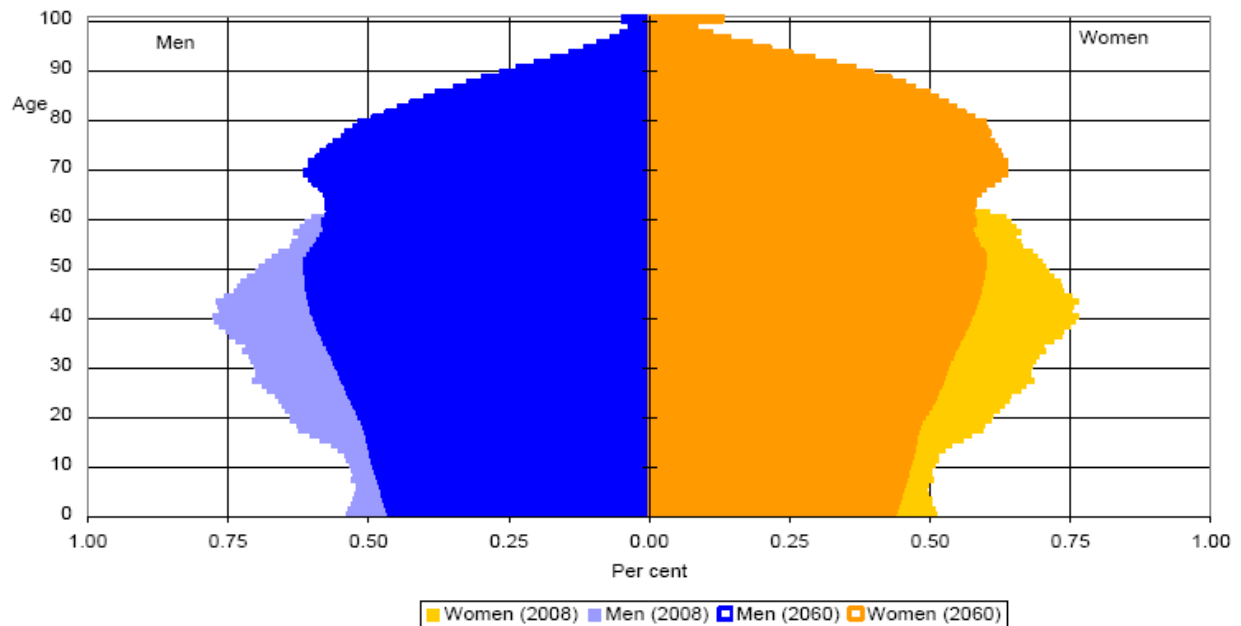
Natürliche Veränderungen in der Bevölkerung und Nettomigration (EU-27)



Quelle: Eurostat Statistics in Focus 72/ 2008 Konstantinos Giannakouris S.5

Wenn Europa als Ziel hätte, im Jahre 2050 dieselbe Anzahl von Arbeitenden zu haben wie heute, bräuchte die Europäische Union eine Nettozuwanderung von 80 Millionen Menschen. (The demographic challenge in Europe, Lorant, Karoly Brüssel 2005).

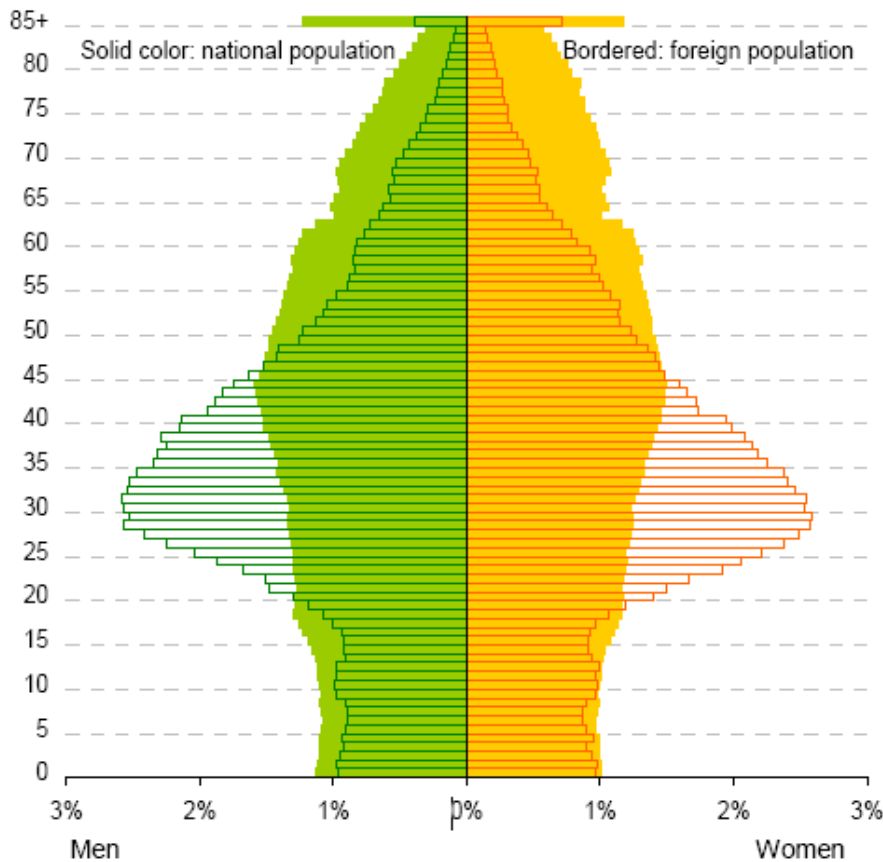
In der folgenden Tabelle wird deutlich, dass die europäische Bevölkerung immer älter und zugleich die Anzahl der Arbeitsfähigen abnehmen wird.



Alterszusammensetzung EU27 2008, 2060

Im Gegensatz dazu steht, dass die in die EU zugewanderte Bevölkerung jünger ist und dadurch ein höherer Anteil von Arbeitsfähigen hat (s. folgende Tabelle). Deswegen ist es entscheidend, dass diese Gruppe der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt integriert wird. Nur so wird man die erforderliche Anzahl an Arbeitskräfte erhalten. Gleichzeitig sind damit entsprechende Einnahmen für den Staat in Bezug auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verbunden. Ohne Zuwanderung werden die Staaten der EU weder ihren Arbeitskräftebedarf noch die für das Funktionieren eines Sozialstaates notwendigen Einnahmen decken können.

Altersstruktur der nationalen und ausländischen Bevölkerung EU-27 2009



Quelle: Eurostat Statistics in focus 45/2010Katya Vasileva S.1

Die immer älter werdende Bevölkerung ist auf Dienstleistungen angewiesen. Im Dienstleistungssektor sind schon jetzt viele Migranten tätig. Heute sind die Migranten z.B. als Reinigungskräfte beschäftigt und in Zukunft wird man diese auch als Pflegekräfte benötigen. Dies erfordert aber entsprechende Qualifizierung. Daraus folgt, dass zum einen ohne Zuwanderung ein großer Personalmangel eintreten wird zum anderen jede Chance genutzt werden muss, Migranten frühzeitig und wirksam zu qualifizieren.

2.3 Auswirkungen der Migration auf die europäische Wirtschaft

Im folgenden Kapitel sollen die Auswirkungen und Chancen der Migration behandelt werden. Das erste Thema ist die Verteilung von Migranten, in einem weiteren Schritt wird die positive Auswirkung der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Unternehmen erklärt und zum Schluss der Einfluss auf die Innovationskapazität.

Verteilung von Migranten

Der Zuwanderungsstrom kann nicht aufgehalten werden, daher müssen die Zuwanderer so gut wie möglich ausgebildet werden, damit sie besser und schneller integriert werden können. Man muss die neuen Migranten in Städte oder Gemeinden verteilen, die einen höheren Bedarf an neuen Arbeitskräften haben. Migranten verteilen bedeutet, dass eine öffentliche Einrichtung sie bei ihrer Ankunft in einem neuen Land mit einer Wohnung in einer Region versorgen soll, die einen höheren

Bedarf hat. Wenn beispielsweise ein Migrant in einer Stadt ankommt, die eine hohe Arbeitslosenquote hat wie Brüssel, wird es für ihn sehr schwierig werden, selbst eine Arbeit zu finden. Darum wäre eine öffentliche Einrichtung die perfekte Lösung, um zu handeln und den Migranten in eine Region weiterzuleiten, wo er einfacher eine Arbeitsstelle finden kann. Dieses Eingreifen wird den Migranten helfen, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Unter der Verteilung von Migranten versteht sich nicht nur eine geografische Verteilung, sondern auch eine praktische Verteilung. Menschen, die bereits einen Beruf haben, können beispielsweise einfach umgeschult werden auf einen ähnlichen Beruf, bei dem eine höhere Nachfrage besteht.

Eine dritte Dimension der Verteilung von Migranten ist die theoretische Verteilung. Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss, wie einem abgeschlossenen Studium, könnten ein weiteres Studium belegen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Das gilt vor allem für landessprachliche Qualifikationen.

Diese Pläne sind teuer in der Umsetzung, aber nach ein paar Jahren können sie das Wirtschaftswachstum verbessern, die Arbeitslosenquote senken und zu einer besseren Integration von Neuankömmlingen führen.

Schaffung von Arbeitsplätzen

Wie bereits unter dem vorigen Punkt behandelt, ist die Verteilung von Migranten die Grundlage dafür, ihnen helfen zu können, eine Arbeitsstelle zu finden. Aber bevor Einrichtungen sie steuern können, müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist allgemein bekannt, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht einfach ist. Wenn es verfügbare Arbeitsplätze gibt, bevorzugen die meisten Firmen einheimische Arbeitskräfte. Migranten müssen sich an ein neues Land erst anpassen und das kann Firmen Schwierigkeiten bereiten, sie anzuwerben. In Wirklichkeit kann das Anwerben von Migranten riskant sein, denn nicht nur der Migrant muss sich der Firma anpassen, sondern auch die anderen Angestellten der Firma müssen sich ihm anpassen. Diese Entscheidung, Migranten einzustellen, könnte die übrige Personalbesetzung in der Firma beeinflussen, z. B. durch Kommunikationsprobleme oder ethische Probleme. Trotz mancherlei Probleme muss die Regierung Unternehmen bei der Einstellung von Migranten fördern, z. B. durch Fördergelder.

Um den Migranten die Firmen zu zeigen, die freie Stellen haben, wo sie einen leichten Einstieg finden, könnte es ein Zertifikat geben, das dafür steht. Dieses Zertifikat würde auch zeigen, dass die Firma von der Regierung unterstützt wird. Diese Lösung würde die vorübergehende Arbeitslosigkeit von Migranten definitiv verkürzen.

Förderung der Entstehung von neuen Firmen

Es ist ein langer Weg von der Migration in ein anderes Land, der dortigen Integration bis hin zur erfolgreichen Stellensuche. Ein System, das versucht, diese Menschen durch den ganzen Prozess zu führen, ist einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg zu wirtschaftlichem Wachstum. Sobald die Einwanderer die Sprache beherrschen und sich an die örtliche Kultur gewöhnt haben, ist es Zeit, dass sie eine Arbeitsstelle finden. Dieser Schritt ist manchmal von großen Schwierigkeiten begleitet.

Wenn ein Einwanderer eine Arbeitsstelle sucht, wird er öfter wegen seiner Herkunft abgelehnt. Es könnte auch sein, dass der Einwanderer einfach keine Arbeit finden kann, weil die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt es nicht zulässt. Es ist ziemlich logisch, dass mit der Einwanderung ein Punkt erreicht wird, an dem zu viele Menschen auf dieselbe Arbeitsstelle kommen. Die Lösung für dieses Problem kann entweder sein, ausländische Investoren anzulocken oder die Migranten dahin zu führen, dass sie ihre eigenen Firmen gründen. Mit der richtigen Anleitung können diese Menschen wiederum mehr Arbeitsplätze für weitere Personen schaffen. Auf diese Weise wird die Einwanderung von einem Kostenpunkt zum Gewinn für ein Land.

Um dies umzusetzen braucht die Regierung ein Programm, das diese Menschen dahin führt, dass sie unabhängig werden. Dieses Programm muss ihnen beibringen, wie man ein Geschäft führt, was man tut und was man lässt und in welchem Fall ein Geschäft Erfolg hat und wann es zum Scheitern verurteilt ist. Das Programm muss praktisch orientiert sein. All das führt dazu, dass diese Menschen einen klaren Blick für den Markt bekommen, auf den sie gerade zugehen. Wenn sie den Markt erst einmal betreten haben, indem sie ihre eigene Firma gegründet haben, müssen sie immer noch angeleitet und motiviert werden, damit nicht alles wieder den Bach runtergeht.

Um dieses Programm zu fördern, sollte die Regierung diese Schulungen und Anleitungsprogramme kostenlos anbieten. Sie könnte auch die Firmen subventionieren, die die Einwanderer gründen. Beispielsweise könnte die Regierung ein Drittel des erforderlichen Mindestkapitals bezahlen oder zinslose bzw. Niedrigzinskredite vergeben. All diese Maßnahmen würden dazu führen, dass wirtschaftliche Aktivität zunimmt und dass so die Einwanderer einfacher eine Arbeitsstelle finden können.

Auswirkungen auf die Innovationskapazität

Ein weiterer Aspekt, der durch gute Migrationspolitik erreicht werden kann, ist eine positive Auswirkung auf die Innovationskapazität für Firmen innerhalb der Europäischen Union. Neuere Studien diskutieren den Einfluss von Migration auf die Innovationskapazität und auf die Forschungs- und Entwicklungskraft europäischer Firmen. Eine Studie von Niebuhr 2006 in Deutschland fand ein positives Zusammenwirken von Innovation und Forschung und Entwicklung. Der Autor fügte jedoch gewisse Voraussetzungen für den positiven Effekt an, wie die Notwendigkeit einer guten Integration der Migranten. Außerdem konzentrierte sich die Studie auf qualifizierte Arbeiter, die mit einer geringen Menge an Schulung einfach und normalerweise ziemlich schnell in eine Firma und Gesellschaft integriert werden können.

Verschiedene Mentalitäten können positive Effekte hervorbringen, wenn unterschiedliche Kulturen und auch unterschiedliche Bildungs- und praktische Hintergründe miteinander vermischt werden. Wenn Forschungs- und Entwicklungsteams in multinationalen Unternehmen überwiegend aus einem Land kommen, könnten sie sich zu stark auf ihre eigene Kultur konzentrieren und dadurch Chancen und Gelegenheiten der kulturellen Verschiedenheit verpassen. Wenn man diese Teams mischt und Migranten unterschiedlicher Hintergründe hineinbringt, könnten sich neue Perspektiven eröffnen, neue Märkte und Produkte könnten entwickelt

werden und der Markteintritt in neue Märkte könnte einfacher gemacht werden, weil man sich besser auf die individuellen Bedürfnisse und Unterschiede in den neuen Ländern konzentriert.

Viele europäische Länder haben heutzutage eine Politik, die es hoch qualifizierten Arbeitern von außerhalb der Europäischen Union ermöglicht, zu migrieren und für europäische Firmen zu arbeiten, meist durch bestimmte Quoten, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Viele dieser Systeme sind jedoch immer noch zu kompliziert und man kann darüber streiten, ob sie wirklich gut durchdacht sind. Wenn man diese Politik ändert und aktiv hoch qualifizierte Arbeiter anlockt, könnte die Innovationskapazität für europäische Unternehmen sogar noch mehr von der Migration profitieren. Da der wirtschaftliche Trend hingehet zum Outsourcing von Produktion, muss Europa den Wissensvorteil über andere Wirtschaften erhalten und ausbauen, um in der Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.

2.4 Schlussfolgerungen

Zum Schluss kann gesagt werden, dass Migration zwei Seiten enthält. Dagegen sprechen die Kosten, die die Migration verursacht. Dafür spricht, dass neue Stellen und Firmen geschaffen werden und die Innovationskapazität und daher die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union verbessert werden.

Eines der Hauptprobleme, das viele europäische Länder noch mit der Migration haben, ist, dass Parteien sich in ihren Wahlkampagnen zu sehr auf die negativen Aspekte der Migration konzentrieren und die positiven Aspekte oder die Chancen der Migration vernachlässigen. Durch diese Bewegung haben rechte Parteien in den letzten Jahren zugelegt, indem sie sich auf die negativen Auswirkungen der Migration konzentrierten und darauf, dass Migranten den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen.

Wenn man sich die Probleme genauer ansieht, kann man feststellen, dass die Migration den europäischen Ländern eine große Chance eröffnet, das Problem der alternden Bevölkerung zu lösen, wenn Migranten gut ausgebildet und weise eingesetzt werden.

3 Rechtliche Aspekte zur besseren Integration von Migranten

Daniel Dost, Pia Ferch, Gustaf Hultkrantz, Laura Marambio Escudero, Desireé Nilsson Carolin Penzoldt, Sandra Puschmann, Gracjan Słomowicz, Maarten Soetens, Anne-Laure Van de Ginste, Jeroen van den Bosh

Prof. Dr. Bertel de Groote, Prof. Dr. Prof. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle

3.1 Einleitung

Bei Betrachtung der rechtlichen Aspekte von Integration, ist auffallend, dass es durch die verschiedenen Gesetze und die unterschiedlichen Handhabungen in den einzelnen EU Mitgliedsländern zu Problemen in Bereichen wie Einreise, Finanzierung, Maßnahmen zur Integration und Ausweisung kommt. Gerade für Flüchtlingskinder ist diese Problematik besonders präsent, da sie meist auf sich allein gestellt ihr Heimatland verlassen müssen. Im Zuge der UN- Kinderrechtskonvention von 1992 wurden erste Richtlinien verfasst, die im gesamten europäischen Raum gültig sind. Trotzdem kommt es durch die verschiedenen nationalen Rechtsauslegungen zu Unstimmigkeiten.

Die in der Arbeitsgruppe durchgeführten Vergleiche der einschlägigen rechtlichen Regelungen wurden bedauerlicher Weise nicht sorgfältig dokumentiert, so dass sie hier weder vorgestellt noch in Beziehung gesetzt werden können zu den im folgenden dargestellten Ergebnissen der MIPEX, der einen guten Überblick zu dem Niveau von Integrationsmaßnahmen in verschiedenen Ländern vermittelt.

3.2 Der Migrant Integration Policy Index (MIPEX)

Aufgabe und Methodik

Im Jahr 2010 wurden Untersuchungen zur dritten Herausgabe des MIPEX durchgeführt; die erste Herausgabe wurde bereits 2004 veröffentlicht und die zweite 2007. MIPEX III wird vom British Council und der Migration Policy Group geleitet und wird als Teil des Projektes „Outcomes for Policy Changes“ (Ergebnisse für politische Veränderungen) herausgebracht, das vom Europäischen Fonds für die Integration von Angehörigen aus Drittstaaten mitfinanziert wird.

Der MIPEX umfasst 31 Länder: Kanada, USA, Norwegen, Schweiz und 27 Mitgliedsstaaten der EU. Der MIPEX misst Strategien, die die Integration in europäischen Gesellschaften fördern. Integration sowohl im sozialen als auch bürgerlichen Sinne beruht auf der Idee der Chancengleichheit für alle. Im sozio-ökonomischen Sinne müssen Migranten die Chance haben, ein Leben zu führen, das genauso würdig, unabhängig und aktiv ist wie das der restlichen Bevölkerung. Im bürgerlichen Sinne sollen sich nach dem Gleichheitsprinzip alle Bewohner auf gegenseitige Rechte und Pflichten festlegen. Wenn sich Migranten sicher, wohl und willkommen geheißen fühlen, können sie sich in ihr neues Land einbringen und wertvolle Beiträge zur Gesellschaft leisten. Mit der Zeit können Migranten sich mehr beteiligen, mehr Rechte, mehr Pflichten und, wenn sie das wünschen, die volle Staatsbürgerschaft übernehmen.

Der Prozess der Integration ist geprägt von den Bedürfnissen und Möglichkeiten jedes Einzelnen und jeder Kommune. Obwohl die Regierungspolitik nur einer von vielen Faktoren ist, der die Integration beeinflusst, ist sie unerlässlich, weil sie den

rechtlichen und politischen Rahmen vorgibt, innerhalb dessen andere Aspekte der Integration auftreten. Der Staat kann sich bemühen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und gleiche Ergebnisse und gleiche Mitgliedschaft zu erreichen, indem er in die aktive Beteiligung aller, die Ausübung vergleichbarer Rechte und Pflichten und das Erlangen interkultureller Kompetenzen investiert.

In jedem der sieben politischen Bereiche: Arbeitsmarktmobilität, Familienzusammenführung, Bildung, politische Beteiligung, Langzeitaufenthalt, Zugang zur Staatsbürgerschaft und Anti-Diskriminierung ermittelt der MIPEX die höchsten europäischen oder internationalen Standards in Bezug auf das Erreichen gleicher Rechte, Pflichten und Chancen für alle Bewohner. Das Arbeitsprogramm der Europäischen Union 2010-2014 für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit bestätigte: 'The objective of granting comparable rights, responsibilities and opportunities for all is at the core of European cooperation on integration.' („Das Ziel, vergleichbare Rechte, Pflichten und Chancen für alle zu gewährleisten, ist das Herzstück der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Integration.“) Die Höchststandards werden bezogen von Konventionen des Europarats oder Richtlinien der Europäischen Union. Überall dort, wo es nur Minimalstandards gibt, werden europaweite politische Empfehlungen verwendet.

Der MIPEX enthält 148 politische Indikatoren für die Integration von Migranten. Mit ihnen sollen aktuelle Gesetze und Strategien anhand eines Höchststandards gemessen werden. Sie wurden in Beratungen mit Spitzenwissenschaftlern und Einrichtungen entwickelt, die in ihrem Fachgebiet Vergleichsstudien anwenden und durchführen. Ein politischer Indikator ist eine Frage, die sich auf eine bestimmte politische Komponente der sieben Bereiche bezieht. Es gibt für jede Frage drei Antwortmöglichkeiten. Der Höchstwert von drei Punkten wird vergeben, wenn die Strategien den Höchststandards für Gleichbehandlung entsprechen.

In jedem der sieben Politikbereiche ermittelt man den Durchschnittswert der Indikatoren, um einen von vier Dimensionswerten zu erhalten, die denselben Aspekt der Politik untersuchen. Von diesen vier Dimensionswerten wird wiederum der Durchschnittswert ermittelt, um den entsprechenden Länderwert für einen der sieben Politikbereiche zu erhalten. Diese sieben Werte nochmals zusammengerechnet und im Mittel betrachtet, ergeben den Gesamtwert pro Land. Um bessere Vergleiche und Einstufungen vornehmen zu können, wurde die ursprüngliche 1,2,3-Skala in eine 0,50,100-Skala verwandelt, wobei der Höchstwert bei 100% liegt.²¹³

Schlüsselergebnisse ausgewählter europäischer Länder²¹⁴

a) Schweden (83 Punkte – bestes Ergebnis)

- Schwedische Gleichstellungsmethode in allen Integrationsbereichen positiv: gleiche Rechte und Pflichten, praktische Umsetzung von Chancengleichheit.
- Positive Strategien in den Bereichen Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung, Antidiskriminierung.

²¹³ See: <http://www.mipex.eu/methodology>

²¹⁴ See: <http://www.mipex.eu/countries>

- Leicht positive Strategien in den Bereichen Langzeitaufenthalt, Bildung, politische Beteiligung, Zugang zur Staatsangehörigkeit.
- Neue Anforderungen für Einkommen/Wohnung für einige Arten der Familienzusammenführung: Anreiz oder Hindernis?
- Gesetz zur Einführung auf dem Arbeitsmarkt 2009: Strategien (MIPEX 100 %) sollten mit der Zeit bessere Auswirkungen auf Neuankömmlinge haben
- Diskriminierungsgesetz 2009: starke Gesetze und Strategien, die für Opfer leichter anwendbar sind.
- Neben Kanadas Schulen sind Schwedens Schulen am besten auf gemischten Unterricht vorbereitet.
- Mehr Länder übernehmen die doppelte Staatsbürgerschaft wie Schweden, aber auch den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt für die zweite und dritte Generation.
- Einwanderungsberatungsstellen, die in den nordischen Ländern ansonsten stark sind, sind in Schweden nicht vertreten.

b) Belgien (67 Punkte)

- Belgien fördert die Arbeitsmarktmobilität weniger als andere alteingesessene Einwanderungsländer.
- Nicht-EU-Bürger werden von einer Großzahl von Arbeitsstellen ausgeschlossen.
- Diskriminierungsschutz und Gleichstellungspolitik werden überall in Belgien immer besser.
- Klarerer und sichererer Status für Langzeitbewohner.
- Die Einbürgerung, die die Integration seit 2000 fördert, wird jetzt von einem leistungsschwachen Parlamentsausschuss untergraben.
- Niederländisch- und französischsprachige Ausschüsse nehmen die Bedürfnisse von Migrantenkindern besser wahr und sprechen sie besser an als die meisten anderen, doch es gibt immer noch Probleme in Bezug auf soziale Klassen und mangelhafte Vielfalt in den Schulen.
- Die Verfahren zur Familienzusammenführung sorgen für einen weitgehend positiven Ausgangspunkt für die Integration, trotz einiger Schwächen und Probleme in der Umsetzung.
- Neue Erfordernisse bei der Bekämpfung von Besitzern abbruchreifer Wohnungen und gefährlicher Lebensumstände sollten die Familienzusammenführung nicht schwächen.
- Die politischen Möglichkeiten sind immer noch begrenzt.

c) Deutschland (57 Punkte)

- Durchschnittliche Bildungspolitik: mehr Einzelfallfinanzierungen/-Projekte als fest zugewiesene Beträge in den unterschiedlichen Ländern.

- Sehr professionelle Einbürgerungstests, aber das Sprachniveau könnte zu hoch sein, um die Tests bestehen zu können.
- Das Diskriminierungsgesetz wird geschwächt von schwachen Gleichstellungsgremien; die meisten Länder helfen potenziellen Opfern auf bessere Weise.
- Klar vorgegebener Weg zur Staatsbürgerschaft wie bei den Haupteinwanderungsländern.
- Einige der gezieltesten Maßnahmen für die Arbeitsmarktintegration, außer bei der Anerkennung von Qualifikationen.
- Deutsche Tests für Ehepartner im Ausland können die Integration in Deutschland erleichtern oder erschweren.
- Sicherer Aufenthalt und gleiche Rechte für Familien, wie in Nordeuropa.
- Sehr restriktive Bedingungen für Langzeitaufenthalt in Europa oder Nordamerika.
- Ausländer haben einige politische Beteiligungsmöglichkeiten auf Lokal-/Regionalebene, aber nicht bei Wahlen oder auf Bundesebene.

d) Österreich (42 Punkte)

- Stärkstes neues Engagement für gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen: von davor "nicht vorhanden" zu jetzt "durchschnittlich".
- Einige der restriktivsten Auswahlverfahren und Bedingungen zur Familienzusammenführung: jetzt Altersgrenzen, bald Tests im Ausland.
- Bildungspolitik für Migranten schwach in Europa, Österreich.
- Wenige Chancen im demokratischen Leben, nicht wie in anderen alteingesessenen Einwanderungsländern.
- Ein Langzeitbewohner zu werden fördert die Integration in Österreich am besten, jetzt auch bei internationalen Studenten.
- Einbürgerung ist eines der riskantesten und teuersten Unterfangen in der EU.
- Österreich fällt hinter die Staatsbürgerschaftstrends in anderen Einwanderungsländern zurück: doppelte Staatsbürgerschaft, *jus soli*.
- Alle Bewohner genießen schlechteren Diskriminierungsschutz als in den meisten anderen Ländern, wegen schwächerer Gleichstellungspolitik.

e) Polen (42 Punkte)

- Das Konzept des Gleichbehandlungsgesetzes musste mit EU-Recht übereinstimmen: Polen ist eines der letzten Länder, das grundlegende Schutzvorkehrungen braucht.
- Das einzige Land ohne Gleichstellungsgremium, um Diskriminierungsopfern zu helfen.

- Der Weg zur polnischen Staatsbürgerschaft ist lang und unsicher: hängt ganz vom Präsidenten ab.
- Die Verabschiedung der Gesetzesvorlage zur Staatsbürgerschaft würde Polen näher an den europäischen Durchschnitt bringen.
- Besserer Zugang zum Arbeitsmarkt? Einige vorläufige Migranten können jetzt Geschäfte eröffnen, aber viele Sektoren sind immer noch geschlossen.
- Familienzusammenführung und Langzeitaufenthalt: Polen befindet sich im europäischen Mittelfeld.
- Einwanderer haben keine grundlegenden Bürgerrechte wie in neun zentralen europäischen Ländern.
- Migrantenkinder können jetzt bis zum Alter von 18 Jahren in die Schule gehen: Die Schulen gehen nur schlecht auf ihre Bedürfnisse ein, trotz der Verordnung von 2006 über die polnische Sprache und Einwanderersprachen.

MIPEX-Werte 2010

Kriterien	Land	Schweden	Belgien	Deutschland	Österreich	Polen
Langzeitaufenthalt		78	79	50	58	65
Familienzusammenführung		84	68	60	41	67
Arbeitsmarktmobilität		100	53	77	56	48
Zugang zur Staatsbürgerschaft		79	69	59	22	35
Anti-Diskriminierung		88	79	48	40	36
Politische Beteiligung		75	59	64	33	13
Bildung		77	66	43	44	29
Gesamtwert (ohne Bildung)		83	67	57	42	42

3.3 Schlussfolgerungen

Anhand der Analyse ist zu sehen, dass es in einigen Bereichen eine gleiche Handhabung gibt. Allerdings sind auch viele Unterschiede und damit zusammenhängende Probleme herausgearbeitet worden.

Es gibt kein einheitliches Gesetz für den Umgang mit Flüchtlingskindern an der sich alle EU Mitgliedsländer orientieren können. Es sollten einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Integrationsprozess erleichtern. So zeigt sich am Beispiel von Schweden, dass es durch ein einheitliches System innerhalb eines Landes einen weniger komplizierten und schnelleren Ablauf in diesem Prozess geben kann. In Deutschland ist es, durch das föderalistische System wesentlich komplizierter. Folgende Lösungsansätze stehen zur Diskussion:

- Einheitliches EU- Asylverfahren für Flüchtlinge

- Bspw. Keine Unterschiede bei befristeten oder unbefristeten Aufenthalt
- Vormund, als Beistand im Asylverfahren bis zur Volljährigkeit
 - Aufgrund von traumatischen Erlebnissen und Sprachschwierigkeiten ist ein Beistand länger notwendig
- Monatlich einheitlicher Regelsatz in allen EU Ländern, der auf dem Niveau der Sozialleistungen ist
 - Bisher unterschiedliche Beträge in den einzelnen Ländern
- Kern der Familie muss erhalten bleiben (mindestens bis zur Volljährigkeit)
 - Vermeidung von Trennung einzelner Familienmitglieder bspw. Kind von Eltern
- Mindeste Aufenthaltsbefristung bis zum Ende der Schul-/Ausbildung
 - Ansonsten geringere Chancen auf eine Ausbildung
- Einheitliche Integrationskurse
- Mehrsprachige Schulen in jedem Bundesland
 - Leichtere Integration

Diese Punkte sollen lediglich ein Gedankenanstoß darstellen. Die Verfassung eines einheitlichen Rahmens ist natürlich nicht sofort umsetzbar und bedarf einer Menge Zeit und Vorbereitung. Trotzdem ist eine Reformierung und damit Vereinfachung ringend notwendig. Die Informationen des Textes stammen vom schwedischen Migrationsverket durch einen persönlichen Kontakt und von einem Text des deutschen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland aus dem Jahr 2009.

4 Nichtregierungsorganisationen und ihre Unterstützung von Einwanderern

Dorota Agacińska, Magdalena Greficz, Magdalena Jandy, Rebecca Hunt, Nuno Filipe Kudsk Clemente Sacadura Castela, Katarzyna Łączna Daniel Larsson, Michael Linke, Karina Schmidt, Cornelia Timko, Corneel Wille

Dr. Przemysław Osiewicz

In allen oben genannten Ländern gibt es viele Organisationen, die direkt oder indirekt mit Einwanderern oder Asylbewerbern arbeiten und versuchen, ihnen zu helfen, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Es sollte betont werden, dass alle Regierungen Nichtregierungsorganisationen mit öffentlichen Geldern unterstützen, die für das Überleben vieler kleiner oder mittlerer Organisationen dringend notwendig sind. Die tägliche Arbeit dieser Organisationen ist für viele Einwanderer auf ihrer Suche nach einem besseren Leben und für die Integration in ihrem neuen Aufenthaltsland mit Namen Österreich grundlegend. Doch das Niveau der öffentlichen Unterstützung ist in allen fünf Ländern unterschiedlich. Schweden bietet das größte Maß an Unterstützung und ist wahrscheinlich das beste Beispiel und ein Modellstaat für die anderen teilnehmenden Länder.

Die meisten Nichtregierungsorganisationen in Schweden, Deutschland, Belgien und Polen bieten viele verschiedene Dienste und Leistungen an. Ihre Hauptaufgaben sind normalerweise folgende:

- Beratung bei vielen Themen, wie rechtliche Hilfe, regionale Hilfe, bei Abschiebehaft und spezielle Leistungen bei der Rückkehr.
- Medizinische Hilfe spielt für Einwanderer eine wichtige Rolle. Die Caritas zum Beispiel bietet in der Marienambulanz in Graz (Österreich) erste Hilfe und eine medizinische Grundversorgung.
- Migranten werden unterschiedliche Arten der Unterbringung angeboten. Es gibt zum Beispiel das UMF Willkommens-Quartier für minderjährige Asylanten, Flüchtlingsheime oder Frauenhäuser (Österreich).
- Berufliche Hilfe für langzeitarbeitslose Migranten soll ihnen helfen, eine andere Arbeit zu finden. Die schwedische Erfahrung im Bereich der Berufsausbildung scheint hier am größten zu sein.
- Integrationsmaßnahmen wie Studiencafé, Deutschunterricht, Schwedischunterricht, Sportunterricht, Gespräche etc. werden ebenfalls geleistet.

Was die Hilfe für Einwanderer angeht, ist eines der wichtigsten Themen die Finanzierung der Aufgaben von Nichtregierungsorganisationen. Die meisten Maßnahmen der Einwandererhilfe von Nichtregierungsorganisationen werden finanziert durch:

- Sammlungen und Spenden;
- Erstattungen für erbrachte Leistungen wie Schulen, Arbeitsmarkthilfe;
- öffentliche Subventionen;

- ehrenamtliche Mitarbeit.

Eine der wichtigsten und einflussreichsten Initiativen auf europäischer Ebene ist das „European Programme for Integration and Migration“ (EPIM), das von elf Stiftungen aus verschiedenen europäischen Ländern ins Leben gerufen wurde, u. a. von der König Baudouin-Stiftung in Belgien. Ihr Ziel ist es, die Rolle von Nichtregierungsorganisationen zu stärken, die sich im Bereich der Migration und Integration betätigen, indem sie sich für eine europäische Agenda einsetzen, die Migranten und Gastgeberkommunen zu Gute kommt. Andere wichtige Organisationen sind zum Beispiel die deutsche Freudenberg-Stiftung, die belgische Bernheim-Stiftung und die deutsche Robert-Bosch-Stiftung.

Die zweite Phase des Programms wurde Anfang 2008 begonnen und läuft bis 2011. Das Hauptziel der EPIM in dieser zweiten Phase ist die Verbesserung der Lebensumstände von regulären und illegalen Migranten durch ein dreijähriges finanzielles Hilfsprogramm. Staatlich geförderte Organisationen und Projekte versuchen, auf nationaler und lokaler Ebene einen konstruktiven Einfluss auf die Migrations- und Integrationspolitik zu nehmen und die Politik auf europäischer Ebene zu informieren.

In diesem Zusammenhang wurden zwanzig Projekte ausgewählt, die von europäischen und nationalen Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft vorgeschlagen worden waren. Ihre Gesamtsumme beläuft sich auf mehr als 2 Millionen Euro für eine Zeitspanne von maximal drei Jahren.

Die Finanzempfänger konzentrieren sich hauptsächlich auf die Prioritäten der EPIM:

- den Zugang zu Grundrechten, Leistungen und Gerechtigkeit für illegale Migranten;
- die Berücksichtigung der Stimme des Migranten bei der Entwicklung und Umsetzung von Politik;
- die Rolle der Medien und der Gastbergemeinde bei der Förderung der Integration.
- Projekte werden hauptsächlich auf europäischer Ebene eingeführt, aber in Zusammenarbeit mit Organisationen, die auf nationaler Ebene arbeiten.
- Projekte funktionieren hauptsächlich auf nationaler Ebene, aber es gibt auch immer stärkere Partnerschaften und Netzwerke mit anderen Gruppen in anderen Mitgliedsstaaten oder auf europäischer Ebene sowohl in der Umsetzung als auch in der Vertretung.

Nichtregierungsorganisationen können die Hauptrolle bei der Integration von Einwanderern spielen. Das wurde von dem dritten Bericht der Caritas über Armut in Europa bestätigt. Entsprechend dem, was die Arbeitsgruppe herausgefunden hat, können die Nichtregierungsorganisationen, die in Deutschland, Österreich, Schweden, Polen und Belgien tätig sind, die meisten Empfehlungen der Caritas Europa erfüllen. Sie können:

- die Unterzeichnung und Anwendung internationaler und nationaler Gesetze und rechtlicher Mittel sicherstellen, die die Rechte von Einwanderern stärken;
- Kanäle für legale Arbeitswanderung öffnen;
- politische sowie gezielte Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung von Einwanderern, wo notwendig, umsetzen;
- Bildungspolitik als wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung stärken;
- Hindernisse, die der vollen Entwicklung des Potenzials von Einwanderern entgegenstehen, ausräumen;
- die Beteiligung von Einwanderern am öffentlichen Leben fördern;
- der Verteufelung von Einwanderung entgegenwirken, indem die Vorteile einer offenen Einwanderungspolitik beworben werden;
- die europaweite Untersuchung der Diskriminierung von Einwanderern bei Beschäftigung, Wohnung, medizinischer Versorgung, Bildung und Beteiligung am öffentlichen Leben fördern.

Zusammenfassung: Zunächst empfiehlt die Arbeitsgruppe sehr, den Nichtregierungsorganisationen mehr öffentliche Mittel an die Hand zu geben, weil sie offensichtlich wirkungsvoller arbeiten als viele staatlichen Einrichtungen, vor allem aufgrund niedrigerer Verwaltungskosten und flexiblerer Handlungspläne. Darüber hinaus sind viele Freiwillige, die für Nichtregierungsorganisationen arbeiten, zur gleichen Zeit Mitglieder örtlicher Gemeinden. Aus diesem Grund kennen sie die täglichen Probleme von Einwanderern und können sofort handeln. Zweitens können Nichtregierungsorganisationen die Empfehlungen des dritten Berichts der Caritas über Armut in Europa erfolgreich erfüllen. Viele von ihnen sind ziemlich einflussreich und können die Politik der Regierungen in allen fünf Ländern, die in diesem Projekt vertreten sind, beeinflussen. Drittens, ermutigt die Arbeitsgruppe Nichtregierungsorganisationen aus Schweden, Polen und Österreich, am „European Programme for Integration and Migration“ teilzunehmen. Das Programm scheint eines der besten Werkzeuge auf europäischer Ebene zu sein, das auch alle teilnehmenden Organisationen befähigt, Erfahrungen auszutauschen, die sich sowohl auf alle rechtlichen als auch sozialen Aspekte der Einwanderung beziehen.